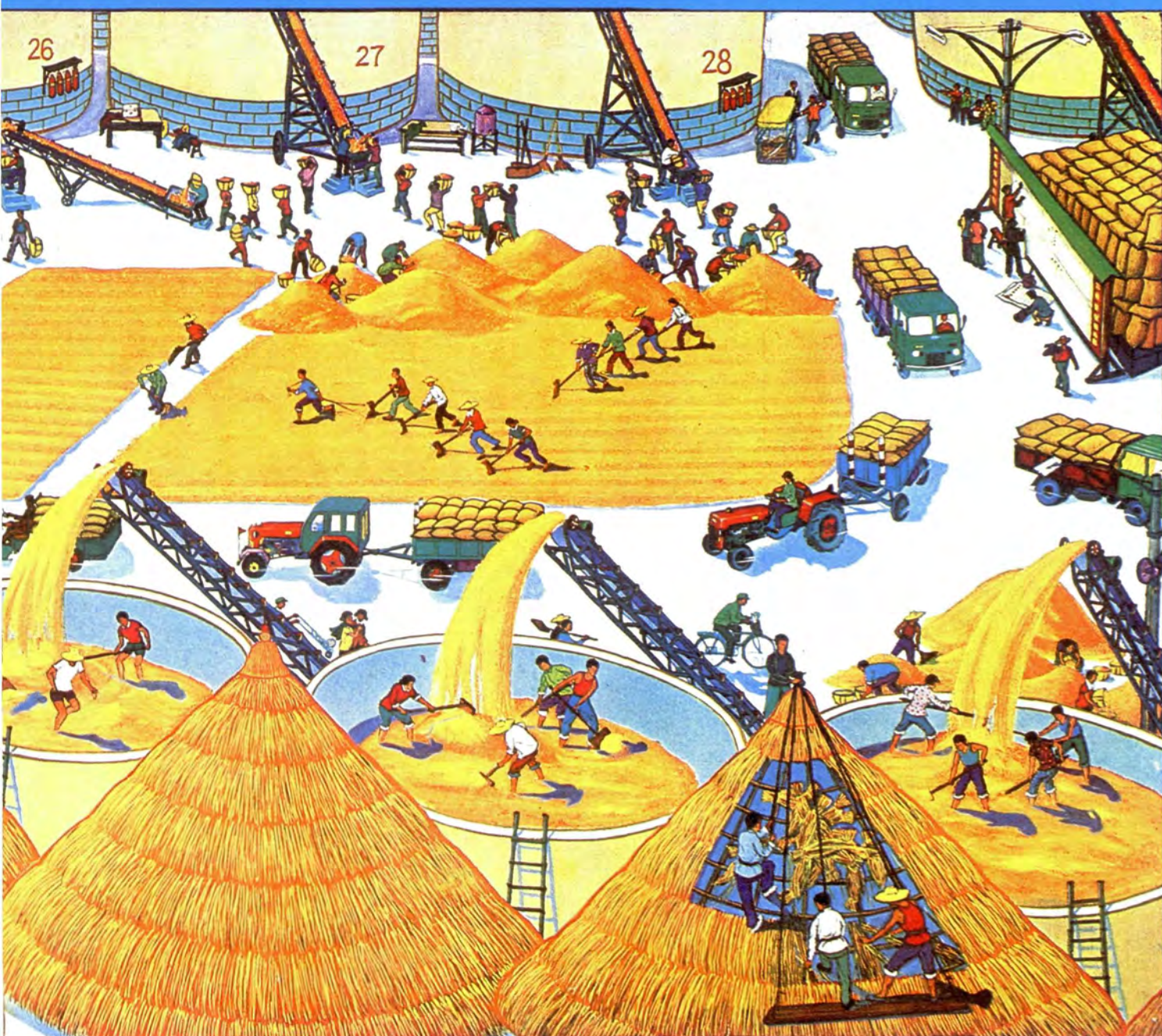


Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

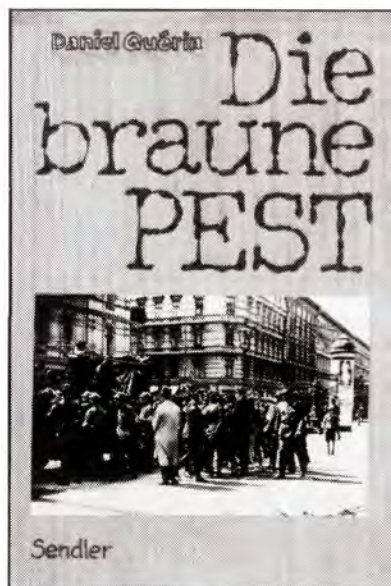


JOCHEN NOTH ANALYSIERT DIE ENTWICKLUNG
CHINA Staatsmonopolismus,
 Kapitalisierung oder
 langsamer, schwieriger Weg zum Sozialismus?

Sendler

Unsere Neuerscheinungen im Herbst

ca. 170 Seiten, ca. DM 15
Der französische Sozialwissenschaftler,
Gewerkschaftsjournalist und Sozialist
Daniel Guérin bereiste im
August/September 1932 und im
April/Mai 1933 Deutschland.
Die Reportagen seiner beiden Reisen
erschieneen damals vor allem in
französischen Gewerkschaftszeitungen.



Diese authentischen Berichte über das
Alltagsleben der verschiedenen
Schichten des deutschen Volkes und
die politische Situation »vor« und »nach
der Katastrophe« vermitteln ein
eindränglicheres Bild über die Lage und
Stimmung in Deutschland zu Beginn der
Herrschaft des Faschismus, als es viele
Analysen geben können. Distanz und
Nähe kennzeichnen die Reportagen
Guérins — die Distanz eines
ausländischen Wissenschaftlers, der die
Fehler und die drohenden Ereignisse
besser sieht als viele im Land; — die
Nähe eines engagierten
Gewerkschafters und Sozialisten, der
mit den arbeitenden Klassen solidarisch
ist gegen die drohende Barbarei.
Auslieferung Ende September

ca. 120 Seiten, ca. DM 15
Heutgentages schärft sich das
Bewußtsein der Doppelnatur des
menschlichen Wesens:
Der Mensch, durch Arbeit und Tätigkeit
unaufhörlich Natur verändernd und
umgestaltend, sich als Herr der Natur
und diese als das Andere empfindend,
kurz: homo naturans muß erfahren, daß
die Resultate seines Forschens,
Planens und Handelns dazu führen,
seine eigene Existenz zu gefährden. Er
entdeckt die Grenzen seiner Tätigkeiten
in der Tatsache, daß er selber ein
Naturwesen, homo naturatus, ist und
bei Strafe seines Untergangs zur
Solidarität mit der Natur gezwungen
wird.



Von diesem Spannungsverhältnis
handeln die Beiträge über Humanismus
und Anthropologie. Reden, die
vornehmlich auf den internationalen
Hegelkongressen der letzten Jahre
gehalten wurden.
Auslieferung Ende September

IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Editorial / Impressum	4
Kohl auf Entspannungskurs – oder über den rechten Umgang der Friedensbewegung mit der CDU	5
Kein letztes Gefecht im Herbst	7
Wirtschaft & Politik	12/13
Die Ente vom Ende der Ära Strauß	14
Arbed-Saarstahl: Tod auf Raten	15
Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Ein Diskussionsbeitrag aus der grünen Fraktion im Bundestag	17
Besuch im „alternativen Sektor“ Westberlins. Einblicke in das Innenleben eines „alternativ-ökonomischen“ Betriebs	19
Projekte-Messe '83. Aus- und Einsteigen	23
Gewerkschaften: Rund um die 35-Stunden-Woche	26
Meuterei auf dem sinkenden Schiff? Über einige Aspekte der innerhalb der PLO aufgebrochenen Widersprüche	27
Wieder Nachrichten aus Osttimor. Fretilin keineswegs am Ende	30
Drahtseilakt auf schmalen Isthmus. Die Interessen der USA in Mittelamerika	32
„Der Steuerzahler will nicht provoziert, der will unterhalten werden.“ Zimmermann, Filmpolitik und der Neue Deutsche Film	57
Unrasiert und fern der Heimat. Leben und arbeiten unter westdeutscher Flagge (I)	61
Zeitschriften: Was uns auffiel	64
Leserbriefe / Termine	65/66

Schwerpunkt

Was macht Peking anders als Moskau? Staatsmonopolismus, Kapitalisierung oder langsamer und schwieriger Weg zum Sozialismus? Jochen Noth analysiert die Entwicklung in China

Titel: Unter Verwendung einer chinesischen Bauernmaleri. *Bildnachweis:* Friedensbewegung: Kommune-Archiv; Stahl: Kajo Breuer, Alternative Betriebe: Gerd Heinemann, PLO: G. Klaut, China: Xingua News Agency aus verschiedenen Jahrgängen, Film: G. Klaut, Seefahrt: Autor

Winter nach Herbst

Auch wenn der einen oder dem anderen die Raketen schon zu den Ohren raus wachsen — der nächste Herbst kommt bestimmt. Die Diskrepanz zwischen der verbalen Beschwörung des letzten Gefechts um Krieg und Frieden und dem stillschweigenden Bewußtsein, daß die Raketenstationierung kaum verhindert werden kann, wächst Woche für Woche. Um so wichtiger über den Herbst hinaus zu denken. *Wolfgang Krüger* versucht, dem Kurs der Regierung auf die Spur zu kommen. **Seite 5**



Dort, wo es schon Krieg gibt

Der Nahe Osten und Mittelamerika sind gegenwärtig die Regionen in denen sich Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt, oder anders gesagt die Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten und der Befreiungskamp der Dritten Welt konzentrieren. Zerbricht die PLO an dem Gegensatz zwischen Suche nach einer politischen Lösung und Beharren auf dem bewaffneten Kampf? Ist das der Gegensatz an dem sich der Kampf zwischen „Loyalen“ und „Rebellen“ entzündet? *Jutta Löwe* untersucht den Konflikt in der PLO. **Seite 27**

Theo Mehlen wußte bei der Niederschrift seines Artikels über die US-Politik in Mittelamerika noch nichts von dem jüngsten Putsch in Guatemala. Sind die USA in der Lage und willens in Mittelamerika ihre Variante der Breschnew-Doktrin durchzusetzen und Regime und Gesellschaftsordnung via Militärintervention zu diktieren? Kuba und Nicaragua sind aus dem Imperium schon ausgebrochen. **Seite 32**

„Arsen für die Bourgeoisie“?

In der Linken galt es lange als ausgemacht, daß die politische Revolution erst die Voraussetzungen schafft, um den Kapitalismus als Produktions- und Lebensweise abzulösen. Aber hat die politische Revolution überhaupt Anhaltspunkte, wenn die Keimformen einer neuen Produktions- und Lebensweise nicht schon vorhanden sind? Daher das strategische Interesse an den Ansätzen einer „alternativen Ökonomie“ Sind sie damit nicht hoffnungslos überfordert? *Gerd Heinemann* besuchte einige alternative Projekte in Berlin, der Stadt, die immer als Beispiel herangezogen wird, wenn es um die Tragfähigkeit des „vierten Sektors“ geht. **Seite 19**



Mit ihren älteren Herren im Bundestag, ihren Respektabilitäten zum Vorzeigen bei Bürgers, haben die Grünen kein Glück. Einer war tief in die Tätigkeit des NS-Innenministeriums verstrickt und sah keinen Grund, über diesen Abschnitt seiner Beamtenkarriere vor der Kandidatur Rechenschaft abzulegen. Bloßstellung war die Folge und die Grünen hatten ihren ersten Skandal, noch ehe der Bundestag zusammengetreten war. Jetzt stellt sich die nächste Respektabilität als Fummler mit Abhängigen heraus, der bloß das Pech hatte, daß die Abhängigen in der Grünen Fraktion so abhängig nicht sind, daß sie sich nicht wehren könnten.

Nicht, daß Bürgers an solchen Schwächen von Respektabilitäten eigentlich Anstoß nehmen würden. Sie sind zu üblich. Mit was man bei pensionierten Beamten aus der Ministerialbürokratie zu rechnen hat, ist bekannt, und daß höheren Angestellten und besseren Selbständigen auch in der Arbeitswelt nichts Menschliches fremd ist, solange es um ihren alten Adam geht, ist auch nichts Neues. Zum Skandal wurden die Schwächen der beiden Respektabilitäten nur, weil es grüne Respektabilitäten sind. Die Grünen sollten sich also nicht beklagen über die „Heuchelei“ der Presse, die bei ihnen im Gegensatz zu den Mitgliedern anderer Parteien und Bundestagsfraktionen, Fünfe nicht gerade sein lassen. Noch in ihren Bloßstellungen muß die Presse als ganz selbstverständlich anerkennen, daß ihre Moral und die Moral der Grünen

zwei Paar Stiefel sind, indem sie zum Skandal erklärt, was in den eigenen Reihen sonst nur als Kavaliersdelikt gilt. Die Bloßstellungen der Presse haben ja auch nur diesen Sinn: zu zeigen, daß es überall nach Menschen riecht, wo sich Menschen zusammenschließen und daß hinter dem Anspruch einer anderen Moral, so wie nur mal ein bißchen gekratzt wird, sofort die alte Scheiße zum Vorschein kommt. Warum sollte man sich dann nicht gleich in der alten Scheiße gemütlich einrichten?

Für die Grünen dürfte langsam deutlich werden, daß es schwierig ist, mit dem Bild vom „neuen Menschen“ Politik zu machen, mit der Phrase von der „neuen politischen Kultur“. Eine andere Politik dem Inhalt nach, also Alternativen, die mehr an den Verstand appellieren statt an die Gefühle, würde für Demokratie und Öffentlichkeit zugänglicher sein. Früher oder später werden die Grünen sonst gezwungen sein, zu Geheimniskrämerei überzugehen, weil sie zu verbergen haben werden, was bei ihnen nicht sein darf und dennoch vorkommt.

„Wieder ein Grüner!“, hatte *Bild am Sonntag* ihre Enthüllungen über den Abgeordneten Hecker übertitelt, einen Mann, der sich in der Grünen Hessezeitung seitenlang über Probleme der Fahrbereitschaft für Abgeordnete und ihre Kontoführung auslassen konnte, aber bei Frauen in seinem Büro stillschweigend mit der Bereitschaft rechnete, daß sie sich betatschen lassen. Solche Sachen sind fast immer unvermeidlich, wo Fragen des gedeihlichen Zusammenlebens tief in Moralinsäure getunkt werden und der Brustton der Überzeugung die einzige Tonlage ist, auch wenn es um den letzten Dreck geht. In Hessen haben manche ihre klammheimliche Freude nicht unterdrücken können, als sich der Obersaubermann auf der Liste als ganz normaler Spießler erwies.

Der andere Grüne, den die *Bild*-Zeitung im Visier hatte, war der Abge-

ordnete des hessischen Landtages Schwalba-Hoth, der seinem inneren Drang nach Weltfrieden nachgab, indem er einen amerikanischen Kommissstiefel die Galauniform mit Blut versaute, dem eigenen natürlich. Seiner Verzweiflung und Ohnmacht habe er damit zum Ausdruck verhelfen wollen. Diese Bekenner-tat im Licht der Fernsehkamera liegt natürlich auf einer ganz anderen Ebene als die lichtscheuen Heimlichkeiten des Abgeordneten Hecker. Moralinsäure und Bekenner-tum schlagen hier nur positiv durch, während sie bei dem Abgeordneten Hecker die Hülle abgaben, unter der sich sein alter Adam regt.

Mit demonstrativer individueller Betroffenheit und symbolischen Aktionen kann man dennoch keine Politik machen. Die Vorderbühne im Kameralicht ist nicht so ganz ohne Verbindung mit dem zwielichtigen Rückraum, in dem es so spießbürgerlich menschelt.

Über die Tat des Abgeordneten Schwalba-Hoth tobt jetzt der Streit und nicht über Nicaragua oder die Raketenstationierung. In die Defensive getrieben verweisen die Grünen darauf, daß die Aktion den General nur eben die Reinigung seiner Uniform gekostet habe, während die Opfer der amerikanischen Militärmaschinerie niemand mehr zum Leben erwecken kann. Das ist es ja. Ohnmacht und Verzweiflung ist an sich schon nicht gerade das Klima, in dem zweckmäßige politische Aktion gedeiht. Aber wenn sie demonstrativ und symbolisch zum Ausdruck gebracht wird, wird's meistens bloß peinlich.

Unter ständigem moralischen Überdruck läßt es sich politisch schlecht agieren und die bekannten männlichen Niederungen erscheinen in um so grellerem Licht, wenn sie denn überhaupt mal ans Licht kommen. Ohne Freund von Parteien zu sein, Gemeinden sind noch enger. Klar, daß unsere Solidarität der Partei DIE GRÜNEN gehört in diesen Zeiten der Anfechtungen und sauren Gurken.

Impressum

Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift. Herausgeber: M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla. Redaktion: M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer. Gestaltung: M. Ackermann Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Adresse der Redaktion: Kommune-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d. Verlag und Anzeigenverwaltung: Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147 6000 Frankfurt 11. Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983. Satz und Druck: CARO Druck GmbH, Frankfurt. Vertrieb, Bestellungen und Abonnements: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 34. Postscheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 100 60). Bezugsbedingungen: Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung. „Mit Rücksicht auf die Umsatzsteuererhöhung zum 1.7.1983 werden die Abonnements, die vor dem 1.7.1983 begonnen haben und nach dem 30.6.1983 enden, in zwei Abrechnungszeiträume mit entsprechenden Teilleistungen aufgeteilt. Der erste Abrechnungszeitraum endet am 30.6.1983, der zweite beginnt am 1.7.1983. In dem auf die Zeit bis zum 30.6.1983 entfallenden zeitanteiligen Betrag des Bezugsgeldes ist die Umsatzsteuer in Höhe von 6,5 v.H. des Entgelts (6,1 v.H. des anteiligen Bezugsgelds) enthalten, in dem zeitanteiligen Bezugsgeld für die Zeit nach dem 30.6.1983 in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. des anteiligen Bezugsgelds). Beginnt ein Abonnement am 1.7.1983 oder später, so enthält das Bezugsgeld insgesamt die Umsatzsteuer in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. Bezugsgelds).“ Spendenkonto: „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00). Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe-Nahme“ ist keine Aus-händigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. ISSN 0723-7669



Kohl auf Ent- spannungs- kurs — oder: Über den rechten Umgang der Friedens- bewegung mit der CDU*

In der Friedensbewegung erleben wir vor dem „heißen Herbst“ ein rational fast schon unerklärbares Phänomen: Wie das Kaninchen auf die Schlange starren wir gebannt auf die Raketen, fast alle sehen wir uns wieder einmal genötigt, zum „letzten Gefecht“ zu blasen.

Die schiere Angst, die neuen Raketen brächten uns unwiderruflich den Krieg, blockiert in uns jede perspektivische Überlegung, was Friedensbewegung eigentlich politisch erreichen will. Kriegsangst und Endzeitstimmung blockieren langfristiges Denken über den Herbst hinaus.

Dabei wäre gerade jetzt ein *strategisches Umdenken* nötig. Vielleicht war es vor dem 6. März noch *etwas* sinnvoll, davon auszugehen, durch genügend außerparlamentarischen Druck, der in die SPD hineinwirkt, vielleicht auch in ein „rot“-grünes „Bündnis“ die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen obwohl uns dies schon immer von der konservativen *Bevölkerungsmehrheit* abkapselte.

Mittlerweile aber haben wir die Tatsache, daß wir wahrscheinlich acht oder zwölf

Jahre eine feste konservative Mehrheit vor uns haben. Noch ein SPDler und noch ein DGBler unter dem Krefelder Appell, das verpufft einfach folgenlos.

Verwunderlich ist, daß wir meistens noch in der alten Konstellation handeln. Das Hauptergebnis der „Wende“ ist bislang: Die SPD wird in der Friedensbewegung wieder hoffähig. *Bis hinein in die Grünen und Alternativen Listen* wird das alte Weltbild gepflegt: Die SPD ist immer noch etwas „Arbeiterpartei“ und „muß“ daher wohl fortschrittlicher sein als die „Bürgerlichen“ der CDU/CSU. Die SPD steht immer noch etwas auf „Entspannung“ Kohl und Strauß wollen zurück zum „Kalten Krieg“ Einen empirischen Beweis hat dieses Vor-Urteil erst gar nicht nötig.

Und so kommt es denn, daß wir uns immer noch viel mit den Vorgängen in der SPD beschäftigen, die Frage, was wir in den nächsten Jahren von der CDU zu erwarten haben, wird erst gar nicht diskutiert, es sei denn auf jener Ebene der Dämonisierung des Konservatismus, dessen Gegenstück schon immer der von Bahro zu

Von Wolfgang Krüger

*Der Artikel erscheint im September in der Kölner *Stadt-Revue*. Er wurde uns vom Autor zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt.

Plakate für die Friedensbewegung

Das nebenstehende Plakat ist nur eins aus einer Serie von Plakaten gegen die Raketenstationierung, die vom **Kunstkollektiv am Bahnhof** aus Kassel erstellt wurden.

Der Verkaufspreis beträgt 5 DM, der Lieferpreis 2,50 DM.

Bestellungen sind zu richten an:

Kunstkollektiv am Bahnhof

Bahnhofplatz 3 3500 Kassel
Telefon: 0561/103786

Recht festgestellte „hündische SPD-Bezug“ ist.

Die neue Regierung nun, mehr noch übrigens Franz Josef Strauß, hat zumindest ein Verdienst. Sie entzieht der denkfaulen Schwarz-weiß-Malerei allmählich den Boden. Wahrscheinlich wird sie uns damit die Möglichkeit verschaffen, uns von der SPD endlich zu emanzipieren.

Was haben wir nicht alles von Kohl erwartet und wie enttäuscht uns der Mann!

Eigentlich hätte uns der Kanzler der Amerikaner ins Haus gestanden, im ausgelutschten Karikaturisten-Vokabular Reagan aus Oggersheim.

Anpassung an die US-Wirtschafts- und Außenpolitik, Kalter Krieg, Eiszeit im Verhältnis zur DDR, das war ja das allerwenigste, was wir von unseren Konservativen erwarteten, damit nur unser Weltbild bestätigt würde.

Und was passiert?

Kohl legt sich vor dem Weltwirtschaftsgipfel als erstes mit Reagan wegen der amerikanischen Hochzinspolitik und des Osthandels an – haargenau wie Schmidt. In der Raketenfrage liebäugelt er, ebenfalls wie Schmidt, mit der Waldspaziergangs-„Zwischenlösung“ von Nitze und Kwizniski, die Reagan und Andropow bislang verworfen hatten.

Übertroffen wird er nur noch von Strauß, der dafür sorgt, daß Erich Honecker kurzerhand eine Milliarde gepumpt wird, ohne daß irgendeine „Gegenleistung“ in Sicht wäre. Kurz danach erklärt das Sinnbild des „Kalten Kriegers“ in Warschau, Polen „bewege sich in die richtige Richtung“ und man solle ihm wirtschaftlich helfen. Und ausgerechnet Strauß konferiert als erster mit Honecker über deutsch-deutsche Zukunft.

Ich glaube, man kann dies so zusammenfassen: Die starken Worte zu Beginn der CDU-Regierung, etwa Zimmermanns Äußerung, die Gebiete östlich von Oder und Neiße gehörten auch noch zu Deutschland,



spiegelten mehr die *Ideologie* wider die die CDU/CSU aus der Ära Adenauer ererbte. Solche starken Sätze wird es auch weiter geben. Aber im Ergebnis *muß* die CDU-Regierung zur gleichen „Entspannungspolitik“ übergehen wie die SPD eben weil dies die zeitgemäße Form *bürgerlicher* Außenpolitik ist. Mehr noch: Es sieht fast so aus, als könne sich die CDU in der Ostpolitik *mehr* erlauben als die SPD. Man stelle sich einmal vor ein von vielen ersehntes Duo Vogel/Kelly hätte den Milliardenkredit an Honecker eingefädelt. In Washington, London und Paris hieß es: Ihr schleicht euch durch deutsch-deutsche Sonderbeziehungen und linken, neutralistischen Nationalismus aus dem Bündnis.

Wenn Strauß und Kohl das gleiche tun, ist allenfalls der rechte Rand von CDU/CSU im Tempo des nötigen Umdenkens überfordert.

Woher kommt die Wende von der „Wende“ und was heißt sie für uns?

Das konservative Weltbild des Kalten Krieges

Noch das CSU-Strategiepapier während der Koalitionsverhandlungen las sich wirklich so, als sei es in den 50er Jahren geschrieben. Die Nato solle wieder als „Wergemeinschaft“ hergestellt werden, da sie „Freiheit“ versus östlichen Totalitarismus verkörpere. Die Wiedervereinigung sei „historisch notwendig“ und erfordere die feste Integration in das westliche Bündnis. Worin bestand diese Ideologie der 50er Jahre, mit der offenbar keine Politik mehr machbar ist?

Der erste Eckpfeiler konservativer Ideologie war die geradezu mystische Russenangst und ein schlichtes, zweigeteiltes Weltbild: Jeder innenpolitische Konflikt, jeder weltpolitische Konflikt dreht sich um die Frage „Freiheit oder bolschewistische Expansion“ Sehr viel den Faschismus mittragendes Gedankengut vom „russischen Un-

Kein letztes Gefecht im Herbst

termenschen“ bis zur „Barbarei des Ostens“ konnte so in die „neue Republik“ ganz ungebrochen hinübergerettet werden.

Der zweite Eckpfeiler konservativer Ideologie war der Nationalismus der Phrase, *dem eine nationale Realpolitik nie entsprach*. Praktisch setzte Adenauer immer, ob 1949, ob beim Nato-Beitritt 1955, ob in der Auseinandersetzung um die Atomwaffnung, den Erhalt eines kapitalistischen, militärisch in den Westen eingebundenen Westdeutschland über die Wiedervereinigung. Sie wäre nur neutralistisch möglich gewesen. Die Grundkonstruktion „Wiedervereinigung durch Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion“ war immer pure Illusion, wie Gustav Heinemann einmal sagte: „Politik der *eingebildeten* Stärke.“

Ideologie und Realität der sozialdemokratischen Entspannung

Die Faszination der sozialdemokratischen Entspannungspolitik, die vielen von uns bis heute eine rationale Beurteilung unmöglich macht, lag daher vor allem darin: Sie war *scheinbar* ein Stück Bewältigung der zuvor verdrängten faschistischen Vergangenheit. In dem Moment, in dem man mit ihnen Verträge schloß, waren es ja doch keine bolschewistischen Monster. Mit Brandts Kniefall in Warschau wurde, bei Adenauer nie denkbar, direkt die deutsche Schuld eingestanden.

Parallel dazu verschob sich noch mehr unser Weltbild gegenüber den Vereinigten Staaten. Seit dem Vietnamkrieg erschienen plötzlich die Mörder von My Lai als die Monster. Die Vereinigten Staaten als Symbol der Freiheit, das war, verstärkt durch die ersten inneren Legitimationskrisen des westlichen Modells, vorbei. Dies wurde natürlich *gegen* die regierende Sozialdemokratie durchgesetzt. Der „Entspannungspolitiker“ Brandt unterstützte bis zum bitteren Ende den amerikanischen Aggressionskrieg, um *mit* den USA seine „neue Ostpolitik“ durchsetzen zu können.

Real aber steht am Ende der „sozialliberalen Ära“ bei großen Teilen der Bevölkerung wirklich die von der CDU immer so beklagte „Äquidistanz“ zu beiden Supermächten, nicht die „Wertegemeinschaft“ Nato.

Hinter dieser politisch-psychologischen Wirkung verkennen die meisten von uns den wirklichen politischen Kern der Entspannungspolitik.

Soweit man in der Politik von Erfindungen sprechen kann: Die Entspannung war eine „Erfindung“ der USA, nicht der hiesigen Sozialdemokratie.

Das wohl wichtigste Datum der Nachkriegsgeschichte war 1957, als sich mit dem

Jenen, die den Parlamentarismus wenn nicht für den Gipfel an Demokratie, so doch für die mit Demokratie verträglichste politische Form in dieser unvollkommenen Welt halten, – und solche Leute gibt es gerade unter geläuterten 68ern immer häufiger – jenen hat das Jahr '83 bereits einigen Anlaß zum Nachdenken geliefert oder hätte ihn jedenfalls liefern können. Anläßlich der einstimmigen Entscheidungen des Parlaments über Volkszählung und Einführung eines fälschungssicheren Personalausweises beginnen sogar bürgerliche Kritiker, die fest auf dem Boden der FDGO stehen, von der Gefahr einer „Diktatur des Parlaments“ zu sprechen. Der NATO-Doppelbeschluß kam ja seinerzeit auch ohne Einwände durchs Parlament, weshalb die Regierung auch keinen Grund sieht, über die Stationierung der Mittelstreckenraketen erneut im Parlament zu beraten und zu beschließen. Dabei ist inzwischen eine satte Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung, wenigstens zum jetzigen Zeitpunkt. Aber auch wenn es im Parlament zu einer neuen Beschlußfassung über die Stationierung noch kommen sollte – es gibt genügend Experten, die meinen, daß ohne solche Beschlußfassung eine Stationierung keine Rechtsgrundlage hätte – drohte dem Regierungskurs von dorthin keine Gefahr. Und die Parlamentsmehrheit könnte es sich leisten, an der Mehrheitsmeinung vorbei die Stationierung abzusegnen, ohne deshalb um ihr Mandat fürchten zu müssen.

Parlamentarismus und Parteienprivileg und die Unterordnung von großen Teilen der Friedensbewegung unter diese Institutionen sind die wichtigsten Bedingungen der gegenwärtigen und sich mit dem Herbst wahrscheinlich noch verschärfenden politischen Krise der Friedensbewegung. In Wirklichkeit läßt nämlich der Parlamentarismus unterhalb der Regierungsfrage zwar einigen Spielraum der Meinungsbildung und der demonstrativen Vertretung von Meinungen, aber keinen Raum für wirksame Willensbildung gegen die Parteien. Die Regierungsfrage stellt sich aber nicht an Hand der wenigen Fragen, die über den Gang der Entwicklung entscheiden, sondern der vermutlichen Geschäftsfähigkeit der Parteien in den politischen Alltagsfragen, ihrer Fähigkeit, auch dann noch „business as usual“ zu gewährleisten, wenn sie gerade weitere Weichen in Richtung Kriegsgefahr oder Katastrophe stellen. Die verderblichen Entscheidungen werden immer

zu Zeiten getroffen, wo die Zustände noch weitgehend normal erscheinen. Daher der Vorsprung der Reaktion.

Es ist kein Zufall, daß die Forderung nach Volksbefragung oder Volksentscheid gerade in kritischen Situationen von Bewegungen entspringt, in Situationen, wo sich einerseits eine Mehrheitsmeinung gegen bestimmte Entscheidungen von Parlament und Regierung abzeichnet, andererseits aber bereits abzusehen ist, daß sich die Bewegung an den Institutionen totzulaufen droht, ohne was Wesentliches zu erreichen. In dieser Situation erscheinen Volksbefragung oder Volksentscheid als der reformerische Ausweg aus den Drahtverhauen des bürgerlichen Staatsapparates, ohne diese selber knacken zu müssen. Aber in der BRD ist dieser Ausweg gründlich verbaut. Der Volksentscheid ist verfassungswidrig, und die Volksbefragung gilt als inopportun für das Parteienmonopol, wie es in der Verfassung gesichert ist. Nicht daß eine solche Situation für die Staatsmacht ganz ungefährlich wäre. Ihre Legitimation kann Schaden nehmen. So braucht es einen auch nicht zu wundern, daß manche Rechtspolitiker und Juristen für diesen oder jenen Fall durchaus an Volksbefragung denken als Ventil. Aber das Kartell der FDGO-Parteien wird das zu verhindern wissen, weil diese zu Recht fürchten, durch so was Manövrierfähigkeit einzubüßen und überhaupt mit Bürgerinitiativen in Konkurrenz treten zu müssen.

Die Krise der Friedensbewegung ist unvermeidlich. Mit der bisherigen Politik und den jetzigen Formen muß sie sich im Herbst am bürgerlichen Staatsapparat und seinem Gewaltmonopol festlaufen. In dieser Krise taucht unvermeidlich die Frage auf: Ist der Frieden wirklich eine Lebensfrage und wenn ja, gilt das auch für die Anerkennung des Staatsapparates und seines Gewaltmonopols? Und so wird die Machtfrage in der Bewegung aufgeworfen werden: sei es als Frage der parlamentarischen Regierungsbildung „bis zum Jahr 2000“ oder als Gewaltaktion gegen die Gewalthaber. Immer gibt es Leute, die die Alternativen so roh sehen. Es wird sich rächen, daß der Herbst zur Entscheidungsschlacht hochgejubelt wurde. Inhaltliche Entkrampfungsbemühungen sind notwendig – der Herbst entscheidet nicht über Krieg und Frieden. Statt dessen wird durch formelle Verständigung mit der Polizei Entspannung gesucht und die innere Spaltung forciert. *Joscha Schmierer*



Start des ersten sowjetischen Sputnik die Fähigkeit der Sowjetunion andeutete, Interkontinentalraketen zu produzieren. Bis dahin hatte es, für uns heute kaum noch vorstellbar immer nur eine *einseitige* nukleare Bedrohung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten gegeben. Der „Sieg im Atomkrieg“ wäre den USA jederzeit militärisch möglich gewesen!

Mit der Wechselseitigkeit der nuklearen Bedrohung verschob sich die amerikanische Interessenslage grundlegend.

– Es entstand die Strategie der Begrenzung des Atomkrieges auf Europa (flexible response).

Es entstand ein sowjetisch-amerikanisches Krisenmanagement, das zum Ziel hatte, Konflikte in der „Dritten Welt“ nicht eskalieren zu lassen in einen europäischen, damit Weltkrieg (Weizsäcker spricht zu Recht davon, daß das nukleare Patt das Zeitalter der begrenzten Kriege in der Dritten Welt begründete).

Da jede militärische Grenzveränderung schon lange illusorisch war wurden der territoriale Status quo in Europa und die Teilung Europas in Einflußsphären und Blöcke anerkannt.

– Die sowjetisch-amerikanische Doppelhegemonie sollte abgesichert werden durch die Sicherung ihres Nuklearmonopols (Atomwaffensperrvertrag).

– Die wechselseitige Abschreckung führte

zur „Rüstungskontrolle“ als institutionalisiertem und ausgewogenem Wettrüsten.

Die Entspannung hatte natürlich auch spezielle westeuropäische Komponenten. Sie fiel in eine Zeit, in der die uneingeschränkte wirtschaftliche Vorherrschaft der USA zerbrach, man denke an die Ablösung des Dollar als Leitwährung. Sie schien Westeuropa auch mehr Spielraum gegenüber den USA zu schaffen. Aber im Kern ging sie zurück auf die Interessenslage der Supermächte. Sie fußte als „Block-Entspannung“ auf der *Anerkennung* der sowjetisch-amerikanischen Vorherrschaft, auf der *Anerkennung* der wechselseitigen Abschreckung, auf der *Anerkennung* der seit Jalta entstandenen Teilung Europas in feindliche Blöcke.

Der Schlüssel zum Durchbruch dieses von beiden Seiten imperialen Entspannungskonzepts war die Bereinigung der Deutschlandfrage. Und dies war mit Ulbricht einerseits, der CDU/CSU andererseits nicht zu machen. Ulbricht wurde bekanntlich von Moskau fallengelassen, weil er Entspannung ohne völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht wollte.

Die CDU/CSU war durch ihre ideologisch gefärbte Deutschlandpolitik *im Westen* völlig isoliert. Ihre Weigerung, den Atomwaffensperrvertrag zu ratifizieren, der „Alleinvertretungsanspruch“ für alle Deutschen, die „Hallstein-Doktrin“ (nach

der die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu allen Ländern abbrechen mußte; die die DDR diplomatisch anerkannten), *blockierten* den von den USA angestrebten Entspannungsprozeß.

Brandt setzte ihn, schlicht als Mann der Amerikaner durch.

Warum die CDU eine eigene Entspannungspolitik entwickeln muß

Um zu verstehen, in welcher Situation sich die CDU/CSU nach dem 6. März befand, scheinen mir zunächst einige Bemerkungen darüber nötig, wie Herrschaftsverwaltung eigentlich funktioniert.

Es ist ein immer noch weit verbreitetes Vorurteil, Regierungspolitik hänge primär von den Wünschen, subjektiven Zielen, Ideologien der jeweils Regierenden ab.

Eigentlich sind alle modernen Machtapparate *strukturell*. Personale Macht, personale Entscheidungen, subjektive Motive spielen eine durchaus sekundäre Rolle. Die Regierenden gleichen den „obersten Subalternen“ die selbst nur den vorgefundenen Herrschafts- und Interessenszusammenhang verwalten.

Welche geringe Bedeutung Ideologien dabei haben, haben ja die sogenannten „Arbeiterparteien“ längst erlebt. Soweit sie an Regierungsmacht teilnahmen, blieb ihnen gar nichts anderes übrig, als den glei-

chen Herrschaftszusammenhang mit anzutreiben. Willy Brandt verkündete 1969 ja ernsthaft den „demokratischen Sozialismus“, und es gab naive Leute, die das ernst nahmen! Das jüngste Beispiel für das Ausmaß ideologischer Metamorphosen in dem Moment, in dem man mit der Verwaltung des Systems beschäftigt ist, liefert uns der französische Force-de-frappe Sozialist und Sparpolitiker Mitterrand.

Nur von „rechts“ stand die CDU/CSU nach dem 6. März genau dem gleichen Problem gegenüber

Wenn schon zu Beginn der 60er Jahre mit den Ideologien des Kalten Krieges keine (kapitalistisch) zeitgemäße Außenpolitik mehr möglich war, wie sollte die CDU/CSU dann dazu zurückkehren können?

Die CDU mag vielleicht der Auffassung sein, es gäbe eine nahtlose atlantische Solidargemeinschaft, aber die hohen Zinsen in den USA bleiben dennoch Gift für die Expansion des westdeutschen Industriesystems.

Würde sie den Empfehlungen des US-Präsidenten folgen, den Osthandel zu stornieren, die Vorstandsvorsitzenden von Mannesmann und der Deutschen Bank würden dem Bundeskanzler am nächsten Tag die Türen einrennen. Was ist schon ein Kanzler gegen einen Bankier?

Auch in der Deutschlandpolitik kann gar nicht „gewendet“ werden. Die selbst unter Juristen umstrittenen Konstruktionen des Bundesverfassungsgerichts von der Fortexistenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 mögen zwar ein bequem-konservatives Weltbild abgeben, aber Realpolitik ist daraus nicht zu machen. Die Neuauflage der *querelles allemandes* (deutschen Streitigkeiten) würde die Bundesrepublik nur neu im Westen isolieren.

Und selbst in der Militärpolitik kann sich eine konservative Regierung einem objektiv gegebenen Interessensunterschied USA – BRD als europäische Mittelmacht nicht entziehen: Man kann vielleicht in Washington, aber nicht in Bonn am Rhein von der Gewinnbarkeit eines Atomkrieges träumen.

In der CDU/CSU scheint es mir völlig unabhängig von Genscher übrigens, gegenwärtig so etwas zu geben wie einen Konflikt zwischen „bürgerlichen“ Realpolitikern und „bürgerlichen“ Doktrinären, manchmal sicher quer durch die Akteure hindurch. Die Doktrinäre beharren auf ideologischen Ansprüchen und Rechtstiteln wie etwa „Einheit und Freiheit“. Aber kapitalistische Interessen lassen sich so nicht mehr verwalten.

In absehbarer Zeit wird sich dies übrigens auch in der Dritte Welt-Politik zeigen. Der expansive Industriestaat Bundesrepublik lebt immer von der Ausbeutung der Dritten Welt, völlig egal ob der oberste

Buchhalter des Systems aus Hamburg oder aus Oggersheim kommt.

Und gerade deshalb werden auch Kohl/Strauß bemüht sein, sich die Expansion in der Dritten Welt nicht durch eine kurzfristige Konfrontationspolitik zu verbauen. Wenn Kohl jetzt auf Distanz zu Pinochet geht, liegt es nicht nur daran, daß gerade Christdemokraten eingelocht wurden. Kapitalistisch gedacht lohnt es sich einfach nicht, auf ein längst wackelndes Regime zu setzen und es sich so schon vorab mit den Nachfolgern zu verderben. Aus dem gleichen Grund ist es auch nur eine Frage der Zeit, bis die konservative Regierung auf Distanz zur amerikanischen Mittelamerikapolitik geht, vielleicht ist diese „Wende“ schon bekanntgegeben, wenn dieser Artikel in Druck geht.

Was wird die Grundrichtung der „Entspannung über den Stationierungsbeginn hinaus“ sein, die sich seit Kohls Moskavisite und Strauß' Osteuropa-Tourismus andeutet?

Ein CDU/CSU-Entspannungskonzept wird sich nur in einer Frage von der SPD-Politik an der Regierung unterscheiden.

Bekanntlich verbanden Teile der SPD mit der Entspannung eine „blockauflösende“ Zielsetzung. Im außenpolitischen Beraterstab Brandts wurde 1968, nach der Darstellung Bahrs, über drei „Alternativen“ der Deutschlandpolitik beraten:

- Wiedervereinigung auf der Basis der Westintegration (die klassische CDU-Konzeption);

- Konföderation zweier neutraler Staaten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung (die Konzeption des Wehnerschen Deutschlandplans von 1959);

- Anerkennung des Status quo und langfristige Überwindung der Blöcke durch „bündnisüberwölbende Vereinbarungen“

Die Mehrheit votierte für die dritte, die Bahrsche Konzeption.

Die CDU/CSU wird dies in der Theorie natürlich aufgeben. Priorität bekommt die These, Entspannung sei nur möglich durch feste Einbindung in das Bündnis, das auch eine „Wertegemeinschaft“ des „freien Westens“ sei.

Der wirkliche Unterschied wird aber nicht groß sein. Jede aktive Ostpolitik wird selbst gegen den Willen ihrer Träger ein

Kurzinformation:

Sowjetische Cruise Missiles

In der Debatte, ob und wie weit die Mittelstreckenraketen Pershing II und SS 20 gegeneinander aufgerechnet werden dürfen, wird im allgemeinen übersehen, daß es auch zu dem anderen Bestandteil des amerikanischen „Waffenmix“, den Marschflugkörpern oder Cruise Missiles, eine sowjetische Entwicklung gibt.

Nun ist Cruise Missile ein sehr weiter Begriff, er faßt alle unbemannten und nicht nach dem Raketenprinzip angetriebenen Flugkörper, worunter schon eine große Zahl von u.a. gegen Schiffe gerichteten, mit konventionellem Sprengkopf ausgerüsteten Geräten fällt. Man sollte den Begriff also einengen auf Flugkörper mit großer Reichweite und mit Atomsprenkopf. Interessanterweise führt die UNO-Studie „Kernwaffen“ von 1980 unter dieser Kategorie nur ein sowjetisches Gerät auf, die SS-N-3 (Shaddock), mit 700 km Reichweite, einem 1 Kilotonnen-Atomsprenkopf, die von Kreuzern und U-Booten abgeschossen wird.

Nähere Angaben über das US-Cruise-Missile-Programm wie über die sowjetischen Cruise Missiles finden sich nun in der Zeitschrift der amerikanischen Arms Control Association, „Arms Control Today“, Band 13, Nr. 4 vom Mai 1983. Diese private Gesellschaft zur Förderung der Abrüstung und Waffenkontrolle richtet sich in erster Linie sehr kritisch gegen die Rüstungspolitik der USA; man wird also annehmen dürfen, daß sie nicht allzu unfair gegenüber der SU sei.

Die Zeitschrift stellt fest, daß die große Anzahl von Cruise Missiles kürzerer Reichweite

den amerikanischen in der Steuerungstechnologie weit unterlegen sei, jedoch die meisten von ihnen mit Überschallgeschwindigkeit fliegen, während selbst die modernsten amerikanischen langsamer als der Schall fliegen. Dann aber heißt es, daß „in den letzten zwei Jahren offenbar der lange erwartete Durchbruch zum amerikanischen Technologieniveau stattgefunden hat. Das sowjetische Militär hat eine Serie von Tests einer neuen Generation von atombewaffneten interkontinentalen Cruise Missiles begonnen, die vom Boden, Schiffen oder Flugzeugen gestartet werden und Reichweiten bis zu 2000 nat. Meilen (3200 km) haben“.

Hierzu gehören eine SS-NX-21 genannte Cruise Missile, die von U-Booten aus gestartet werden kann, sowie eine weitere ohne Codenamen, die von dem neuen strategischen Bomber Blackjack aus gestartet wird. Beide Typen haben eine Reichweite von 3200 km und natürlich Atomsprenköpfe. Über deren Stärke wird nichts ausgesagt, doch haben die anderen älteren Modelle sämtlich Stärken von 200 bis 350 Kilotonnen; so daß diese hier ähnlich sein könnten.

Der Artikel schließt mit der Beobachtung, daß die Amerikaner in früheren Jahren im Gefühl ihrer Überlegenheit in der Technik von Cruise Missiles darauf bestanden hatten, daß dieser Bereich nicht von den SALT-Gesprächen und -Abkommen behandelt würde. Dies habe sich gerächt, indem die Sowjets daraufhin ihrerseits ohne Beschränkung und Kontrolle diese Flugkörper zu ihrem heutigen Stand entwickeln konnten.

Jens Scheer

Stück des bipolaren Denkens abbauen. Wir sehen dies ja deutlich an den Auseinandersetzungen in der CSU. Das Denken der 50er Jahre läßt sich leicht konservieren, wenn man in der Opposition den Mund spitzt. Wenn man in der Regierung pfeift, sieht es ganz anders aus.

Was kommt im Herbst auf uns zu?

Im Ergebnis wird unter der CDU eigentlich alles nur genauso miserabel weitergehen wie vorher unter der SPD. Dies *auch* in der Raketenfrage. Die CDU wird nicht hauptsächlich mit dem Polizeiknüppel gegen uns vorgehen. Das auch, aber wichtiger wird sein, daß sie versucht, die Friedensbewegung zurückzuholen, zu beschwichtigen.

Ich selbst war im Unterschied zu denen, die Friedensbewegung als Gleichgewichtsübung verstehen, immer dafür daß die Genfer Verhandlungen, so Gott will, *vollständig scheitern*. Hierin sah ich die *einzig* Möglichkeit, die Raketen zu verhindern.

Sehen wir uns die Alternativen einmal an: Wenn sich *nichts* bewegt bis zum Herbst, dann kommen die „Nachrüster“ in Teufels Küche. Umgekehrt: Wenn sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf eine „Zwischenlösung“ *einigen*, nach der stationiert und weiterverhandelt wird, *werden wir einen Stationierungsbeginn gar nicht verhindern können*. Stationieren kann man am besten *mit* einem Verhandlungsergebnis.

Es ist daher kein Zufall, daß Kohl in der *Washington Post* den in Genf schon einmal ausgehandelten Nitze Kwizinskji-Waldspaziergangsvorschlag wieder ins Gespräch gebracht hat, wie vor ihm Schmidt in der *Zeit*.

Was würde er bedeuten? In den *offiziellen* Vorschlägen *beider* Seiten konnte man bisher immer erkennen, daß sie mit dem Vorsatz gemacht wurden, einen Abrüstungsvorschlag zu unterbreiten, den die andere Seite ja nicht annehme.

Daß die im Bonner Auswärtigen Amt entstandene Null-Null-Option nie verhandelbar war ist bekannt. Für die sowjetischen Vorschläge traf allerdings das gleiche zu. Wenn wir einmal immanent von einem militärischen Gleichgewicht ausgehen, war es berechtigt, wenn die Sowjetunion forderte, die britischen und französischen Raketen zumindest mitzuzählen. Aber der „Vorschlag“ die SS 20 nur in den asiatischen Teil der Sowjetunion zu ziehen, von wo aus sie amerikanische Städte und vor allem China und Japan bedrohen, ist nicht durch rationale sowjetische Sicherheitsbedürfnisse erklärbar. Die Sowjetunion würde damit nur die Legitimation liefern, Pershing und Cruise missiles in Japan, Süd-Korea und im

Pazifik aufzustellen. Ein Ergebnis ist nur möglich, wenn *beide* Seiten sich „bewegen“

Der „Waldspaziergangskompromiß“ sah substantiell nun folgendes vor: Kwizinskji verzichtete auf die Anrechnung der französischen und britischen Raketen, Nitze auf das „Waffenmix“ zwischen Pershing II und Cruise missiles. Auf beiden Seiten wurden Obergrenzen festgelegt (Sowjetunion 225 Sprengköpfe auf 75 SS 20; USA 300 Sprengköpfe auf 75 Cruise missiles).

Es wäre übrigens einfach falsch, hier wie bei bisherigen Abkommen, von „kontrollierter Aufrüstung“ zu sprechen. Die Zahl der Nuklearwaffen in Mitteleuropa würde durch *sowjetisches* Einlenken tatsächlich drastisch reduziert: Gegenwärtig verfügt die Sowjetunion über 360 SS 20 mit je 3 Sprengköpfen (allerdings nicht alle in Europa). Nach dem Nitze/Kwizinskji-Vorschlag hätten USA und UdSSR zusammen also circa die Hälfte der Sprengköpfe, *die gegenwärtig alleine die Sowjetunion durch ihre Überrüstung einsatzbereit hält*.

Daß die Sowjetunion und die USA sich noch in eine ähnliche Richtung bewegen ist nicht ausgeschlossen.

Einmal abgesehen davon, daß man in den USA die Pershing nicht mehr unbedingt für unverzichtbar hält, sei es nur, weil sie noch nicht einmal richtig fliegt: Jedem amerikanischen etablierten Politiker, dem an der Nato als amerikanischem Expansionsinstrument liegt, muß klar sein, daß der Versuch, ohne irgendein Ergebnis in Westeuropa 572 Cruise und Pershing zu stationieren, das „Bündnis“ an den Rand der Belastbarkeit treibt.

In der Sowjetunion gäbe es auch militärische und politische Gründe für ein Einlenken: Militärisch ist die Pershing-Nachrüstung für sie die größte Bedrohung. Politisch. Es könnte durchaus sein, daß die osteuropäischen Staaten auf ein Einlenken der Sowjetunion drängen. Für sie ist es nun wirklich keine rosige Zukunft, daß die Sowjetunion in *ihren* Ländern als Antwort auf eine westliche Nachrüstung Mittelstreckenraketen aufbauen könnte. Ceausescu hat sich bekanntlich sogar für die amerikanische Null-Null-Lösung ausgesprochen. Auf dem letzten Gipfel der Staatschefs des Warschauer Pakts haben die Osteuropäer dafür gesorgt, daß alle *konkreten* Ankündigungen von Gegenmaßnahmen im Fall einer Stationierung unterblieben.

Für eine Politik gegen die Stationierung und über die Stationierung hinaus

Natürlich kann man nicht hundertprozentig vorhersagen, was in Genf herauskommt. Was aber geschähe, wenn eine

„Zwischenlösung“ dieser Art im Herbst oder später zustandekäme? *Es entstünde innenpolitisch eine neue Allparteienkoalition für die Formel „Stationierungsbeginn plus Verhandlungen“*

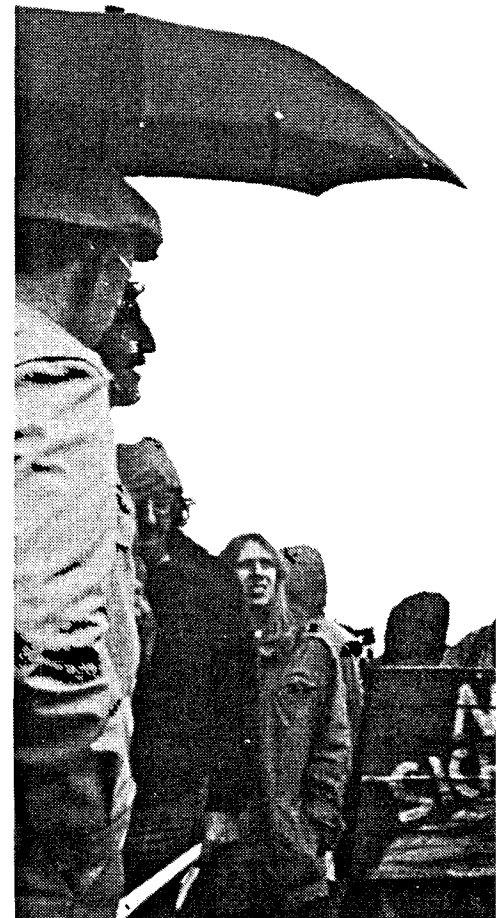
Als Genscher in Bulgarien das erste Mal den Waldspaziergang ins Gespräch brachte, mutmaßte Springers *Welt* noch eine „Seelenachse Genscher/Bahr“. Kurz darauf mußte man schon von einer „Seelenachse Genscher/Bahr/Kohl“ sprechen, und Strauß wird ich schreibe das am 24. Juli – auch noch zu dieser „Seelenachse“ stoßen.

Einmal als „Szenario“ formuliert: Was würde man uns, gäbe es ein Verhandlungsergebnis, alles entgegenhalten? Erstens, daß es effektiv weniger Raketen gäbe. Zweitens, daß selbst Andropow den Cruise missiles zugestimmt hat. Drittens, daß weiterverhandelt wird.

Natürlich ist noch nichts entschieden, aber wir müssen mitdenken, daß dann ab einem bestimmten Punkt eine weitere physische Radikalisierung sinnlos würde.

Ich weiß, daß die Forderung nach einer „Politik über den Stationierungsbeginn hinaus“ in der Friedensbewegung oft hysterisch aufgenommen wird.

Viele von uns scheinen wirklich von einer extremen „Endzeit“ Stimmung geprägt, aber diese wirkt mittlerweile selbst destruktiv. Auf dem letzten grünen Bundeskon-



greß trat eine Gruppe von Radikalpazifisten auf, die ernsthaft vor hat, im Herbst in einen *unbefristeten* Hungerstreik zu treten. Ihr Argument: Wenn Raketen kommen, sterben wir im Atomkrieg, also können wir uns auch zu Tode hungern. Als ich das erzählt bekam, schwankte ich zwischen Erschütterung (schlägt hier die zerstörerische Entwicklung unserer Gesellschaft nicht schon um in einen Drang nach Selbstzerstörung der Individuen??) und Aggression. Denn ich hatte schon immer etwas gegen die Zeugen Jehovas, die ja auch öfter den Weltuntergang prophezeiten, und wenn er nicht eintrat, immer das Datum verschoben mußten. Rational betrachtet gibt es selbst im schlimmsten Fall, würde eine Stationierung voll durchgezogen, keinen Automatismus des Kriegsausbruchs.

Seitdem es die Friedensbewegung gibt, prophezeien selbst kluge Leute für den Fall einer Stationierung einen „russischen Präventivschlag“ Das ist absolut ausgeschlos-

sen, jeder in der Sowjetunion weiß, daß es deren kollektiver Selbstmord wäre.

Seitdem es die Friedensbewegung gibt, wird auch immer wieder angenommen, die Pershings befähigten die USA zu einem „Erstschlag“ in einem begrenzten Atomkrieg. So gefährlich die entsprechenden Phantasien amerikanischer Minister sind, mir scheint es keine reelle Grundlage zu haben.

Daß Pershings nur zum *Ersteinsatz* technisch geeignet sind ist ja richtig. Im Unterschied dazu setzte eine *Erstschlagskapazität*, die den Krieg gewinnbar machen würde, voraus, den Großteil des strategischen Potentials der anderen Seite außer Kraft zu setzen, so daß sie zu einem nuklearen Gegenschlag nicht mehr in der Lage ist. Diese Fähigkeit hat auf absehbare Zeit keine Seite.

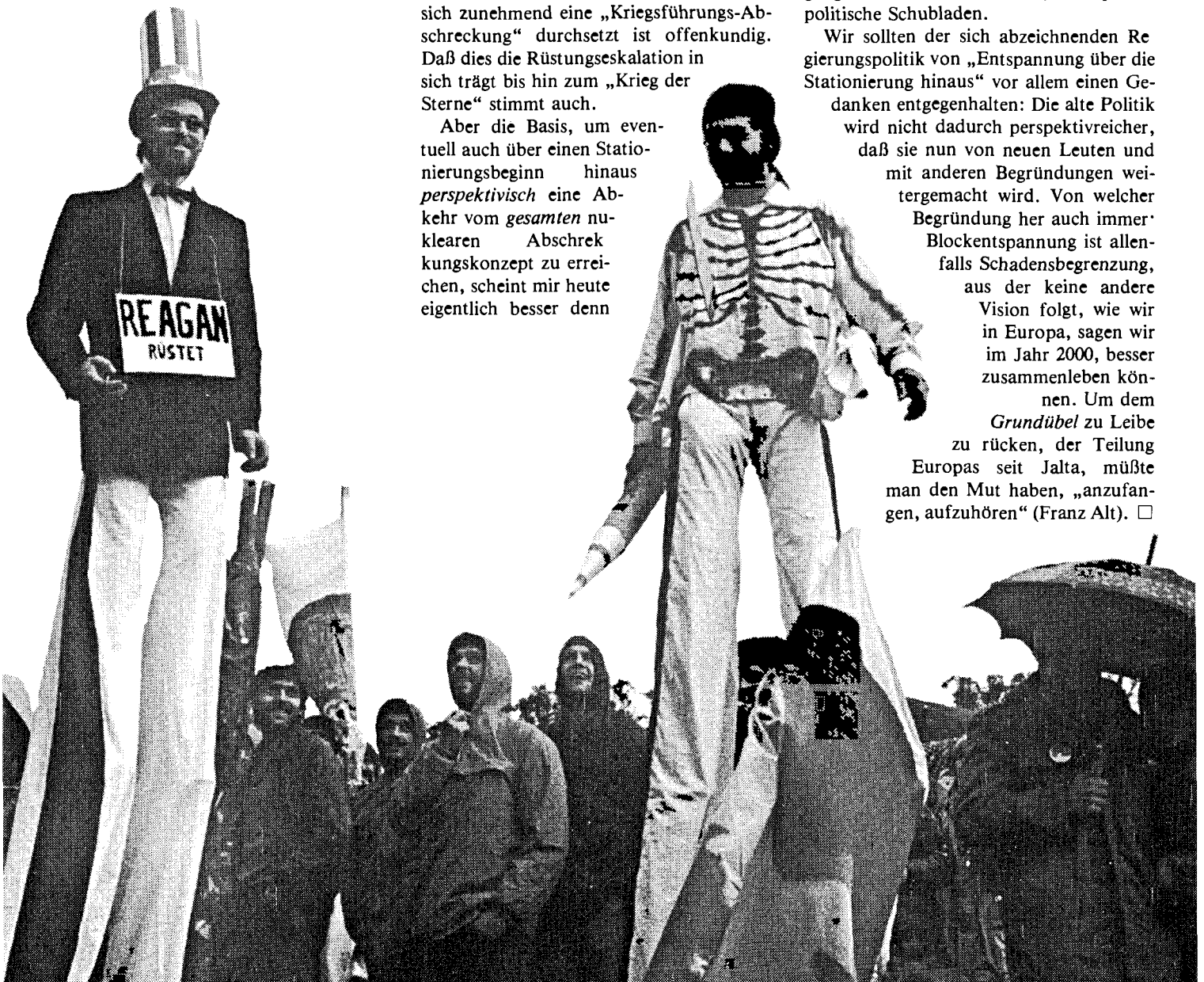
Ich meine das gar nicht verharmlosend. Ein Atomkrieg kann stündlich ausbrechen, sei es nur durch technisches Versagen. Daß sich zunehmend eine „Kriegsführungs-Abschreckung“ durchsetzt ist offenkundig. Daß dies die Rüstungseskalation in sich trägt bis hin zum „Krieg der Sterne“ stimmt auch.

Aber die Basis, um eventuell auch über einen Stationierungsbeginn hinaus *perspektivisch* eine Abkehr vom *gesamten* nuklearen Abschreckungskonzept zu erreichen, scheint mir heute eigentlich besser denn

je. Der Konsens in dieser Frage hat sich verschoben, und die Behauptung, die Abschreckung sichere den Frieden, wird durch eine Stationierung nicht wieder beliebter werden. Das Wichtigste scheint zu sein, daß die Brüche bis ins „konservative“ Lager reichen. Von den Auseinandersetzungen in der katholischen Kirche über Franz Alts „Unionsmitglieder gegen Nachrüstung“ bis zu *Nachrüstkampfbefürwortern*, die, wie Biedenkopf, zumindest langfristig in der Abschreckung keine Perspektive mehr sehen.

Mit ihnen müssen wir einen dialogischen Umgang lernen. Wenn die CDU im Herbst wirklich ihre 10000 Friedenstag durchführt, sollten wir nicht hingehen und sie anprangern als die „kalten Krieger“, die sie gar nicht sein *können*, sondern mit den Menschen da über Alternativen diskutieren. Den Versuch zumindest müssen wir machen, und zwar, wenn wir uns den Zugang nicht verschließen wollen, ohne parteipolitische Schubladen.

Wir sollten der sich abzeichnenden Regierungspolitik von „Entspannung über die Stationierung hinaus“ vor allem einen Gedanken entgegenhalten: Die alte Politik wird nicht dadurch perspektivreicher, daß sie nun von neuen Leuten und mit anderen Begründungen weitergemacht wird. Von welcher Begründung her auch immer: Blockentspannung ist allenfalls Schadensbegrenzung, aus der keine andere Vision folgt, wie wir in Europa, sagen wir im Jahr 2000, besser zusammenleben können. Um dem *Grundübel* zu Leibe zu rücken, der Teilung Europas seit Jalta, müßte man den Mut haben, „anzufangen, aufzuhören“ (Franz Alt). □



Nettoeinkommen der Haushalte 1981

Die auseinanderklaffenden Einkommen der Haushalte schaffen ganz unterschiedliche Lebensbedingungen. Staatlich vermittelte Sozial-einkommen können dies nur mildern – entscheidend bleibt, daß ein Teil an Geld nur kommt durch Verkauf seiner Arbeitskraft, während die höchsten Einkommen aufgrund von Kapitalbesitz kassiert werden. Harte Arbeit wird im allgemeinen am schlechtesten bezahlt.

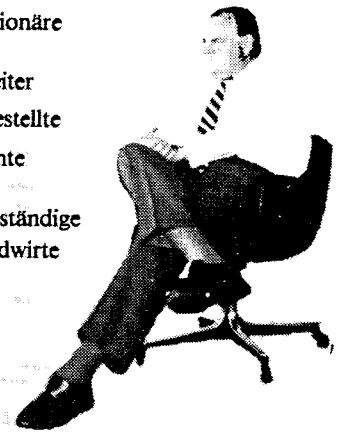
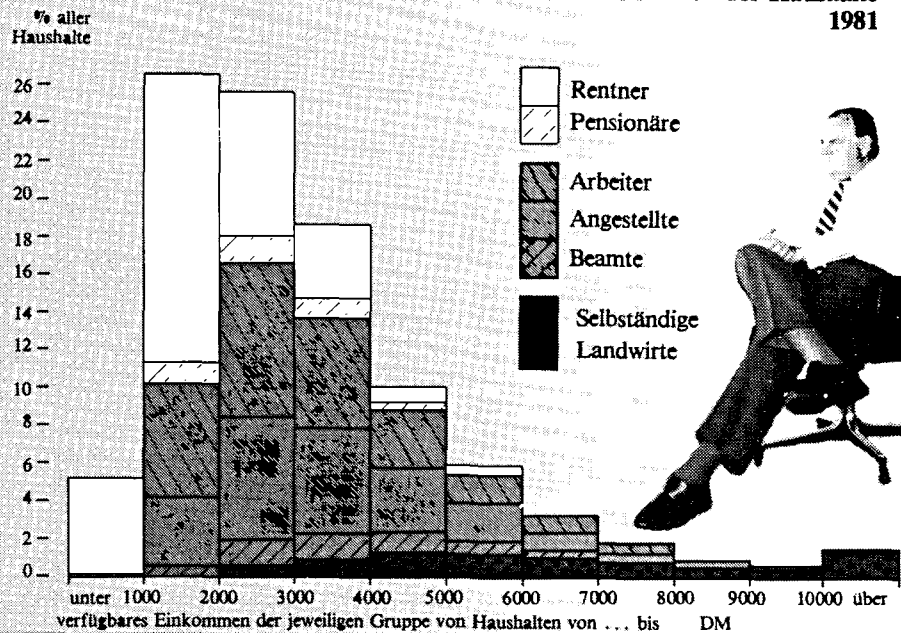
Das reichste Fünftel der Haushalte hat diesen Anteil am Geldeinkommen:



Das ärmste Fünftel hat diesen Anteil:



Quelle: DIW-Wochenbericht 30/83



Es tut sich was in der Familienpolitik

Die hektischen Vorstöße verschiedener Unionspolitiker in der Familienpolitik sind sicheres Zeichen dafür daß die bisherige, auch wenn sie eher still und leise wirkt, unmöglich fortgeführt werden kann. So und so muß sich was ändern, fragt sich nur, was. Der weitestgehende Vorstoß kam von Strauß, der auf dem CSU-Parteitag scheinbar ein neues Gesamtkonzept vorgelegt hat. Auch der Leistungsideologe muß mittlerweile weile zugestehen, daß junge Eltern „in Einkommensverfall geraten“ wenn ein Kind kommt. Also soll künftig gewählt werden können, entweder Kindergeld bis zum 16. Lebensjahr oder ein verlängertes und erhöhtes Mutterschaftsgeld; bei Erstkindern würde ein Jahr lang 670 DM monatlich, bei Zweitkindern zwei Jahre lang, und für dritte und weitere Kinder würden die 670 DM drei Jahre lang gezahlt und in diesem letzteren Fall außerdem das bisherige Kindergeld von 220 DM.

Das ist schlaue eingefädelt, weil die Betroffenen in ihrer Zwangslage dem Anreiz des verbesserten Mutterschaftsgeldes folgen werden, ihnen andererseits später das Kindergeld verweigert wird. 13,8 Mrd. DM kosten den Bund derzeit Kindergeld und Mutterschaftsleistungen, nur 8,2 Mrd. DM würde das Modell Strauß kosten. Aber auch sonst zielt der Vorschlag nicht auf den Ausgleich unterschiedlicher Belastungen Einzelner ab, sondern auf die Schaffung einer Geburtsprämie. An sich dient das Kindergeld dazu, Eltern Mehr

aufwendungen für ihre Kinder zu mildern, während das Mutterschaftsgeld den Einkommensverlust abschwächt, wenn die Mutter nach der Geburt ihre Erwerbstätigkeit unterbricht. Wird aber das eine durch das andere ersetzt, so wird daraus ein reines Prämiensystem. Honoriert wird die Aufgabe der Erwerbstätigkeit und Geburten vom dritten Kind aufwärts, selbstverständlich im alten Finanzrahmen. Im übrigen: Ausgerechnet jene, die am nachhaltigsten über gesunkene Geburtenraten lamentieren, sind zugleich die größten Ausländerdeporture.

Bund soll für Fremdleistungen zahlen

Zur Abwendung des in Aussicht gestellten Defizits der Rentenversicherung von jährlich 6 Mrd. Mark soll der Bund für die Finanzierung der nicht durch Beitragszeiten gedeckten sogenannten Fremdleistungen der Versicherung aufkommen. Fremdleistungen sollen künftig sichtbar ausgewiesen werden. So verlangt es ein Antrag, den die Fraktion der Grünen im Bundestag eingebracht hat. Begründung ist, daß rund 30% aller Rentenzahltrüge nicht durch Beitragszahlungen begründet sind – so Renten an Kriegsversehrte und Kriegervitwen, Renten für Ausfallzeiten wegen Militärdienst, Fremdreuten, familienpolitische Leistungen, vorgezogene Altersruhegelder an Schwerbehinderte usw. Der Bundeszuschuß ist aber seit 1957 von knapp 30% auf rund 16% der Versicherungsausgaben gesunken; dadurch entsteht eine nichterstattete

Differenz von 19 Mrd. DM, die die Beitragszahler zu tragen haben. „Solange die Rentenversicherung als Manövriermasse für eine sachfremde Haushaltspolitik verwendet wird, gibt es keinen Grund für mindere Rentenerhöhungen, verschobene Rentenanpassungstermine und sonstige Rentenkürzungen“ heißt es in dem Antrag.

Weitere Pleiten für Atomphantasten

Wiederum hat die Wirklichkeit in den letzten Wochen das Abenteuerium der Atomkraftfanatiker eingeholt – glücklicherweise nur auf ökonomischem Gebiet. So geht die bisher größte Pleite auf dem amerikanischen Anleihenmarkt auf die Fehlspekulation eines Energieunternehmens, der Washington Power System, zurück. Fünf Kernkraftwerke sollte das Unternehmen ans Netz hängen; zur Finanzierung wurde die jetzt geplatze Anleihe aufgenommen. Mittlerweile sind aber nicht nur die Baukosten von 4 auf 24 Mrd. DM gestiegen, auch die Schätzung über den Strombedarf hat sich als Seifenblase erwiesen. Nachdem sich die kommerziellen Stromabnehmer geweigert haben, „eine der größten Fehlinvestitionen in der amerikanischen Geschichte“ durch höhere Tarife zu finanzieren, konnte Washington Power den Kredit nicht mehr bedienen. Vier der fünf Atommeiler stehen jetzt als unvollendete Ruinen in der Landschaft. Derweil verlaudet aus dem Atomstromwunderland Frankreich, das Bauprogramm würde gekürzt – nicht wie

vormals wegen seichter sozialistischer Wahlversprechen, sondern weil sich der Strombedarf auch hier nicht an die ehrgeizigen Plannungen gehalten hat. Und aus hiesigen Landen hört man, für Lingen 1, seit 1977 wegen Defekts außer Betrieb, liege nun ein förmlicher Stilllegungsantrag vor. Die niedersächsische Landesregierung will binnen zwei Jahren darüber entscheiden, das Verfahren aber nicht öffentlich machen. Ein Abriss ist nicht Gegenstand des Antrags. □

Wirtschaftsreform in Jugoslawien

Mit tiefgreifenden Reformen versucht Jugoslawien jetzt der Wirtschaftskrise des Landes zu Leibe zu rücken. Nachdem Anfang Juli schon die Stellung der Nationalbank entscheidend gestärkt worden war hat nun nach über einjähriger Arbeit die „Kommission für die Probleme der wirtschaftlichen Stabilisierung“ (Krajer-Kommission) ihre Empfehlungen vorgelegt. Im wesentlichen geht es ihr um eine Straffung der Wirtschaftsführung der selbstverwalteten Unternehmen gehen. In der Diskussion darum heißt es immer wieder, Jugoslawien habe keine andere Wahl und die Regierungschefin Planinc wird mit der Mahnung zitiert: „Ich weiß nicht, ob Sie alle begriffen haben, in welcher Situation wir uns befinden.“

Eile ist notwendig, weil sich das Land am Rande der Zahlungsunfähigkeit bewegt; ein Überbrückungskredit westlicher Gläubiger über 6 Mrd. DM war nur gegen die Zusicherung zu erhalten, daß die Nationalbank künftig für



Das neue Partnerschaftsgefühl

alle Auslandskredite haftet. Diese erhielt ihrerseits Aufsichtsrechte gegenüber den inländischen Banken und kontrolliert den Außenwirtschaftsverkehr der Unternehmen.

Die Auslandsverschuldung hat aber bloß die Krise auf die Spitze getrieben. Offensichtlich haben Jugoslawiens Unternehmen in den letzten Jahren ziemlich in die vollen gewirtschaftet, kräftig investiert, freilich nicht aus eigenem Realeinkommen sondern auf billigen Kredit (von aus- und inländischen Banken). Unter dem Schutz einer galoppierenden Inflation (derzeit rund 50%) haben die Unternehmen ungedeckte Verluste in Höhe von 100 Mrd. Mark auflaufen lassen.

Als Gegenmaßnahmen sind nun Vorschriften für einen Investitionsfonds, Änderungen im Kreditwesen und eine verbesserte Stellung der Gläubiger geplant. So werden künftig Auslandsverpflichtungen der Unternehmen an erster Stelle rangieren, noch vor inländischen kommerziellen Verpflichtungen, denjenigen gegenüber dem Staat und Lohnzahlungen, während bislang die Einkommen der Beschäftigten vor allem anderen gezahlt werden mußten.

Ein weiteres Problem besteht darin, daß sich in den letzten Jahren entgegen allen Anstrengungen die Rolle des Staates in der Wirtschaft ausgedehnt hat. Vieles spricht dafür, daß dies nicht zuletzt eine Reaktion auf die insofern übertriebene Dezentralisierung nach der 1974er Reform ist. Jetzt soll eine Steuerreform abhelfen, die das Interesse öffentlicher Instanzen an hohen Erträgen der Unternehmen fördert. Und unverblümt hat dieser Tage ein Mitglied des Parteipräsidiums davon gesprochen, für wesentliche wirtschaftliche Fehlentwicklungen der letzten Jahre und bis zum heutigen Tage sei häufig die personelle Verfüllung von lokalen Parteifunktionären und Wirtschaftsmanagern verantwortlich. Mehrheitsmeinung der politischen Entscheidungsgremien ist das aber nicht.

Mieten können nicht mehr bezahlt werden

Viele Mietwohnungen sind inzwischen so teuer daß sie zeitweise leer stehen und ihre Vermietung ausgesprochen schwierig ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine Erhebung, die die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in der BRD durchgeführt haben. Sarkastisch heißt es, sehr begehrt seien zur Zeit Wohnungen mit wenig Komfort, weil die Mieten dieser Wohnungen wenigstens erschwinglich seien. □

Seit längerem schon basteln die Regierungsparteien an einem „Ausbau der Vermögensbildung“; Ende Juni hat sich das Kabinett auf Einzelheiten festgelegt. Lauthals wird der Vorstoß mit schönen Worten gepriesen werden, geht es den Initiatoren mit der Staatsaktion doch um eine Weichenstellung; die Politik des flexiblen Raubzugs bedarf der Flankensicherung, das Renomee des liberal-konservativen Weltbildes staatlicher Aufputzmittel.

Vermögenswirksame Leistungen sind heute für die meisten Erwerbstätigen Bestandteil ihres Lohnes. Man spart für eine größere Anschaffung oder bildet Rücklagen für schlechte Zeiten. Die Prämie wird dankbar mitgenommen. Doch was jetzt passiert, ist mehr als eine modifizierte Aufstockung des 624-Mark-Gesetzes auf 936 DM. Denn die Aufstockung gilt nur für die Anlage des Lohngeldes als „Kapitalbeteiligung“; das Geld kann nicht mehr auf einem Sparkonto oder im Rahmen eines Bausparvertrages gesammelt werden, muß vielmehr dem Unternehmen als Kapital überlassen bleiben. Obendrein wird diese Anlageform mit einer Extraprämie bedacht.

Natürlich kommt das ganze im liberalen Gewande eines „Angebots an die Tarifvertragsparteien“ daher, doch in Wirklichkeit bedarf es eines erheblichen Aufwandes, Lohnabhängige zu Lohnverzicht zugunsten solcherart „Beteiligung am Produktivvermögen“ zu veranlassen.

Der Trick ist einfach, doch immer wieder wirksam. Der Lohnarbeiter erhält durch die „vermögenswirksame Leistung“ – nach Ablauf der Sperrfrist – mehr, als ihm bei normaler Lohnzahlung bleiben würde. Und umgekehrt hat das Unternehmen geringere Lohnkosten und auf Jahre billigen Kredit. Für beide Seiten also lohnt sich die Sache, der Anreiz ist hoch, schließlich gilt als

blöde, wer übersieht oder gar verschmäht, was vom Staat zu holen ist.

Freilich läuft das ganze nur, weil Kohl & Co. mit Milliardenbeträgen öffentlicher Gelder nachhelfen – und die holen sie sich hintenrum von Steuerzahlern und Staatsbürgern wieder. So steigt mit der Aktion zwar die „Staatsquote“, aber so wörtlich waren die Bekenntnisse zu deren Reduzierung ohnehin nicht zu nehmen. Und außerdem wird das Anlaß sein, erneute Maßnahmen zur „Sanierung der öffentlichen Finanzen“ zu fordern, womit wiederum die wirklich Vermögenden nicht belästigt werden dürfen. So werden am Ende unmerklich die Ärmsten für die „Vermögensbildung“ zahlen.

Dazu kommen konkrete Nachteile der neuen Sorte Vermögensbildung. Denn während die Spargelder wenigstens einigermaßen sicher sind, kann die „Kapitalbeteiligung“ in den Kamin geschrieben werden, wenn das Unternehmen in Konkurs geht. Dann ist der Arbeiter oder Angestellte nicht bloß ohne Stelle und Lohn, sondern ausgerechnet in diesem Augenblick auch noch sein Angespertes los.

Weiterhin stehen „vermögenswirksame Leistungen“ der Arbeitgeber bei den kommenden Auseinandersetzungen in Konkurrenz zur Arbeitszeitverkürzung, ein Hintergedanke, der die Regierungsinitiative beschleunigt haben dürfte.

Weshalb aber den ganzen Aufwand? Es geht, um der Wortwahl des Informationsamtes zu folgen, um die „partnerschaftliche Integration der Arbeitnehmer in ihr Unternehmen“, wunderbar kombiniert mit der „Verbesserung der Kapitalbasis der Unternehmen“.

Die Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenskapital stehe im Zentrum einer „neuen partnerschaftlichen Unternehmensverfassung“, so verlangt auch ein neueres

Buch, dessen Unterstützung Franz Josef Strauß durch ein Vorwort dokumentiert hat. Unter Partnerschaft verstehen demnach unsere christlichen Heilslehrer die Anerkennung einer „natürlichen“ Hierarchie, in der demütige Arbeiter sich als Partner der Nutznießer ihrer Arbeit verstehen. Denn „natürliche Ungleichheit“ beruhe überwiegend auf der Erbanlage, woraus folgt: „Wenn also die Ungleichheit in Zukunft als gesellschaftliches Prinzip in den Vordergrund rückt, so handelt es sich nicht um eine soziale Demontage, sondern im Gegenteil um das Freilegen eines naturrechtlichen Grundwertes.“

Solche Freilegung hat die Produktion bunt schillernder Seifenblasen und zumindest die Schwächung von Interessenvertretung zur Voraussetzung, und eben dazu hat „Vermögensbildung“ herzuhalten. Zwar bliebe der Kapitalbesitz unberührt, eine minimale Beteiligung würde aber wenigstens Teile der Belegschaft in Sachzwänge und Interessen „ihres“ Unternehmens einbinden. So jedenfalls das Kalkül.

Allerdings kann der Schuß auch nach hinten losgehen. Die Unzulänglichkeit der konkreten Maßnahme könnte die Gewerkschaften überhaupt von einer Reform-Strategie abbringen, deren wesentlicher Bestandteil die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen war. Mit ihrem politischen Scheitern haben sich auch die immanenten Fehler einer solchen Strategie gezeigt, und diese Erfahrungen „bedeuten für die Gewerkschaften, vermögenspolitische Wege insgesamt zu verlassen, nachdem sie sie vor vielen Jahren teilweise hoffnungsvoll betreten hatten“, schreibt Claus Schäfer in den neuesten WSI-Mitteilungen. Die Gewerkschaften könnten den allseitigen Interessen der Produzenten als Produzenten Nachdruck verleihen, statt falsche Träume zu nähren. fb.

Die Ente vom Ende der Ära Strauß

Was ist los mit der CSU? Anstatt das ge-
wohnt monolithische Bild zu liefern, be-
zeugt der Parteitag seine Unbotmäßigkeit,
erteilt dem Vorsitzenden einen Niedrig-
Votum-Denkzettel und endet unpro-
grammgemäß wegen vorzeitiger Abreise
vieler Delegierter. Da tritt ein Bundestags-
abgeordneter wegen Einmandemokratie
aus der Partei aus. Da weigert sich ein Mi-
nister das „Kasperltheater“ eidesstattlicher
Erklärungen über Kabinettsitzungen wei-
ter mitzumachen. Und schließlich: Die Par-
teispitze in Person, FJS selbst, macht eine
rasante politische Kehrtwende, organisiert
Kredite für die DDR und schüttelt Hone-
cker die Hand. Er untergräbt auf diese
Weise manches liebgewordene Feindbild,
befestigt freilich das Image seiner Unbere-
chenbarkeit. Verfallserscheinungen?

Jedenfalls war die Presse verwirrt. Die
„konservativen“ Blätter etwa die *FAZ*,
hielten Strauß die Inkonsequenz seines
Handelns vor: die sich „liberal“ gerieren-
den, wie die *Süddeutsche Zeitung*, fanden
die Politik okay. Anerkennung der Realit-
täten, da eben Regieren anderes verlangt als
Opponieren. Indes, der Stil sei etwas unge-
lenk, die Sache zu abrupt gekommen. Der
„Mann auf der Straße“ diesmal vom West-
fernsehen in der DDR befragt, nutzte die
Gelegenheit, seinen Unmut über die politi-
schen Verhältnisse dort zu äußern. Und die
BILD-Zeitung machte wieder mal ihre Ver-
sion gesamtdeutscher Politik deutlich.

So scheint es, daß die Feindbilder wieder
ins Lot kommen können. Dieselben Leute,
die seinerzeit, als Strauß bei Mao war, Zet-
ter und Mordio schrieen, werden jetzt, über
den Kredit milde hinwegsehend, betonen,
daß Strauß ja doch der „kalte Krieger“ ge-
blieben sei, zu dem er sich selbst bekannt
hat.¹ Alles Taktik.

Immerhin rentiert sich diese Taktik. Sicher
kostet sie auch mal Stimmen auf einem
Parteitag, aber doch nicht gleich das Anse-
hen der Person und das politische Gewicht
der Partei. Manche Auguren reden bereits
vom Ende der Ära Strauß. Das ist fraglich.
Eben hat er sich gerade wieder aufgewertet.
Er leistet sich weiterhin, die Fraktion zu
brüskieren, indem er ihr keinen Bericht
über seine Reise gibt. Er geht davon aus,
sich das leisten zu können. Sein Ausflug zu
Honecker hat den Eindruck verstärkt, da
handelt es sich um einen Politiker von Ein-
fluß. Er bleibt im Gespräch.

Den Wert altgedienter Politiker kann die
SPD an Willy Brandt ermessen. Der ist
noch immer gut zur Bindung alter wie Ge-

winnung junger Anhänger. So auch Strauß.
Seine CSU ist keine Honoratiorenpartei
und kein Verein von Dorfpolitikern. Nach
1945, als die CDU entstand, wurde die CSU
in bewußter Abgrenzung davon gegründet.
Man baute dabei auf das Erbe der Bayeri-
schen Volkspartei – Hitlers Wegbereiter
und Gegner in Bayern. Aber nicht aus-
schließlich darauf. Während ein Flügel der
CSU rein föderalistisch mit dem Konzept
einer Honoratiorenpartei auftrat, legten
sich Parteigründer Josef Müller und sein
Adlatus Strauß für eine mit den Christde-
mokraten kooperierende Massenpartei ins
Zeug. Sie setzten sich durch. An der Tradi-
tion Bayerns als Bauernland mit einer rela-
tiv jungen Arbeiterklasse anknüpfend, im
unverbrüchlichen Bündnis mit der Kirche,
bestehende politische Bindungen ausnut-
zend, mit den maßgeblichen Leuten der In-
dustrie wie auf dem Dorf zusammenarbei-
tend eroberte die CSU Positionen in allen
wesentlichen politischen und gesellschaftli-
chen Organen vom Vereinsvorsitz bis zum
Landratsamt; mit dem Abwirtschaften so-
zialdemokratischer Kommunalpolitik auch
Großstadt-Rathäuser. Gab sich bodenstän-
dig und verfolgte zugleich ein Modernisie-
rungsprogramm zugunsten von Rüstungs-
und Atomindustrie, Chemie und Petroche-
mie. Bayern wurde ein Industrieland. Der
bäuerliche Hintergrund indes wurde weiter
hin gepflegt. Dem Idealbild des „bauern-
schlau“ gewitzten bis groben Politikers,
dem die „Preußen“ in Bonn nichts anhaben
können, blieben die führenden CSU-Politi-
ker treu. Skandale und Meineide sind auf
diesem Hintergrund kein Makel, vorausge-
setzt, es geht glimpflich aus.

Die CSU ist eine junge Partei, schrieb die
Süddeutsche. Die neugewonnenen jungen
Mitglieder wollen natürlich nicht alles mit
sich machen lassen. Soweit versteht sich die
Parteitags-Rebellion. Aber wenn der alte
Bazi am Schluß doch als der Klügere da-
steht? Dessen Händedruck mit Honecker
ebenso symbolträchtig sein könnte wie weil-
and Willy Brandts Warschauer Kniefall?
Immerhin hat ihn Honecker ja empfangen
müssen.

Die CSU versteht es, Interessen des Kapi-
tals an angebliche oder tatsächliche Volks-
interessen zu binden. Zimmermanns „Al-
leingang“ in Sachen bleifreies Benzin ist
nicht unpopulär. Die CSU knüpft mit ihrer
Politik nicht bei irgendeinem „Wertkonser-
vativismus“ an, sondern an der Tatsache
realer Verschlechterung der Verhältnisse
und der Tatsache ideologischer Vorstellun-



gen über die Verhältnisse – hießen sie
„Deutschland braucht Bayern“ oder
„Deutschland braucht einen 'starken
Mann“.“ Wenn Zimmermann in der Türkei
als Türkenfeind angegriffen wird, kann
ihm das zu Hause nur recht sein. Dem un-
aufgeklärten, rückständigen Bewußtsein er-
scheint die Wirkung als Ursache und die
Arbeitslosigkeit mit dem Türken-raus-Mo-
dell lösbar.

Peter Thalheim beschreibt unter dem Ti-
tel „des muaß mia bassiern“ (das muß mir
passieren) ein Wirtshausgespräch. Sein
Tischnachbar ist für die Enteignung und
für Strauß: „dea hod a schneid / dea mog
as voik / dea woafß daß as bia / und da le-
bakas / sein weat hod / und dea / hod scho
vui durchgesetzt / ohne den / gäht doch
koa bolitik ned / drum bin i / fia d enteign-
un / und da schraub / is vielleicht / da
oanzige / dea wo / si des traut.“²

Strauß und die CSU haben ihre Position
auf einem breiten Spektrum von Erwartun-
gen errichtet. Die Politik, Strauß als Prä-
oder Superfaschisten zu entlarven, wie von
vielen Linken betrieben, hat bislang nichts
genützt. Aber soviel ist auch gewiß: Wer
sich der CSU-Politik und Ideologie *anpas-
sen* will, bleibt dem Original allemal unter-
legen.

Jürgen Walla

1 „Lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder“
FJS

2 Peter Thalheim: Unbandiges, München 1980. Hier
die Übersetzung für des Bayrischen nicht Kundige:
„der hat mut der mag das volk der weiß daß das
bier und der leberkäs seinen wert hat / und der
hat schon viel durchgesetzt ohne den geht doch
keine politik darum bin ich für die enteignung
und der strauß ist vielleicht der einzige der
sich das traut.“

Anders als im Dezember vergangenen Jahres stellte sich nach dem Beschluß der Bundesregierung vom 29. Juni, ARBED Saarstahl mit einer weiteren Finanzspritze vor dem akuten Zusammenbruch zu bewahren, eine größere Erleichterung im Saarland nicht ein. Zu unsicher scheint die Zukunft des Unternehmens, in dem derzeit an den vier Standorten Völklingen, Burbach, Neunkirchen und Homburg knapp 18000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind – gegenüber 20500 im Oktober 1982 und rund 27000 vor Beginn der Umstrukturierung der saarländischen Stahlindustrie 1978.

Im Dezember vergangenen Jahres verbreitete der saarländische Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) nach Bekanntwerden der Bonner Beschlüsse zur Unterstützung von ARBED Saarstahl allseits Zuversicht: Endlich sei das Unternehmen aus der Phase der Unsicherheit gerissen und der ungeheuren Druck von Belegschaft und Geschäftsführung genommen. Alle diejenigen, die dem Braten nicht trauten und Massenentlassungen nach der Bundestagswahl vorher sahen, zieh Zeyer der „Demagogie“. Auch die Geschäftsführung von ARBED Saarstahl trug Optimismus zur Schau: Man werde „die Chance nutzen“. Noch am 4. Juni sprach Zeyer von einem „finanziell gesicherten Konzept“ des Unternehmens.

Mitte Juni war auf einmal von einem Mehrbedarf der ARBED Saarstahl in einer Höhe von 160 Millionen Mark die Rede. Schließlich redete die Geschäftsführung gar von einem Zusatzbedarf von jeweils 200 Millionen Mark für die Jahre 1984 und 1985. Erhalten hat das Unternehmen aus der Staatskasse bereits knapp 2,9 Milliarden Mark an Bürgschaften, Zuschüssen und Zinsübernahmen seit 1978.

Begründet wurde der zusätzliche Bedarf mit einem Preisverfall „in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß“ und mit zwar niedrigeren, aber über der Planvorgabe vom Dezember liegenden Arbeitskosten aufgrund einer angestiegenen Produktion.

Bemerkenswert an dem Bekanntwerden eines Mehrbedarfs ist nicht nur sein plötzliches Auftreten und erhebliches Ausmaß, sondern auch, daß die staatliche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Treuarbeit“, die von den Bürgen mit der ständigen Überprüfung des Geschäftsgebarens des Unternehmens beauftragt ist, ebenso überrascht schien wie die Öffentlichkeit. Diesen Sachverhalt nahmen der Hauptvorstand der IG Metall und der Landesvorsitzende der SPD Saar Oskar Lafontaine, zum Anlaß, die „Verstaatlichung“ von ARBED Saarstahl zu fordern, während die Grünen für eine „Vergesellschaftung“ eintraten.

Schließung des Standortes Neunkirchen

Die Bundesregierung lehnte eine unmittelbare Verpflichtung des Staates gegenüber

dem Unternehmen ab. Weitere Finanzhilfen will sie nur geben, wenn bis Oktober ein Anpassungsprogramm, das auch Stilllegungen umfassen soll, vorgelegt wird. Insbesondere soll darin festgelegt werden, wie Arbeitskosten und Beschäftigtenzahl gesenkt werden.

Der gesamte Umfang der Massenentlassungen wird auf bis zu 5000 Personen geschätzt. Zu dieser Zahl will sich die Geschäftsführung nicht eindeutig äußern, verweist aber schon einmal darauf, daß der im vergangenen Dezember verabschiedete Plan ohnehin 3500 „Freisetzungen“ über Sozialplan bis zum Jahre 1985 vorgesehen hatte und gegebenenfalls 850 Entlassungen hinzukommen könnten, falls darüber eine Kostenentlastung zu erwarten sei.

Über die Zukunft des Unternehmens generell und den Erfolg der Sanierung, die 1985 abgeschlossen sein soll, wagt derzeit kaum jemand eine definitive Erklärung abzugeben. Zeyer geht jedoch davon aus, daß ARBED Saarstahl „diesen Herbst überleben kann“. Auch Kurt Hartz, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Völklingen, sieht „die Zukunft des Unternehmens positiv“ unter Verweis auf „hervorragende technische Anlagen“ des Unternehmens. Beide Äußerungen scheinen mehr vom Zweckoptimismus als von realistischer Einschätzung der Lage geprägt.

Eher zutreffen dürfte die Beurteilung der Situation durch Herbert Bonenberger, Betriebsratsvorsitzender des Werkes Burbach, der von einem „Tod auf Raten“ spricht: „Wenn es zu diesen Massenentlassungen kommt, dann bedeutet dies gleichzeitig das Ende der Restrukturierung und damit das Ende von ARBED Saarstahl.“ In der Tat deuten einige Anzeichen darauf hin.

Durch die Freisetzungen über Sozialplan in der Vergangenheit sind die Belegschaften so stark geschrumpft, daß bei der Steigerung der Auftrageingänge zu Anfang dieses Jahres die begonnene rollierende Kurz-

arbeit von 5500 Beschäftigten personell nicht durchgehalten werden konnte, weil sonst die Aufträge nicht hätten erledigt werden können. Die Vorhaltungen von Bundes- und Landesregierung gegenüber Geschäftsführung und Betriebsrat, daß die festgelegte Kurzarbeit nicht eingehalten und somit die Arbeitskosten nicht wie geplant gesenkt worden seien, gehen an der Tatsache vorbei, daß das monatliche Produktionsvolumen zum Teil erheblich über dem Plan gelegen hat. Nach Angabe von Krackow hat die Belegschaft mit 3000 Beschäftigten weniger als vor einem Jahr zehn Prozent mehr produziert; dabei seien 20 Millionen Mark Lohnkosten eingespart worden.

Entgegen dem von Bundes- und Landesregierung bewußt in der Öffentlichkeit erweckten Eindruck, daß die Belegschaften ein gerüttelt Maß an Schuld, wenn nicht gar die Hauptschuld an der desolaten Lage des Unternehmens trügen, haben die Beschäftigten in Wirklichkeit ständig Mehrarbeit leisten müssen unter finanziellen Bedingungen, unter denen in anderen Hütten kaum gearbeitet werden dürfte: Überartifliche Leistungen wurden ebenso gestrichen wie der sogenannte Härteausgleich bei Kurzarbeit, so daß nicht wenige Arbeiter einen Lohn erhalten, der unter dem Sozialhilfesatz liegt.

Wie Dominosteine: Erst ARBED

Eine Reduzierung des Personalbestandes, die über die im Sanierungskonzept vom Dezember 1982 geplante Verminderung hinausgeht, ist nach Einschätzung von Betriebsräten nur dann möglich, wenn ganze Aggregate außer Betrieb gesetzt würden. Massenentlassungen müßten also Betriebsstilllegungen zur Folge haben. In Frage käme vor allem das Werk Neunkirchen (zwei Walzstraßen), wo rund 2500 Beschäftigte betroffen wären, und das Werk Burbach (Kokerei, eine Drahtstraße), wo etwa 1600



Vergesellschaftung der Stahlindustrie

Ein Diskussionsbeitrag aus der grünen Fraktion im Bundestag zur Bewältigung der Stahlkrise

Um die Neuordnung der Stahlindustrie in der BRD wird seit Monaten öffentlich und versteckt gestritten. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand das Konzept der drei Stahl-Moderatoren, das auf privatwirtschaftlicher Grundlage eine betriebswirtschaftlich orientierte Konzentrations- und Rationalisierungsstrategie empfiehlt. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl rechnet für 1983 bis 1985 mit dem Verlust weiterer 33000 Stahlarbeitsplätze. Von der Bundesregierung wird die privatwirtschaftliche Sanierungsprozedur mit drei Mrd. DM Finanzspritzen unterstützt werden, ohne Auflagen zur Arbeitsplatzgarantie.

Für die folgenden Überlegungen ist die Überzeugung grundlegend, daß es auf privatkapitalistischer Grundlage keine Überwindung der Stahlkrise geben kann, die

- die Stahlarbeitsplätze sichert,
- die regionalen Stahlstandorte erhält und damit eine weitere Zentralisierung der Stahlproduktion vermeidet,

in Zukunft eine neue Investitionskonkurrenz und damit den wiederholten Aufbau von Überkapazitäten verhindert.

Für die anstehende Neuordnung der Stahlindustrie ist es politisch vordringlich, den verschiedenen privatwirtschaftlich orientierten Konzepten (einschließlich dem der SPD-Bundestagsfraktion) die Konzeption einer vergesellschafteten Stahlindustrie entgegenzustellen. Eine solche Konzeption hat nur dann eine Chance auf politische Wirkung, wenn sie konkret durchdacht ist und die offensichtlichen Mängel bekannter Verstaatlichungsmodelle vermeidet (vgl. das abschreckende Beispiel der verstaatlichten britischen Stahlindustrie).

Wenn ich mich im folgenden auf einige grundlegende Aspekte der Vergesellschaftung beschränke, so bin ich mir darüber im

klaren, daß die Verflechtung der Stahlindustrie in den nationalen und den Weltmarkt auch eine darauf bezogene planende und steuernde Politik notwendig macht (z.B. und besonders auf EG-Ebene).

Um die Jahreswende ist – ausgehend von Hoesch/Dortmund – von den Vertrauensleutevollversammlungen mehrerer Stahlkonzerne und von verschiedenen IG Metall-Vertreterversammlungen die Forderung nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum erhoben worden. Das „Dortmunder Papier“, ein Grundsatzpapier der IG Metall-Verwaltungsstelle Dortmund, fordert „die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum“ und die

Fortsetzung

Arbed-Saarstahl:

Personen arbeiten. Wenn aber ganze Aggregate geschlossen werden müßten, dann würde unvermeidlich die Produktpalette des Unternehmens schrumpfen, so daß auch ein Teil der bisherigen Aufträge nicht mehr verfahren werden könnte. Es ist unwahrscheinlich, daß angesichts der angespannten Lage auf dem Stahlmarkt die wegfallenden Aufträge durch Mehrbestellungen bei den übrigen Stählen ausgeglichen werden können insbesondere nicht zu angemessenen Preisen. Mit anderen Worten: Das Produktionsvolumen würde sinken, so daß die hohen Zins- und Fixkosten den Preis pro Tonne Stahl nach oben drücken würden. Eine noch stärkere Minderung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens wäre die Folge. ARBED Saarstahl würde noch tiefer in die roten Zahlen rutschen und noch mehr staatliche Subventionen benötigen. Letztes wiederum dürfte kaum die Absicht der Bundesregierung sein. Infolgedessen „retten“ die geforderten Massenentlassungen das Unternehmen und die Arbeitsplätze keineswegs, sondern führen ARBED Saarstahl nur einem planvollen Ende entgegen. IG Metall und SPD Saar lehnen deshalb Massenentlassungen ab. Das Bundeswirtschaftsministerium selbst hat ein Gutachten bestellt, das –

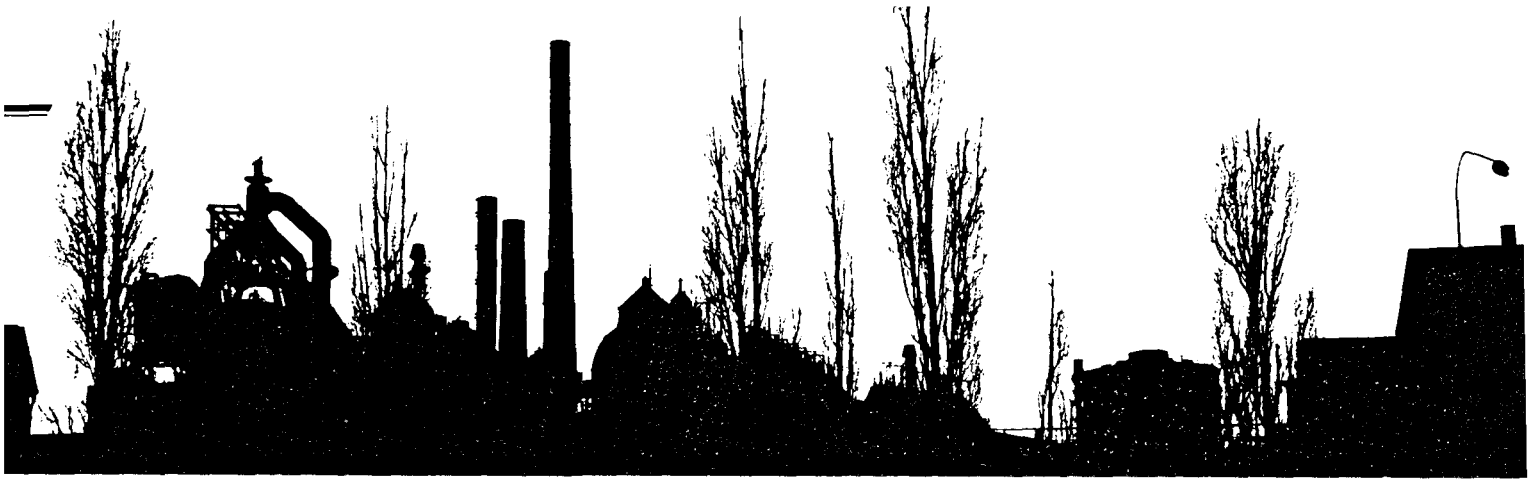
kürzlich vorgelegt – zu dem Schluß kommt, zusätzliche Personalfreisetzungen würden das gesamte Unternehmen in seiner technischen Konzeption gefährden. Daß in den Kommentaren der bürgerlichen Presse schon mehrfach der Hinweis auftauchte, die Bundesregierung wolle einen „unkontrollierten Zusammenbruch“ von ARBED Saarstahl vermeiden, dürfte kein Zufall sein. Die Bundesregierung wird dabei wohl auch die Neuordnung der westdeutschen Stahlindustrie im Blick haben.

In diese Richtung zielen noch weitere Indizien. So zum Beispiel die Tatsache, daß die Baumaßnahmen für die geplante gemeinsame Roheisenphase (mit der Dillinger Hütte), ein zentraler Bestandteil des Restrukturierungsprogramms, vor einiger Zeit gestoppt worden sind. Weiterhin ist von verschiedenen Seiten bekanntgeworden, daß die Bundesregierung die ARBED-Eigentümer gedrängt habe, ihre Anteile an der PHB Weserhütte AG (49,58%) zu verkaufen. Die Weserhütte gehört zu den westdeutschen Produktionsgesellschaften der ARBED die sie als Pfand für die von der öffentlichen Hand verbürgten Kredite „hinterlegt“ hat. Die Anteile der Weserhütte sollen bei zwei Bankenpools für zwei Kredite hinterlegt worden sein, einmal für Saarstahl, zum anderen für den Weiterverarbeitungssektor Würden die Anteile verkauft, so fehlten sie als Sicherheit in einem

Bankenpool. Stimmen diese Informationen, so würde bei einem Verkauf der Weserhütte-Anteile, auf die Otto Wolff eine Option hat, eine Kettenreaktion in Gang kommen und das ganze Gebäude zusammenbrechen lassen.

dann Weiterverarbeiter

Neben ARBED Saarstahl sind nun auch die westdeutschen Weiterverarbeitungsbetriebe der ARBED in Bedrängnis geraten. Ein Teil der akuten Schwierigkeiten von ARBED Saarstahl resultierte aus einem Forderungsaufbau von rund 60 Millionen Mark gegenüber Kunden im ARBED-Weiterverarbeitungsbereich, an die etwa 60 Prozent der Produktion von Saarstahl gehen. Darunter befinden sich die Unternehmen Trefil ARBED Drahtwerk in Köln sowie Bauer & Schaurte, Karcher in Neuß und Beckingen. Sowohl eine Einforderung der Gelder als auch eine Einstellung der Lieferung hätte das Aus für diese Betriebe bedeutet. Ein Teil der ARBED-Saarstahl gewährten Subventionen ist als Liquiditätshilfe an andere ARBED-Unternehmen geflossen. Die Gefahr von dieser Seite aus ist noch keineswegs gebannt. Die *Saarbrücker Zeitung* kommentierte: „Beim Abkippen von Stahldraht und Schrauben, bei denen nun Not am Mann ist, ist ein Domino-Effekt zu befürchten, der den gesamten Konzern ins Wanken bringen dürfte.“ (19 7 1983)



„Schaffung einer nationalen paritätisch mitbestimmten Stahl AG“.

Die „Vergesellschaftung der Stahlindustrie soll auf folgende Weise erreicht werden:

1. Bildung einer nationalen Holdinggesellschaft. In diese Gesellschaft werden die staatlichen Zuschüsse von Bund und Ländern (ggf. auch die bisherigen Zuschüsse) zusammen mit dem Kapital der Salzgitter AG eingebracht und den einzubringenden Kapitalanteilen der bestehenden Unternehmen aufgerechnet.“ Die Holding soll als Obergesellschaft über die bisherigen weiterhin rechtlich selbständigen Unternehmen fungieren. „Der im Sinne des Aktiengesetzes paritätische Aufsichtsrat der Holding setzt sich je zur Hälfte zusammen aus Vertretern von Bund, Ländern und privaten Kapitaleignern einerseits sowie den Vertretern der Arbeitnehmer andererseits.“ Dieses Konzept zur Vergesellschaftung basiert dem Papier zufolge „auf der Erhaltung und dem Ausbau der Montan-Mitbestimmung. Anderenfalls könnte eine Verstaatlichung mißbraucht werden (siehe Großbritannien).“

Bei dieser brisanten Lage bei ARBED Saarstahl gärt natürlich die Gerüchteküche. Die *Frankfurter Rundschau* (26.7.1983) will erfahren haben, daß die Klöckner-Hütte in ihrem zweifelnden Bemühen, eine das Überleben sichernde Produktionsquote zusammenzubringen, an einen Kauf von ARBED Saarstahl denke. ARBED-Saarstahl dementierte entsprechende Gespräche.

Trotz der vom EG-Ministerrat am 25. Juli beschlossenen Verlängerung des Stahlkrisensystems mit festen Produktionsquoten und einheitlichen Preisen werden sich die Turbulenzen auf dem internationalen wie auch auf dem westdeutschen Stahlmarkt absehbar eher verstärken. Die Produktionsquoten sind nur optisch festgefügt, und der Preiskrieg wird immer härter. Die riesigen Überkapazitäten in der Stahlindustrie führen zu einer äußerst scharfen Konkurrenz und einem rasanten Preisverfall. Wegen der absackenden Preise ist ARBED Saarstahl trotz verbesserter Kostenstruktur und höherem Produktionsvolumen nur noch tiefer in die Verlustzone gefahren. ARBED Saarstahl wird in diesem Konkurrenzkampf nicht bestehen können, und wenn sich auch bei der anstehenden Neuordnung der westdeutschen Stahlindustrie die privatkapitalistische Logik ungehemmt durchsetzen kann, ist das Ende des Unternehmens in Sicht. *Kajo Breuer*

Dieses Dortmunder Papier ist in stark verwässerter und abgeschwächter Form vom IG Metall-Vorstand in die „Forderungen der IG Metall zur Strukturpolitik in der Stahlindustrie“ übernommen worden und wird sicherlich in Vorbereitung der zentralen Stahlarbeiterdemonstration in Bonn am 29. September 1983 wieder eine Rolle spielen. Während das Papier einerseits einen gewichtigen politischen Schritt nach vorne zum Ausdruck bringt, ist es doch andererseits auch geprägt von Unklarheit in den politischen Vorstellungen und von Halbherzigkeit. Mal ist von Vergesellschaftung, mal von Verstaatlichung die Rede, gemeint ist wohl eher letzteres: siehe die nationale Stahl AG mit Kapitalanteilen des Bundes und der Länder. Zur Durchsetzung der Verstaatlichung bleibt man dann auf halbem Weg stehen: bei einer nationalen, teils privaten, teils staatlichen Holding-Gesellschaft in der vagen Hoffnung, das private Kapital schrittweise zurückdrängen zu können. Weiterer Ausdruck dieser Inkonsistenz ist, daß die Montan-Mitbestimmung als Bezugsrahmen für Wirtschaftsdemokratie nicht überschritten wird.

Die begriffliche und damit konzeptionelle Unklarheit hinsichtlich Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung durchzieht die ganze linke Diskussion zu diesem Thema und findet auch in dem Jahresgutachten der Memorandumgruppe ihren Niederschlag. Im Memorandum '81 werden zwei Möglichkeiten der Vergesellschaftung der Stahlindustrie zur Diskussion gestellt. Das erste Modell – wohl Mehrheitsmeinung der Memogruppe und deshalb auch allein im Memorandum '83 wieder aufgenommen – ist im Grunde ein Verstaatlichungsmodell mit einer Einheitsgesellschaft „Stahl AG“, deren Grundkapital je zur Hälfte vom Bund und den Ländern gehalten wird, deren regionale Betriebsführungsgesellschaften eine weitere Konzentration der Produktion mit sich bringen und die einen Beitrag leisten soll zum Erhalt und Ausbau der Montanmitbestimmung.

Die Variante 2 zur „Vergesellschaftung der Stahlkonzerne“ ist vom Ansatz her tatsächlich ein Konzept zur Vergesellschaftung: die Entscheidungsmöglichkeiten des Staates sind relativ gering gehalten zugunsten des Einflusses der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. Dieses Konzept war Grundlage von Diskussionen einer Stahl-Arbeitsgruppe der Grünen NW und bei der Entwicklung der folgenden Gedanken.

Um die Gesamtproblematik der Vergesellschaftung konkret diskutieren zu können, ist es hilfreich, folgende Gesichtspunkte analytisch zu unterscheiden:

I. Ökonomisch-rechtliche Fragen

1. Welche Bereiche sollen vergesellschaftet werden? (Stahlproduktion, Weiterverarbeitung bis zu welcher Tiefe, Handel, Stahlkonzerne?)
2. Organisationsrahmen (z.B. Einheitsgesellschaft?)
3. Eigentums- und Verfügungsverhältnisse
4. Enteignung und Entschädigung (s. Art. 15 GG)

II. Grundsätze der ökonomischen Steuerung

5. Produktionsorganisation (Abgrenzung von Betriebsführungsgesellschaften, Entflechtung von großindustriellen Konzernstrukturen)
6. Dezentralität von Stahlstandorten und regionale Strukturpolitik
7. Rolle des Marktes, des Wettbewerbs und demokratische Rahmenplanung
8. Prinzipien der Unternehmensführung und der Rahmenplanung
9. Planungs- und Entscheidungsorgane

III. Basisdemokratische Steuerung

10. Betriebliche und überbetriebliche Demokratie
11. Repräsentanz der betroffenen Gruppen in den Planungs- und Entscheidungsorganen

Die Vergesellschaftung der Stahlindustrie hat zum Ziel, krisenhafte Entwicklungen, soweit sie auf das Konto einer ungeordneten Konkurrenz von Privat- bzw. Staatskonzernen geht, zu überwinden und in Zukunft zu vermeiden; sie hat ferner zum Ziel, zu verhindern, daß Krisenlasten infolge von Unternehmerrmacht – sei sie privat oder staatlich – auf die abhängig Beschäftigten und auf abhängige Regionen abgewälzt werden. Vergesellschaftung muß ausdrücklich von Verstaatlichung abgegrenzt werden; die notwendige Planung und Koordination in der Stahlindustrie muß mit einem möglichst geringen Aufwand an Planungsbürokratie erreicht werden; um ein Höchstmaß an Flexibilität und Überschaubarkeit der Produktion zu gewährleisten, sind Produktionsprozesse und Entscheidungsbefugnisse – soweit wie technisch, ökonomisch und ökologisch möglich und sinnvoll – zu dezentralisieren. Die Vergesellschaftung der Stahlindustrie ist ein Konzept, das die Entscheidungsrechte über die Stahlindustrie den privaten bzw. staatlichen Kapitaleignern nimmt und sie der Gesellschaft, d.h. den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, zurückgibt.

Diese Grundsätze erlauben eine Orientierung, um einige der oben dargestellten Gesichtspunkte einer Klärung näherzubringen.

Vergesellschaftung – möglichst dezentral (zu I.)

Anstelle der Bildung einer Stahl-Einheitsgesellschaft ist es sinnvoller, die Stahlunternehmen nach ihrer Vergesellschaftung als ökonomisch selbständige Unternehmen mit weitgehender Planungs- und Steuerungskompetenz zu führen. Nicht zuletzt nach den jüngsten Erfahrungen mit Staatseigentum bei der Salzgitter AG (Aushebelung der Montan-Mitbestimmung) eignen sich am besten öffentliche Fonds als Eigentumsform für die vergesellschafteten Stahlkonzerne (je Konzern ein Fonds). Die Entscheidungsbefugnisse über die Fondsmittel müßten bei einem Fondsrat (vergleichbar einem Aufsichtsrat) liegen. In ihm sind mehrheitlich die Belegschaften vertreten als hauptbetroffene Gruppe, die Gewerkschaft in Vertretung branchenübergreifender Interessen, regionale Vertreter von Umweltschutzverbänden (BBU, BUND), Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden bzw. Kommunalverbänden.

Die Entschädigung der Altgesellschaften kann über staatliche Schuldverschreibungen bei langer Tilgung und Niedrigzins erfolgen. Vergangene und künftige Subventionen sind als Entschädigungsleistungen anzurechnen.

Dezentralisierung der Produktion und demokratische Rahmenplanung (zu II.)

Auch als Prinzip der Produktionsorganisation gilt möglichst weite Dezentralisierung. Daher können nach einer Vergesellschaftung die Mammutstrukturen der Stahlkonzerne und ihre Machtungleichgewichte untereinander (vgl. die Dominanzen von Thyssen) nicht aufrechterhalten werden. Über einen längeren Zeitraum sind die Konzerne in ökonomisch funktionsfähige Einheiten zu entflechten. Gegenüber der anhaltenden Zentralisierungstendenz sind die regionalen Stahlstandorte zu erhalten (z.B. Saarland, Bremen, Maxhütte in der Oberpfalz) und eine weitere Regionalisierung anzustreben (regionale Nähe von Stahlproduktion und Weiterverarbeitung als Abnehmer). Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Möglichkeiten kleiner, umweltfreundlicher Stahlwerke (ca. 500000 Jahrestonnenkapazität) näher zu erforschen. Vergesellschaftung bedeutet keineswegs einen Zwang zu immer mehr Großindustrie.

Da die vergesellschafteten Unternehmen ökonomisch möglichst selbständig und selbstverantwortlich wirtschaften sollen, müßte es zwischen ihnen auch einen begrenzten Wettbewerb geben. Die bekannten Negativfolgen kapitalistischer Konkur-

Gemeinsames Stahl-Forum geplant

Am Mittwoch, den 27. Juli, wurde auf einem Treffen in Bonn zwischen Betriebsräten und Vertrauensleuten verschiedener Stahlwerke und Vertretern der Grünen im Bundestag ein gemeinsames Stahl-Forum geplant.

An der Unterredung nahmen Vertreter der Klöckner-Hütte Bremen, Hoesch Dortmund, Krupp Duisburg-Rheinhausen, Peine-Salzgitter, Thyssen Hamborn sowie die Bundestagsabgeordneten Dieter Burgmann und Eckhard Stratmann teil.

Es wurde beschlossen, gemeinsam ein Stahl-Forum am 16./17. September 1983 in Bonn durchzuführen, das unter dem Thema „Vergesellschaftung der Stahlindustrie im Rahmen alternativer Wirtschaftspolitik“ steht.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß eine Sicherung der Standorte sowie die Rücksicht auf die Belange aller von der Stahlkrise Betroffenen eine Gesamtkonzeption erforderlich macht, die offensichtlich unter den derzeitigen Eigentumsformen nicht möglich ist.

Angesichts von Subventionen in Milliardenhöhe könne man sich nicht mehr lediglich mit der Sozialisierung der Kosten abfinden, sondern müsse die Forderung der gesellschaftlichen Kontrolle der Stahlindustrie und deren Überführung in „neue Formen gesellschaftlichen Eigentums“ auf die Tagesordnung setzen.

Auf dem Bonner Stahl-Forum werden die Forderungen aus dem betrieblichen Widerstand zur Sprache kommen, und es wird ein gangbarer Vorschlag erarbeitet und verabschiedet werden, der anschließend auf einer gemeinsamen Pressekonferenz vorgestellt wird.

renz (Konzentration, Mehrfachinvestitionen und Überkapazitäten) müssen allerdings durch eine demokratische Rahmenplanung der Wirtschaft vermieden werden. Ein nationaler Stahlrat als Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat der gesamten Stahlbranche „stellt jährlich kurzfristige und langfristige Pläne über Umfang, Qualität und regionale Verteilung der Eisen- und Stahlproduktion sowie über die Investitionen und Beschäftigungsentwicklung“ (Memorandum '81, S. 297) und die Umweltverträglichkeit der Stahlproduktion auf. Der Stahlrat ist das oberste demokratische Willensbildungsorgan der Stahlindustrie und hat die umfassende Rahmenplanungskompetenz. Die Planung des Stahlrats wird im engen Austausch mit den einzelnen Unternehmensplanungen entwickelt, stellt nach ihrer Fertigstellung allerdings den verbindlichen Handlungsrahmen für die Einzelunternehmen dar.

Dem Stahlrat gehören die gleichen gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Körperschaften an wie den Fondsräten, dazu Vertreter der großen Zuliefer- und Abnehmerbranchen (Vertreter der Geschäftsleitung und der Beschäftigten). Es ist darauf zu achten, daß die Zusammensetzung des Stahlrats Einflußunterschiede zwischen Unternehmen und Regionen zum Ausgleich bringt. Die Belegschaftsvertreter müssen im Stahlrat die Mehrheit haben. Der Stahlrat sollte über einen öffentlichen Fonds verfügen (zum Lastenausgleich, Stahlforschung

u.a.), der aus den einzelnen öffentlichen Unternehmensfonds gespeist wird.

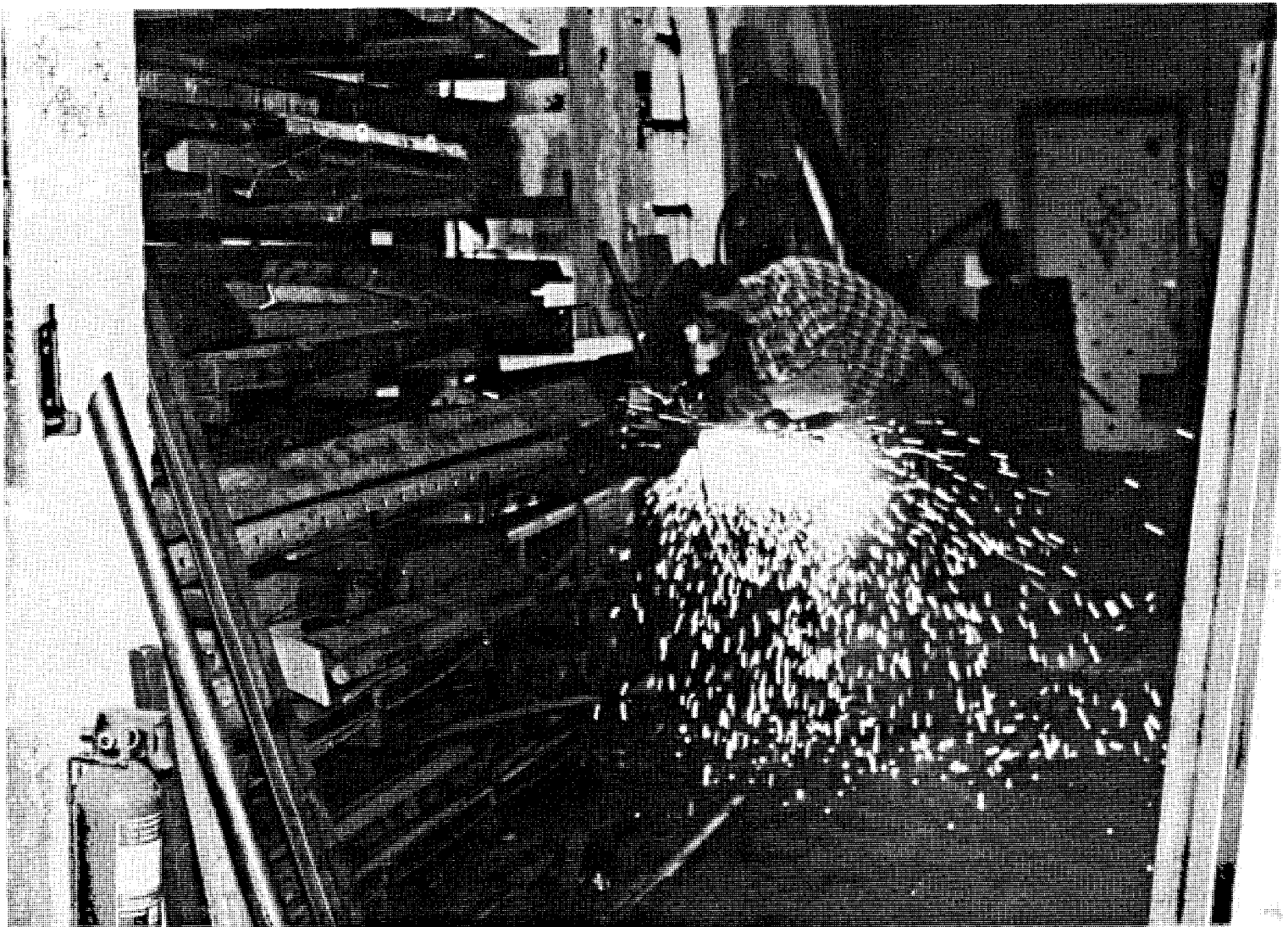
Die Produktions- und Kapazitätsplanung des Stahlrats soll sich mittel- und langfristig am bundesdeutschen Stahlbedarf orientieren, was außenwirtschaftliche Lieferbeziehungen nicht ausschließt. Eine Expansionsstrategie der bundesdeutschen Stahlindustrie auf Kosten ausländischer Stahlbranchen ist abzulehnen. Der Stahlverbrauch in der BRD sollte mittel- und langfristig weiter abnehmen aus Gründen der Qualitätsverbesserung, der tendenziellen Umstellung der Massenmotorisierung auf öffentlichen Personenverkehr, der Verringerung der Rüstungsproduktion u.a. Der geplante Kapazitätsabbau muß einhergehen mit der Sicherung von Arbeitsplätzen (Arbeitszeitverkürzung, Ersatzarbeitsplätze).

Es ist klar, daß die vergesellschafteten Stahlunternehmen sich auf Dauer wirtschaftlich selbst tragen und eine entsprechend effiziente Unternehmenspolitik betreiben müssen. Dabei sollen allerdings Kosten für Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutzmaßnahmen in die Unternehmenskalkulation eingehen; sie würden anderenfalls als externalisierte Kosten den Staatshaushalt und die Sozialversicherungen belasten.

Basisdemokratische Vergesellschaftung (zu III.)

Zahlreiche historische Erfahrungen mit der Verstaatlichung haben gezeigt, daß die Änderung der Eigentumsverhältnisse allein noch keine Demokratisierung der Wirtschaft bewirkt (z.B. Großbritannien und Frankreich). Ein zentrales Ziel der Vergesellschaftung ist es, die Voraussetzungen für Basisdemokratie in den Betrieben und in der Wirtschaft zu schaffen. Dies bedeutet, daß die Belegschaftsvertreter auf allen Entscheidungsebenen der Stahlunternehmen einschließlich des Stahlrats als hauptbetroffene die Mehrheit haben. Die Vertreter der Belegschaften als auch der anderen gesellschaftlichen Gruppen sollten durch imperatives Mandat, jederzeitige Abwählbarkeit und Rotation an den politischen Willen ihrer Basis gebunden sein.

Entsprechend der Eigentumsform der öffentlichen Fonds sind an der Führung der Stahlunternehmen neben den Belegschaften auch andere gesellschaftliche Gruppen zu beteiligen in dem Maße, in dem sie von Unternehmensentscheidungen betroffen sind. Besonders ist hier auf die Umweltverbände und Kommunalverbände hinzuweisen. Die Unternehmensleitungen werden gewählt (und evtl. abgewählt) vom Fondsrat. Über ihre Mehrheit darin können die Belegschaftsvertreter gewährleisten, daß die Unternehmensleitungen eine offene Informationspolitik gegenüber den Belegschaften betreiben. □



„Von der Wiege bis zur Bahre“
— alternative Ware.

Besuch im „alternativen Sektor“ Westberlins

Vielseitig ist es schon, was in der Alternativszene produziert, an Dienstleistungen angeboten, in Selbsthilfe organisiert oder schlicht gelebt wird. Aber ist dieser Bereich als vorweggenommens „anderes Leben“ damit schon attraktiv? Verstehen sich die Betriebe und Kollektive überhaupt als Experimente für eine „neue Gesellschaft“? Der Bericht gibt Einblicke in das Innenleben einiger „alternativ-ökonomischer“ Betriebe, ihre Probleme und Erfahrungen.

Von Gerd Heinemann

Berlin SO 36, Blücherstraße 30, Hinterhof. Folgt man den großen Reklameschildern „Komet“, landet man in einer Vertretung für Fensterbeschläge mit diesem Namen. „Nee, da sind se bei uns falsch, da müssen se drüben hin.“ KoMet II. Stock, steht am nächsten Eingang. Ko steht für „Kollektiv“ und Met für „Metall“ es ist einer der rund 260 alternativen Betriebe in Westberlin.

Zwei Treppen höher, vorbei an einem Teppichladen, der die verehrte Kundschaft bittet, die Taschen im Auto zu lassen, die Werkstatt. Ein großer Raum, große Fenster, auf den ersten Blick kein Unterschied zu einem „normalen“ Betrieb. Ein smarterer Mitteldreißiger in weißem Hemd steht, dynamisch die Hände in die Seiten gestützt, neben zwei, drei Arbeitern im Blaumann, die an einer Maschine kurze Rundstahlstücke

spannen und mit einem Werkzeug bearbeiten. Vorne links die Meisterbude, ein Glaskasten mit Schreibtischen, Zeichengerät und -schrank drin.

Dann folgt eine Gruppe von Schleifmaschinen, dann kommen zwei Drehbänke, von denen die eine offensichtlich nicht mehr die jüngste ist. Aber das ist ja normal für den westdeutschen Werkzeugmaschinenbau, wo nach Angaben des Kapitalistenverbandes das durchschnittliche Alter der Maschinen bei zehn Jahren liegen soll. Weiter hinten im Raum, vor den Fenstern, befinden sich mehrere Arbeitsplätze, davor noch eine etwas eigentümliche Maschine, die sich später als Langhobelmaschine herausstellt. Die rechte Seite nimmt eine Gruppe von Bohrmaschinen ein. Den eigentlichen Mittelpunkt der Werkstatt bildet eine „Mikron-Fräsbank“ mit Digitalanzeige – diese Stellung weist sie als Stolz der ganzen Mannschaft aus.

60000 DM mußten dafür vor drei Jahren aufgebracht werden. Das fraß den größten

Teil des Gründungskapitals auf. Heute bekäme man die gleiche Maschine sogar vielleicht für weniger Geld. Traum ist eine CNC-Steuerung. Dafür langt's aber nicht.

Beim zweiten Blick entpuppt sich der Weißhemdler als Vertreter Kleine Unterschiede zu „normalen“ Werkstätten werden sichtbar. Dort führen die Chefs oder Meister oft ein drakonisches Regiment über das lebendige und tote Inventar. Sauberkeit und Ordnung werden über ihre Funktion für den Produktionsprozeß hinaus zum Mittel der Disziplinierung und Herrschaft über die Beschäftigten. Davon ist hier wenig zu spüren, Eisenspäne, erkennbar nicht nur vom selben Tag, sind sichtbar, Werkzeuge, Schraubenschlüssel und -dreher liegen keinesfalls in Reih' und Glied auf den Werkbänken. Eine Frau und ein Mann bemühen sich, aufzuräumen, Werkzeuge und Maschinen zu säubern und tragen umherliegendes Werkzeug zusammen.

Später stellt sich auch heraus, einen Meister oder Werkstatteleiter gibt es in diesem Kollektiv nicht, und die Meisterbude ist natürlich auch keine, sondern Verwaltung und Konstruktion des Betriebs in einem.

KoMet ist gewissermaßen der Exot unter den Exoten der selbstverwalteten Betriebe. Das Kollektiv stellt Werkzeuge her, aus denen andere Serienteile hergestellt werden. Auf dem Tisch eines zur Herstellung von Türgriffen für BMW-Limousinen. Stolz öffnet man den Schrank mit den Probefertigungen, die sie mit den ihnen produzierten Werkzeugen hergestellt haben. Circa 30 bis 40 sind es. Wenig gegen alteingesessene Betriebe in der Branche, die auf Tausende blicken können, aber es ist schon was, worauf sich der Stolz der Werkzeugmacher von KoMet gründen läßt.

„Lieber würden wir auch gesellschaftlich nützlichere Teile herstellen, z.B. Rollstühle für Behinderte. Vielleicht machen wir dies auch demnächst. Aber im Normalfall ist das natürlich nicht drin!“, umreißt Fritz Riemeier ihre Probleme als „Alternative“ mit ihren Produkten.

Da bleibt auch bei den Kunden kein Platz für alternativen Purismus: BMW Schering, Preussag tauchen da auf. „Es gibt viele Sachen, wo du als Privatmann viel konsequenter sein kannst. Da sagst du einfach: ‚Das ist für mich moralisch nicht mehr möglich‘, also machst du das nicht, oder du redest mit bestimmten Leuten nicht oder kaufst von ihnen nicht. Die große Industrie ist, weiß Gott, keine moralische Angelegenheit, aber du mußt dir halt überlegen, willst du so was machen oder nicht“ – so das Dilemma, in dem sie stecken.

Ihre Lektion haben sie schon erhalten. Es gibt bei ihnen den Beschluß, nichts für den Unterdrückungsapparat zu machen. „Einer erkannte in einem Teil, für das wir ein Werkzeug herstellen sollten, ein Bauteil eines Polizei- oder Militärfunkgerätes wie der, weil er sich da von früher auskannte. Da haben wir den Auftrag abgelehnt.“ Der Kunde, es war ein großer kam nie wieder. Das KoMet-Projekt geriet prompt in eine Krise, aus der es nur langsam wieder herauskam.

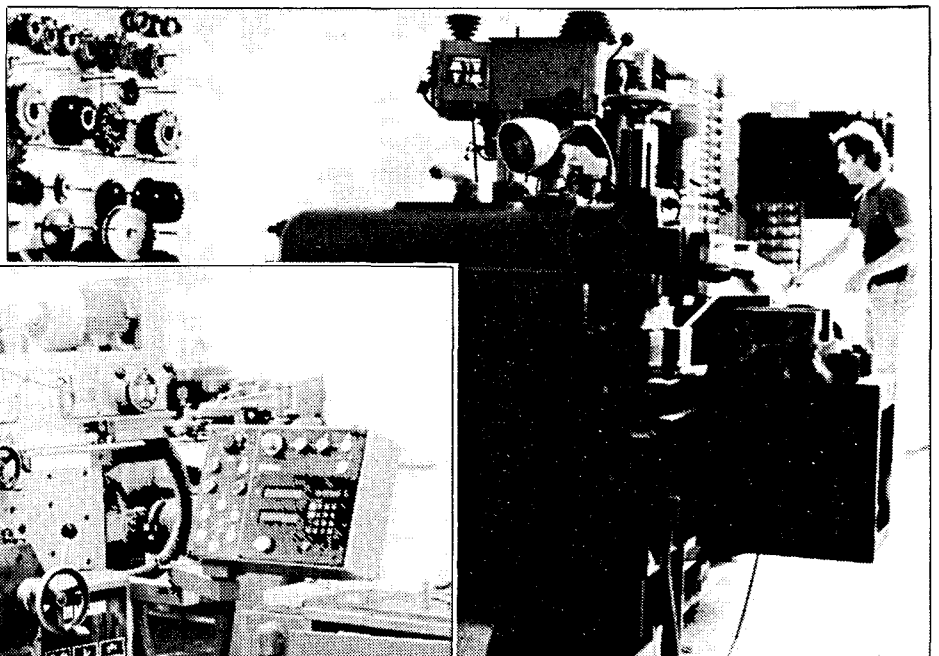
Vier Jahre KoMet

Vier Jahre, damit gehört der Betrieb in der alternativen Szene schon zu den alteingesessenen. In ihrer Branche müssen sie allerdings gegen Betriebe konkurrieren, die schon 50, ja 120 Jahre auf diesem Gebiet arbeiten.

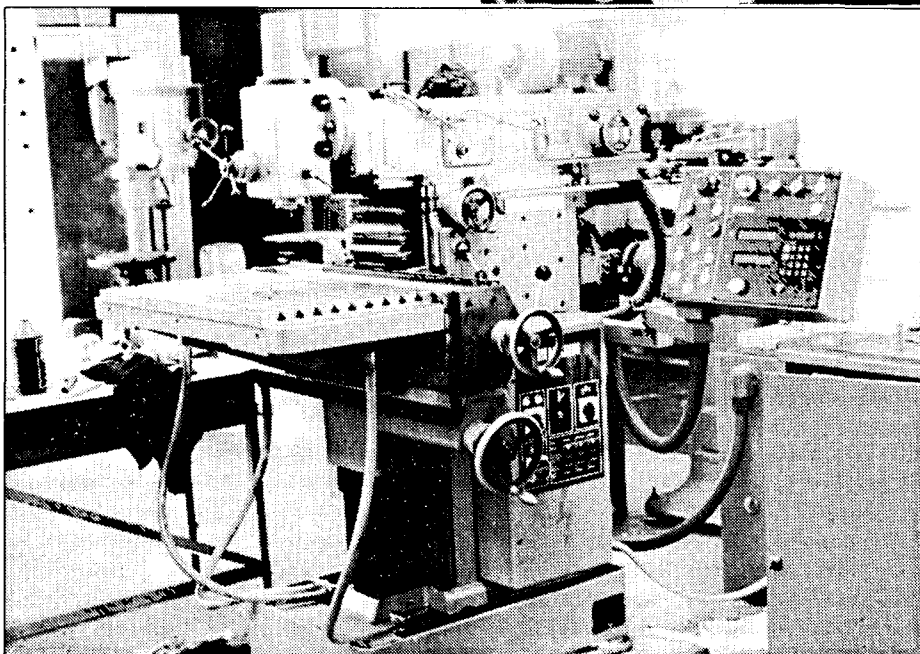
Sie haben in den vier Jahren noch keine Kontinuität entwickeln können. Zeitweise war die Fluktuation hoch. Zwei der vier Gründer, gerade die, die formell Eigentümer waren, sind ausgeschieden – im Streit oder aus verlorengedangenen Interesse.

Heute sind es zehn, die hier arbeiten. Eigentlich neun. Hinzu kommt ein Lehrling, der sich auf die Prüfung vorbereitet, nachdem zwei seiner Lehrbetriebe Pleite gegangen sind. Bis auf einen ehemaligen Stadtplaner, der sich mühsam seine Qualifikation als Werkzeugmacher selbst aneignen mußte, sind die anderen Kollektivmitglieder Facharbeiter/innen, die meisten gelernte Werkzeugmacher mit bis zu zehn Jahren Berufserfahrung. Drei Frauen sind darunter.

Im Vergleich zu anderen alternativen Betrieben ist die Qualifikation hoch und „fachbezogen“. Sie sehen aber den Unterschied zu „normalen“ Konkurrenzbetrieben. „Im Verhältnis zum normalen Betrieb sind wir unterdurchschnittlich qualifiziert oder knapper Durchschnitt. Was uns be-



und hier die heimliche Liebe: eine Maschine, im kapitalistischen Betrieb unrentabel, hier nochmal nützlich eingesetzt.



Das Prunkstück: eine Mikron-Maschine mit Digitalanzeige

sonders fehlt, ist der alte Arbeiter der dies seit 40 Jahren macht, oder der Meister der dies so lange macht und nun total fit ist. Oder auch der Chef, der das 40 Jahre bearbeitet. Das sind so Sachen, die wir merken. Wir sind nicht wie ein normaler Betrieb altersmäßig gemischt. Wir müssen bei jedem Werkzeug neu hinzulernen. Aber selbst wenn wir Leute mit 40 Jahren Berufserfahrung hätten: Ob wir gerade die Aufträge kriegen, die die schon gemacht hätten, das ist dann nochmal eine andere Frage.“

Heute bewegt sich seit längerem zum ersten Mal ihr Kontostand wieder aus dem Minusbereich auf die Nulllinie zu. Vom sicheren Auftragspolster mag jedoch niemand sprechen – im Gegenteil, sie suchen sich durch Bauschlosserarbeiten, für die es relativ viel Geld gibt, über Wasser zu halten.

Am Anfang stand Klinkenputzen. Dies wird zwischendurch immer dann wieder gepflegt, wenn keine Aufträge da sind. Da ist dann auch die Zeit dafür. Zwei große Kunden haben sie und fünf mittlere, der Rest sind kleine. Das bedeutet starke Abhängigkeit, nicht nur wenn, wie bei der Funkgeräteauffäre, ein großer Kunde abspringt, sondern auch bei den Preisen und Fristen.

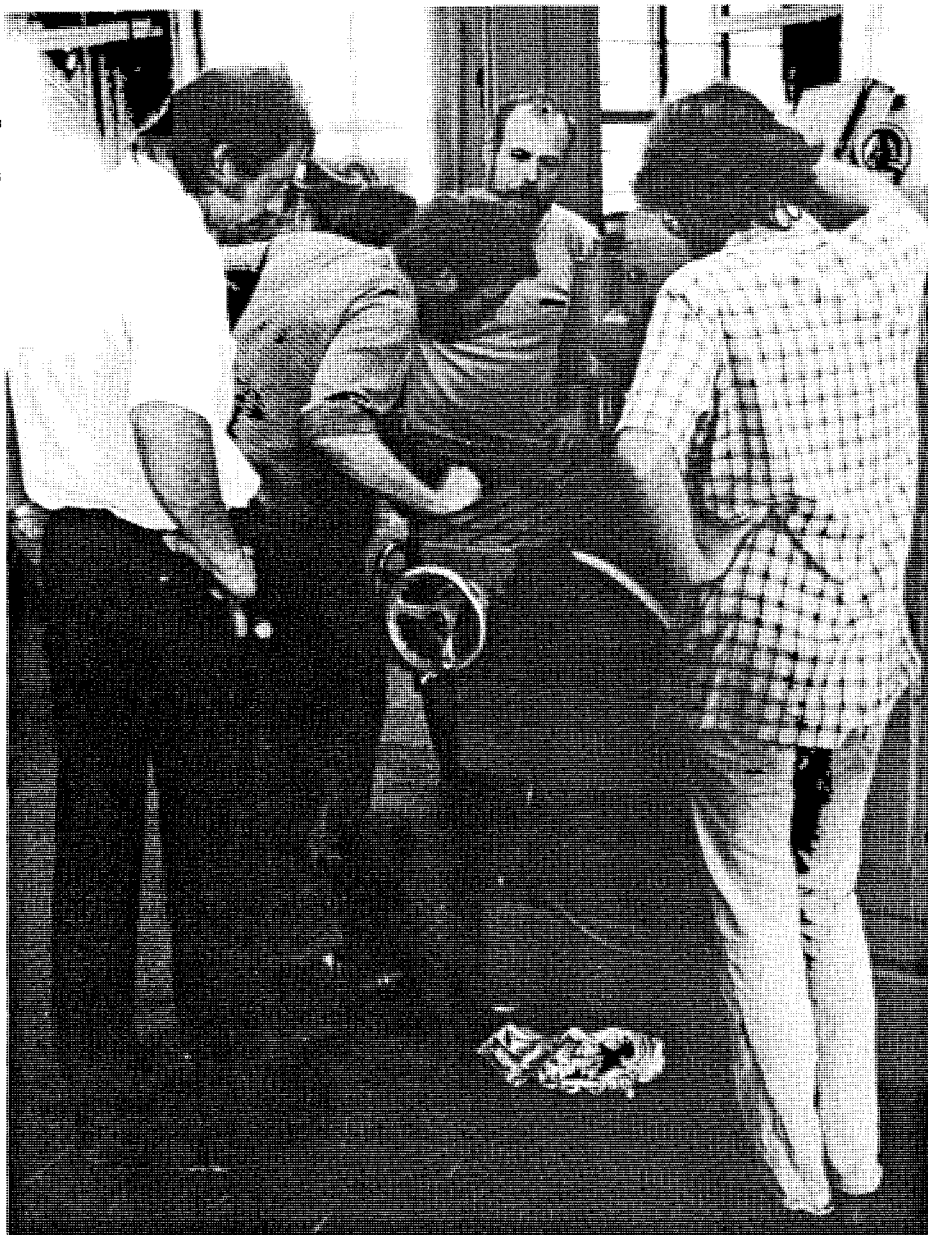
Einen guten Ruf haben sie ebensowenig wie einen schlechten – so schätzen sie sich ein. Dafür seien sie noch viel zu jung als Betrieb. Ihrer Einschätzung nach sind sie nicht billig, sondern „mittlere bis obere Preisklasse“

Dennoch ist das, was sie im Schnitt erwirtschaften, niedriger als im normalen Betrieb: „Da steht dann der Meister oder Chef hinter dir und achtet drauf, daß du die Pause nicht um fünf Minuten überziehst. Das ist hier absurd, ob du fünf Minuten nicht arbeitest, ist keine Frage, die hier diskutiert würde. Du kannst vielleicht sagen, wenn jemand einen ganzen Tag nicht kommt, da fragt man, was los ist.“

„Ja, so ist das“, sagt Fritz, „keinen Chef zu haben kostet Geld.“

Sie haben aber auch ihre starken Seiten gegenüber den Konkurrenten. „Eine Sache, die wir können, zumindest wenn wir wollen, ist Schnelligkeit. Wir sind auf jeden Fall viel schneller als viele andere. Wir arbeiten auch am Wochenende oder wenn es sein muß, auch mal eine Nacht durch.“

In dieser Frage ist der Gruppendruck sehr hoch – hängt doch daran oft der Kunde und auch die Existenz von KoMet. Fritz formuliert das so: „Ich verlange einfach von jedem, wenn es wirklich eilig ist, dann muß er eben auch nachts arbeiten. Wenn das nicht geht, wenn er beispielsweise auf's Kind aufpassen muß – völlig selbstverständlich. Wenn jemand das aber nicht muß und sagt, 'ich seh das nicht ein!', da geht das nicht mehr mit ihm. Dann ist die Toleranzgrenze überschritten.“



Ein neues Werkzeug wird vom Kollektiv ausprobiert.

Die Universalität des Werkzeugmachers

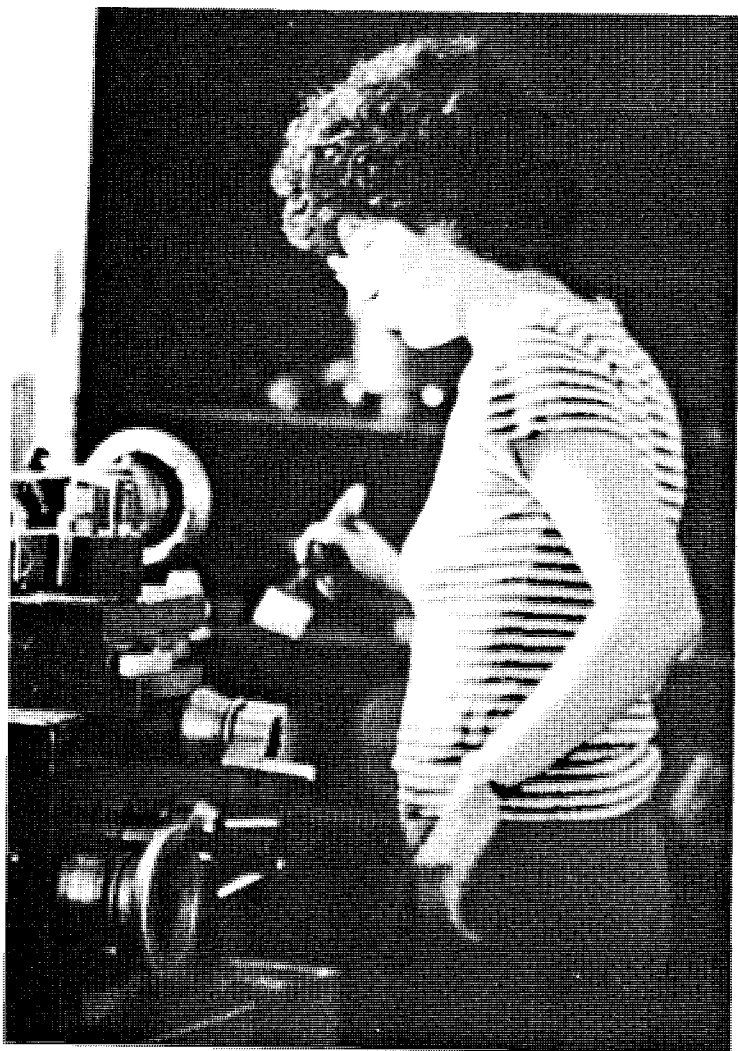
Was bringt die Mitglieder des Kollektivs dazu, sich eine Tätigkeit zu suchen, die einerseits nicht viel Geld bietet, sie andererseits jedoch einer rigiden Stoßarbeitsdisziplin unterwirft bei aller Variabilität der Arbeitszeit in normalen Zeiten? Sie bezeichnen es als „ganzheitliche Arbeitsweise“ Gemeint ist, daß der Produktions- und Verteilungsprozeß nicht aufgeteilt ist in Tätigkeiten verschiedener Einzelproduzenten.

Das beginnt mit dem Kontakt zum Kunden. Der legt ein Teil vor, für dessen serienmäßige Herstellung er ein Werkzeug benötigt. Ein Mitglied des Kollektivs spricht's mit ihm durch, macht auch eine Kalkulation und daraufhin dem Kunden ein Angebot. Erhält KoMet den Zuschlag, erstellt dasselbe Mitglied auch die Konstruktion, bestellt Material und gegebenenfalls auch Werkzeuge. Soweit nicht der Umfang und die Terminsetzung die Arbeit von mehreren Gruppenmitgliedern erfordern, stellt auch wieder das betreffende Kollektivmitglied das Werkzeug her, stellt die Rechnung und liefert das Produkt dem Kunden ab.

Durch Ausbildung, Vorkenntnisse, erworbene Erfahrung bildet sich zwischen den verschiedenen Kollektivmitgliedern eine Arbeitsteilung heraus. Einige regelmäßige, stupide, einfache Arbeiten wie die Fertigung von Meßstäben für Röntgengeräte werden, soweit gerade möglich, reihum übernommen.

Gerade die Universalität der Tätigkeit im Rahmen der Werkzeugherstellung mit der Herausbildung von Fertigkeiten wie Konstruieren, Kalkulieren, Verwalten, wie sie von normalen Werkzeugmachern nicht verlangt werden, bietet den Mitgliedern die Möglichkeit der Identifikation mit dem Projekt. „Eigenständigkeit“, „Selbständigkeit“ „Jeder ist sein eigener Chef“ „Sehen was ich kann – aber auch meine eigenen Grenzen erkennen!“ das sind Schlüsselbegriffe, die im Gespräch als Motive für dieses spezielle Modell KoMet auftauchen.

Fritz beschreibt das so: „Auf die Dauer geht es darum, daß jeder ganz, wirklich ganz selbständig arbeitet. In dem Teil wie ein normaler Unternehmer daß er auch wirklich alles überblickt und sowas alleine machen kann. Daß man das zusammen macht, ist eine angenehme Sache. Aber es



Aufräumen ist eine leidige Arbeit

ist auf die Dauer unangenehm, wenn du es deswegen zusammen machst, weil du es alleine nicht kannst. Ziel ist, daß du praktisch einen Betrieb machen könntest in der Sparte. Wenn du das nicht kannst auf die Dauer, dann bist du – auf Deutsch gesagt – angeschissen, wenn du nämlich auf andere angewiesen bist in der Gruppe.“

Diese Form der Arbeitsorganisation erinnert stark an frühe Manufakturen, wie sie Marx im „Kapital“ beschreibt, wo Handwerksmeister zwar gemeinsam bestimmte Einrichtungen wie Häuser und dergleichen nutzen, aber weiter unabhängige Produzenten bleiben. Daß diese Arbeitsorganisation hier so funktioniert, hat viel mit speziellen Bedingungen der doch noch weitgehend handwerklichen Produktion in einer Werkzeugmacherei zu tun.

Die Attraktivität dieser Form hat aber auch etwas mit dem traditionellen Berufsstolz der Werkzeugmacher zu tun, deren handwerkliche Fähigkeiten heute allerdings zunehmend unter den Druck anderer Produktionsmittel geraten, aber auch durch das Eindringen der CNC-Maschinen bedroht sind. „Wir sind alle Tüftler“ beschreibt Fitz sein Motiv. Michael äußert im Gespräch allerdings auch Zweifel: „Ob’s der richtige Weg ist?“ – Jedenfalls wird er jetzt erstmal gegangen.

Diese Art der Arbeitsorganisation und die darauf beruhende Arbeitsteilung im Kollektiv hat allerdings auch ihre differenzierende Wirkung auf das Kollektiv. Daß

diese noch nicht so groß ist, hat sicher damit zu tun, daß die Arbeit von Schnittwerkzeug- und Formenbauern qualitativ gleichwertig ist. Auch andere Nachteile dieser Arbeitsorganisation werden spürbar: Es ist schwierig, neue Mitglieder aufzunehmen, sie zu integrieren, wenn sie fachlich nicht gleiche oder ähnliche Qualifikationen oder Fähigkeiten mitbringen. Schwierig ist es auch, voneinander zu lernen, die Universalität der produktiven Fähigkeiten auch in die andere Richtung zu erweitern. „Es wäre gut, wenn es Zeit für Aus- und Weiterbildung gäbe“, Wolfgang weiß aber auch: „Die Zeit ist dafür nicht drin.“

Der alternativ-ökonomische Sektor

Der vierte Sektor der alten Reichshauptstadt, der „alternative“ ist im Stadtbuch 2, im 21.–30. Tausend aufgelegt, nahezu vollständig aufgelistet. Auf knapp 1000 Seiten sind dort von AAB wie Anti-Apartheid-Bewegung bis Zyklop, eine Fotoagentur, mehr als 1800 Projekte vertreten.

Marlene Kück von der Freien Universität hat auf einer Tagung der GEW über das Genossenschaftswesen die Zahl der alternativ-ökonomischen Betriebe in Berlin auf rund 260 geschätzt. Was macht einen Betrieb zu einem alternativ-ökonomischen? In einer Broschüre der „Stattwerke“, die eine gewisse Koordinierungsfunktion für die Alternativprojekte wahrnehmen, heißt es: „In einem alternativen Betrieb werden alle unternehmerischen Entscheidungen gemeinsam getroffen, d.h. jeder ist an der Entscheidungsfindung beteiligt.“

Zu einer solchen alternativen Betriebsform gehört aber auch die Eigentumsform, in der Kapital neutralisiert ist und keine privaten Verfügungsrechte am Produktivvermögen bestehen. Hinzu komme noch das „Kostendeckungsmaximum-Prinzip“, was heißen soll, daß im Jahr Einnahmen und Ausgaben gleich sind, wobei aber Rückstellungen für Ersatz von Maschinerie möglich sind. Bei den meisten ist letzteres nur graue Theorie. Bei Investitionen müssen, weil die Projekte wegen ihrer kollektiven Entscheidungs- und oftmals auch kollektiven Eigentumsstrukturen und aufgrund von Über-

schuldung selten kreditwürdig sind, Unternehmen wie Netzwerk, Goldtausch etc., in die Sympathisanten sogenannte „Ablatzzahlungen“ einschließen, einspringen.

Als weiteres Kriterium wird die „gesellschaftlich nützliche Produktion“ angeführt. Dies ist oft nur vage faßbar. Soweit die alternativen Projekte mit ihren Produkten auf den normalen Markt wollen oder müssen wie z.B. KoMet, ist der Spielraum hier sehr gering. Andererseits „erzwingen“ oft der Kapitalmangel und die Ausstattung mit billigen, aber technisch überholten Maschinen gesellschaftlich gesehen unökonomische und ökologisch gefährliche Produktionen.

Da viele Projekte auf der Basis von privaten Vermögen oder privaten Krediten aus ERP-Mitteln oder sogenannten Existenzgründungsdarlehen des Senats aufgenommen wurden und somit noch private Verfügungsrechte über die Produktionsmittel – zumindest de jure – bestehen, bleibt als kleinster gemeinsamer Nenner der alternativ-ökonomischen Betriebe nur die „Selbstverwaltung“

Die ca. 260 Berliner Betriebe verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Sektoren: 26 Betriebe mit 119 Arbeitsplätzen im kleinindustriellen Bereich, 56 Betriebe mit 312 Arbeitsplätzen im Handwerksbereich, 71 Betriebe mit 274 Arbeitsplätzen im Handel, 14 mit 105 Arbeitsplätzen im Verkehrsbereich, 22 mit 292 Arbeitsplätzen bieten Dienstleistungen an und den Löwenanteil stellen die 60 Gaststätten mit 298 Arbeitsplätzen. Insgesamt wären dies ca. 1400 Arbeitsplätze.

Die Aufstellung zeigt, daß es offensichtlich wegen des vergleichsweise geringen vorzuschießenden Kapitals und den niedrigen personellen Anforderungen leicht ist, im Bereich Dienstleistungen und Gaststätten ein Unternehmen aufzumachen, was noch nichts über die Überlebensfähigkeit dieser Projekte aussagt.

Skepsis scheint weniger im Hinblick auf die Zahl der Projekte als auf die geschaffenen Arbeitsplätze angebracht, obwohl zu beobachten war, daß zumindest jedes zweite besetzte Haus sein Café oder ähnliches aufgemacht hat. In vielen Fällen verlässchen nicht angegebene „illegale“ Beschäftigungsverhältnisse, aber auch eine starke Fluktuation die Zahlen. Ob nach oben oder nach unten, sei dahingestellt, vermutlich eher nach unten.

Der Lohn ist meist zu knapp

Nicht der geringste Teil der Kreativität in den Projekten wird auf Überlegungen darüber verwendet, wie ein Teil des Lohns, der zum Lebensunterhalt der Beschäftigten notwendig ist, an Staat und Steuer vorbeibracht werden kann. Fiktive Posten und

Aus- und Einsteigen

„doppelte“ Buchführung sind durchgängig in Gebrauch. Dies bildet auch ein Element der Undurchsichtigkeit der Projekte und schafft Grauzonen für Re-Privatisierung oder finanzielle Putsche.

Selbst wenn ordnungsgemäß abgerechnet wird und Arbeitsplätze Vollarbeitsplätze sind, bedeutet dies noch nicht, daß die Existenz dadurch gesichert wäre. KoMet zahlt an die Mitglieder 1000 Mark netto im Monat. Gleichzeitig bestehen aus früheren Flautezeiten Lohnrückstände von mehr als 20000 DM, also mehr als 2000 DM pro Kopf. Das wird in Einzelfällen viel höher sein. Zumindest in den Flautezeiten muß also der Unterhalt der Kollektivmitglieder durch andere Einkünfte gestützt werden, z.B. durch das Familieneinkommen von Frau, Mann, Lebensgefährtin/-gefährten, Freundin oder Freund. Andererseits, wenn die taz lange nur 800 Mark zahlt, braucht man sich nicht wundern, wenn die Arbeit so organisiert wird, daß Paralleljobs möglich sind.

Einen in verschiedener Hinsicht anderen Weg geht das Kollektiv bei Koller & Seidel, eine Bauschlosserei in Kreuzberg. Es werden relativ hohe Stufenlöhne gezahlt: rund 1800 Mark netto, wenn unverheiratet und ohne Kind für die Bauschlosser, 1550 Mark netto unter der gleichen Annahme für die Helfer und knapp 1000 für die „Lehrlinge“

Daß dies System auch Haken hat, zeigt das folgende Beispiel: „Der ist eigentlich noch unser Lehrling. Aber er will jetzt unbedingt mehr Geld verdienen, und da baut er jetzt Teile zusammen, dafür haben andere ein Jahr gebraucht, bis sie das konnten. Das kriegt der jetzt in drei Monaten hin.“ Geld hat hier nicht nur die Funktion, zum Lebenserhalt oder als Entgelt für eine bestimmte fachliche Qualifikation zu dienen, in die der einzelne nach einem Spruch des Kollektivs eingestuft wird, sondern steuert erheblich auch des Verhalten der einzelnen im Kollektiv und bestimmt ihre Erkenntnis- bzw. Lernprozesse.

Abbau von Vorurteilen beim linken Publikum und untereinander ist das Ziel der dritten „Projekte-Messe '83“ Eingeladen von den Gruppen der taz-Betriebszeitungsredaktion und dieses Jahr unabhängig von der Gegenbuchmesse veranstaltet, soll nicht nur ausgestellt werden, sondern auch die Rolle, Aufgaben und Entwicklung der selbstverwalteten Betriebe und Projekte im „Wende-Zeitalter“ diskutiert werden.

Die ASH Oberursel, auf deren Gelände die Messe stattfindet, macht in der Vorbereitungsbrochüre den Vorschlag, die Zusammenarbeit zwischen den Projekten und ihr Auftreten nach außen mithilfe von regionalen Verbänden zu verbessern. Diese sollen in einem Bundesdachverband zusammengefaßt werden. Darüberhinaus soll der Zugang zu staatlichen Mitteln für die Gründung und Ausdehnung von selbstverwalteten Betrieben durch den Aufbau von regionalen Stiftungen erleichtert und unterstützt werden, in denen die staatlichen Geldgeber, die Betriebe und Personen des „öffentlichen Lebens“ (Kirche, Gewerkschafter) vertreten sind.

Als Gründe für die Notwendigkeit, den Schritt zur Verbandsgründung zu machen, führen die Leute von der ASH (Arbeiter selbsthilfe) an: die Entwicklung der Polarisierung der Gesellschaft, die die Projekte – ob gewollt oder nicht – an die Seite der Grünen stellt, die sie aber unzureichend repräsentieren. Die Gefahr, ohne eigenes Zutun von der konservativen Reaktion als Beispiel für das „Subsidiaritäts-Prinzip“ vereinnahmt zu werden. Die Wiederholung von kapitalistischen Konkurrenz- und Reproduktionsformen (Überakkumulation) zwischen den und durch die Projekte. Die Notwendigkeit, die reichhaltigen und vielseitigen Erfahrungen, die positiv und negativ in den letzten 15 Jahren in den selbstverwalteten Projekten gemacht worden sind, zusammenzufassen und gemeinsam zu verarbeiten.

Ein solcher Vorschlag widerspricht erheblich den Aussteiger Vorstellungen über die Alternativbetriebe, die es ja nicht nur in den Medien gibt. Und mit Sicherheit wird von anderer Seite das Stereotyp der Spießerkritik „wenn drei Deutsche sich treffen“ auftauchen, wie auch die alte Einsicht der Sozialdemokratie von 1891 (und ihrer jüngeren Varianten), daß der politische und wirtschaftliche Kampf durch den Aufbau der Genossenschaftsbewegung nur Ablenkung erfahre.

Sowieso trifft die Kritik meiner Auffassung nach daneben, solange sie sich rein an dem Organisationsvorschlag der ASH (Verband etc.) festmacht, ohne über die Gründe zu sprechen, die zu diesem Vorschlag führen.

Das eine Problem dieses Vorschlags ist, ob tatsächlich auf diesem Weg die Diskussion und Auseinandersetzung gefördert wird. Schon jetzt in der Vorbereitung der Messe zeigt sich, daß erst einmal nur ein geringer Ausschnitt – wenn auch größer als von den Initiatoren erwartet: ca. 80 Projekte – sich an der Vorbereitung beteiligen. Dabei kommt es weniger auf die Zahl an, als daß ein bestimmter Teil der selbstverwalteten Betriebe, ich nenne sie der Einfachheit halber die 68er, nicht daran teilnimmt. Vielleicht aufgrund des „neuen Realismus“, vielleicht aufgrund der starken Fesselung durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vielleicht aufgrund alter Abneigungen.

Ein zweites Problem ist, daß gerade in der Verbindung von Verband, Stiftung und Netzwerk und mit Ansprechen der wachsenden Konkurrenz zwischen den Projekten die Vorstellung eines lobbyistischen Kartell- oder Zunftverbandes der jetzt etablierten Projekte hervorgerufen wird. Ich glaube zwar nicht an die Verwirklichungsmöglichkeit, aber die unzureichende Vorstellung darüber, wie eine Vernetzung zwischen den Projekten einerseits und den Käufern oder „Konsumenten“ andererseits hergestellt werden kann, legt einen solchen Verdacht nahe.

Diese Einwände ändern aber nichts daran, daß das Experimentierfeld der Alternativbetriebe über den eigenen Betrieb und das eigene Kollektiv hinaus ausgedehnt werden muß. Die Projekte-Messe '83 kann dazu Anstöße geben, der Ausbau der taz-Betriebszeitung durch Einbeziehung von mehr Projekten und auch der Benutzer oder Käufer wäre ein Schritt. Die Institutionalisierung der Projekte-Messe als Basar der Produkte, Erfahrungen und Auseinandersetzungen ein anderer. *Volker Lehmann*

Projekte-Messe '83

vom 19. bis 28.8. in der ASH-Kreismühle Oberursel

(Ausschnitt aus dem Programm)

Frei., 19. Aug.	11.00 Uhr	Pressekonferenz
	12.00 Uhr	Symbolisches „Öffnen der Tore“ mit den Kölner Straßenmusikern
	20.00 Uhr	„Geier Sturzflug“ – Rock
Sa., 20. Aug.	15.00 Uhr	Kindertheater „Rotznasen“
	20.00 Uhr	„Im Grünen Bock“ – ein Frankfurter Abend, mit dem „Vorläufigen Frankfurter Fronttheater“ + dem „Frankfurter Kurorchester“
So., 21. Aug.	15.00 Uhr	Kindertheater „Rotznasen“
	20.00 Uhr	1. große Diskussionsveranstaltung „Die Bundesrepublik heute und am Ende der 80er Jahre“
Mo., 22. Aug.		Geschlossene Veranstaltungen für die ausstellenden Projekte „Sich kennenlernen“
Di., 23. Aug.	20.00 Uhr	2. große Diskussionsveranstaltung „Die menschliche Gesellschaft“ – das unbekannte Wesen“
Mi., 24. Aug.	20.00 Uhr	3. große Diskussionsveranstaltung „Selbstverwaltete Betriebe und Kommunen – Hebel zur Systemveränderung oder nützliche Idioten zur Stabilisierung des Bestehenden?“

Arsen für die Bourgeoisie

Eine alternative Apotheke zwischen den alternativen Tischlereien, Bäckereien, Café Läden fällt bei aller üblichen „Exotik“ schon noch auf. Wohl weil gemeinhin in den Monopolläden wahre Goldgruben und in den Apothekern Musterexemplare von Beutelschneidern gesehen werden.

Daß es auch anders geht, zeigt die „Apotheke am Victoria-Park“. Außen an der Wand prangt ein Graffiti aus der Szene „Arsen für die Bourgeoisie“. Und was er wartet innen das Volk?

Wolf erläutert das Konzept des Kollektivs, das nun seit zwei Jahren die Apotheke führt. „Nicht, daß wir nur Naturheilmittel führen, das wollen wir nicht!“ „Wir sagen, die Leute müssen selber entscheiden, was sie wollen. Ich würde also niemand als erstes zu einem Antibiotikum raten, wenn es nicht unbedingt erforderlich ist. Aber wenn es erforderlich ist, würde ich auch dazu raten.“

Das „gesellschaftlich Nützliche“ spielt bei ihnen als Maxime eine große Rolle. Das heißt für die sechs Mitglieder des Kollektivs erstmal Beratung. Als wir in der Apotheke waren, konnten wir beobachten, wie eine Kundin mehr als eine halbe Stunde lang be raten wurde, wobei diese Beratung so aussah, daß die Kundin selbst mit Bücher wälzte, bis sie dann zu ihrer Zufriedenheit bedient war. Dieser Stil im Umgang mit den Kunden hat zur Folge, daß heute in der Apotheke, die der Vorbesitzer mit eineinhalb Personalstellen betrieben hatte, bei nur geringfügig gesteigertem Umsatz fünf Apotheker und eine Praktikantin arbeiten. Der Ertrag wird auch durch sechs geteilt und ergibt so für jeden 1300 Mark netto, allerdings bei 30 Stunden in der Woche.

Die Apotheke hat zwei Gruppen von Kunden. „Die meisten Leute, die gezielt zu uns kommen, die haben auch im Hinterkopf, etwas anderes zu wollen als schwere, harte Mittel, die rezeptpflichtig sind. Die wollen eher Naturheilmittel, Naturalverfahren oder was Unschädliches eben. Das findet sich eher in harmloseren Mitteln, als wo's mit der Sucht problematisch wird.“ Insofern haben sie auch wenig Probleme mit Drogenabhängigen.

„Die andere Gruppe von Kunden sind Leute, die hier wohnen und nicht unbedingt so locker drauf sind. Die kommen oft hier herein. Die Berliner Schnauze findet sich hier auch wieder. Die kommen dann gezielt, wenn sie merken, hier herrscht eine Atmosphäre, da kann man fragen und kriegt eine vernünftige Antwort. Die Leute im Laden geben sich Mühe, da wird er auch aktiv befragt, und es werden Sachen und Probleme erörtert.“

Darin finden sie im Grunde ihre Identität als Gruppe, weshalb sie sich entschlossen haben, eine Apotheke aufzumachen. „Wenn wir mit einer Sache konfrontiert werden, was in unserem Beruf auch wichtig und interessant ist, dann wollen wir uns auch damit beschäftigen, und zwar so wie wir uns das vorstellen und nicht wie es irgendwelche Zwänge ergeben. Das ist eben nur in dieser Form möglich, daß keiner dahinter steht und auf die Uhr guckt.“

Der Anspruch „gesellschaftlich Nützliches“ als Apotheker zu machen, brachte auch noch andere Änderungen gegenüber einer normalen Apotheke mit sich.

Eine massive Ausdehnung des Tee- und Kräuterangebots stand am Anfang. Frauenärzte regten dann an, ein Diaphragma-Gel zu entwickeln, weil keines der auf dem Markt befindlichen und von den großen Konzernen hergestellten ohne Nebenwirkungen ist. „Das bedeutet viel Aufwand und Arbeit. Es hat wie ein Renner eingeschlagen, auch in Westdeutschland. Es ist sicher noch nicht perfekt, aber die letzten anderthalb Jahre haben gezeigt, daß es in der Regel besser vertragen wird.“

Inzwischen ist es bei diesem Gel nicht geblieben, sondern es sind noch einige Präparate hinzugekommen: ein Nasenspray der nicht nur die Symptome kurzfristig abmildert, und, schon teilweise im Bereich der Kosmetik, eine Hautschutzcreme und ein Mückenschutzmittel.

„Wir stellen nur dann her wenn es nichts Entsprechendes auf dem Markt gibt. Weil es eben viel Arbeit bedeutet. Auch bürokratischen Verwaltungsaufwand, selbst in so kleinem Maßstab: Da müssen Etiketten gemacht werden, da müssen bestimmte Sachen draufstehen, es muß alles frisch bleiben etc. Von daher sind die Sachen, die wir selber herstellen, von der Arbeitszeit her schon sehr belastend. Da hat es sich dann ergeben, daß einer fast den ganzen Tag über beschäftigt ist. Aber eigentlich ist das ja nicht die Aufgabe einer Apotheke, Arzneimittel herzustellen und in größerem Umfang zu vertreiben. Deshalb versuchen wir auch, das mit dem Gel einzudämmen und in einem vertretbaren Rahmen zu halten.“

Hierarchie, formelle und informelle Strukturen

In so einer kleinen Gruppe wie dem Apotheken-Kollektiv dessen Stamm sich schon jahrelang aus Studium und gemeinsamer gewerkschaftlicher Tätigkeit kennt, sind für Planung, Kontrolle, kurz Demokratie keine besonderen Strukturen vorhanden.



Man trifft sich wöchentlich einmal während der Dienstzeit. Jeder hat gleiches Stimmrecht bis auf die Praktikantin, die sich nicht voll mit dem Projekt identifizieren muß. Was nicht heißt, daß sich nicht informelle Strukturen herausbilden oder sich durch Neigungen – „ich hab Lust, mich da einzufummeln“ – oder Abneigungen – „keine Lust, Bürokratie zu machen“ – Arbeitsteilungen ergeben, die die Basis für Machtstrukturen sein können.

Anders als das KoMet-Kollektiv, das sich puristisch an der Universalität des Handwerksmeisters orientiert, regiert bei Koller & Seidel der Pragmatismus und das Effektivitätsprinzip. Da gibt es einen „Geschäftsführer“ es ist „der Koller“, der auch gleichzeitig formell Miteigentümer ist, der den Kontakt mit den Kunden hält, Angebote erstellt, die Planung macht, die Arbeit einteilt, also faktisch die Produktion leitet. Da gibt es eine Sekretärin, und unter den eigentlichen Arbeitern in der Produktion die schon erwähnte Unterscheidung zwischen Bauschlossern, Helfern und Lehrlingen. Dennoch sind die Mitglieder des Kollektivs nicht unzufrieden. „Der Koller versteht davon am meisten“, „er hat da die geringste Fehlerquote.“ „Wenn jemand von uns das machte, würde viel mehr schiefgehen“, sagt Martin, „das ist aber nicht eine Sache der Hierarchie.“ Nicht selten sind allerdings die Sachzwänge und Erfahrungen einzelner die beste Basis für die Etablierung einer eher nen Hierarchie.

Und die KoMetten, die keine Aushilfen einstellen, „weil die nicht gleichberechtigt sein können“ haben die nicht auch schon den Sündenfall hinter sich? Geplant ist eine Arbeitsgemeinschaft mit Koller & Seidel und „Lichtbogen“ einem anderen Bauschlosser-Kollektiv um ein großes Projekt



Außen „Arsen für die Bourgeoisie“

innen Beratung für das Volk.

durchzuziehen. Wenn sich nun mit der Bauschlosserarbeit eine gegenüber der Werkzeugmacherei einfachere Arbeit ergibt, wird die nicht auch eine Hierarchie zwischen Bauschlossern und Werkzeugmachern begründen? Gerade der ausgeprägte Berufsstolz der Werkzeugmacherzunft ist dafür ein guter Nährboden.

Neue Self-made-men am Statt-Werk?

Die beschriebenen Projekte sind nicht gerade typisch für die Alternativszene. Nicht beschrieben sind Projekte der Selbsthilfe, ausgesprochen politische Einrichtungen oder auch Projekte wie die UFA-Fabrik, wo Produktion und Reproduktion gemeinsam organisiert wird.

Gerade die alternativ-ökonomischen Projekte könnten eigentlich eine Attraktivität auf die Arbeiterbewegung haben oder letztere dazu bringen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Da läuft aber eigentlich nichts trotz Arbeitslosigkeit, trotz immer größerer Arbeitsqual in den Betrieben.

Sicher fällt es den Gewerkschaften schwer, über ihr Alltagsgeschäft hinaus anderes zur Kenntnis zu nehmen. Doch er klärt diese Borniertheit noch nicht alles.

Liegt es daran, daß der Lohn in den Alternativ-Betrieben oft niedriger liegt als das Arbeitslosengeld? Oder liegt es auch daran, daß in diesen Projekten oft mühsam erkämpfte Schutzbestimmungen für die Arbeitskraft sträflich mißachtet werden, die Arbeitszeit in etlichen Projekten regelmäßig die 40-Stundenwoche überschreitet,

Nacht- und Stoßarbeit wie selbstverständlich erwartet werden, gesundheitlicher Schutz der Arbeitskraft durch Akrobatik, manchmal Leichtsinn und Verantwortungslosigkeit, ersetzt wird?

Alles das wird auch eine Bedeutung haben, vielleicht ist jedoch wichtiger, daß die alles erdrückenden Tagesprobleme die konzeptionelle Debatte verdrängt haben oder daß die Finanzdebatte um Staatsknete, Netzwerk, Goldtausch, Kollektiv GmbH oder Leasing-Modelle schon dafür gehalten werden.

Es wird bestenfalls überlegt, wie die Projekte die Probleme der Beteiligten lösen können, keine Rolle in der Debatte spielt ihre Bedeutung für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme und wie sie dann aussehen müßten.

Da spricht aus Fritz vom KoMet-Kollektiv der enttäuschte, resignierte 68er: „Wenn du versuchst, sowas Popliges wie so einen kleinen Betrieb hinzukriegen und du an

Probleme kommst und an deine Grenzen stößt, da siehst du, ‚das freie gesellschaftliche Modell‘ kannst du dir erstmal, wie es jetzt aussieht, abschminken. Denn sowas wie bei uns ist ja die Basis davon. Von daher hat sich für mich persönlich in meiner politischen Einstellung so einiges verändert.“

Er sieht die Leute, die die Alternativ-Betriebe machen, eher als die „neuen Selbständigen“ „Wer sowas macht sind die, die was unternehmen wollen, Unternehmer, die aber nicht das Risiko alleine tragen wollen.“ Vielleicht hat Michael so unrecht nicht, obwohl es schon überraschte, wie er KoMet beschrieb: „So neu ist das ja hier nun nicht. Das haben Millionen vor uns schon gemacht. Nicht anders haben Borsig und Siemens auch angefangen.“

Jedenfalls war es schon frappierend, mit wieviel Versatzstücken der Self-made-men-Philosophie man in der Szene konfrontiert wird. □



Rund um die 35-Stunden-Woche



Der Berg *DGB* – kreiste und gebar – etwas mehr als ein Mäuschen. Gemessen an der bisherigen Ohnmacht des *DGB* in der Festlegung der tarifpolitischen Richtlinien der Einzelgewerkschaften ist der *DGB*-Beschluss, daß zum Jahresende überall, wo es möglich ist, Tarifverträge über die Wochenarbeitszeit gekündigt werden sollen, mehr als das bisher dort gepflegte „Sowohl als auch“ Obwohl der Beschluss der 35-Stunden-Woche den Vorrang gibt, konstruierten die „Contras“ die *IG Chemie* und *NGG* daraus erneut eine Legitimation für ihren Querschuß.

Allerdings gibt es inzwischen in einem anderen Bereich Bewegung. Die *Deutsche Postgewerkschaft (DPG)* hat die Tarifverträge über die Wochenarbeitszeit zum Jahresende gekündigt. Die *DPG* hat das Bundespostministerium aufgefordert „in Verhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich einzutreten.“

Nachdem die *ÖTV* über Jahre hinaus Stillschweigen verordnet hatte, denn die Tarife sind immerhin seit September 1980 frei zur Kündigung, wird nun die Debatte innerhalb der *ÖTV* um die geeignetste Form der Arbeitszeitverkürzung offiziell begonnen. *M. Wulf-Matthies* schreibt in der Juli-Nummer des *ÖTV*-Magazins: „Das Jahr 1984 wird für alle *DGB*-Gewerkschaften im Zeichen der Verkürzung der Arbeitszeit, besonders des Kampfes um die 35-Stunden-Woche stehen. Wir werden uns in die Diskussion verstärkt einschalten, um unseren Weg zu bestimmen. Dabei geht es vor allem darum, Vor- und Nachteile der verschiedenen Modelle zur Arbeitszeitverkürzung für die sehr verschiedenen Verhältnisse in unserem Organisationsbereich zu prüfen und Beschlüsse in den Gremien und Organen vorzubereiten. Dazu ist eine breite Mitgliederdiskussion unerlässlich. Wir sind frei, die Arbeitszeitbestimmungen im öffentlichen Dienst zu kündigen.“ Zu Beschlüssen der Gremien wird es aber vor dem Herbst nicht kommen, verlautet aus dem *ÖTV*-Hauptvorstand. Dann könnte die *ÖTV* wegen der dreimonatigen Kündigungsfrist frühestens zum 31.3.84 kündigen. Die Gegenseite hat jedenfalls mit den Frührentenplänen aus dem Hause Zimmermann oder den Wochenarbeitszeitüberlegungen aus dem deutschen

Süd-Westen einiges an Desorientierung schon geleistet.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Landes sind unfreiwillig im letzten Jahr der 35-Stunden-Woche erheblich näher gekommen. Während die Kapitalisten bei einer kürzeren Arbeitszeit den Bestand dieser Gesellschaft in Frage gestellt sehen, kommt für immer mehr Beschäftigte die 35-Stunden-Woche mit der *Kurzarbeit* durch die Hintertür. Mehr als 700000 Arbeiter dürfen keine 40 Stunden arbeiten, das sind rund 7%.

Im Durchschnitt aller Arbeiter haben sich die *bezahlten Wochenarbeitsstunden 1983* von 40,9 Stunden Anfang des Jahres auf 39,4 Stunden verringert. Dabei liegen die Frauen vorne. 38,4 Stunden werden ihnen durchschnittlich bezahlt, in einigen Branchen, wie

z.B. dem Maschinenbau, ist die Hälfte der Spanne zur 35-Stunden-Woche längst für sie erreicht.

Diese Art der Arbeitszeitverkürzung erfolgt allerdings ohne Lohnausgleich. So haben denn auch die *Wochenlöhne* im gleichen Zeitraum nicht nur mit der Preissteigerungsrate nicht Schritt gehalten, sondern sind mit -0,2% sogar nominell in den Keller gegangen. Insbesondere das letzte Quartal des Jahres brachte den Einbruch, wobei natürlich der überproportionale Rückgang der Wochenarbeitsstunden bei den Männern besonders zu Buche schlug.

Bundeswirtschaftsminister Arbeitsminister und Handwerkerverbände wollen eine breite Kampagne gegen die Schwarzarbeiter starten, die anderen Unternehmern Arbeit wegnehmen, und so deren

Existenz und damit auch die Arbeitsplätze gefährden. Eine ähnliche Gefahr müßte gemäß dieser Argumentation auch von den Überstunden, die nach wie vor in hohem Maß den Arbeitern abverlangt werden, ausgehen. Es zeigt sich interessanterweise, daß gerade auch in Branchen viele *Mehrarbeitsstunden* geleistet werden, die über Absatz und Beschäftigungsmangel klagen. So liegen gegenüber den durchschnittlichen 1,3 Stunden der Steinkohlebergbau, der Braunkohlebergbau und die Holzbearbeitung mit 2 Stunden, vor allem die Fahrzeugbauindustrie mit 2,2 Stunden und der Schiffbau mit 2,7 Stunden im Spitzenfeld. Diese Sorte von Schattenwirtschaft müßte doch unserem Bundesarbeitsminister eine Bundespressekonferenz wert sein?

Gewerkschafter und Grüne für die 35-Stunden-Woche

Anfang September wird eine Initiative dieses Namens aufgezogen werden. Dabei als Initiatoren: prominente Gewerkschafter und Grüne. Das Ziel: Unterstützung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche. Die Initiative ist entstanden im Kreis derjenigen, die seinerzeit eine überregionale Unterschriftenaktion „Gewerkschafter rufen auf zur Wahl der Grünen“ gestartet und organisiert hatten. Diese Unterschriftenaktion zur Bundestagswahl hatte seinerzeit eine überraschend ansehnliche Unterstützerzahl bekommen.

Ausgangsüberlegungen der sich abzeichnenden Initiative:

□ Für die Vertretung grün-alternativer-linker Positionen in den Gewerkschaften sind zum Teil bessere Bedingungen, größere Spielräume da, die genutzt werden müssen. Gleichzeitig wird die Auseinandersetzung, sprich der Versuch zu nehmen, solche Positionen programmatisch wie praktisch politisch aus der vielbemühten Einheitsgewerkschaft rauszudrängen.

□ Eine öffentliche, vielfältige und phantasievolle Unterstützung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche ist dringend geboten, weil erstens die Möglichkeiten der *IGM* hier aus verschiedenen Gründen eingeschränkt sind, weil zweitens die Versuche, diesen Kampf ideologisch und repressiv einzuschüüren, äußerst massiv sein werden und schließlich drittens, weil die Förderung alternativer Entwicklungsrichtungen keine vorrangige Angelegenheit programmatischer Diskussionen und Festlegungen, sondern eine der sozialen Auseinandersetzung ist.

□ Nicht im Vordergrund der Initiative, aber gleichfalls nicht unbedeutend wird ein weiteres Ziel sein: nämlich innerhalb der Grünen diejenigen zu stärken, für die die Interessen der Lohnabhängigen kein vernachlässigenswertes, womöglich überwiegend „konservatives“ Moment darstellen. Es geht nicht darum, die Grünen zu einer traditionalistischen Partei des „Proletariats“ zu machen; aber viel hängt davon ab, ob

sie zu einer lebendigen Protestpartei werden, die rebellisch und beweglich wird, statt eine starre ökologische Weltanschauung zu entwickeln.

Die Initiative, soviel kann heute schon gesagt werden, wird kein aufwendiges Organisationsmodell sein. Es geht einmal darum, öffentlich und wirksam Prominente in die Waagschale zu werfen. Zum zweiten soll ein Informationsdienst an einen möglichst großen Kreis von Gewerkschaftern, Grünen und Linken – an alle Interessierten eben – interne Informationen, Hintergrund- und Agitationsmaterial sowie Erfahrungsaustausch weitergeben. Wichtigstes Ziel dieses Info-Dienstes wie auch einer Referentenvermittlung u.a. ist es, die örtlich und regional jeweils spezifischen Unterstützungs- und Aktionsmöglichkeiten zu fördern. Darüber hinaus ist für das Frühjahr '84 ein Kongreß geplant.

H.D. Zahn

Kontakte zur Initiative über „express“ Ludwigstr. 33, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel.: 0611/88 5006



Meuterei auf dem sinkenden Schiff?

Arafats Bemühungen das Palästinenserproblem politisch einer Lösung näher zu bringen, stocken. Die Opposition gegen ihn droht in eine Spaltung der PLO überzugehen. Die Autorin versucht, einige Aspekte der innerhalb der PLO aufgebrochenen Widersprüche aufzuzeigen.



Rebellen-Führer Abou Mousa

Von Jutta Löwe

Nicht zufällig hatten die Auseinandersetzungen zwischen „Loyalen“ der Fatah und „Dissidenten“ zu der Zeit begonnen, als das Truppenabzugsabkommen zwischen dem Libanon und Israel abgeschlossen wurde. Syrien reagierte umgehend mit der Weigerung, den „Unterwerfungsvertrag“ anzuerkennen. Offiziell wird diese Weigerung damit begründet, daß es den israelischen Besatzern nicht zustehe, Bedingungen hinsichtlich der Modalitäten zu stellen, nämlich den israelischen Rückzug aus Libanon mit dem der palästinensischen und vor allem der syrischen Verbände zu koppeln. Tatsächlich hat Syrien ohnehin nicht die Absicht, seine Truppen abzuziehen, und selbst mit der Rückenstärkung der kürzlich stationierten SAM 5 wird sich „der Kampf gegen die Zionisten“ vor allem auf der Ebene des Maulheldentums und nicht in der Bekaa abspielen. Jedenfalls halten syrische Verbände dort seit geraumer Zeit die „Loyalen“ der Fatah in Schach, von denen der eine oder andere die Segnungen der syrisch-brüderlichen Waffenhilfe bei seinem Tode erfahren haben wird.

Gehört man nicht gerade zu den sich besonders radikal wählenden Anhängern derjenigen Palästina-Solidaritätsgemeinde, die auf den Schienen „Zionismus-Imperialismus“ und „bewaffneter Kampf bis zum Sieg“ ihre immer gleichen Kreise zieht, wird man nicht die Blauäugigkeit haben, die Meuternden als Ausdruck wiedererwachten Kampfgeistes auszumachen. Kampfeswille wogegen, wofür? Gegen die Kompromißler gegen die bürgerlichen Kräfte in den Reihen der PLO die mit den „unanständig großen Wagenparks“ (*taz* vom 25.7)?

Die Anhänger der meuternden Stabsoffiziere kritisieren die „individuelle Machtausübung“ Arafats im Hinblick auf folgende Einschätzungen und Schritte:

– die Zustimmung zum Rückzug der Fedayin aus Beirut im Vertrauen auf amerikanische Garantien hinsichtlich der Sicherheit der palästinensischen Zivilbevölkerung; d.h. indirekte Verantwortung für die Massaker in den Lagern Sabra und Chatila;

Unterschätzung der „strategischen Allianz“ zwischen der PLO auf der einen und der UdSSR und Syrien auf der anderen Seite, womit er zur Niederlage der Fedayin im Libanon beigetragen habe; Illusionen über die Unterstützung der konservativen arabischen Staaten.

Der Versuch, unter amerikanischer Ägide einen „historischen Kompromiß“ mit dem jordanischen König auszuhandeln, was die Ausschaltung der PLO zur Folge haben würde.

Unbestreitbar besteht ein Zusammenhang zwischen dem Abzug der palästinensischen Verbände aus Beirut und den Massakern in den beiden Lagern. Die militärische Niederlage der PLO erfolgte aber nicht erst mit der Aufgabe der Stellungen in Beirut, die über längere Zeit nicht erfolgreich hätten gehalten werden können. Auf-

1000 Berlin 36

Umweltmagazin Verlag, Paul-Lincke-Ufer 44a,

COUPON

Umweltmagazin ist die Zeitschrift des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) – erscheint alle 2 Monate und ist in guten Buchläden zu erhalten.

Ich bestelle das aktuelle Heft für DM 4,- plus -,70 DM Versandkosten (in Briefmarken oder V-Scheck)

Ich abonniere Umweltmagazin ab Heft Nr. ___ für DM 24,- pro Jahr (6 Hefte) frei Haus in der BRD.

Name _____

Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

HEFT 4/1983

Umweltmagazin

DER
WASCHMITTEL
REPORT.
SAUBERE
GESCHAFFTE
MIT
SCHMUTZIGER
WASCHE

- **BIO-Waschmittel:** Anspruch und Wirklichkeit
- Unsere Wasch-Wut und was sie anrichtet
- Abschied von kuschelweichen Träumen: Tips für ökologisches Waschverhalten
- **Waschmittlexikon:** von Phosphaten, Tensiden und anderen Giften
- **Bezugsquellen** für Bio-Waschmittel



grund dieser nüchternen Einsicht hatte Arafat dem Auszug aus Beirut zustimmen müssen, was überhaupt nichts Ehrenrühiges ist. Die Massaker die hernach verübt wurden, zeugen von der Feigheit und Verkommenheit der Täter Und selbst der Schutz der Lager durch palästinensische Kämpfer wäre keine Garantie gewesen. 1976 in Tell-el-Zaatar befanden sie sich inmitten des eingeschlossenen Lagers, das bewaffneten Widerstand leistete und nach 55 Tagen doch fiel. Unter anderem in die Hände der Syrer

Unter militärtaktischen Gesichtspunkten läßt sich Arafats Entscheidung schwerlich kritisieren. Der Vorwurf enthüllt vielmehr ein Moment palästinensischer Ideologie: Wir ergeben uns nicht; wenn wir unsere palästinensische Identität nicht souverän ver wirklichen können, so wirklichen wir sie kämpfend, nehmen sie mit in den Tod. Die strategische Allianz zwischen PLO und UdSSR/Syrien unterschätzen, bedeutet im Rahmen dieser Ideologie, die einzige noch mögliche Basis für militärische Aktionen zu kappen. Die im eigentlichen Sinne militärischen Erfolgsaussichten bewaffneten Widerstandes sind dabei von zweitrangiger Bedeutung. Ähnlich verhält es sich mit den palästinensisch-jordanischen Verhandlungen, die mit dem Geruch des Feilschens behaftet und deswegen leicht zu diskreditieren sind.

Gegen die Errichtung eines Teilstaates wird von den Meutern kein grundsätzlicher Einwand erhoben, wie Abou Moussa, einer der Wortführer gegenüber dem *Guardian* äußerte; „vorausgesetzt, daß es keinerlei Versöhnung, keinerlei Anerkennung Israels gibt und daß wir hernach die Möglichkeit haben, den Kampf für die vollständige Befreiung Palästinas fortzusetzen.“ Seiner Vorstellung nach sollen alle Juden, die sich nach der Staatsgründung in Israel niedergelassen haben, aus dem zu schaffenden Palästinenserstaat ausgewiesen werden. Wenn trotz der Übernahme der Beschlüsse von Fes durch den Palästinensischen Nationalrat, also der direkten Anerkennung Israels, derartiges vertreten wird, so deutet das darauf hin, daß alte Anschauungen unter der geschönten Oberfläche der Resolutionen fortexistieren.

Gegenüber dem Argument, die Juden hätten keinen Anspruch auf einen eigenen Staat, auf nationale Souveränität, weil sie nur durch die gemeinsame Religion verbunden seien, wurden vor allem aus den Reihen des Matzpen – plausible Überlegungen angeführt, die die Anerkennung einer jüdischen Nation legitimieren. Diese Überlegungen entsprechen durchaus dem europäischen Verständnis und der Praxis der

Trennung von Kirche und Staat, dem laizistischen Staat. Für den arabischen, speziell moslemischen Kulturkreis kann diese Sichtweise jedoch nicht zugrundegelegt werden. Die *umma*, die Gemeinschaft der Moslems, beansprucht nicht nur für den religiösen, sondern auch für den weltlichen Bereich umfassende Kompetenzen. Islamisches Selbstverständnis schließt die Anerkennung der Existenz einer jüdischen Nation per se aus. Die Unbedingtheit, mit der sich der Fatah-Oberst Abou Moussa gegen eine Versöhnung mit Israel ausspricht, ist daher nicht vergleichbar mit Auffassungen, die sich hierzulande etwa als „Kalte-Kriegs-Politik“ oder Revanchismus artikulieren. Nicht zufällig gehört der „Rebell“ der Fatah an: Sie stützt sich auf die Mehrheit der Palästinenser, die Moslems sind. Diese Tatsache muß auch Yassir Arafat berücksichtigen. Das Faustpfand *Anerkennung Israels* durch die PLO enthält das bleierne Gewicht der Preisgabe palästinensischer, moslemisch-arabischer Grundwerte.

Auf der Ebene individueller Rechte dagegen wird die Existenz von Juden entsprechend dem moslemischen Suprematierverständnis nicht in Frage gestellt, sondern seit Gründung der PLO in ihrer politischen Programmatik berücksichtigt. Seitdem gibt es auch Kritik an der Bestimmung des Status der Juden in der Charta der PLO Auf Vorschlag der Demokratischen Front wurde vom 8. Palästinensischen Nationalrat 1971 folgende Entschliebung verabschiedet: „Der palästinensische bewaffnete Kampf ist kein sektiererischer oder rassistischer Kampf gegen die Juden. Daher wird der Staat der Zukunft in einem vom zionistischen Imperialismus befreiten Palästina ein demokratischer palästinensischer Staat sein, in dem alle, die das wollen, mit denselben Rechten und Pflichten leben können“

Die Kritik an der säkularen, demokratischen Verfassung des künftigen palästinensischen Staates ist von den gewachsenen nationalen Bedürfnissen der Juden auf nationale, staatliche Souveränität aus berechtigt, in der Entwicklung für Lösungsansätze des jüdisch-arabischen Konflikts bedeutete die ser Entwurf jedoch einen Fortschritt.

Bekanntlich wurde dieses Angebot weder beantwortet, geschweige denn einer ernsthaften Prüfung unterzogen. Die Unnachgiebigkeit aller bisherigen israelischen Regierungen, wenigstens die Unterdrückung, Entrechtung und Enteignung der Palästinenser nicht noch weiter auszu dehnen, hat die Konzeption vom demokratischen Staat in Palästina diskreditiert. Allzu erstaunlich ist es da nicht, wenn jetzt wieder schärfere Töne angeschlagen wer



Abzug der Palästinenser aus Beirut, als Sieg gefeiert. Die fatalen Folgen für die PLO treten erst nach und nach deutlicher hervor

den, wenn auf Momente des Fundamentalismus zurückgegriffen wird. Die Ironie des Schicksals will es, daß ausgerechnet Syriens Assad, belastet durch die Tötung und Unterdrückung der Moslem-Brüderschaften, der Unversöhnlichkeit der Meuterer entgegenkommt und arabische Standhaftigkeit gegenüber imperialistischen und zionistischen Unterwerfungsmanövern deklamiert. Die „strategische Allianz“ zwischen PLO und Syrien kann allenfalls eine taktische sein; palästinensisch-arabische Schutz- und Trutzbündnisse können sich aktuell weniger denn je als arabische „Ablehnungsfront“ gegenüber Israel formieren, wenn die Schaffung eines palästinensischen nationalen Staates nicht aufs Spiel gesetzt, auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden soll.

Zwischen „dem Wünschbaren, dem Möglichen und dem Akzeptablen“ unterscheidet Yassir Arafat (The Middle East, Mai 1983). Möglich ist seiner Überzeugung nach die Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem Gebiet des Westjordanlandes und im Ghaza. Wünschbar ein palästinensischer Staat in den Grenzen des UNO-Teilungsplanes von 1947. Aktuell steht aber auch die Teilstaatlösung auf den 1967 besetzten Gebieten nicht an, „weil die USA das Haupthindernis bleiben und die arabische Welt schwach und unfähig ist, den notwendigen Druck auszuüben, um sie umzustimmen“. Zuversichtlich fährt er fort, „innerhalb der kommenden drei Jahre“ könne dieser Fall durchaus eintreten. Seine Hoffnung gründet sich auf die Stärkung der arabischen Einheit durch die Lösung des West-Sahara-Konflikts und die Beendigung des iranisch-irakischen Krieges. Die Befreiung der arabischen Welt von diesen unsinnigen Differenzen und den damit verbundenen Kosten würde der palästinensischen Sache zugutekommen.

Ohne Rückenstärkung der PLO durch eine interarabische Allianz kann, so scheint es, nichts gehen. Ob als revolutionär gesehene Waffenbrüderschaft oder bestückt mit dem schnöden Mammon der reichen, mindestens als konservativ geschmähten Bruderländer

Welche Art des Zusammengehens der palästinensischen Revolution dienlicher sei, ist umstritten. Bislang schieden sich die Geister vor allem in der Frage, ob die Erlangung nationaler Souveränität das erste und vorrangige Ziel des palästinensischen Befreiungskampfes sei (Fatah) oder ob die nationale Befreiung mit der sozialen verbunden werden müsse (Volksfront/Demokratische Front). Beide Richtungen hatten neben der palästinensischen nationalen Sache (wataniya) stets auch die der gesamten arabischen (qaumiya) im Auge. Das Wechselverhältnis zwischen beiden existiert faktisch. Die Unterstützung der PLO durch die arabischen Völker und Regierungen beruht zu einem guten Teil darauf und nicht einfach und ausschließlich auf der Tatsache, daß die Palästinenser für die Verwirklichung ihrer Rechte kämpfen. Der Zusammenhang zwischen palästinensischer und arabischer Nationalität bewirkt für die PLO jedoch das Dilemma, Interessen und politische Machtverhältnisse in den arabischen Ländern niemals gänzlich außer acht lassen zu können.

Bei alledem ist die Unterstützung der arabischen Länder in ihrer Wirkung jedoch beschränkt und muß es auch bleiben, wenn man von der weder wünschenswerten noch wahrscheinlichen Möglichkeit einer Art „heiligen Krieges“ absieht.

Wenn nicht vereinter arabischer Kampf, wie von Arafat als Antwort auf das libanesisch-israelische Abkommen vorgeschlagen, dann vielleicht

doch Volkskrieg? Die Charta der PLO von 1968 nennt den bewaffneten Kampf als einzigen Weg zur Befreiung: „Es handelt sich daher um eine strategische und nicht um eine taktische Phase.“ Soweit das Programm. In der Praxis des Widerstandskampfes hat sich diese Festlegung nicht verwirklichen lassen. Nach dem mißlungenen Versuch zum Sturz des jordanischen Königs Hussein, der der PLO hohe Verluste eintrug (an Menschen wie auf politischer Ebene), dem „Schwarzen September“, konstatierte ein PLO-Sprecher bitter, die jordanischen Palästinenser seien der „palästinensischen Revolution nicht gefolgt, weil sie gespalten war und unterschiedliche Aktionslosungen ausgab“. In der Tat hatten sich nicht nur Beduinen, sondern auch Palästinenser an der Verteidigung des Königshauses beteiligt. Andere kreideten Hussein vor allem an, er habe sich unter anderem wegen der Zustimmung zur Feuereinstellung nach dem „Sechs-Tage-Krieg“ des Verrats an der palästinensisch-arabischen Sache schuldig gemacht. Die Fatah vertrat seinerzeit schon eine Position der strikten Nichtenmischung in die Angelegenheiten der arabischen Länder. Der Versuch, die „strategische Phase des bewaffneten Kampfes“ in einem arabischen Land zu verwirklichen, zeigte bereits im ersten und in dieser Art einzigen Anlauf die Untauglichkeit der Volkskriegskonzeption. Außer der Niederlage kostete sie den Verlust der jordanischen Basen.

Spätestens seit dem Ausgang des libanesischen Bürgerkrieges sind die Chancen nicht nur für einen Volkskrieg, sondern für den Erfolg bewaffneter Aktionen gegen Israel überhaupt sehr beschränkt, wenn nicht gar fragwürdig. Syrien dürfte kaum Ambitionen zu einem wirklichen Waffengang entwickeln. Mehr denn je ist die PLO vom Gelingen politischer Initiativen abhängig.



Die Fretilin keineswegs am Ende.
Der Waffenstillstand
mit der indonesischen Regierung
zeugt von durchaus
stabilisierten Kräfteverhältnissen



Der indonesische Kommandeur in Ost-Timor, Col. Purwanto (zweiter von links) und Fretilin-Führer Shanana Gusmao (zweiter von rechts) nach dem Abschluß der Waffenstillstands-Verhandlungen, die im März 1983 in Fretilin Gebieten geführt wurden. Eine Flagge der Fretilin ist am Tisch angebracht – sie zeigt, daß es keine Gespräche über „Kapitulation“ waren, wie es die Indonesier für sich beanspruchen.

Timoresische Söldner in der indonesischen Armee halten auf ihren Bajonetten den abgeschlagenen Kopf eines Fretilin-Guerillas. Dieses und andere Fotos wurden durch die Fretilin erbeutet oder wurden ihr durch indonesische oder timoresische Soldaten in der indonesischen Armee zugespielt. Der Dokumentationswert schien uns höher zu veranschlagen als die Qualität der Bilder

Wieder Nachrichten aus Osttimor

Die letzten direkten Nachrichten aus Osttimor hatten von der Befreiungsorganisation Fretilin ein Bild einer immer kleiner werdenden Truppe gezeichnet, die von der Bevölkerung isoliert in den Bergen kaum überleben konnte. Nachdem seit 1979 der Fretilin-Radiosender in Australien nicht mehr empfangen werden konnte, gab es nur noch hin und wieder bischöfliche Aufrufe, den Hunger in den unter indonesischer Kontrolle stehenden Gebieten zu lindern. Deshalb kam die Meldung, Fretilin habe kapituliert und die indonesische Regierung sei in Verhandlungen eingetreten, zunächst nicht überraschend. Inzwischen sind weniger als sechs Wochen vergangen, und was seitdem an Dokumenten zugäng-

lich geworden ist, gibt ein vollständig anderes Bild.

Osttimor nach dem Ende des portugiesischen Caetano-Regimes und dem Abzug der Kolonialverwaltung und ihrer Truppen einen Monat lang unabhängige Republik, wurde im Dezember 1975 von Indonesien annektiert und führt seitdem unter Führung von Fretilin den Kampf um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit. In der Vollversammlung der Vereinten Nationen steht es durch Betreiben Portugals regelmäßig auf der Tagesordnung, und die indonesische Invasion wurde bisher stets von verschiedenen Mitgliedsstaaten verurteilt. Mit der Meldung von Fretilins Kapitulation hofft Indonesien, die Debatte der UNO im

November zu beeinflussen und das Thema Osttimor endgültig aus der Tagesordnung zu drängen. Die neuen Dokumente, die Fretilin Anfang Juli in Lissabon vorlegte und am 24. Juli in einer Veranstaltung in Sydney erläuterte, haben dem indonesischen Manöver weitgehend den Boden entzogen.

Abilio Araujo und Roque Rodriguez, ständige Vertreter von Fretilin in Europa und Angola, räumten in Sydney ein, daß Fretilin nach einigen Erfolgen in den Jahren 1975 – 1977 nicht in der Lage war, die Maubere-Bevölkerung langfristig vor der Strategie der Erntevernichtung und Aus-hungerung durch die indonesische Luftwaf-

fe zu schützen. Über 150000 kamen während dieser Jahre ums Leben. 1978 mußte Fretilin der Bevölkerung empfehlen, in die von Indonesien kontrollierten Gebiete zu gehen, um nicht zu verhungern. Politisch und militärisch war Fretilin äußerst geschwächt. Die meisten ihrer Soldaten waren gefallen; von den Mitgliedern des ersten Zentralkomitees überlebten nur zwei. Bis 1980 ging die Organisation durch eine Periode der Neuorganisation und der Umstellung vom Stellungskrieg auf Guerillakrieg, der im Osten begann und nach und nach das ganze Land erfaßte. Im Juni 1980 konnte die Hauptstadt Dili wieder erfolgreich angegriffen werden. Die erste nationale Konferenz im März 1981 markierte den Beginn weiträumig koordinierter Aktionen. Die nächsten zwei Jahre sahen dann mehrere entscheidende militärische Erfolge, die dazu führten, daß die von Indonesien in Osttimor rekrutierten Maubere Soldaten inzwischen alle Kampfhandlungen verweigern. „Seit Ende 1982“ sagte Araujo in Sydney „wußten unsere Truppen, daß die Indonesier nach einer friedlichen Lösung suchen. Die Botschaft erreichte uns über einige Missionare. Unser Kommandant Shanana Gusmao antwortete, daß Fretilin seit 1975 eine friedliche und dauerhafte Lösung des Osttimorproblems anstrebt.“

Vom 21 bis 23 März dieses Jahres fanden die ersten Verhandlungen statt, die zu einem Waffenstillstand führten, und die die indonesische Regierung jetzt als Kapitulation eines kleinen Haufens verzweifelter Vagabunden darstellen will. Araujo und Rodriguez gaben die Stärke der Falintil-Truppen (der Armee von Fretilin) mit 7000 an. Sie zeigten eine Karte, in der lediglich die Straßen und Städte und ein schmaler Landstreifen im Westen als von Indonesien kontrolliert ausgewiesen waren. 80% des Landes werden nach ihren Angaben von Fretilin kontrolliert und verwaltet. Wie immer man die widersprüchlichen Aussagen bewerten will, es ist doch schwer vorstellbar, daß die indonesische Regierung sich die Mühe von Waffenstillstandsverhandlungen machen würde, wenn der Gegner militärisch bedeutungslos wäre. Die in Sydney vorgelegten Dokumente entlarven derartige Darstellungen als reine Propaganda. Die Verhandlungen zwischen dem indonesischen Kommandanten Purwanto und Falintil-Kommandant Gusmao fanden in einem Gebiet statt, das den indonesischen Truppen sonst nicht zugänglich ist. Fretilins Fahne schmückte den Verhandlungstisch (siehe Foto), und über dem Verhandlungsgebäude standen die Buchstaben R.D T.L., Demokratische Republik Osttimor. In den Gesprächen forderte Fretilin,

daß vor weiteren Verhandlungen der Generalsekretär der Vereinten Nationen offiziell davon unterrichtet wird, daß Verhandlungen zwischen beiden Parteien stattfinden. Ein entsprechendes Schreiben hat Fretilin am 11 April an Perez de Cuellar abgeschickt.

Fretilin hat bei den Verhandlungen einen Vorschlag zur Lösung des Osttimorproblems vorgelegt. Er sieht den Abzug der indonesischen Truppen und die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe vor, die die Durchführung einer Volksabstimmung über den zukünftigen Status von Osttimor überwachen soll. Während dieser Zeit sollen die Falintil-Truppen in ihre Lager in den Bergen zurückgezogen werden. Indonesien streitet offiziell ab, daß es einen solchen Vorschlag gibt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das indonesische Militär zutiefst gespalten ist. Während die in Osttimor stationierten Soldaten und Offiziere die Verhandlungen unterstützen, hält die Generalität in Djakarta weiter an der militärischen Lösung fest. Sie ist auch für die jüngsten Pressemeldungen verantwortlich, die von Kapitulation sprechen. Wie stark der Unmut in der Truppe ist, zeigt die Tatsache, daß seit Beginn der Verhandlungen Dokumente und Fotos von Soldaten und Offizieren an Fretilin weitergegeben werden. Ein solches Dokument ist das 82-seitige Handbuch für die Truppe, das über Fretilin an Amnesty International gelangt ist und Beweise und Richtlinien für Foltermethoden bei Verhören enthält. Daß in Osttimor gefoltert wird, ist schon seit längerem bekannt, auch wenn die Beweise bislang nicht eindeutig waren. Neu ist, daß die Beweise jetzt an Fretilin ausgehändigt werden.

Die europäische und die australische Presse haben über das Militärhandbuch berichtet, meist ohne die Umstände seiner Übergabe zu erwähnen. Fretilin hat heute die Unterstützung der gesamten Bevölkerung, und der Aufbau in den befreiten Gebieten geht voran. Indonesien ist mit seiner Politik der Integration, die der Auslöschung des Mauberevolkes gleichkommt, im Land völlig isoliert. Die katholische Kirche, die anfänglich eine unbeteiligte Haltung zu wahren versucht hatte, unterstützt heute die Politik der Fretilin und tritt als Unterhändler auf (der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung, der 1975 etwa 30% betrug, hat sich bis heute mehr als verdoppelt). Dieser Lage entspricht es nicht, daß Indonesien auf diplomatischer Ebene noch unwidersprochen verbreiten kann, es sei in Osttimor Herr der Lage und die Integration der neuen Provinz gehe zügig voran. Der Waffenstillstand vom März ist noch in Kraft. *Matthias Tomczak*



Sozialismus ist eine aktuelle 2-monatszeitschrift. Angesichts der breiten Bedrohung durch eine neokonservative Politik ist die Linke aufgerufen, konkrete und umsetzbare Alternativen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Sozialdemontage, Umweltzerstörung und Aufrüstung auszuarbeiten. **Marxistische Analysen** sind hierfür nötiger denn je.



Sozialismus erscheint 2monatlich im Großformat mit jeweils 96 Seiten und vielen Karikaturen und Abbildungen. Einzelheft: DM 8,- Jahresabonnement: DM 42,- + Porto

Kennlernangebot: 2 Hefte für zusammen DM 10,- Schein oder Scheck an VSA, Postfach 50 15 71, 2000 Hamburg 50

US-Werbeplakat
mit dem
Flugzeugträger
„Nimitz“
für den Film
„Der letzte Countdown“

Über die Interessen
des US-
Imperialismus
in Mittelamerika
und die Chancen,
noch eine politische
Verhandlungs-
regelung
zu erreichen.
Die Entscheidung
fällt in El Salvador
Vorläufig sollen
die US-Manöver
als Druckmittel
dienen.



Drahtseilakt auf schmalem Isthmus

Von Theo Mehlen

Die Breschnew-Doktrin besagt unter anderem, daß ein Land, erst einmal dem „sozialistischen Lager“ eingegliedert, darin auch zu verbleiben hätte. Daß in den sechziger und siebziger Jahren einige Länder der Dritten Welt zum „sozialistischen Lager“ gestoßen sind und sich die These von Breschnew bis jetzt bewahrheitet hat, ist ein Aspekt der Umwälzung des Kräfteverhältnisses in der Welt zwischen den Supermächten. Bis jetzt ist es den USA nur gelungen, diese Umwälzung zu bremsen und eine gewisse Stabilisierung zu erreichen. Beginnt mit dem Eingreifen in der Karibik das *roll-back*? Ein Sturz der Regierung in Nicaragua wäre ein erster Schritt.

1954 stürzten die USA mit einer ähnlichen Strategie wie heute gegen Nicaragua die nationale Regierung Arbenz in Guatemala. Und noch in den sechziger Jahren konnten sie ohne weiteres zur direkten Intervention in der Dominikanischen Republik schreiten. Seitdem waren sie in der Region zu solchen Aktionen nicht mehr in der Lage, vor allem wegen des Vietnam-Krieges

und seiner Folgen. Eine Liquidierung der sandinistischen Regierung bedeutete einen qualitativen Umschlag. Gleichwohl wäre den USA damit in ihrer globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion noch nicht der überhaupt entscheidende Schritt in Mittelamerika und der Karibik gelungen. Der ist und bleibt an eine Rückeroberung Kubas für das amerikanische Kapital und Militär gekoppelt, und daran ist für die USA nach wie vor nicht zu denken. Trotz des Lärms, den Reagan veranstaltet, sind die Ziele der USA gegenwärtig bescheidener: Sicherung ihrer Vorherrschaft in der Region.

Was gesichert werden soll, bekommen die US-Bürger gegenwärtig durch die Administration täglich ins Ohr geblasen. Außer Guatemala sind die kleinen Staaten wirtschaftlich relativ uninteressant. Aber 50% des US-Handels gingen durch den Golf und den Panama-Kanal. Zwei Drittel der Ölimporte würden durch den Golf verschifft. 50% des Nachschubs für die Nato würde aus Golfhäfen erfolgen. Weitere Revolutionen in Mittelamerika würden den Flüchtlingsstrom in die südlichen Staaten enorm verstärken. Vor allem aber würden die USA an Glaubwürdigkeit in der Welt verlieren, wenn sie noch nicht einmal in der Lage wären, im eigenen Hinterhof für Ru-

he und Ordnung zu sorgen. Sicherung der Region, ist die im amerikanischen Sinn überhaupt ohne Umsturz in Managua zu erreichen? Die Beantwortung dieser Frage ist für die US-Strategen mit einigen Unwägbarkeiten verbunden. Die Regierung hat sich als stabiler erwiesen, als zunächst angenommen. Ohne den risikoreichen Einsatz von honduranischen und amerikanischen Truppen ist das Ziel der Contras kaum zu erreichen. Also richtet sich Reagan auf beides ein. Wenn eine Stabilisierung ohne Umsturz in Managua gelingt, dann ist dieser Option Vorrang einzuräumen. Wenn nicht, dann muß auch dort mit allen Mitteln vorgegangen werden. Was ist der Prüfstein bzw. in der Sicht der Ost-West-Maler im Beraterstab: der Dominostein, dessen Fallen höchstwahrscheinlich das zweite Vietnam eröffnen würde? Natürlich das schwächste Kettenglied, also El Salvador

O bwohl das kleinste und bevölkerungsärmste Land in Mittelamerika, buttert die US-Regierung die größten Beträge hinein. Für 1983 forderte Reagan für El Salvador 170 Mio. Dollar militärische Hilfe und 232 Mio. Dollar wirtschaftliche. Der Kongreß bewilligte 81 bzw. 227 Mio. Dollar. Zum Vergleich Guatemala:

10,5 bzw 102 Mio. Dollar. Von den 350 Mio. Dollar des Karibik-Plans für 1982 gingen allein 100 Mio. Dollar an El Salvador. Dennoch ist es bisher nicht gelungen, im Land einigermaßen vorzeigbare Zustände zu schaffen. Die Ansätze einer Bodenreform werden rückgängig gemacht, die Zahl der ermordeten Zivilisten steigt. Und die Guerilla kämpft weiter. Die Mission von Stone, der jetzt erste Gespräche mit Vertretern der Guerilla führte, ist nicht einfach propagandistischer Art, um von den kriegsrischen Absichten abzulenken. Die USA scheinen reale Hoffnungen darin zu setzen, die Guerilla in einen reformerischen Prozeß im Land zu integrieren. Natürlich gibt es entscheidende Differenzen. Das Regime in San Salvador und die USA wollen nur über eine Beteiligung der Widerstandsgruppen an den Wahlen, die für das Frühjahr 1984 angesetzt sind, verhandeln. Die Guerillaorganisationen lehnen das ab und wollen über die Bildung einer neuen Regierung, über die Integration der Guerilla in die Nationalarmee und über die Beendigung der amerikanischen Einmischung verhandeln. Daß sich die Guerillagruppen bisher standhaft weigern, über die Frage von Wahlen in die Verhandlungen einzusteigen, und die Bereitschaft der USA, ihnen eine Beteiligung an Wahlen zu ermöglichen, läßt zumindest vermuten, daß die Guerilla bei Wahlen mit Sicherheit nicht die Mehrheit erringen würde. Die hier angedeutete Schwäche der Guerilla, die aber nicht so weit geht, daß das salvadorianische Heer sie zerschlagen könnte, versuchen die USA zu vertiefen. Von größter Bedeutung, um in El Salvador weiterzukommen, ist für die USA Nicaragua. Solange die salvadorianische Guerilla Nachschub aus Nicaragua bekommt und von Managua aus den Kampf organisieren und ihre internationalen Verbindungen knüpfen kann, werden es die USA schwer haben, sie durch eine Doppelstrategie von Terror und politischen Angeboten von ihrem Krieg abzubringen.

Die offizielle Begründung für die Unterstützung der Contras gegen Nicaragua war, die Waffenlieferungen von Nicaragua über den Golf von Fortega und einige geheime Landwege durch Honduras zu den Stützpunkten der Guerilla in El Salvador zu unterbrechen. Für diesen Zweck hatte Reagan auch Gelder vom Kongreß bewilligt bekommen. Im Reaganschen Kalkül sollen sie darüber hinaus aber die Regierung in Nicaragua beständig unter Druck halten und schwächen (immerhin rechnet Managua mit einem bisherigen Schaden in Höhe von 548 Mio. Dollar), sie sollen im Innern die Widersprüche zum Tanzen bringen und einem dort ausgebrochenen Aufstand zur Hilfe eilen, oder wenn dies nicht gelingt, das Terrain bereiten für eine großangelegte

Invasion mit honduranischen und amerikanischen Truppen als letzte Eskalationsstufe.

Alleine sind die Contras zu schwach. Im Norden operiert die FDN (Fuerza Democratica Nicaraguense) mit vielleicht 7000 Leuten, worunter ein hoher Anteil von Somoza-Leuten ist. Die USA haben Pläne, diese Gruppierung auf 15000 aufzustocken. Im Nordosten operiert die Misurata-Organisation, die von rund 1000 Miskito-Indianern gebildet wird. Im Süden agiert die ARDE (Alianza Revolucionaria Democratica) des Eden Pastora mit 1200 sowie die allerdings sehr kleine FARN (Fuerzas Armadas Revolucionarias Nicaraguenses). Alle zusammen gegenwärtig 10000, allerdings, so scheint es, ohne Unterstützung der Bevölkerung. Nicaragua verfügt über 25000 in den offiziellen Streitkräften und noch einmal mindestens 50000 in Milizen.

Die USA können durch den Aufbau der Contras und ihre geplanten Militärmanöver einen ersten Erfolg auf politischer Ebene verzeichnen. Um die Kriegsfahrt nicht weiter zu verschärfen, machte die Regierung in Managua ein neues Verhandlungsangebot. Am 4. Jahrestag der Revolution vollzog Ortega Saavedra, Koordinator der Regierung, den Schwenk, sich mit multilateralen Verhandlungen einverstanden zu erklären, nachdem Nicaragua bisher immer auf bilateralen Verhandlungen bestanden hatte. Die sechs Punkte des Angebots waren:

- Nichtangriffspakt mit Honduras
- Bestätigung des Selbstbestimmungsrechtes der Länder der Region
- Einstellung aller Waffenlieferungen an die widerstreitenden Parteien in El Salvador (womit u.a. ausgesagt ist, daß es diese Waffenlieferungen an die widerstreitenden Parteien gibt, also daß die Guerilla solche Waffen erhält, die wiederum nur aus Nicaragua kommen können. Merkwürdigerweise besteht der Präsident der FDR in einem taz-Interview auf der Leugnung dieser Tatsache: „Wenn sie (die FSLN) einen Punkt auf die Tagesordnung setzen, impliziert das noch kein Eingeständnis.“ Auf die Frage nach seiner Meinung zu dem Verhandlungsangebot der Sandinisten sagte er: „Es ist auf alle Fälle schwere Kost, die untersucht und diskutiert werden muß.“ Es deuten sich hier einige Auseinandersetzungen zwischen FMLN/FDR und den Sandinisten an, weil die FMLN/FDR doch wohl erheblich auf die Nachschublieferungen aus Nicaragua angewiesen ist.

- Einstellung jeder Unterstützung für die oppositionellen Kräfte eines anderen Landes (also wohl auch die Nicaraguas für die salvadorianische Guerilla).

Diego Rivera, Tina Modotti, Frida Kahlo



Revolutionäre Künstler Mexikos

Der Freskenmaler **Diego Rivera**, die Fotografin **Tina Modotti** und die Malerin **Frida Kahlo** — das ist zunächst das faszinierende, bei uns noch wenig bekannte Potential der revolutionären mexikanischen Kunst, einer künstlerischen Entwicklung, die bestenfalls vergleichbar ist mit den frühen Jahren der Sowjetunion.

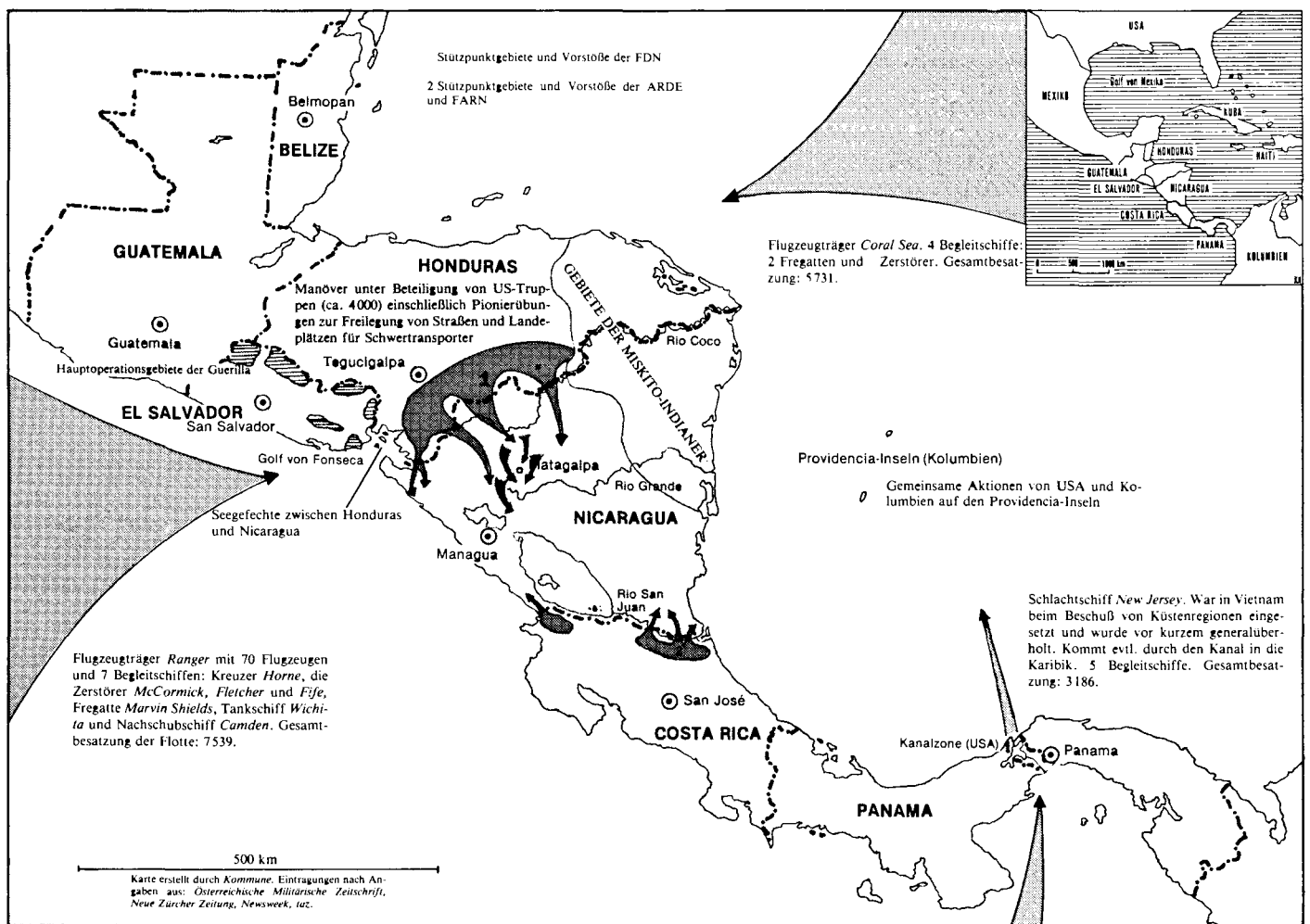
Tina Modotti und Frida Kahlo, lange Zeit von einer von Männern geprägten Kunstkritik totgeschwiegen — das ist gleichzeitig ein Beitrag zur Frauenbewegung und zur Debatte um eine feministische Ästhetik. Der neue **UMBRUCH** enthält dazu 18 Sonderseiten mit zahlreichen, teilweise vierfarbigen Abbildungen und einem Vierfarbposter

Außerdem im neuen Heft: Ein Bericht über die **Freie Berliner Kunstausstellung**, ebenfalls teilweise farbig □ ein Artikel über **Blues** □ **Arno Klönne** schreibt über das „Dampfbboot“ eine zu Unrecht vergessene Zeitschrift aus den Tagen von Marx und Engels □ über **science fiction-Film** □ „**Alles Siff**“ **Aufzeichnungen eines Wehrpflichtigen** beim Bund mit Kamera und Notizblock

Der **UMBRUCH**: Eine marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft. Provokiert das Vorurteile? **UMBRUCH** 7/8 erscheint als Doppelheft am 25. Juli und kostet 6 DM. Wer uns im Buchladen nicht findet, kann das Heft zum **Kennlernpreis von 5 DM** (inkl. Versand; Schein oder Briefmarken beilegen) bestellen beim

UMBRUCH

Mainzer Landstraße 147 6000 Frankfurt



– Beendigung der wirtschaftlichen Aggression (gemeint ist hier die Kreditblockierung der USA innerhalb der Interamerikanischen Entwicklungsbank und anderer Einrichtungen. Insgesamt beläuft sich der Betrag auf 100 Mio. Dollar. Außerdem senkten die USA die Einfuhrquoten für Zucker um 90%, wofür aber inzwischen Algerien eingesprungen ist.

Verbot ausländischer Militärstützpunkte und Einstellung von Manövern unter Beteiligung von fremden Armeen.

Diese sechs Punkte wurden noch von Kuba übertroffen, das seine Bereitschaft zu Verhandlungen auch über die Militärberater in der Region erklärte, wovon in den sechs Punkten Nicaraguas nichts steht. Die Vorschläge Nicaraguas sind schon sehr weitgehend. Reagan hat sich aber skeptisch geäußert, was zu dem zynischen Witz Anlaß gab, über die sechs Punkte hinaus könnten die Nicaraguaner eigentlich nur noch anbieten, sich selbst zu erschießen.

Die Vorschläge Nicaraguas knüpfen an die 10 Punkte eines Treffens der Staatschefs der Contadora-Gruppe (Venezuela, Mexiko, Kolumbien, Panama) am 17. Juli an, die der Konferenz der Außenminister der Gruppe plus den Außenministern von Guatemala, Honduras, Nicaragua, El Salvador und Costa Rica als Vorlage diente, um eine Einigung zu erzielen. Für den 25. August planen sie ein konkretes Abkommen. Die 10 Punkte fordern: 1. jede kriegs-

rische Situation zu beenden; 2. die Aufrüstung mit Offensivwaffen einzufrieren; 3. Verhandlungen über Kontrolle und Verringerung der Waffen; 4. ausländische Militäreinrichtungen auf eigenem Territorium zu verbieten; 5. außergewöhnliche Truppenbewegungen im Grenzgebiet vorher anzukündigen; 6. gemeinsame Grenzpatrouillen oder internationale Überwachung zu organisieren; 7. Bildung von gemischten Sicherheitskommissionen; 8. Mechanismen zur Verhinderung von Waffentransporten von einem Land in das andere; 9. ein Klima der Entspannung und des Vertrauens; 10. Aufbau eines Systems der gegenseitigen Unterstützung.

Gehört das jetzige Eingreifen der USA hauptsächlich zu einer Strategie des „Verhandelns aus einer Position der Stärke“ kommt es Reagan also immer noch hauptsächlich auf eine politische Lösung für die Interessen des US-Imperialismus an, oder ist der offene Krieg gegen Nicaragua bereits beschlossene Sache? Hauptsächlich hängt das, wie schon gesagt, von der Entwicklung in El Salvador ab. Aber Reagan ist auch aus innenpolitischen wie außenpolitischen Gründen nicht einfach sein eigener Herr O'Neill, Demokrat und Sprecher des Repräsentantenhauses, meinte, die Stärkedemonstration sei vollkommen unnötig und nur aus innenpoliti-

schen Gründen mit Blick auf die Wahlen in Szene gesetzt. Unnötig ist sie für die Demokraten, weil sie zwar in der Formulierung der Hauptabsichten in Mittelamerika mit Reagan übereinstimmen dürften, aber deren Verwirklichung auch ohne die amerikanischen Manöver und die offenen Liquidationsversuche der Regierung in Managua für möglich halten. Die Mehrheit der Amerikaner dürfte gegenwärtig gegen einen kriegerischen Einsatz von US-Soldaten sein. Eben wegen der Wahlen taktieren die Demokraten aber auch und lassen Reagan ein weites Operationsfeld.

International ist die Konstellation nicht einfach nur bestimmt durch die beiden möglichen Allianzen: einerseits die USA, Venezuela, Kolumbien (die in der Tendenz eher auf der Seite der USA stehen würden) sowie die Regimes in Guatemala, El Salvador und Honduras, andererseits Kuba, Nicaragua und die Sowjetunion. Mit einer dritten Gruppe muß Reagan rechnen. Mexiko, Panama, der Sozialistischen Internationale und Frankreich, bei Verschärfung des Konfliktes auch durchaus mit einigen weiteren Staaten Westeuropas. In ihnen findet Reagan eine gewichtige Opposition gegen eine militärische Intervention.

Die Eröffnung eines zweiten Vietnam ist für Reagan nur die letzte Option. Vorläufig sollen die Manöver als Druckmittel dienen, um den Zielen der USA schließlich politische Geltung zu verschaffen. □

Jochen Noth

Was macht Peking anders als Moskau?

Staatsmonopolismus, Kapitalisierung oder langsamer und schwieriger Weg zum Sozialismus?

Seit Ende der Kulturrevolution ist China für einen großen Teil der Linken fast wieder zur terra incognita, zu unbekanntem Land geworden. Solidarität mit der Dritten Welt mag es geben, solange die Völker Befreiungskriege führen – und auch dann nur sehr selektiv – oder wenn sie Teil des „sozialistischen Weltlagers“ und als solcher unmittelbar in das Ringen der beiden Supermächte verquickt sind, als solidarisches Interesse an den Entwicklungsbemühungen der Dritten Welt existiert sie kaum.

Nur im Schnecken-tempo hielt Bucharin seinerzeit einen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion für möglich, bevor er im Verlauf der „zweiten Revolution“, die den Staatsmonopolismus in der Sowjetunion verwirklichte, liquidiert wurde. Im Schnecken-tempo versucht heute die Volksrepublik China den Sozialismus aufzubauen, nachdem die Kulturrevolution das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern empfindlich angeschlagen hatte und mit Zerschlagung

aller demokratischen und rechtlichen Strukturen eine bürokratische Herrschaft zu verewigen drohte. Revolutionäre Ungeduld scheint leicht ausbeutbar für bürokratische Herrschaftsinteressen. Unabhängig von den wirklichen Menschen will man es sich richten. Chinesische Erfahrungen wurden nicht nur in China gemacht.

Jochen Noth schließt in seiner Analyse der Entwicklung der Volksrepublik China an Überlegungen Samir Amins an, die wir im Aprilheft der *Kommune* veröffentlicht hatten. Er versucht nicht nur das Zick-Zack der chinesischen Entwicklung zwischen langsamen Aufbau des Sozialismus und einer staatsmonopolistischen Tendenz mit Vorrang Akkumulation und Schwerindustrie und wie es sich auf den Aufbau des Landes auswirkte, nachzuzeichnen, sondern versucht auch zu zeigen, wie sich bei Mao nach 1956 zunehmend eine populistische Variante einer staatsmonopolistischen Entwicklungsstrategie herausbildete.

Soll China nun doch wieder Modell werden?

Nachdem chinesische Wege und Modelle der Linken in vielen Ländern lange Zeit Wegweiser auf allzu glatt vorgestellten Wegen zur Revolution und zum Sozialismus waren, nachdem sich mancher dieser Wege als Irrweg erwiesen hat

und auch in China die Zeichen auf den Wegweisern heute anders gelesen werden, nachdem sich daraufhin die Mehrzahl der „Maoisten“ von diesen Wegen ab- und (scheinbar) nähergelegenen Zielen zugewandt hat, schreibt Samir Amin, einer der wichtigsten Theoretiker der Internationalismusdebatte der 60er und 70er Jahre in einem in der *Kommune* veröffentlichten Beitrag: „Zusammengefaßt kann man sagen, daß die maoistische Vertiefung des Leninismus die gültige Antwort auf die wichtigsten Probleme unserer Epoche bleibt.“¹

Ein Zurückgebliebener? Sollte er die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben?

Amin wiederholt die inzwischen wohl weitgehend in Vergessenheit geratene These, daß der Befreiungskampf der unterdrückten Völker nicht nur eine äußere Bedingung und Begleiterscheinung der Emanzipation der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ist, sondern ihre unabdingbare Voraussetzung.

Seine zentrale These lautet: „Der Marxismus erhält aufgrund der Tatsachen eine asiatische und afrikanische Mission. Im entwickelten Westen wird er tendenziell zu einer akademischen Strömung ohne Kraft, die Wirklichkeit umzuwälzen. Aber im Osten wird er tendenziell eine wirkliche Kraft der sozialen Umwälzung. Das ist kein Zufall. Historisch ist der Einsatz der wirklichen Klassenkämpfe offensichtlich nicht Sozialismus oder Kapitalismus im Westen, sondern die Frage, ob sich Afrika und Asien befreien.“²

Die Bedeutung dieser Behauptung für die Aufgabenstellung der Marxisten innerhalb der Volksbewegungen in den imperialistischen Ländern springt ins Auge³ und wenn sie aufgenommen und überprüft wird, auch die der zweiten Frage, die Amin direkt mit der ersten verbindet, der Frage nach den Bedingungen und Wegen zur Befreiung der Dritten Welt, der Frage, „ob sich Asien und Afrika befreien und entwickeln nach dem indischen oder vietnamesischen oder nach dem chinesischen Modell (also – nach Amins Darstellung – nach dem abhängig-kapitalistischen, dem etatistischen oder dem sozialistischen Modell, *d. Verf.*) – und auf dieser Ebene liegt der Vorzug ohne Zweifel beim maoistischen Weg. Diese Umwälzung bleibt widersprüchlich und zweideutig. Wenn sie nicht auf eine Etappe der kapitalistischen Expansion reduziert werden kann, so kann sie genausowenig als ein sicherer Übergang zur Aufhebung der Klassen betrachtet werden. Der Marxismus ist hier also der

Möglichkeit nach Ideologie der Macht der neuen herrschenden Klassen und/oder Ideologie der Befreiung von Ausbeutung.“⁴

Gerade diese Widersprüchlichkeit und Zweideutigkeit, von der auch die chinesische Entwicklung nicht verschont ist (obwohl das „chinesische Modell“ nach Amin die „gültige Antwort auf die wichtigsten Probleme unserer Zeit bleibt“), verleiht der Beobachtung und Diskussion der Entwicklung in China die größte Bedeutung – und nicht nur für Dritte-Welt-Spezialisten wie Samir Amin.

Das meint auch Helmut Forster-Latsch, wenn er fordert, daß „die inzwischen in weiten Teilen der westdeutschen Linken vorherrschende theoretische Abstinenz aufgegeben werden (soll). Die VR China als Beispiel dafür, worauf bei Untersuchungen von Entwicklungsmöglichkeiten von Ländern der Dritten und Vierten Welt zu achten ist, und nicht, wie zuvor häufig gemacht, als hundertprozent nachzuahmendes Vorbild.“⁵

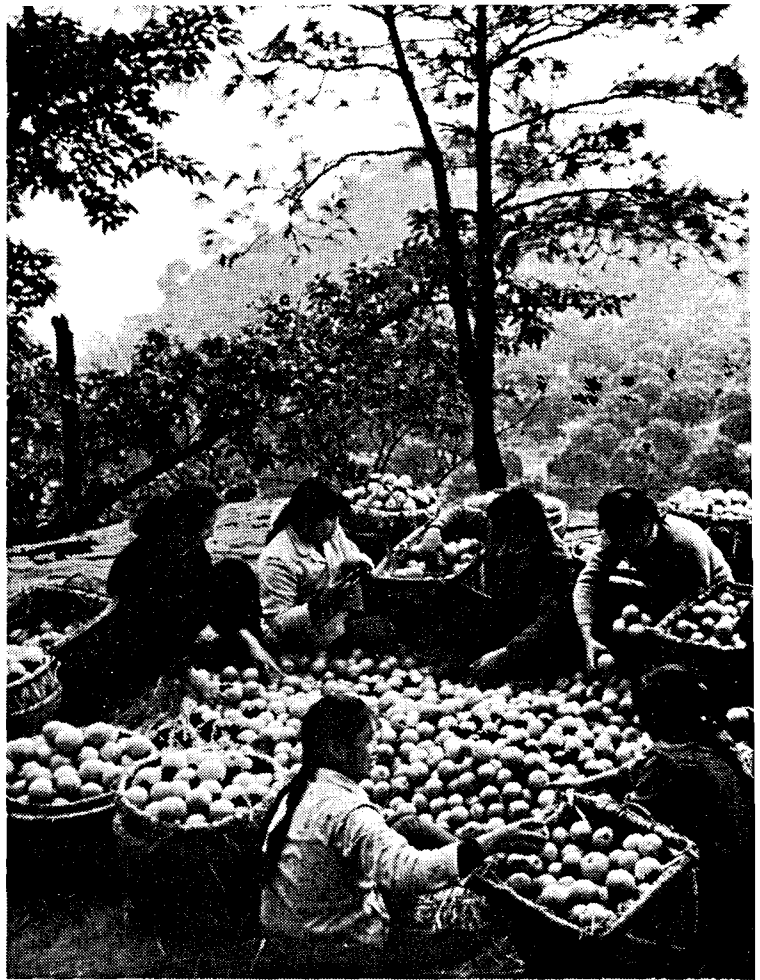
Forster-Latsch setzt sich kritisch mit den Gleichgewichtsstörungen auseinander, die in der chinesischen Wirtschaftsentwicklung unter „linker“ Programmatik entstanden sind. Die Redaktion der *Kommune* meint, Amins „Einschätzung der chinesischen Entwicklung und der Rolle des ‚Maoismus‘ unterscheidet sich erheblich von den Thesen, die Helmut Forster-Latsch vorgetragen hat“⁶

Mir scheint dagegen, daß Amins Thesen bei durchaus vorhandenen Differenzen in der Bewertung einzelner Erscheinungen eine willkommene Vertiefung der Kritik darstellen, die Forster-Latsch an temporären Abweichungen vom „chinesischen Modell“ leistet. Sowie so muß man sich klarmachen, daß die von Mao Zedong selbst angeführten und etwa von 1958 – 1978 vorherrschenden Abweichungen von dem, was bei Amin „Maoismus“ und was in China heute Mao Zedong-Ideen heißt, in der Geschichte der Volksrepublik und erst recht in der Geschichte der KP Chinas den relativ kürzeren Zeitraum einnahmen. Die KP Chinas versucht seit 1978 wieder die Politik zu verwirklichen, die sie seit Ende der 20er Jahre verfolgt, die Politik des Arbeiter-Bauern-Bündnisses.

Nachdem Amin im mit „Die Relevanz des Maoismus“ über schriebenen Teil seines Beitrags festgestellt hat, daß die KP Chinas dank ihrer Strategie des Bündnisses von Arbeitern und Bauern und des Zusammenschlusses mit den breitesten nationalen Kräften im Gegensatz zu ihren Schwesterparteien und insbesondere auch zu den Bolschewiki bei der Eroberung der Macht 90 Prozent der Bevölkerung hinter sich hatte, untersucht er die Frage, wie die chinesischen Kommunisten versuchten, „den Sozialismus in einem zurückgebliebenen Land aufzubauen, das heißt, die Produktivkräfte zu entwickeln, ohne die kapitalistischen Verhältnisse wiederherzustellen und statt dessen sozialistische Verhältnisse zu entfalten“⁷

Es kommt ihm dabei nicht auf die Entwicklungen und Wechselfälle chinesischer Politik und Ökonomie im einzelnen an. Er arbeitet vielmehr einige Grundgedanken des chinesischen Weges heraus, die in seinen Augen Voraussetzung dafür sind, daß die Länder der Dritten Welt ihrer historischen Aufgabe bei der Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung gerecht werden, daß sie einen sozialistischen Weg nationaler Unabhängigkeit gehen können, ohne in die Falle einer (komprador-)kapitalistischen Entwicklung oder des „etatistischen“ oder „revisionistischen“ Weges zu tappen, die neue Abhängigkeit – letztlich von einer der beiden Supermächte – bedeuten.

„Es ist nicht gesagt, daß es dem Maoismus gelungen ist, dieses Problem zu lösen“⁸, sagt Amin, aber er hält die „maoistischen“



Die chinesische Landwirtschaft ist im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern hoch entwickelt und leistungsfähig. Sie ernährt fast ein Viertel der Weltbevölkerung auf nur 8% des bebaubaren Bodens. Dennoch hat sie mit der Entwicklung anderer Sektoren der chinesischen Volkswirtschaft nicht Schritt gehalten

Grundgedanken, die Mao Zedong-Ideen, für richtungsweisend. Eine Fortführung der Diskussion über die Aminschen Gedanken wird aber genau die Frage erörtern müssen, wie weit oder wie weit nicht es in der VR China gelungen ist, „diese Probleme“ zu lösen. Letzten Endes läuft eine solche Untersuchung immer auf Fragen hinaus wie: Kann China die Herausbildung eines bürokratischen Monopolismus wie in der Sowjetunion vermeiden? Oder besteht eine solche Herrschaftsform nicht schon längst? Bedeutet die seit 1978 verfolgte Reformpolitik nicht eine Rückkehr zum Kapitalismus? Ist die Behauptung von Helmut Forster-Latsch nicht völlig absurd, der schreibt: „ der Große Sprung nach vorn (1958 – 1960), die Kulturrevolution einschließlich der Politik Hua Guofengs (1976 bis 1978) (entsprachen) dem sowjetischen Entwicklungsweg. Mao Zedongs chinesischer Weg des sozialistischen Aufbaus war nichts anderes als der Moskaus, die von Mao Zedong propagierte ‚ununterbrochene Revolution‘ war nichts anderes als eine ‚linke‘ Variante des stalinistischen Industrialisierungsmodells“⁹



Ich möchte gestützt auf Samir Amin und im Anschluß an Foster-Latsch einige Gesichtspunkte zu dieser Diskussion beitragen.

Amins Darstellung des Wertgesetzes im Sozialismus

Die grundlegenden Prinzipien des „chinesischen Modells“ beschreibt Samir Amin so: „Inspiriert durch die Leitlinien, die Mao in den ‚Zehn großen Beziehungen‘ 1956 formuliert hat, enthält das ‚chinesische Modell‘ der Sache nach folgende wesentliche Eigentümlichkeiten: 1. Die reale Vergütung der durchschnittlichen ländlichen Arbeit und der städtischen Arbeiter und Angestellten ist erwünschtermaßen gleich (die Bauern unterliegen keiner obligatorischen unvergüteten Naturalabgabe oder Zwangsarbeit); diese Gleichheit entspringt nicht spontanen ökonomischen Gesetzen, sondern einer grundsätzlichen politischen Entscheidung, die der Arbeiter-Bauern-Allianz ihren Sinn gibt; 2. im Innern jeder Gruppe auf dem Land und in der Stadt werden die Vergütungen der Arbeit relativ gleich um den Durchschnitt herum verteilt.“¹⁰

Im Verlauf seiner Ausführungen charakterisiert Amin dann diese Prinzipien als Anwendung des Wertgesetzes unter den Bedingungen des sozialistischen Weges: Entwicklung der Produktivkräfte bei gleichzeitigem Übergang zur Abschaffung der Klassen, wofür wirkliche nationale Unabhängigkeit, das was Amin „Abkoppelung“ nennt, Voraussetzung ist. Es lohnt sich, den entsprechenden Abschnitt in Amins Aufsatz noch einmal ganz zur Kenntnis zu nehmen.

„Diese (die ‚ökonomischen Gesetze‘) haben keinen ‚unausweichlichen Charakter‘ in dem Sinn, daß sie wie Naturzwänge funktionieren würden. Freilich existieren sie; aber sie sind dem jeweiligen System angemessen, das seinerseits aus den Bündnisrelationen und den Klassenverhältnissen hervorgeht. Folglich findet man in jedem der beiden sozialistischen und etatistischen Modelle wie

auch im kapitalistischen System das ‚Wertgesetz‘. Soweit dies Gesetz nur die Arbeitsteilung voraussetzt, ist das selbstverständlich: Die Produkte müssen ausgetauscht werden und quantitativ vergleichbar sein, aber nach welchen Verhältnissen denn?

Im sozialistischen Modell funktioniert das Wertgesetz im Rahmen des Nationalstaates, während es im kapitalistischen System im Weltmaßstab funktioniert. Der Grund liegt einfach darin, daß die Arbeitsteilung, die den Kapitalismus bestimmt, weltweit ist, während der Sozialismus aufgrund der Tatsachen und mangels der unmöglichen und mythischen Weltrevolution notwendig als nationales Gebilde zu existieren beginnt und durch den politischen Willen geleitet wird, die nationale gesellschaftliche Arbeitsteilung zu privilegieren und die äußeren Beziehungen den Imperativen des sozialistischen Aufbaus zu unterwerfen.

Auch das etatistische Modell ist national. Bei der Sowjetunion springt das in die Augen. Es gilt aber für den ganzen Osten, wenn auch in geringerem Grad. Aber das Wertgesetz funktioniert auf der Basis von gesellschaftlichen Klassenbeziehungen, die auf der Mehrwertabschöpfung zugunsten von ‚neuen Mittelklassen‘ beruhen. Diese sind die objektive Stütze der Staatsmacht. Es zeigt in diesem Sinn eine Entsprechung zum kapitalistischen Wertgesetz, wo der Wert auf Basis der Klassenverhältnisse in seiner modifizierten Form als Profit und Rentenabschöpfung erscheint.

Das Wertgesetz, das die peripheren kapitalistischen Gesellschaften reguliert, funktioniert auf der weltweiten Stufenleiter des Kapitalismus. Die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist durch die Arbeitsproduktivität in den fortgeschrittenen Regionen des Systems bestimmt.

Im Gegensatz dazu wird beim Übergang zum Sozialismus das zentralisierte Surplus unabhängig von seinen Entstehungsbereichen zugeteilt. Die Austauschbeziehungen zwischen den verschiedenen Produktionsbereichen werden entsprechend der im nationalen Rahmen gesellschaftlich notwendigen Arbeit festgelegt. Eine Stunde abstrakter und gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeit in der Landwirtschaft und in der Industrie sind gleich, was immer die regulativen Preise der Produkte dieser Arbeitsstunden in den entwickelten kapitalistischen Zentren sein mögen. Die ‚Abkoppelung‘ des Übergangssystems zum Sozialismus vom kapitalistischen Weltssystem findet auf dieser Ebene statt. Es handelt sich in Wirklichkeit nicht um eine materielle Abkoppelung, nicht um eine ‚absolute Autarkie‘ sondern viel eher um eine Neutralisierung der Auswirkungen des äußeren Handels auf die inneren Entscheidungen. Der in dieser Situation zweifellos beschränkte äußere Handel ist der Logik der inneren Entwicklung unterworfen und nicht umgekehrt. Also wirkt das Wertgesetz auf Basis der sozialistischen Verhältnisse bestimmend und wird nicht negiert: erstens in der durchschnittlich gleichen realen Vergütung der Jahresarbeit der Bauern und der Arbeiter und zweitens auf die zusammengedrückte Lohnhierarchie. Die Frage ist also nicht ‚Wertgesetz‘ (dessen Existenz den etatistischen, d.h. revisionistischen Charakter der Gesellschaft enthüllen würde) oder ‚Negation des Wertgesetzes‘ (Entsprechung des richtigen sozialistischen Weges). In Wirklichkeit lautet die Frage: Wertgesetz auf der Basis welcher sozialen Verhältnisse? Das doppelte Prinzip der Beseitigung der ausbeuterischen Klassen im Innern und der Abkoppelung vom Weltssystem bestimmt die in der Perspektive des sozialistischen Übergangs notwendige Entwicklung der Produktivkräfte. Dies doppelte Prinzip schließt den Wert nicht aus, es setzt ihn voraus, aber er funktioniert jetzt auf neuen Grundlagen.“¹¹

Die Debatte über das Wertgesetz in China 1978/79

Samir Amins Analyse stimmt in wesentlichen Punkten mit den Ergebnissen der großen Diskussion über das Wertgesetz überein, mit der die chinesischen Ökonomen 1978/79 die jetzt noch anhaltende Readjustierung und Reform der chinesischen Wirtschaft einleiteten und begründeten.¹² Die wichtigsten Ergebnisse dieser Diskussion waren:

1. Zwischen Einheiten und Sektoren unterschiedlicher Eigentumsform, also zwischen Einheiten und Betrieben in Privatbesitz (kleine Handwerker, privat verkaufende Bauern), in Kollektivbesitz und in volkseigenem (also Staats-)Besitz herrschen Marktbeziehungen, die den Regeln des Äquivalententauschs unterliegen. Soll der Warenaustausch zwischen diesen Sektoren (also vor allem zwischen Landwirtschaft und Industrie) ausgeglichen und gleichmäßig verlaufen, soll sich nicht ein Sektor auf Kosten des anderen so entwickeln, daß letztlich Störungen und Stockungen in Produktion und Warenaustausch eintreten, dann müssen die Preise als Ausdruck des Werts so gestaltet werden, daß sie die Produktionskosten der jeweiligen Warenproduzenten decken und seine erweiterte Reproduktion ermöglichen. In der Praxis heißt das vor allem, weder dürfen die Preise für die Agrarprodukte so niedrig, noch dürfen die Preise der an die Landwirtschaft verkauften Industrieprodukte so hoch sein, daß eine Wertübertragung an die (staatseigene) Industrie stattfindet, die die Fortführung der (kollektiven oder privaten) landwirtschaftlichen Produktion und das Lebensniveau der Bauern beeinträchtigt. Nicht umsonst war eine der ersten großen Maßnahmen zur Neuordnung der Wirtschaft Ende 1978 die Anhebung der Agrarpreise und die Senkung der Preise industriell hergestellter landwirtschaftlicher Produktionsmittel.¹³

2. Das Wertgesetz bleibt also für den staatlichen Sektor wesentlich, insofern seine Produkte in Warenform auf dem Markt erscheinen. Aber auch innerhalb des staatlichen Sektors, in dem die Produkte nicht frei verkauft werden, sondern nach dem Plan zugewiesen werden, bleibt – wie Marx für „gesellschaftliche Produktion nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise“ formulierte – „die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird“¹⁴

Mit anderen Worten, auch innerhalb des staatlichen Sektors, etwa beim Austausch und der gegenseitigen Verrechnung von Produktionsmitteln zwischen zwei staatlichen Betrieben (z.B. Stahl gegen Maschinen) müssen die Proportionen der in den Produkten verkörperten gesellschaftlichen Arbeit beachtet werden, soll es nicht zu Störungen der Produktenzirkulation kommen. Das gilt um so mehr, als die Verrechnung der Produkte mit Geld erfolgt (und im Zuge der jetzigen Wirtschaftsreform auch ein wachsender Teil der Produktionsmittelverteilung an staatliche Firmen in Form des Marktes erfolgt). Der Unterschied zwischen den Produkten, die als Waren auf den Markt kommen, und denen, die innerhalb des staatlichen Sektors verteilt werden, ohne auf den Markt zu kommen, ist also unter Bedingungen, unter denen die Warenproduktion in wesentlichen Teilen der Wirtschaft noch herrscht, rein theoretisch und wird vermutlich erst relevant, wenn es gelingt, auf Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte die Marktbeziehungen mehr und mehr zugunsten rationalerer Formen der Güterverteilung zu ersetzen. Solange nehmen alle für die Gesellschaft hergestellten Güter Warenform an oder verhalten sich wie Waren.

Diese Auffassungen wurden gegen die bis 1978 allein in der chinesischen veröffentlichten Meinung herrschenden wieder erarbeitet, nachdem sie in den 50er Jahren schon einmal weitgehend anerkannt waren (und sich indirekt in den „Zehn großen Beziehungen“ niedergeschlagen hatten), erstens gegen die in den Jahren 1974, 1976 diktatorisch als einzig gültig durchgesetzte Auffassung, daß das Wertgesetz überhaupt ein schnell zu vergessendes kapitalistisches Relikt sei, dessen Beachtung nur dazu führe, daß der Profit an die erste Stelle gesetzt und damit der Kapitalismus restauriert werde¹⁵ (Diese Auffassung war direkte Ursache für die Produktionseinbrüche in der Industrie und für die auch nominelle Stagnation der bäuerlichen Einkommen Mitte der 70er Jahre.) Zweitens gegen die „gemäßigtere“ von der Sowjetunion bzw. von Stalin übernommene Theorie, der sich auch Mao Zedong anschloß (siehe unten), daß das Wertgesetz in der sozialistischen Produktion „keine regulierende Bedeutung“ hat, wenn es auch auf die Produktion „einwirkt“¹⁶ also nur eine gewisse Bedeutung für die Beziehungen zwischen den Sektoren verschiedener Eigentumsform hat, aber nicht für die Entwicklung des fortgeschrittenen staatlichen Sektors selbst. Diese Auffassung ist die theoretische Wurzel für die (in heutigen chinesischen Augen so gesehenen) Fehler in der Akkumulationspolitik, der einseitigen vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie auf Kosten der anderen Sektoren und letztlich des Wohlstands der Massen ab 1958.

3. Während das Wertgesetz im Kapitalismus sich hinter dem Rücken der Produzenten durchsetzt und erst dann fühlbar wird, wenn sie auf dem Markt beim Verkauf ihrer Waren z.B. deren Wert nicht realisieren können oder wenn die Neuverteilung der auf bestimmte Produkte verwendeten gesellschaftlichen Arbeit sich in der schmerzhaften Agonie ganzer Branchen niederschlägt, ermöglicht nach Auffassung der chinesischen Ökonomen das Vorherrschen gesellschaftlichen Eigentums – auch wenn noch so uneinheitlich wie in China – sowie eines den gesellschaftlichen Aufbauwillen verkörpernden Staates die Nutzung des Wertgesetzes zur planmäßigen und proportionellen Entwicklung der Volkswirtschaft. Aufgabe des Plans ist es dann gerade nicht, um jeden Preis den als vorrangig betrachteten Branchen Investitionsmittel und Preisvorteile zuzuschieben, sondern durch die Steuerung von Preisen, Einkommen und Investitionsmitteln eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur zu gewährleisten. Die Förderung bestimmter Branchen und Sektoren durch die Preis- und Investitionspolitik muß sich in einem Rahmen bewegen, der die Reproduktionsfähigkeit anderer Branchen und Sektoren nicht beeinträchtigt, also in einer bewußten und kontrollierten Abweichung vom Äquivalententausch und nach dem Prinzip der proportionalen Entwicklung, einer bewußten Anwendung des Wertgesetzes. Jedesmal, wenn in der Geschichte der VR China die Proportionen des wirtschaftlichen Wachstums verletzt wurden, sich also die Schwerindustrie auf Kosten der anderen Sektoren zu rasch entwickelte, führte das zu Einbrüchen in der Gesamtwirtschaftsentwicklung. So 1959 61 1967 – 68, 1971, 1974, 1976.

Grundlegend bleibt, was Mao Zedong in „Über die zehn großen Beziehungen“ schreibt: „Wollt ihr aber wirklich die Schwerindustrie entwickeln, ist dies euer brennender Wunsch, dann werdet ihr der Landwirtschaft und der Leichtindustrie große Aufmerksamkeit schenken, damit mehr Getreide da ist und die Leichtindustrie noch mehr Rohstoffe zur Verfügung hat, damit noch mehr akkumuliert wird. Dann werden in Zukunft auch mehr Mittel in die Schwerindustrie investiert werden können.“¹⁷

Wie in der Darstellung Amins führt also auch im Ergebnis der chinesischen Diskussion, die die heutige Readjustierungs- und Reformpolitik begründete, „die Politik das Kommando“¹⁸ auch wenn diese Parole heute in China einigermaßen diskreditiert ist, weil mit ihr in der Vergangenheit eben nicht planmäßige, ausgeglichene Entwicklung, sondern willkürliche Eingriffe in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben gemeint waren. Die Beachtung des Wertgesetzes bedeutet nicht, wie westliche Auguren hofften, die Preisgabe des Plans und einer planmäßigen Lenkung der Volkswirtschaft zugunsten „freier Marktwirtschaft“ Im Gegenteil. Die zur Zeit stattfindende Reform des Planungssystems bezweckt „gemäß dem Prinzip der Sicherung der führenden Stellung der Planwirtschaft mit der ergänzenden Rolle der Regulierung durch den Markt“¹⁹ die Methoden der Lenkung der Volkswirtschaft zu entwickeln, die den Bedingungen der einzelnen Wirtschaftssektoren entsprechen und zugleich eine proportionale, den Erfordernissen des Wertgesetzes unter den Bedingungen eines sozialistischen Entwicklungslandes entsprechende Entwicklung ermöglichen.

Wenn die Diskussion der chinesischen Ökonomen seinerzeit also zu Ergebnissen führte, die auf dem Weg liegen, den Samir Amin für ein Entwicklungsland als den sozialistischen ansieht, so hatte sie doch meinem Überblick nach eine Reihe blinder Stellen, die mit der Analyse Amins aufgehellt werden können. Das liegt daran, daß diese Diskussion in einer Zeit, in der der politische Kampf um die Reform noch längst nicht entschieden war vor allem als akademische Erörterung von Klassikerzitaten geführt wurde, in der einige Tabus nicht berührt werden durften. Erstens durften, wohl vor allem aus außenpolitischen Rücksichten, die Erfahrungen anderer Entwicklungsländer seien sie kapitalistisch oder etatistisch, also von der Sowjetunion abhängig, sowie der Sowjetunion selbst und ihrer europäischen Verbündeten keinem kritischen Vergleich unterzogen werden. Weil aber insbesondere die Erfahrungen der kapitalistischen Entwicklungsländer nicht in die Analyse miteinbezogen wurden, konnte die Frage der „Preisschere“ nicht ausreichend geklärt werden, der säkularen (dies Jahrhundert kennzeichnenden, *d. Red.*) Verschlechterung der Austauschrelationen zwischen agrischen und industriellen Sektoren weltweit und ihm Rahmen der nationalen Volkswirtschaften. Sie geht auf die Wirkungen der Weltmarktkonkurrenz innerhalb des Agrarsektors selbst sowie auf das

unterschiedliche Entwicklungstempo der Produktivkräfte in Landwirtschaft und Industrie zurück. Sie ist selbst eine Folge des Wertgesetzes unter den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts, auf dem sich Waren unterschiedlich produktiver Arbeit austauschen, dabei aber als Produkte durchschnittlich produktiver Arbeit gleichgesetzt werden.²⁰ Da die chinesischen Ökonomen aber ihre Absicht, das Wertgesetz gerade zur Schließung der „Preisschere“ zu benutzen, nicht mit einer kritischen Aufarbeitung der Erfahrungen anderer Länder der Dritten Welt begründeten, blieb der Widerspruch zwischen dem Wertgesetz, das an der Wurzel der Ausplünderung der Dritten Welt und des agrarischen Sektors durch den industriellen liegt, und dem Wertgesetz, das zur Verhinderung dieser Ausplünderung genutzt werden sollte, ungeklärt. Erst (jedenfalls meines Wissens) durch die Aminschen Feststellungen über die besondere Wirkungsweise des Wertgesetzes unter jeweils verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen, die er aus dem Vergleich verschiedener Entwicklungswege gewinnt, und seinen Begriff der „Abkoppelung“ der revolutionär vollzogenen Unabhängigkeitserklärung, die nicht auf kapitalistischem oder staatsmonopolistischem Wege vollziehbar ist, wird eine Klärung dieses Problems möglich.

Dies scheint eine mehr theoretische Frage zu sein, zumindest können wir ihre praktische Bedeutung z.B. für die Außenwirtschafts- und Außenpolitik der VR China hier nicht diskutieren. Um so größer ist die praktische Bedeutung des zweiten großen Problemkomplexes, der in der damaligen Diskussion so gut wie ausgespart wurde: die Frage der politischen und rechtlichen Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen sich eine solche Politik des Aufbaus des Sozialismus entwickeln kann, ohne daß das gesellschaftliche Mehrprodukt in die Hände einer neuen herrschenden Klasse fließt. Hier ist vor allem der Vergleich mit der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Staaten wichtig.

Samir Amin ist jedenfalls der Auffassung, daß die Nutzung des Wertgesetzes im Sinne einer sozialistischen Entwicklung „einen ununterbrochenen Fortschritt der sozialen und politischen Demokratie“ einschließt²¹ einschließlich der Demokratie auf der Ebene des Staates. Auch in der öffentlichen Diskussion und der Propaganda der VR China spielen seit zwei, drei Jahren wenige Begriffe eine so

Die regelmäßige Rückkehr zu einer Politik der überhöhten Akkumulation zeigt, daß es einflußreiche Kräfte im Partei- und Staatsapparat gegeben haben muß, die an einer Schwerindustrialisierung um jeden Preis Interesse hatten, auch wenn sie auf Kosten des Lebensniveaus der Arbeitenden durchgesetzt wurde



große Rolle wie Demokratie und Stärkung des Rechtssystems. Weit verbreitet ist aber die Ansicht, daß es um die Demokratie und die Rechte der Massen in China schlecht bestellt ist. Amin: „Aber der Maoismus hat seine heute sichtbaren Schranken: in der Frage, wie die Demokratie der Massen vertieft werden soll, und damit eng verbunden in der Frage nach einer wirksamen ökonomischen Verwaltung durch die Massen.“²² Wenn aber die Demokratie für die Massen fehlt, welche Garantie gibt es dann, daß China nicht doch in die Hände einer neuen herrschenden Klasse, einer Schwester der sowjetischen Monopolbourgeoisie fällt (oder schon gefallen ist)? Oder einfacher gefragt: Wenn die Demokratie fehlt, ist dann nicht sowieso das ganze Gerede von dem angeblich so anderen chinesischen Weg geschenkt?

Zur Einkommensverteilung in China

Bevor wir uns den Unterschieden zwischen sowjetischem und chinesischem Weg und der Frage der Demokratie und des Rechtssystems zuwenden, müssen wir uns noch mit einem offensichtlichen

Widerspruch in den zitierten Ausführungen Amins auseinandersetzen.

Amin schreibt: „1 Die reale Vergütung der durchschnittlichen ländlichen Arbeit und der städtischen Arbeiter und Angestellten ist erwünschtermaßen gleich, 2. im Inneren jeder Gruppe auf dem Lande und in der Stadt werden die Vergütungen der Arbeit relativ gleich um den Durchschnitt herum verteilt.“

Es ist aber allgemein bekannt, daß in Wirklichkeit weder die realen noch die geldlichen Einkommen in China gleich sind. Die Weltbank schätzt das Verhältnis ländlicher und städtischer Pro-Kopf-Einkommen, in Geld ausgedrückt, im Landesdurchschnitt auf 1/2,2.²³ Diese Zahl drückt nicht die großen Unterschiede innerhalb einzelner Provinzen aus, die vor allem auf die Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft zurückgehen, weil die Industrielöhne weitgehend vereinheitlicht sind.

Zur Entwicklung dieses Verhältnisses heißt es im Weltbankbericht: „In Geld ausgedrückt scheint das Verhältnis der Einkommen in Stadt und Land 1957 ungefähr das gleiche gewesen zu sein wie 1979 wobei es für einen Teil der Periode (vor der starken Erhöhung der staatlichen Ankaufpreise 1979) wesentlich größer war (Mit anderen Worten. die Ankaufspreiserhöhung 1979 stellte die nominellen Verhältnisse wieder her die vor Beginn des Großen Sprungs geherrscht hatten, d. Verf.) Da aber die ‚Lebenshaltungskosten‘ auf dem Lande rascher gestiegen sind, scheint sich die Differenz real allerdings erheblich erweitert zu haben: Die städtischen Pro-Kopf-Einkommen sind 1959–79 schätzungsweise real um durchschnittlich 2,9% pro Jahr die ländlichen Einkommen nur um 1,6% gestiegen. Diese Entwicklung trat ein trotz offizieller Bemühungen, die Differenzen zu verringern, indem die städtischen Lohnquoten niedrig gehalten wurden – der durchschnittliche Reallohn in staatlichen Einheiten war 1979 etwas niedriger als 1957 – und indem die landwirtschaftlichen Ankaufpreise angehoben wurden.“²⁴ Als Hauptgründe für die sich vergrößernde Diskrepanz bei den Pro-Kopf-Einkommen führt der Bericht das sehr geringe Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft sowie das raschere Wachstum der Beschäftigungsquote in den Städten an.

Da hier von Einkommen pro Kopf der Bevölkerung die Rede ist, sei darauf hingewiesen, daß auch das nominelle Einkommen pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft nur geringfügig schneller gestie-

gen ist (z.B. 1970–75 um 2,12% im Jahresdurchschnitt²⁵), während allerdings die städtischen Löhne nach 1957 gefallen waren und erst 1978 den Stand von 20 Jahren davor wieder erreichten²⁶ Seit 1978, dem Beginn der Readjustierungs- und Reformpolitik, ist auf Grundlage der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion eine Besserung der Lage eingetreten, und die Einkommensdiskrepanz beginnt sich schneller zu schließen. Das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen pro Kopf der ländlichen Arbeitskraft stieg von 133,57 Yuan 1978 auf 270 Yuan 1982 (+ 102%), während das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Arbeiter und Angestelltenfamilie um 38,8% auf 500 Yuan stieg.²⁷

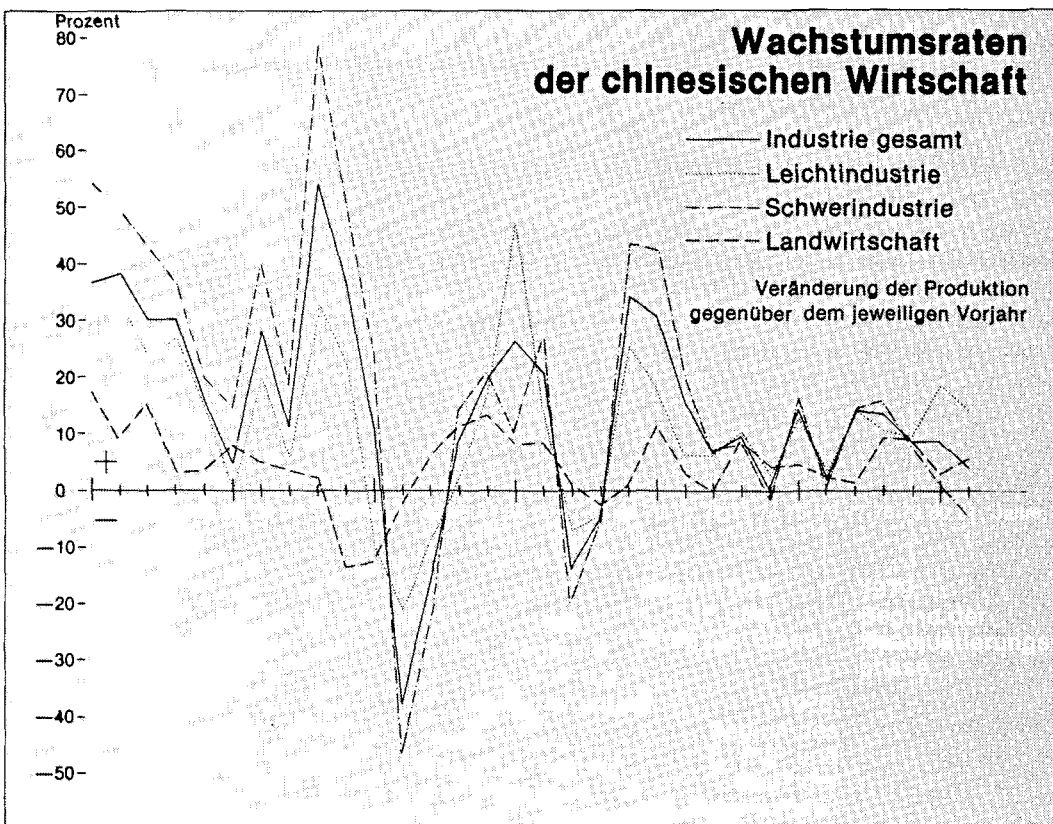
Die chinesische Landwirtschaft dient allerdings in hohem Grad der Eigenversorgung der Bauern, und nur ein Teil des Produkts – je ärmer die Bauern, desto weniger – wird gegen Geld verkauft. 1978 wurden nur 39,7% (1981 56,1%) der Lebensmittel und anderen Konsumgüter der Bauern gekauft.²⁸ Aber auch bei den von ihnen selbst produzierten Gütern ist die Versorgung der Bauern schlechter als die der Städter. So wurden in den Haushalten städtischer Arbeiter und Angestellter 1981 37,2 Pfund Fleisch pro Kopf verbraucht, in Bauernhaushalten 17,41 Pfund (1978: 11,51 Pfund).²⁹ Von der Versorgung mit Textilien, langlebigen Konsumgütern, aber auch von Einrichtungen des Gesundheitswesens, des Erziehungswesens usw. ist hier ganz zu schweigen.

Zur Einkommensverteilung innerhalb der Städte stellt der Weltbankbericht (immer noch bezüglich der Pro-Kopf-Einkommen) „nach internationalen Maßstäben einen außergewöhnlich niedrigen Grad von Ungleichheit“ fest.³⁰ Der Gini-Koeffizient dient dazu, den Grad der Einkommensungleichheit zu messen. Er reicht von 0 = vollständige Gleichheit bis 1 = das gesamte Einkommen geht an einen einzigen Empfänger. „Dem Gini-Koeffizienten in chinesischen Städten von 0,16 steht ein Durchschnitt von ungefähr 0,43 in anderen Entwicklungsländern gegenüber; die niedrigsten Koeffizienten, die in anderen Entwicklungsländern ermittelt wurden, sind ungefähr doppelt so hoch wie die chinesischen Werte.“³¹ Bei dem Pro-Kopf-Einkommen auf dem Lande liegt der chinesische Gini-Koeffizient von 0,31 dagegen nur unwesentlich unter dem ärmerer Entwicklungsländer (z.B. Bangladesch: 0,33), aber auch etwas reicherer wie Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Thailand, deren Durchschnitt bei 0,43 liegt. Ist aber in all diesen Ländern die soziale Differenzierung innerhalb der Dörfer der Hauptfaktor der Ungleichheit (die sich zudem wahrscheinlich nicht voll in den Statistiken niederschlägt), herrscht in China innerhalb der Dörfer dank der Kollektivierung eine relativ große Gleichheit, und die Einkommensunterschiede sind vor allem eine Frage des regionalen Gefälles, das sich allerdings seit der Befreiung verstärkt hat.³²

Wenn also durchschnittlich gleiche reale Vergütung der Jahresarbeit der Arbeiter und Bauern sowie die zusammengedrückte Lohnhierarchie die Hauptmerkmale des „chinesischen Weges“ sind, dann hat sich China, zumindest was den ersten Punkt angeht, offenbar nicht so recht an seinen Weg gehalten. Die ersten zehn Jahre des Neuen China sahen mit der sozialistischen Umgestaltung eine Schließung der Einkommensdisparitäten. Aber zwischen 1959 und 1979 also vom Großen Sprung bis zum Ende der nachkultur revolutionären Periode, scheinen sich die Differenzen wieder vergrößert zu haben.³³ Seit 1979 sind die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land geringer; dafür die Unterschiede innerhalb der Sektoren aber vermutlich größer geworden.

Diese Prinzipien stellen aber auch in den Augen Amins keine Be-

„ Der Verlauf der politischen Kämpfe und die wirtschaftliche Entwicklung Chinas nach 1949 weisen eine verblüffende Parallelität auf. Die Einbrüche in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion stehen in engem zeitlichen Zusammenhang mit den großen politischen Kämpfen: 1959 Großer Sprung, 1966—68 Kulturrevolution, 1971 Sturz Lin Biaos, 1974 Konfuziuskampagne und Viererbande, 1976 Kampagne gegen den »Wind von rechts« und Sturz der Viererbande. „



schreibung der Realität dar sondern eine Tendenz, die bewußt herbeigeführt werden muß, um das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern im Neuen China fortzuführen und zu festigen. Über die Verwirklichung dieser beiden Prinzipien schreibt Amin, sie „enthalten offensichtlich keine Tendenz, die Ungleichheit spontan zu überwinden. Im Gegenteil verschärfen sich die regionalen Ungleichheiten (folglich die Unterschiede im ländlichen Überschuss aus dem Handel) und die branchenmäßigen Ungleichheiten, wo Einheiten ungleicher Produktivität existieren (folglich Ungleichheiten im Profit entsprechend der Festlegung der Löhne und der Preise auf nationaler Ebene), tendenziell. Folglich entsteht das Problem, Plan und Markt so abzustimmen, daß es möglich wird, die ungleichen Akkumulationsmittel umzuverteilen.“³⁴

Die Formel „gleiche reale Vergütung der Jahresarbeit der Arbeiter und Bauern“ plus „zusammengedrückte Lohnhierarchie“ ist also einerseits eine Abstraktion, der allgemeine Ausdruck für die Umsetzung des Arbeiter-Bauern-Bündnisses auf ökonomischer Ebene, das die Voraussetzung für die unabhängige und sozialistische Entwicklung eines Landes der Dritten Welt ist. Zugleich wäre die (annähernde) Verwirklichung dieser Formel der konkrete Ausdruck dafür daß es der Gesellschaft gelingt, die Produktivkräfte zu entwickeln, ohne daß neue Ausbeuterklassen entstehen, die sich – Beispiel Sowjetunion – gerade aufgrund des Widerspruches Arbeiter Bauern entfalten. Sie wird konkreter Ausdruck dafür daß es gelingt, über die bewußte Handhabung von Plan und Markt, über die richtige Handhabung des Wertgesetzes „die ungleichen Akkumulationsmittel umzuverteilen“ und das ausgeglichene Wachstum zu erreichen, das im Zentrum der innerchinesischen Debatte um Readjustierung und Reform steht. „Die Gesellschaft muß also die sie beherrschenden Warenbeziehungen in den Griff bekommen. Auch das ist Inhalt des ‚Politischen Kommandos‘ Der Plan beruht auf einem Verhältnis ‚Preis des Reises –

Lohn‘ worin die gleiche Wertgröße der Jahresarbeit eines Bauern und eines Arbeiters zum Ausdruck kommt. Und dieses Verhältnis der Gleichheit muß von den Arbeitern mit klarem politischem Verstand begriffen werden. Genauso müssen die Lohnhierarchien demokratisch festgelegt und politisch akzeptiert werden, ohne ideologische Verschleierung („unterschiedliche Produktivität“).“³⁵

Bevor wir die hier abermals angesprochene Frage der politischen Demokratie behandeln, müssen wir die Ursachen dafür suchen, daß ein ausgeglichenes Wachstum über lange Jahre nicht erreicht werden konnte.

Planmäßige Störung des Gleichgewichts statt ausgeglichene Entwicklung

Die chinesische Landwirtschaft ist im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern hoch entwickelt und leistungsfähig. Sie ernährt fast ein Viertel der Weltbevölkerung auf nur 8% des bebaubaren Bodens. Dennoch hat sie mit der Entwicklung anderer Sektoren der chinesischen Volkswirtschaft nicht Schritt gehalten. Der Produktionswert der Schwerindustrie ist von 1952 1981 um 2791%, der Leichtindustrie um 1333% und der der Landwirtschaft nur um 171% gewachsen, während sich die Bevölkerung um 73,3% vergrößert hat.³⁶ Die Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung ist von 576 Pfund 1952 auf 657 Pfund 1981 gestiegen, also nur um 14%.³⁷ Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft ist zwischen 1957 und 1977 um insgesamt 12% gefallen.³⁸ China muß nach wie vor Getreide importieren und auf dem inneren Markt rationieren.

Wie erklärt sich dieses Zurückbleiben der Landwirtschaft, das für die ganze Volkswirtschaft und für die Entwicklung des Landes ein schweres Hemmnis darstellt? Haben nicht alle chinesischen Regierungen seit 1949 die Bedeutung der Landwirtschaft betont, ihre

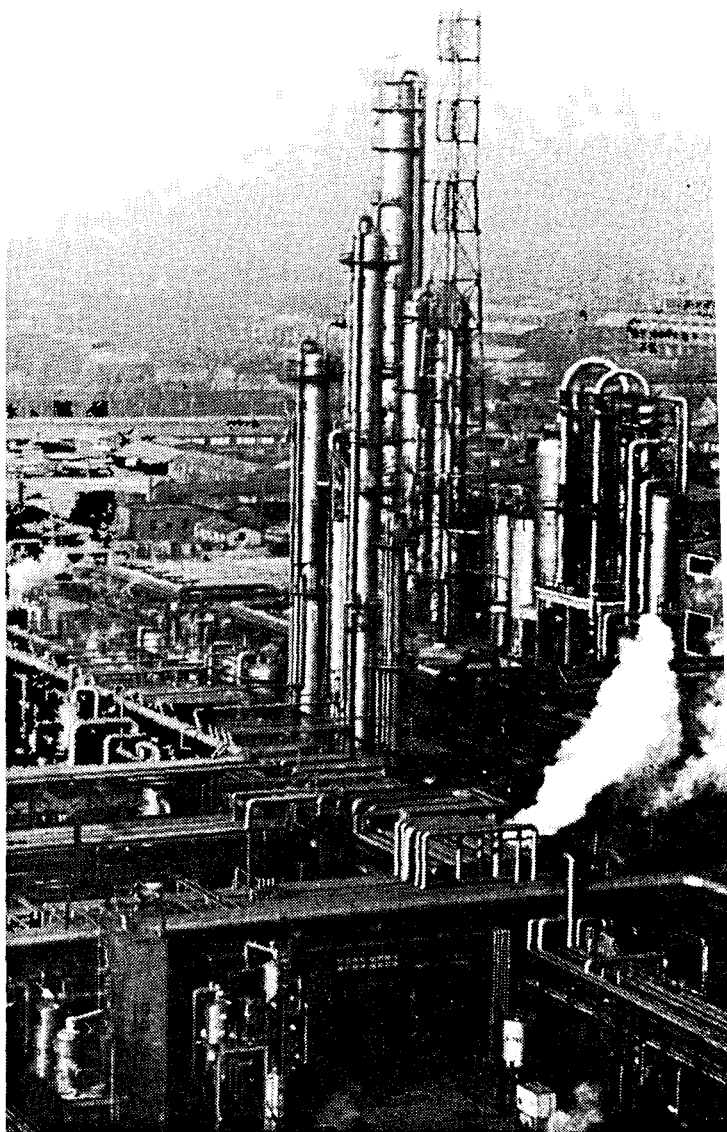
Versorgung mit modernen Produktionsmitteln gefördert und gleichzeitig die Preisrelationen zwischen Agrar- und Industrieprodukten fast regelmäßig zugunsten der Landwirtschaft verändert? Der Index der Ankaufpreise für Agrarprodukte ist von 1950 = 100 auf 1981 = 301,2, der für auf dem Lande vertriebene Industriegüter nur auf 1981 = 111,9 gestiegen.³⁹

Der Verlauf der politischen Kämpfe und die wirtschaftliche Entwicklung Chinas nach 1949 weisen eine verblüffende Parallelität auf. Die Einbrüche in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion stehen in engem zeitlichen Zusammenhang mit den großen politischen Kämpfen (siehe Schaubild): 1959 Großer Sprung, 1966–68 Kulturrevolution, 1971 Sturz Lin Biaos, 1974 Konfuziuskampagne der Viererbande, 1976 Kampagne gegen den „Wind von rechts“ und Sturz der Viererbande. Darüberhinaus scheinen die Krisen im wörtlichen Sinne einen planmäßigen Charakter zu haben: Die Termine der politischen Kämpfe und der gleichzeitigen oder unmittelbar folgenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen richten sich eng nach dem Rhythmus des Plangeschehens: 1958, 1966, 1971–1976 waren jeweils die ersten Jahre von neuen Fünfjahrplänen. Das weist darauf hin, daß es sich nicht um Krisen wie im Kapitalismus handelt, die einem offenbar unkontrollierbaren, sich hinter dem Rücken der Gesellschaft durchsetzenden Rhythmus folgen, sondern jeweils um Folgen konkreter politischer und wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Gewissermaßen ein negativer Beweis für die Planbarkeit der Volkswirtschaft nach Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Den politischen Kämpfen und wirtschaftlichen Krisen gehen jeweils Phasen eines zugleich raschen wie ausgeglichenen, d.h. Industrie und Landwirtschaft erfassenden Wachstums voraus. In den Entwürfen der Fünfjahrespläne war jeweils eine Fortsetzung dieses ausgeglichenen Wachstums mit einer relativ gemäßigten Akkumulationsrate und eine Politik der Konsolidierung des erreichten Standes der Kollektivierung vorgesehen.⁴⁰ 1958 und 1966 unter Führung der „Links“radikalen um Lin-Biao und die Viererbande (deren Politik in vielerlei Hinsicht nach ihrem Sturz von Hua Guofeng bis 1978 fortgesetzt wurde), wurden diese Planungen in zumeist putschmäßiger Form umgestoßen, d.h. unter Verletzung gültiger Beschlüsse, gegen die Mehrheit der Partei und zumindest ab 1966 auch gegen den erkennbaren Willen der Mehrheit der Arbeiter und Bauern, aber gestützt auf Teile der Armee und des Partei- und Regierungsapparates und für einige Monate 1966/67 unter Ausnutzung von Elementen einer Jugendrevolte.

In diesen Kampagnen, die mit gründlichen Säuberungen des Partei- und Staatsapparates und der Verfolgung widerstrebender und als „rechts“ eingestufte Kräfte in der ganzen Gesellschaft verbunden waren, wurden wirtschaftspolitisch regelmäßig schroffe Erhöhungen der Akkumulationsrate durchgesetzt, also des Anteils des Nationaleinkommens, der nicht konsumiert, sondern für die Ausweitung der Produktion verwendet wird, und das immer zugunsten der Schwerindustrie. Daneben wurde, wenn auch gelegentlich mit Verzögerungen und in unterschiedlichem Ausmaß⁴¹ eine Verschärfung der Kollektivierung der Landwirtschaft durchgesetzt bei gleichzeitiger Unterdrückung „kapitalistischer Elemente“ also der Reste der kleinbäuerlichen Wirtschaft, des freien Markthandels usw.

Wenn diese Politik zu Produktionsrückgängen und Krisenerscheinungen geführt hatte, kehrte man vorübergehend und unter Führung eben noch verfemter „Rechter“ wieder zu einer Senkung der Akkumulationsrate und zu einer gemäßigten Landwirtschafts-



„ Die Industrialisierung des Landes durch und im Interesse der ländlichen Produzenten selbst ist in der Tat sinnvoll, sofern diese Industrie der Förderung von Produktion und Absatz der landwirtschaftlichen Produktion dient, die Produktionsbedingungen verbessert und die Kollektive sowohl finanziell wie in der Arbeitskräftestruktur stärkt und nicht belastet “

politik zurück. Das war in der Konsolidierungsphase 1962–65, 1969/70, 1973 und 1975 der Fall. Sowie aber diese Änderungen Erfolg hatten und sich die Wirtschaft erholte, sah die „Linke“ darin ein Zeichen dafür daß man das Tempo der Industrialisierung wieder beschleunigen und in der Landwirtschaft „zu höheren Formen des Sozialismus“ übergehen konnte.

Die regelmäßige Rückkehr zu einer Politik der überhöhten Akkumulation zeigt, daß es einflußreiche Kräfte im Partei- und Staatsapparat gegeben haben muß, die an einer Schwerindustriali-

sierung um jeden Preis Interesse hatten, auch wenn sie auf Kosten des Lebensniveaus der Arbeitenden durchgesetzt wurde. Während der Zeit des vor diesem Wechselspiel liegenden, erfolgreichen ersten Fünfjahrplans 1953 – 57 lag die Akkumulationsrate im Jahresdurchschnitt bei 24,2%, während des Großen Sprungs 1958 – 62 bei 30,8%, in der Konsolidierungsphase 1963 – 65 wieder bei nur 22,7% und in der Zeit vom Beginn der Kulturrevolution bis zur Einleitung der Readjustierungsphase 1966 – 78 bei 31,4%.⁴² Auch danach lag sie noch in dieser Höhe, und erst 1982 konnte sie unter 30% gesenkt werden, nachdem Hua Guofeng als Ministerpräsident gestürzt war, der sich mit seiner Fraktion einer Verlangsamung der Schwerindustrialisierung widersetzt hatte.

Eine Akkumulationsrate von 25% wird heute als für China ausreichend angesehen.⁴³ Eine zu hohe Quote bedeutet, daß zu viele Arbeitskräfte, Rohstoffe und Geldmittel dem gesellschaftlichen Konsum entzogen werden, und zwar zum Teil auf unabsehbare Zeit, weil die Schwerindustrie, die zwischen 1958 und 1980 rund 50% aller Investbaumittel zuflossen⁴⁴ in einem schwer zu durchbrechenden Zirkel vor allem für die Schwerindustrie produziert, solange sie den Vorrang in der Entwicklungsplanung genießt.

Exzessive Kollektivierung – Industrialisierung auf Kosten der Bauern

Soweit die Akkumulationsmittel über den Staatshaushalt verteilt werden, geht überhöhte Akkumulation auf Kosten der Arbeiter und Angestellten in der Industrie, aus der rund 80% der Staatseinnahmen stammen, sowie auf Kosten der Leichtindustrie, der sowohl Absatzmärkte wie eigene Investitionsmittel beschnitten werden. Der Landwirtschaft

schadet die überhöhte Akkumulationspolitik auf mehrfache Weise: Sie wird nicht ausreichend mit billigen industriellen Konsumgütern und Produktionsmitteln versorgt; sie muß selbst große Mengen von Arbeitskräften und Materialien in den Investbau stecken und einen hohen Anteil ihres Einkommens für Industrialisierungsinvestitionen ausgeben, von denen sie keinen oder wenig Nutzen hat, und sie muß trotz der nominell für sie günstigen Preisentwicklung einen wachsenden Teil ihres Einkommens für industrielle Produktionsmittel ausgeben, ohne daß ihre eigene Produktion entsprechend steigt.

Zu allen diesen Nachteilen trug auf vertrackte Weise die Politik der forcierten Kollektivierung bei, die mit dem Großen Sprung und der Bildung der Volkskommunen eingeleitet und seitdem mit jeder „linken“ Wendung der Politik fortgesetzt wurde. Auch in China wurde eine von Staats und Partei wegen oktroyierte übereilte und zu weit getriebene Kollektivierungspolitik zum Hebel der Industrialisierung auf Kosten der Bauern.

Bereits die 1956 abgeschlossene Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach dem Vorbild der sowjetischen Kolchosen mit der fast vollständigen Kollektivierung der Produktionsmittel und der Reduzierung der Familienwirtschaft auf gartengroße Privatparzellen und geringfügige Tierhaltung wird heute als übereilt und für die Entwicklung der Landwirtschaft schädlich angesehen.⁴⁵ Die Durchsetzung dieser neuen Strukturen stieß auch keineswegs auf die begeisterte Zustimmung, die bei früheren Phasen der Genossenschaftsbildung geherrscht hatte, wie der spürbare Rückgang des Wachstums der Agrarproduktion ab 1956 beweist. Aber obwohl sicher vielerorts massiver administrativer Druck ausgeübt wurde, kam es doch nicht zu den gewaltsamen Methoden der Durchsetzung, die in der Sowjetunion bei der Kol-

lektivierung anfang der 30er Jahre angewendet worden waren.⁴⁶ Die Gründe dafür werden gewesen sein, daß die Erfahrungen der Bauern mit der Bildung „niedrigerer Formen“ landwirtschaftlicher Kooperativen angesichts der Bodenzer splitterung nach der Agrarreform und der Notwendigkeit der Bewässerungswirtschaft gut waren; daß das Vertrauen in die KP Chinas als Garantin der Bauernbefreiung und des Arbeiter-Bauern-Bündnisses enorm war, daß sich keine gefestigte Kulakenschicht herausgebildet hatte, die so stark gewesen wäre, daß sie der Reform wirksamen Widerstand hätte entgegensetzen können.

Die Einführung der Volkskommunen 1958/59 schlug sich dagegen nicht nur in einem Sinken der Wachstumsraten, sondern in einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion selbst nieder. Der Bruttowert der landwirtschaftlichen Produktion fiel 1959 um 13,6%, 1960 um 12,6% und 1961 um 2,4% jeweils gegenüber dem Vorjahr.⁴⁷

Man muß bei der Kritik der „linken“ Landwirtschaftspolitik, die die Hauptverantwortung für das Zurückbleiben der Landwirtschaft in China trägt, vom Modell der Volkskommunen ausgehen, wie sie 1958/59 gebildet wurden, obwohl die extremen Formen 1962 bereits wieder aufgelöst waren. Bei Beibehaltung der rechtlichen Form Volkskommune kehrte man praktisch auf das Kollektivierungsniveau der LPG zurück: Entscheidungs- und Verrechnungsebene blieb das Dorf (Produktionsbrigade), Familienwirtschaft (Privatparzelle, häusliches Nebengewerbe und private Viehhaltung), privater Markthandel, Entlohnung nach individueller Leistung usw. wurden beibehalten. Aber die „kommunistischen“ Formen der ursprünglichen Volkskommune, in der alle private Wirtschaft abgeschafft werden sollte, blieben das Ziel der „Linken“ und sie versuchten, sie in jeder ihrer Kampagnen mal rascher mal langsamer unter dem Banner des Kampfes gegen die kapitalistische Restauration auf dem Lande wieder durchzusetzen. Zuletzt 1976/77 mit der Dazhai-Politik Hua Guofengs, die noch 1977 zu einer Landwirtschaftskrise führte.

Die folgenden Merkmale der Volkskommunenpolitik während des Großen Sprungs gelten daher auch für alle anderen Phasen vorherrschender „linker“ Politik in unterschiedlichem Ausmaß bis 1978, und sie konnten auch in Zeiten mäßiger Korrektur nur eingeschränkt, aber nicht abgeschafft werden, wie das seit 1979 versucht wird.

1 Die Einführung der Volkskommunen bedeutete die faktische Aufhebung der rechtlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit der landwirtschaftlichen Kollektive und ihre Subsumtion unter das Kommando der staatlichen Wirtschaft. Damit wurden aber auch die Grundlagen des Arbeiter-Bauern-Bündnisses angegriffen. Bekanntlich wurden ja auf der Ebene der Kommune staatliche Verwaltung und Selbstverwaltung der Kollektive miteinander verschmolzen, und das erklärte Ziel der Volkskommunenpolitik war die rasche Überführung des Kollektiveigentums in Eigentum des ganzen Volkes.⁴⁸

Aber der Unterschied zwischen Kollektiveigentum und Eigentum der ganzen Gesellschaft ist kein willkürlicher sondern ergibt sich aus dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Produktivkräfte in Landwirtschaft und Industrie. Die Landwirtschaft ist, wie erwähnt, in hohem Grade selbstversorgend sowie von zahlreichen Zufällen des Bodens, des Klimas, der Arbeitskräftestruktur usw. abhängig, was eine einheitliche, zentralisierte Planung der Produktion und des für den gesellschaftlichen Verkehr zur Verfügung stehenden Teils des Produkts zur Zeit noch unmöglich macht. Pla-

nende, organisierende und für die Produktionsergebnisse verantwortliche Einheit bleibt deshalb das relativ kleine Kollektiv oder sogar die Familie⁴⁹ mit denen der Staat auf dem Markt in Beziehung tritt (und deren Produktion er vor allem über die Preise beeinflussen kann). Werden die Marktbeziehungen zwischen bäuerlichen Produzenten und Gesellschaft in offener oder versteckter Form vorzeitig durch Formen administrativer Planung ersetzt, wirkt sich das nicht nur negativ auf die bäuerliche Produktion und das Lebensniveau der Bauern aus, sondern zerstört auch die Demokratie, die Basis der Gleichberechtigung im Arbeiter-Bauern-Bündnis, die nur bei Wahrung der Rechte und Interessen der Bauern erhalten werden kann. Daran ändern auch formell demokratische Formen in der Kommuneverwaltung (die mit jeder Kampagne gegen „rechts“ sowieso fiktiver wurden) nichts, weil die administrative Einbindung in zentralisierte Planung die Grundlage selbständiger Interessenvertretung durch die Bauern zerstört. Eben weil die Bauern keine Arbeiter also Teile einer einheitlich operierenden Armee, sondern aus objektiven Gründen, mit wenigen Ausnahmen hochentwickelter Produktion, selbstwirtschaftende Kleinproduzenten sind.

2. Die Einführung der Volkskommunen, die mit den Begriffen „gemeinschaftlich und groß“ bezeichnet wurden, zerstört in ihrer konsequenten Form die Selbstversorgung der Bauern und führt zu einer Versorgungs- und Ernährungskrise auf dem Lande. Im Anfang ging der Angriff auf die Familienwirtschaft so weit, daß obligatorische Gemeinschaftskantinen eingerichtet wurden, die allerdings rasch wieder aufgegeben werden mußten, weil sie die Ernährung der Kommunebauern nicht gewährleisten konnten. Später vor allem 1974 und 1976, kam es immer wieder zu Einziehungen von Privatparzellen, Zwangsschlachtungen von privat gehaltenem Vieh und Geflügel, zum Fällen von Obstbäumen usw. All das hatte den Zweck, die ländliche Arbeitskraft ganz auf die durch die zentrale Planung bestimmte Kollektivproduktion oder bestimmte Industrialisierungs- und Infrastrukturprojekte zu konzentrieren. Zwar übernahm das Kollektiv falls es das Geld dazu hatte, gewisse Leistungen der Sozialfürsorge wie medizinische Versorgung, Kindergärten usw. und garantierten Kollektiv und Staat eine Minimalversorgung mit Grundnahrungsmitteln, aber die in der Regel sehr geringen Einkommen aus der Kollektivarbeit reichten oft nicht aus, die Einbußen durch die Zerstörung der häuslichen Wirtschaft oder der freien Bauernmärkte auszugleichen.

3. Vermutlich den größten Beitrag zur Industrialisierung Chinas haben die Bauern in Natur geleistet, d.h. durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft. Ein zentraler Gedanke bei der Ausrufung des Großen Sprungs war wegen der rückständigen technischen Basis Chinas, die Industrialisierung durch die „Menschenflut“. Die Zerstörung der Selbständigkeit der ländlichen Kollektivwirtschaft wurde dazu benutzt, Abermillionen von Bauern aus der Landwirtschaft abzukommandieren und in die Armee der Industriearbeiterschaft zu rekrutieren. Und auch die nicht zeitweise oder auf Dauer in Industriearbeiter verwandelten Bauern wurden in riesigen Heeren zum Bau von Einrichtungen der Infrastruktur eingesetzt, vor allem im großen Wasserbau, aber auch im Eisenbahn- Straßen- Industrie anlagenbau usw.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte schrumpfte um 41 Mio. von 192 Mio. auf 151 Mio. 1958. Die Zahl der Arbeiter in der Schwerindustrie stieg in der gleichen Frist um 29,93 Mio. von 5,57 Mio. auf 35,5 Mio., von denen 15,68 Mio. (= 82% der neuen Arbeiter in staatseigenen Betrieben) in die staatliche Industrie gingen. Die Industrialisierungswelle diente also fast aus-

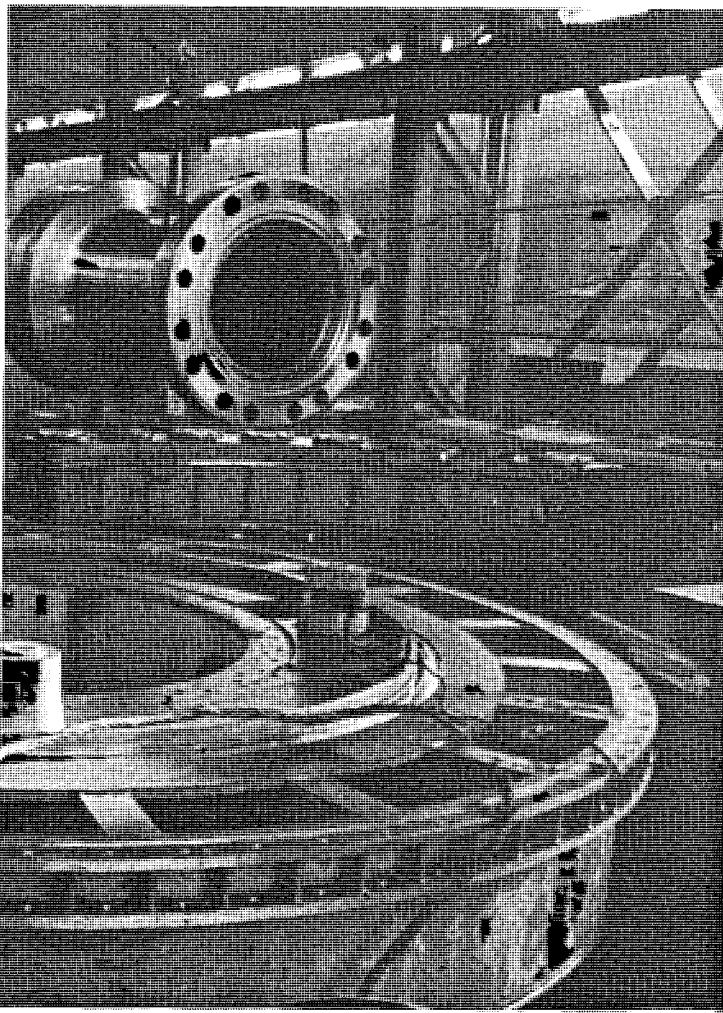


„Trotz verschiedener Kritiken im einzelnen übernimmt Mao die wichtigsten Auffassungen Stalins zu den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus, zu denen der Vorrang der Produktionsmittelindustrie gehört, die Mao insbesondere schneller als Moskau entwickeln will“

schließlich der Schwerindustrie, und die Mehrheit der neuen Arbeiter ging nicht in die staatseigene Wirtschaft, sondern in neue Betriebe der Kollektivwirtschaft, die berühmten kleinen Stahlwerke auf dem Lande.⁵⁰

Wegen des Rückgangs der ländlichen Arbeitskräfte hatte 1958 jeder Bauer 11 Mu Land zu bearbeiten statt 8,8 Mu 1957 ohne daß sich seine Produktionsmittel wesentlich verbessert hätten. Dennoch gelang es 1958, die Agrarproduktion noch einmal zu steigern, bevor sie 1959, 1960, 1961 absolut zurückging. „Der Nettoproduktionswert der Landwirtschaft fiel von 42,5 Mrd. Yuan 1957 auf 33,2 Mrd. Yuan 1960, die Getreideproduktion von 195,05 Mio. t auf 143,5 Mio. t. Es gab viele Gründe für diesen Rückgang, aber das Schrumpfen der Arbeitskräftezahl war einer der wichtigsten, weil Handarbeit die Hauptform der landwirtschaftlichen Arbeit blieb.“⁵¹ „Die durchschnittliche Getreideration pro Person, die 1957 bei 203 kg lag, fiel 1958 auf 198 kg, 1959 auf 186,5 kg und 1960 auf 163,5 kg. Die Speiseöl- und Fleischrationen gingen ebenfalls stark zurück und ebenso wurde weniger Baumwolltuch verteilt.“⁵²

Während die Agrarkrise 1968 vor allem auf eine erneute Verschärfung der Kollektivierung und die Störungen der Stadt-Land-Beziehungen durch die Kulturrevolution zurückging, waren 1971/72 keine neuen Kollektivierungsexperimente zu verzeichnen, und die Belieferung der Landwirtschaft mit Produktionsmitteln wurde sogar wesentlich verbessert.⁵³ Aber die Landwirtschaft geriet erneut in den Sog der Erhöhung der von der „Linken“ im neuen Plan durchgesetzten überhöhten Akkumulationsrate. Die Zahl der Industriearbeiter wuchs 1970–72 um 11,31 Mio., von denen 71% in die Schwerindustrie gingen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte blieb zwar absolut gleich, aber die Volkskommunen wurden wieder mit riesigen Wasserbau- und anderen Infrastrukturprojekten belastet. Die Getreideproduktion pro ländlicher Arbeitskraft sank von 873,3 kg 1970 auf 850,25 kg 1972, die Getreideration pro Kopf der Bevölkerung von 188 kg (also bereits weniger als 1958) auf 173,5 kg.⁵⁴



Auch in der dann unter Führung von Hua Guofeng 1976/77 betriebenen Politik des „Lernens von Dazhai“ spielte neben der schrittweisen Verschärfung der Kollektivierung der Bau ländlicher Industrie- und Schwerindustrieprojekte und großer Infrastrukturanlagen – z.B. riesige Terrassierungsprojekte – aus eigener Kraft der Kollektive eine entscheidende Rolle.

Die Ministahlschmelzen, Maschinenfabriken usw., die die Volkskommunen im Großen Sprung nach ihrer Gründung aus dem Boden stampfen mußten, brachen schon nach kurzer Zeit zusammen, und das ganze Experiment endete mit einer wirtschaftlichen Katastrophe: Produktionsrückgang in der Industrie in dem einzigen Jahr 1961 um 38,2% und in der Schwerindustrieproduktion sogar um 46,5%⁵⁵ Auch die großen Wasserbauwerke erwiesen sich, von dem hohen aktuellen Preis ihrer Erstellung einmal abgesehen, als zwiespältiger Fortschritt. Wie auch viele der späteren Boden- und Wasserbaumaßnahmen (z.B. die erwähnten Terrassierungen nach dem Vorbild Dazhai auch in Gegenden, wo es nichts nutzte) brachten sie – hastig geplant und gebaut – oft schwerwiegende Umweltschäden mit sich. Speziell die während des Großen Sprungs gebauten Wasserbauprojekte sollen zu zwei Dritteln mangelhaft gewesen sein und damit zu den großen Flutkatastrophen jener Jahre beigetragen haben, jenen Flutkatastrophen, die neben dem Abzug der sowjetischen Berater als eine der primären Ursachen der Wirtschaftskatastrophe Anfang der 60er Jahre genannt zu werden pflegten.

Drei Einwände gegen diese Kriterien drängen sich auf: a. Die Industrialisierung des flachen Landes unter eigener Regie landwirtschaftlicher Einheiten ist eine sinnvolle Alternative zur Konzentration der Industrie in den Städten und/oder in den Händen der zentralen Staatsgewalt. b. Wasserbau in großem Maßstab ist in China Voraussetzung der Landwirtschaft selbst, und er kann beim jetzigen Entwicklungsstand nicht anders als durch den Einsatz großer Massen menschlicher Arbeitskraft ausgeführt werden. c. Im Ergebnis hat China heute ein breit gefächertes Netz industrieller Standorte, bei dem fast alle Branchen in fast allen Provinzen vertreten

was macht peking anders als moskau?

sind, sowie eine besser ausgebaute Infrastruktur als vermutlich die meisten anderen Entwicklungsländer der Welt.

Die Industrialisierung des Landes durch und im Interesse der ländlichen Produzenten selbst ist in der Tat sinnvoll, sofern diese Industrie der Förderung von Produktion und Absatz der landwirtschaftlichen Produktion dient, die Produktionsbedingungen verbessert und die Kollektive sowohl finanziell wie in der Arbeitskräftestruktur stärkt und nicht belastet. Dazu sind in den letzten Jahren durch die Bildung von Gesellschaften, in denen landwirtschaftliche Kollektive untereinander oder mit staatlichen Betrieben zusammenarbeiten und die sich meistens auf die Verarbeitung eines Produkts oder einer Produktengruppe spezialisieren, Fortschritte gemacht worden. Das ist aber bei einem großen Teil der in China auf dem Land aufgebauten Industrie nicht der Fall, weil sie vielfach schwerindustriellen Charakter hat, ziemlich unwirtschaftlich ist und schädlich für die natürlichen Umweltbedingungen. Es geht nicht darum, zu behaupten, daß sie keinerlei Nutzen hat, sondern nur um die Feststellung, daß sie in jeder Beziehung zu teuer ist.

Vom begrenzten Nutzeffekt vieler Wasser-, Land- und Verkehrsbaumaßnahmen unter diesen Umständen war schon die Rede. Vor allem aber da wir ja hier vom Beitrag reden, den die Landwirtschaft zur Industrialisierung des ganzen Landes geleistet hat: Der Preis, den sie für die Errichtung einer nicht ihren Interessen entsprechenden Industriestruktur bezahlt hat, ist enorm. Zumal man in die Entstehungskosten die Millionen Projekte einberechnen muß, die verlustreich abgebrochen werden mußten. Der Tribut, den die Landwirtschaft vor allem in Form von unbezahlter Arbeit geleistet hat, spiegelt sich in ihrer allgemeinen Rückständigkeit wider – die ein Entwicklungshemmnis für die ganze Wirtschaft ist. Es ist schon ein bißchen zynisch, wenn man angesichts der ca. 11 Millionen Hungertoten, die die Agrarkrise des Großen Sprungs nach heutigen Schätzungen gekostet hat⁵⁶ wie Mao Zedong und andere, den Großen Sprung als notwendigen Lernprozeß⁵⁷ oder vom Ergebnis des Ausbaus der Industriebasis her als gerechtfertigt ansieht.⁵⁸

4 Die enormen „Wertübertragungen“ die die in Volkskommunen organisierten chinesischen Bauern durch den un- oder unterbezahlten Einsatz ihrer Arbeitskraft an die Industrie geleistet haben, werden kaum je realistisch quantifizierbar sein. In einem anderen Bereich, den wir hier allerdings auch nur streifen können, wäre das bei einer Vervollständigung des Zahlenmaterials wahrscheinlich möglich, bei dem wachsenden Anteil ihrer Einkommen nämlich, den die Bauern bei sinkender Kapitalproduktivität und nur langsam wachsender Arbeitsproduktivität für industrielle Produktionsmittel ausgeben mußten.

1957 wurde landwirtschaftliche Maschinerie mit zusammen 1,65 Mio. PS eingesetzt, 1978 mit zusammen 159 75 Mio. PS, eine Steigerung um 9582%. Der Verbrauch von Kunstdünger stieg um 2270%, die mit Traktoren gepflügte Anbaufläche um 1502% und die bewässerte Anbaufläche um 64,5%⁵⁹ Die Investitionen in die Produktion von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln stiegen von 5,7% aller Investitionen in die Schwerindustrie während des Großen Sprungs auf 11,1% 1976–78.⁶⁰ Obwohl der Anteil der für die Agrarproduktion bestimmten Industriegüter immer noch einen relativ kleinen, wenn auch steigenden Anteil der Industrieproduktion einnahm, erreichte der Grad der Mechanisierung der Landwirtschaft Ende der siebziger Jahre einen Stand, der weit über dem vergleichbarer Entwicklungsländer lag.⁶¹

Wie wir gesehen haben, entwickelte sich die Agrarproduktion selbst nicht annähernd im gleichen Tempo, und die Mechanisie-

ung wurde trotz sich nominell verbessernder Preisrelationen eine wachsende Bürde für die bäuerliche Wirtschaft. So stiegen 1970–75 die Produktionskosten (ohne Arbeitsentgelt) der landwirtschaftlichen Kollektive im Jahresdurchschnitt um 8,4%, die Einzahlungen in den Akkumulationsfonds um 9,1%, die Auszahlungen an die Kommunemitglieder aber nur um 2,87% pro Arbeitskraft, bzw. um 1,13% pro Kopf der Kommunebewohner.⁶² Eine Erhebung in der Provinz Hunan zeigt, daß die Produktionskosten der Kollektive (wiederum ohne Arbeitsentgelt) von 20,3% des Produktionswerts 1957 auf 33,2% 1975 anstiegen.⁶³ Die Arbeitsproduktivität in der Industrie stieg 1957–1978 um 75%, in der Landwirtschaft um 15%. Da sich die Preisrelationen keineswegs in vergleichbarem Ausmaß veränderten, vergrößerte sich, im Gegensatz zur Zeit vor 1957, auch wieder die Preisschere.⁶⁴

Die weitgehende Zerstörung der Selbstversorgung der Landwirtschaft gerade in Perioden verstärkter Kollektivierung zwang die Bauern mehr denn je, ihren Konsumgüterbedarf auf dem Warenmarkt mit Produkten der Leichtindustrie zu decken, deren Preise absichtlich hoch gehalten wurden. Sie wurden damit, wie das auch z.B. in den „Zehn großen Beziehungen“ gefordert wird, eine der Hauptquellen der Akkumulation für die staatliche Industrie. Die Schranken, die die übereilten Kollektivierungsmaßnahmen der landwirtschaftlichen Produktion jeweils auferlegten, verhinderten allerdings während langer Jahre, daß die Bauern genug Geldmittel in der Hand hatten, um ihren Konsumgüterbedarf zu decken; außer dem Rückgang der Rohstoffnachfrage einer der Gründe, warum Produktionsrückgänge in der Landwirtschaft jeweils auch Krisenerscheinungen in der Leichtindustrie hervorriefen. Andererseits zwang das Sinken der Arbeitsproduktivität durch übereilte Kollektivierung die Landwirtschaft immer mehr zur Verwendung von industriellen Produktionsmitteln. Trotz des relativ geringen Anteils, den diese Produktion für sie hatte, gewann damit die Schwerindustrie gewinnträchtigen Zugang zur Akkumulation durch Wertübertragung aus der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft war also über drei Kanäle, über unbezahlte Arbeit, die ihr über das Kollektivsystem abgezwungen wurde, über den Konsumgütermarkt und über den Produktionsmittelmarkt die Hauptquelle der industriellen Akkumulation. Daß der Austausch mit der Industrie für die Bauern dabei von Nachteil war, daß sich wachsende Ungleichgewichte zwischen Industrie und Landwirtschaft herausbildeten, war kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis einer bewußten Politik, die immer wieder in heftigen Kämpfen gegen die Vertreter einer Politik des ausgeglichenen Wachstums (Peng Dehuai, Liu Shaoqi, Deng Xiaoping) durchgesetzt wurde – gegen eine Politik, wie sie Mao Zedong selbst in den „Zehn großen Beziehungen“ formuliert hatte.

Stalin und Mao Zedong über die ökonomischen Gesetze des Sozialismus

Abbruch der Kampagne „Laßt hundert Blumen blühen!“ und im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die „Rechten“ und der Vorbereitung und Durchführung des Großen Sprungs initiierte Mao eine Bewegung zum Studium von J. Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ und des zunächst

Mao Zedong hatte 1956 in den „Zehn Großen Beziehungen“ die einseitige Betonung der Schwerindustrie in der Sowjetunion kritisiert und festgestellt: „Das haben wir besser gemacht als die Sowjetunion.“ 1957 begann er dann selbst diesen Weg zu beschreiten. Nach

unter Stalins Leitung herausgegebenen, nach dessen Tod mehrfach überarbeiteten sowjetischen „Lehrbuchs der politischen Ökonomie“⁶⁵ Mao selbst trug zu dieser Studienbewegung in der Mehrheit 1960 abgefaßte „Notizen“ bei, die in der VR China als internes Ausbildungsmaterial zirkulierten und 1975 auf Deutsch herausgegeben wurden. Sie dienten vor allem der Verteidigung des sich im Großen Sprung ausdrückenden Entwicklungskonzepts und der Kritik an der Chruschtschowschen Revision der Stalinschen Auffassungen. Das Buch, dessen deutsche Ausgabe dann unter dem Titel „Das machen wir anders als Moskau“ als Taschenbuch erschien, hätte besser geheißen: „Das machen wir schneller als Moskau“⁶⁶ Trotz verschiedener Kritiken im einzelnen übernimmt Mao die wichtigsten Auffassungen Stalins zu den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus, zu denen der Vorrang der Produktionsmittelindustrie gehört, die Mao insbesondere schneller als Moskau entwickeln will. Verbal hält er am Vorrang der Landwirtschaft fest und fordert eine „koordinierte Förderung“ von Landwirtschaft und Industrie. Die tatsächlichen Prioritäten kommen in der für richtig gehaltenen Zuweisung von Produktionsmitteln zum Ausdruck: 10% der Stahlproduktion soll für Zwecke der Landwirtschaft eingesetzt werden, 90% für den Aufbau der Schwerindustrie.⁶⁷

Hauptmerkmal der theoretischen Auffassungen Stalins zur politischen Ökonomie des Sozialismus ist, daß er der „Ökonomie der Zeit“ im Sozialismus und im entwickelten Kommunismus keine regulierende Funktion, sondern allenfalls eine messende Funktion zubilligt. Er schreibt: „Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwinden auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz. In der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft wird die Menge der für die Herstellung der Produkte aufgewandten Arbeit nicht auf einem Umweg gemessen werden, nicht vermittels des Wertes und seiner Formen, wie es in der Warenproduktion der Fall ist, sondern direkt und unmittelbar – durch die zur Herstellung der Produkte verausgabte Menge der Zeit, Menge der Stunden. Was die Verteilung der Arbeit anbelangt, so wird die Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen nicht durch das Wertgesetz reguliert werden, das zu dieser Zeit seine Kraft verlieren wird, sondern durch das Wachstum des Bedarfs der Gesellschaft an Produkten. Das wird eine Gesellschaft sein, in der die Produktion durch die Bedürfnisse der Gesellschaft reguliert wird und die Erfassung der Bedürfnisse der Gesellschaft für die Planungsorgane erst-rangige Bedeutung erlangen wird. Völlig falsch ist auch die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung, in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, das Wertgesetz angeblich die ‚Proportionen‘ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.“⁶⁸

Diese Argumentation ist widersprüchlich. Das Wertgesetz wird einerseits als historische, an die Warenproduktion gebundene Kategorie beschrieben, das durch den direkten Vergleich der auf die Herstellung der Produkte verausgabten Zeit abgelöst wird. Andererseits wird bestritten, daß dieses direkte Zeitmaß, die Ökonomie der Zeit, für die gesellschaftliche Produktion im Kommunismus regulierende Kraft hat, unter Hinweis darauf, daß das Wertgesetz

mit dem Absterben der Warenproduktion seine Gültigkeit verlieren wird.

Bei Marx dagegen ist die Ökonomie der Zeit nichts der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse Äußerliches, kein bloßes Meßinstrument, sondern Bedingung gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung selbst: „Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller und geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von der Zeiterparung ab. Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der Einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf der Grundlage der menschlichen Produktion.“⁶⁴

Dieser von Samir Amin und Xue Muqiao und seinen Kollegen wieder aufgegriffene Gedanke ermöglicht es, das Wertgesetz als historischen Ausdruck der die Ökonomie schlechthin verkörpernden Ökonomie der Zeit zu begreifen und es auch in der Übergangszeit zum Sozialismus als regulierendes Element der Befriedigung der ge-

sellschaftlichen Bedürfnisse nach den Möglichkeiten der Gesellschaft auf einem bestimmten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zu benutzen.

Stalin dagegen nimmt nicht die inneren Bewegungsgesetze der jeweiligen Produktionsweise zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen, sondern ihre (vermeintlichen oder tatsächlichen) Endzwecke. So erklärt er, nicht mehr das „Gesetz des Mehrwerts“ sei das „ökonomische Grundgesetz“ des monopolistischen Kapitalismus, sondern das „Gesetz des Maximalprofits“, weil „der monopolistische Kapitalismus nicht irgendwelchen Profit, sondern gerade den Maximalprofit fordert“⁷⁰ Hat der Kapitalismus jemals etwas anderes „gefordert“?

Auch sein „ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus“ erklärt nicht den Zusammenhang der in sich widersprüchlichen, weil „gemischten“ Übergangsgesellschaft, sondern orientiert sich allein an den Perspektiven des fortgeschrittensten Sektors: „Die wesentlichen Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus können etwa folgendermaßen formuliert werden: Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.“⁷¹ Völlig zu Recht stellte Xue Muqiao fest, daß dieses „Gesetz“ neben der Realität einer Übergangsgesellschaft steht: „Es ist deutlich, daß wir die sozialistische Wirtschaft weder ‚auf der Basis der höchstentwickelten Technik‘ entwickeln, noch die ‚maxima-

Argument Vertrieb
Tegeler Str 6
1000 Berlin 65

DAS ARGUMENT



„ÄSTHETIK
DES
WIDERSTANDS“
LESEN

Ästhetik des Widerstands lesen

Über Peter Weiss schreiben
V Braun, Ch. Geissler L. u. W Abend-
roth, K.R. Scherpe u.a.

Literatur im historischen Prozeß NF 1
Argument-Sonderband AS 75

16,80/f.Stud. 13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



FRAUENFORMEN 2
SEXUALISIERUNG

Frauenformen 2

Die Sexualisierung der Körper

Erinnerungsarbeit als Methode
weiblicher Forschung: Wie wir uns zu
Frauen formen.

Argument-Sonderband AS 90, 1983

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



AKTUALISIERUNG
MARX
AS 100

Aktualisierung Marx'

Kritische Neulektüre von Marx
vom Standpunkt der heutigen Probleme.
Albers, Altvater Volker Braun, Deppe
Frigga Haug, W.F Haug, Hirsch,
Holzkamp Tjaden u.a.

Argument-Sonderband AS 100

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

“ Der Verwirklichung sozialistischer Demokratie in China, d.h. eines transparenten, rationalen, von den Arbeitenden selbst regulierten Systems der politischen Lenkung der Gesellschaft, stehen formidable Schwierigkeiten im Wege, und die Behauptung, daß die Wiederherstellung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie in den letzten Jahren bereits in irgendeiner Weise



abgeschlossen ist, würde den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Die Hindernisse ergeben sich objektiv aus dem Entwicklungsstand der Gesellschaft und aus starken subjektiven, aus der Geschichte ererbten Faktoren “

le Befriedigung' der ganzen Nation sichern können. Das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft kann weder im Sektor des Kollektiveigentums noch selbst im Sektor des Eigentums des ganzen Volks voll wirken, wenn es nicht vom Wertgesetz unterstützt wird.“⁷²

Bei Stalin besteht dagegen ein schroffer Gegensatz zwischen Wertgesetz, dessen Berücksichtigung wegen der Existenz unterschiedlicher Eigentumsformen und des Warenmarktes noch ein notwendiges Übel ist, und den „ökonomischen Gesetzen des Sozialismus“ Wie wird aber die „maximale Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft“ ökonomisch sichergestellt und bestimmt, wenn nicht durch das Wertgesetz oder eine ihm entsprechende Zeitbestimmung?

„Das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft entstand als Gegengewicht zum Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion im Kapitalismus. Es entstand auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nachdem das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion seine Kraft verloren hatte. Es wurde wirksam, weil die sozialistische Volkswirtschaft nur auf der Grundlage des ökonomischen Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft geführt werden kann. Das bedeutet, daß das Gesetz der planmäßigen Entwicklung

der Volkswirtschaft unseren Planungsorganen die *Möglichkeit* gibt, die gesellschaftliche Produktion richtig zu planen. Aber die *Möglichkeit* darf man nicht mit der *Wirklichkeit* verwechseln.“⁷³

Damit das „Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft“ aber verwirklicht werden kann, kommt es Stalin zufolge darauf an, ein weiteres „ökonomisches Gesetz des Sozialismus“ richtig anzuwenden, das „ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte“

„Wie sind die Worte 'völlige Übereinstimmung' dann aufzufassen? Sie sind so aufzufassen, daß es im Sozialismus gewöhnlich nicht zu einem Konflikt zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften kommt, daß eine Gesellschaft die Möglichkeit hat, die zurückbleibenden Produktionsverhältnisse rechtzeitig mit dem Charakter der Produktivkräfte in Übereinstimmung zu bringen. Die sozialistische Gesellschaft hat die Möglichkeit, das zu tun, weil es in ihr keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand organisieren könnten. Natürlich wird es auch im Sozialismus zurückbleibende, träge Kräfte geben, die die Notwendigkeit von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen nicht begreifen, aber man kann sie natürlich unschwer überwinden, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen.“⁷⁴

Mit anderen Worten, die Kunst der „maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft“ hängt nicht von der Ökonomie der Zeit ab, sondern vom Willen und der politischen Fähigkeit der „Sowjetmacht“⁷⁵ die „zurückbleibenden Produktionsverhältnisse“ oder „zurückbleibende träge Kräfte“ auf Vordermann zu bringen.

Dieses eigentümliche ökonomische Gesetz entspricht oder ist die Quelle der Auffassung Maos, daß der Hauptwiderspruch in der sozialistischen Gesellschaft nicht der „zwischen dem fortschrittlichen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften“ sei, sondern umgekehrt rückständige Produktionsverhältnisse, Bewußtseins- und Organisationsformen das wichtigste Hemmnis zur Entfaltung der Produktivkräfte seien.⁷⁶

und daß deshalb der Klassenkampf, die Unterdrückung rückständiger und träger Elemente, das Hauptkettenglied im Aufbau des Sozialismus sei. Stalin ist nur deshalb – im Gegensatz zu Mao – der Auffassung, daß diese hemmenden Kräfte „unschwer“ zu überwinden seien, weil er glaubt, in der (administrativen) Überwindung gesellschaftlichen Widerstandes gegen seine Politik schon weiter fortgeschritten zu sein.

Für Stalin bedeutet die Überwindung der „trägen zurückbleibenden“ Faktoren, daß man sich gerade nicht auf die Produktion konzentriert, die „rentabel“ ist.

„Es ist offensichtlich, daß wir, wollten wir in die Fußstapfen der ser Genossen (die vorschlugen, sich auf die rentabelsten Industrien zu konzentrieren, *d. Verf.*) treten, uns von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen müßten zugunsten der Produktion von Konsumtionsmitteln. Was aber bedeutet, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln loszusagen? Das bedeutet, unserer Volkswirtschaft die Möglichkeit des ununterbrochenen Wachstums zu nehmen, denn es ist unmöglich, das ununterbrochene Wachstum der Volkswirtschaft zu gewährleisten, ohne zugleich das Primat der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten.“⁷⁷

Konkret läuft die „maximale Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft“ also auf eine Steigerung der Produktionsmittelproduktion hinaus, die, da sie nicht Warenproduktion ist⁷⁸ sowieso der ökonomischen Kalkulation weitgehend entzogen ist. Die sowjetischen Arbeiter und Bauern sollen ihren materiellen und kulturellen Hunger mit Stahl stillen.

Mao Zedong hat die Stalinschen Ideen in seinen „Notizen“ mit erkennbarer Zustimmung aufgegriffen. An der Kritik, die er an einzelnen Aspekten übt, ist zweierlei hervorzuheben. Zum einen die Betonung des subjektiven Faktors und des Bewußtseins, zum andern die Überzeugung, daß China schneller besser, mehr erreichen kann als die Sowjetunion.

Politisches Bewußtsein und Massenmobilisierung vor allem der Bauern und „politisches Kommando“ erscheinen bei ihm ebenso als vorwärtstreibende Kräfte zum Sozialismus, wie bürgerliche, auf Gewinn orientierte Gesinnung, rückständiges und feudales Denken, „der Überbau“ als hemmende Faktoren erwähnt werden⁷⁹, die sowohl von Stalin wie vom „Lehrbuch der politischen Ökonomie“ vernachlässigt werden.

Das Vertrauen in die Wirkung der Massenmobilisierung und des Arbeiter-Bauern-Bündnisses, die Tatsache, „daß unsere sozialistische Revolution verhältnismäßig gründlich durchgeführt wurde“ sind auch der Grund für die Überzeugung, daß, „wenn man einen Vergleich zu den schon (vollzogenen) industriellen Revolutionen zieht, die Chinas wohl eine der schnellsten sein dürfte“⁸⁰ Deshalb glaubt Mao auch, daß China sich schneller entwickeln wird als die Sowjetunion sowohl in der Landwirtschaft wie vor allem in der Stahlproduktion⁸¹. „Können wir nicht die Umwege der Sowjetunion vermeiden und es schneller und besser machen als sie?

Können wir zum Beispiel bei der Stahlproduktion in drei Planjahrfünften oder etwas länger 20 Millionen Tonnen erreichen oder nicht? Wir können es, wenn wir uns Mühe geben.“⁸² Wie in der Höhe der Akkumulationsrate: Es „bildet der Akkumulationsfonds in der Sowjetunion ein Viertel des Nationaleinkommens. Es scheint, daß das Verhältnis der Akkumulation in unserem Land von nun an stets über dreißig Prozent oder noch mehr ausmachen kann. Das Hauptproblem ist die Entwicklung der Produktion; nur

wenn die Produktion zunimmt, und das Verhältnis der Akkumulation etwas höher wird, kann man den Lebensunterhalt des Volkes verbessern.“⁸³

(Das ist das gleiche paradoxe Argument, mit dem Stalin das Primat der Produktionsmittelproduktion begründete.) Die Massenbewegung des Großen Sprungs ist es in Maos Augen auch, die hilft, das Wertgesetz einzuschränken und die „Geschwindigkeit beträchtlich zu erhöhen“, ohne Rücksicht auf Verluste:

„Wenn man das Wertgesetz zum Instrument der Planung macht, ist das gut. Doch darf man das Wertgesetz nicht zur wichtigsten Stütze der Planung machen. Als wir den Großen Sprung nach vorn durchführten, richteten wir uns nicht nach der Forderung des Wertgesetzes, sondern stützten uns auf die ökonomischen Grundgesetze des Sozialismus und auf die Notwendigkeit, unsere Produktion zu erweitern. Wenn man nur vom Standpunkt des Wertgesetzes aus urteilt, so kommt über unseren Großen Sprung nach vorn mit Sicherheit als abschließendes Urteil auf: ‚Die Gewinne machten die Verluste nicht wett‘. Von Teilaspekten her und kurzfristig gesehen, machte man mit der ‚Großen Stahlherstellung‘ anscheinend Verluste, doch vom Ganzen her und langfristig gesehen, war sie sehr wertvoll, weil die Kampagne der ‚Großen Stahlherstellung‘ die Situation des gesamten Wirtschaftsaufbaus unseres Landes in Bewegung gebracht hat. Im ganzen Land wurden viele neue Basen für die Stahlherstellung und Ausgangspunkte für andere Industrien aufgebaut; auf diese Weise war uns die Möglichkeit gegeben, unsere Geschwindigkeit beträchtlich zu erhöhen.“⁸⁴

Die theoretische Position, die Mao ab 1957 einnimmt, unterscheidet sich also von der Stalins darin, daß er mehr „Vertrauen in die Massen“ setzte, daß er glaubte, die als Teil des Klassenkampfes verstandene Massenmobilisierung werde weiterführen als der administrativ-bürokratische Weg, den die Sowjetunion unter Stalin einschlug. Aber sie unterscheidet sich nicht im Ziel, zu dem diese Massenmobilisierung führen sollte, Schwerindustrialisierung um jeden Preis, Erhöhung des Stahlausstoßes ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Kosten. Diese populistische Variante des „Stalinismus“ gründet sich darauf, daß die KPCh es bis dahin verstanden hatte, das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern auch in der ersten Phase des Aufbaus des Sozialismus und einer sozialistischen Industrie zu festigen, indem sie dafür sorgte, daß sowohl die beginnende Kollektivierung wie der sich entfaltende Austausch zwischen bäuerlicher Kollektivwirtschaft und staatlicher Wirtschaft für die Bauern von Vorteil war. In der Sowjetunion war dagegen die Kollektivierung von vornherein gegen die Bauernmassen und als Hebel zur einseitigen industriellen Akkumulation durchgesetzt worden. Wenn Mao jetzt versuchte, das Arbeiter-Bauern-Bündnis für eine solche einseitige Industrialisierung zu benutzen, leitete er damit seinen Bruch ein, der unheilbar gewesen wäre, hätte sich seine Politik auf Dauer durchgesetzt.

Die Gründe, die Mao Zedong und Teile der Parteiführung, die ihn unterstützten, 1957/58 veranlaßten, die „Hundert-Blumen“-Kampagne abubrechen, die Verfolgungskampagne gegen die „Rechten“ im ganzen Land einzuleiten, die Politik der „Zehn großen Beziehungen“, den zweiten Fünfjahresplan und die Beschlüsse des VIII. Parteitagess umzustoßen, die eine Fortsetzung der Politik des ausgeglichenen Wachstums vorsahen, mußten in einer genauen Untersuchung der (Theorie-)Geschichte der KP Chinas aufzusehen sein. Der Schwenk wird nicht aus heiterem Himmel gekommen sein, da ja die ganze Geschichte der KPCh vom Kampf gegen „rechte“, vor allem aber gegen „linke“ Abweichungen geprägt

war So bezeichnete bereits der VI. Parteitag 1928 den „Putschismus, das militärische Abenteuer und das nackte Administrieren, die die Partei von den Massen loslösen“ als „die Hauptgefahr für die Partei“⁸⁵ Ferner wird man die genauen Auswirkungen des starken sowjetischen Einflusses in den fünfziger Jahren in Betracht ziehen müssen.

Aktuelle Anlässe für den „Links“ Schwenk des großen Sprungs mögen gewesen sein:

- Verschärfte innenpolitische Widersprüche, die in der „Hundert-Blumen-Kampagne“ in der Kritik der Intellektuellen an der Partei zum Ausdruck kamen, die aber auf Brüche in der Einheitsfrontpolitik und Fehler in der Kollektivierungspolitik zurückgehen sowie sich ausbreitende Erscheinungen der Bürokratisierung;
- die wirtschaftlichen Erfolge des ersten Fünfjahrplans, die es zu ermöglichen schienen, den entbrennenden „Klassenkampf“ gegen „Rechte“ und „bürgerliche Elemente“ mit einer neuen Offensive in Richtung auf Sozialisierung und sprunghafter Erhöhung des Produktionsniveaus zu verbinden;
- der Konflikt mit der Sowjetunion, wo sich Chruschtschow einerseits um eine Liberalisierung der Stalinschen Politik bemühte, andererseits versuchte, die Kontrolle über China zu verstärken, unter anderem, indem er die Einleitung einer ähnlichen „Liberalisierungspolitik“ forderte, und darüberhinaus begann, eine Verständigung mit den USA zu suchen.

Die USA aber betrieben eine aktive Roll-back-Politik gegenüber China. Es zeichnet sich dadurch die Gefahr einer völligen Einkreisung ab. Daraus wurde die Notwendigkeit abgeleitet, möglichst schnell vollständige wirtschaftliche und militärische Eigenständigkeit zu erringen. Mit dem Vorbild und den Erfahrungen der Sowjetunion vor Augen bedeutete das, eine eigene Schwerindustrie zu besitzen, auf der eine eigene Rüstungsindustrie aufbauen konnte.

Auch die Aufstände und Unruhen der 50er Jahre in Ost-Europa mögen zu dieser Einschätzung beigetragen haben. Sie wurden als eine Folge der „Liberalisierungspolitik“ einerseits und von Verschwörungen der einheimischen und der imperialistischen Bourgeoisien andererseits gedeutet.⁸⁶

Der Idealismus und Subjektivismus in Stalins (bürokratischer) Position wird in der Maoschen populistischen Fassung viel deutlicher erkennbar. In Stalins Darstellung war es die anonyme, scheinbar objektive „Sowjetmacht“ das System selbst, das neue ökonomische Gesetze setzte. Bei Mao ist es das subjektive Element, das politische Bewußtsein der Massen, ihre Entschlossenheit und Bereitschaft, die Fäuste zu gebrauchen, plus ihre revolutionäre Organisation, die ausreichen, „Berge zu versetzen“ Mao scheint gegen Stalin recht zu haben, weil er den Bürokratismus kritisierte. Um so hemmungsloser konnte er der Hauptidee der Stalinschen Ökonomie opfern, dem Glauben, daß Schwerindustrie an sich, als Gebrauchswert, ein Garant des gesellschaftlichen Fortschritts ist. Weil er glaubte, daß er mit der Mobilisierung der Massen und der permanenten bewußten Revolutionierung der Produktionsverhältnisse den Schlüssel zur permanenten Revolutionierung der Produktivkräfte gefunden hätte und er also auch viel schneller als die Sowjetunion zum Ziel kommen könne, führte er die chinesische Wirtschaft auch viel schneller in die Krise.

Daß nackte Repression als Antwort auf gesellschaftliche Widersprüche am Anfang der Wende zum verschärften „Klassenkampf“ stand, daß die Politik der beschleunigten Schwerindustrialisierung und der gleichzeitigen forcierten Kollektivierung immer wieder scheiterte und immer wieder aufgenommen wurde, daß sich mit je-

der Rückkehr zu dieser Politik die Repression verschärfte und die Massenmobilisierung immer fadenscheiniger wurde, zeigt an, daß es innerhalb der KP Chinas starke Kräfte gab, die ein vitales Interesse an dieser Schwerindustrialisierung als Basis ihrer eigenen Herrschaft hatten, daß die KP Chinas in Gefahr stand, sich aus dem von ihr geführten Klassenbündnis zu lösen und zum Herrschaftsinstrument dieser Kräfte zu werden.

Der notwendige Staat und die notwendige Demokratie

Die Theorie des permanenten Klassenkampfes impliziert, daß alle, die dieser Theorie nicht anhängen, Klassenfeinde oder zumindest zwischen den Klassen schwankende, also „objektiv“ klassenfeindliche Elemente sind. So stellt sie

Mao in seiner Lushan-Rede⁸⁷ dar und mit dieser Begründung wurden sie als „Rechte“ verfolgt. Die Unterscheidungslinie zwischen „Widersprüchen zwischen dem Feind und uns“ und „Widersprüchen im Volk“, die Mao in „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“ Februar 1957 noch herausgearbeitet hatte, wurde damit weit nach „links“ verschoben und in Perioden „stürmischer Klassenkämpfe“ wie im Großen Sprung, in der Kulturrevolution und in der Viererbandenzeit 1974, 1976 ganz fallengelassen.⁸⁸ Nach „links“ bei der ununterbrochenen Revolutionierung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus konnte es nur noch taktische Fehler geben, Fehler des sympathischen Übereifers, über die man „keine kalte Dusche ausschütten“ durfte.⁸⁹ Die Hauptgefahr war immer rechts. Es war in Maos Worten, „nicht mehr erlaubt, erneut in eine ‚Strömung gegen das Abenteuerertum‘ zu verfallen“⁹⁰



Vor und während des Großen Sprungs fielen Hunderttausende, wenn nicht Millionen diesem Verbot zum Opfer und wurden in kurzem Prozeß oft für zwanzig Jahre ins Gefängnis oder in die Verbannung geschickt. Die demokratischen Rechte des Volks waren damit praktisch aufgehoben. Die Verfassung wurde in der Volkskommunenbewegung auch hinsichtlich der Eigentumsrechte der Personen und Kollektive sowie hinsichtlich der Verwaltungsstrukturen zumindest auf unterer Ebene außer Kraft gesetzt. Auf Kommuneebene wurde nicht nur die wirtschaftliche Selbstverwaltung der Kollektive mit der staatlichen, sondern auch beide mit der Parteiführung verschmolzen, die direkt die Verwaltung der Volkskommune übernahm. In den folgenden Kampagnen verschärften „Klassenkampfes“ setzte sich dann die Auflösung der staatlichen Formen, in denen das Arbeiter-Bauern-Bündnis seit 1949 und mit der Verfassung von 1954 verfaßt war fort.

Die Zerschlagung der Staats- und Parteistrukturen bis auf wenige zentrale Stränge in der Kulturrevolution 1966/67 ist bekannt. 1967/68 wurde die Jugendrevolte, die Maos Putsch den Anschein einer Massenbasis und einer Legitimation gegeben hatte, militärisch unterdrückt. An die Stelle der zerstörten Strukturen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung traten die Revolutionskomitees, die formell eine Dreierverbindung aus Rebellen, erfahrenen Kadern und Militärs darstellten, faktisch aber eine Form der Militärherrschaft waren. Ab 1969 trat das Militär Schritt um Schritt aus seiner direkt führenden Stellung zugunsten der wiederaufgebauten, aber von allen „Rechten“ gesäuberten Partei zurück, die nun ihrerseits direkt oder über die Revolutionskomitees auf allen Ebenen und in allen Bereichen, die „unter ihrer Führung“ standen, alle Macht in Händen hielt. Die uneingeschränkte und direkte Herrschaft der

KPCh, deren innere Demokratie ihrerseits völlig zerstört war, wurde mit der Verfassung von 1975 kodifiziert. Sie, wie auch die Verfassung von 1978, zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Führung durch die Kommunistische Partei vor das Prinzip der Volkssouveränität setzt und auch die Volkskongresse, also die Parlamente der verschiedenen Ebenen ausdrücklich der Führung durch die Partei unterstellt. Wahlen sind in dieser Verfassung nicht vorgesehen. Sie garantiert „freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprachen, große Debatten und Dazibaos“ *sofern* sie der „Durchführung der sozialistischen Revolution“ dienen. Damit durften diese Rechte nur im Sinne der jeweils in der Partei herrschenden Auffassung über die Durchführung der Revolution gebraucht werden. Sie waren weder theoretisch noch gar in der Praxis Waffen in der Hand der Massen.

Man kann die Entwicklung der Staatlichkeit Chinas ab 1957/58 im wörtlichen Sinn als einen Prozeß der Entrechtung bezeichnen. Kodifiziertes Recht, Rechtsprechung und rechtliche Überprüfbarkeit der Staatstätigkeit wurden vor allem nach 1966 weitgehend abgeschafft und durch ein undurchschaubares System von Anordnungen und informellen Entscheidungen eines undurchschaubaren und unkontrollierbaren Staats- und Parteiapparats ersetzt. Dafür wurden dann in der Kampagne „gegen das bürgerliche Recht“ 1975/76 schöne Rechtfertigungen gefunden, die das Absterben des Staates und die Einschränkung des bürgerlichen Rechts im Fortschritt auf den Kommunismus zitierten. Aber diese Theorien waren nichts als ideologische Vernebelungen für ein beispielloses, jeder gesellschaftlichen Kontrolle entzogenes Wuchern des Staatsapparates und des mit ihm eng verwobenen Parteiapparates, ebenso wie die revolutionären Begründungen für die faktische Abschaffung einer eigenständigen Kollektivwirtschaft verschleiern sollten, daß damit ein Hebel für eine beispiellose Ausbeutung der Landwirtschaft zugunsten der Schwerindustrie geschaffen wurde. Denn so wenig, wie bei unentwickelten Produktivkräften vor allem in der Landwirtschaft einheitlich vergesellschaftlichte Produktionsverhältnisse bestehen können, ebensowenig kann der Staat als Regulator der Beziehungen zwischen den Sphären unterschiedlicher Produktionsweise einfach abgeschafft werden.

Im Hinblick auf das Arbeiter-Bauern-Bündnis als Grundlage des Übergangs zum Sozialismus und die dafür notwendige Demokratie schreibt Samir Amin: „Denn der Staat ist ein absolutes Erfordernis, nicht wegen äußerer oder vorübergehender Gründe, sondern weil er das einzige Mittel ist, die wirkliche Macht der Basiskollektive in einem umfassenden sozialen Projekt zu artikulieren.“⁹¹

„Ununterbrochener Fortschritt der sozialen und politischen Demokratie“ und Demokratie „auf der Ebene des Staates“ sind nach Amin die Voraussetzungen dafür, daß die Übergangsgesellschaft die Warenbeziehungen und den Plan „in den Griff bekommt“ und sich zum Sozialismus entwickeln kann. Wie stellt sich die jetzige Führung der KPCh und der VR China, die sich ja vorgenommen hat, unter korrekter Handhabung des Wertgesetzes den Sozialismus aufzubauen, der Frage der Demokratie?

„Nur durch eine hochentwickelte sozialistische Demokratie können sich alle unsere Unternehmungen nach dem Willen, den Interessen und den Bedürfnissen des Volkes entwickeln, kann das Volk sein Verantwortungsbewußtsein als Herr des Staates erhöhen und seine Initiative und seinen Enthusiasmus voll zur Geltung bringen, wird der winzigen Zahl von feindlichen Elementen gegenüber eine wirksame Diktatur ausgeübt und kann ein reibungsloser Fortgang des sozialistischen Aufbaus gesichert werden Die sozialistische



Die Hauptfront der politischen Auseinandersetzung in China ist zur Zeit der Kampf zur Durchsetzung der neu entwickelten Gesetzmäßigkeit, genauer gesagt, der Kampf gegen Willkür und Korruption der Kader Kein Tag vergeht, an dem die Presse nicht mehrere handfeste Beispiele krimineller Kader willkür und -korruption enthüllt

Demokratie muß sich auf das politische, das wirtschaftliche, das kulturelle Leben sowie auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausdehnen; gefördert werden müssen die demokratische Verwaltung in den Betrieben und Institutionen und die autonome Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens der Grundeinheiten durch die Volksmassen selbst.“⁹²

Theoretisch scheint es keinen Widerspruch zu geben. Aber stimmt auch die Aussage: „In den letzten Jahren wurde die sozialistische Demokratie in unserem Land wiederhergestellt und entwickelt“?⁹³

Was geleistet wurde, ist, wenn man sich den bis Ende 1978 herrschenden Zustand buchstäblicher Ratlosigkeit anschaut, wirklich nicht wenig, auch wenn die folgende kursorische Aufzählung sich auf das bezieht, was erst beschlossen ist und oft noch weit davon entfernt, Wirklichkeit zu sein:

- Wiederherstellung der Rechte der bäuerlichen Kollektive und der Bauernfamilien auf eigenständige Gestaltung der von ihnen verantworteten Produktion, was sich nicht zuletzt in der Auflösung der Volkskommune als sowohl wirtschaftliche wie staatliche Einheit in der Verfassung von 1982 ausdrückt;

- Einrichtung von Arbeiterversammlungen und Arbeiterkongressen in staatlichen Betrieben mit weitgehender Entscheidungs- und Wahlbefugnis;

- Wiederherstellung und Ausweitung der direkten Wählbarkeit von Staatsorganen auf unterer Ebene, die ihrerseits die höheren Organe wählen;

- Beginn der Niederschrift eines Gesetzkodex (StGB und StPO bereits beschlossen, ZGB noch in der Planung) und Wiederaufbau eines Justizwesens, das neben seinen repressiven Funktionen vor allem auch die Rechte der Bürger gegen bürokratische Willkür schützen und die Beziehungen zwischen Individuen und Staat bzw. Kollektiv sowie zwischen Kollektiven und Kollektiven und Staat regeln;

Wiederherstellung einer demokratischen Nationalitäten-, Religions- und Einheitsfrontpolitik;

- Wiederherstellung des Prinzips, daß die Kommunistische Partei eine Kraft ist, die innerhalb der Gesellschaft zusammen mit anderen Kräften für den Sozialismus arbeitet und nicht ein über der Gesellschaft stehender Herrschaftsapparat: „Die Partei muß im Rahmen der Verfassung und der Gesetze des Staates handeln.“⁹⁴

Der Verwirklichung sozialistischer Demokratie in China, d.h. eines transparenten, rationalen, von den Arbeitenden selbst regulierten Systems der politischen Lenkung der Gesellschaft, stehen formidable Schwierigkeiten im Wege, und die Behauptung, daß die Wiederherstellung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie in den letzten Jahren bereits in irgendeiner Weise abgeschlossen ist, würde den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Die Hindernisse ergeben sich objektiv aus dem Entwicklungsstand der Gesellschaft und aus starken subjektiven, aus der Geschichte ererbten Faktoren.

Geburtenkontrolle, Einschränkung der Freizügigkeit (Kontrolle der Landflucht zum Beispiel), aber auch bestimmte Eingriffe in die Produktion und den Handel rechtlich autonomer Kollektive (Anbauvorschriften, Preis- und Profitkontrollen usw.) sind unabdingbare Notwendigkeiten zur Regulierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Mittel der politischen Überzeugung und des „ökonomischen Anreizes“, die mehr und mehr auf allen diesen Gebieten an die Stelle rein administrativer Regelung treten, werden diese aber nicht ganz ersetzen können. Denn diese Maßnahmen richten sich gegen spontane, sich aus dem Entwick-

“ Die KP
Chinas ist zu
ihrer Politik
des ausgeglichenen
Wachstums
zurückgekehrt, die
sich ganz pragmatisch
als machbarer erwies.
Sie hat damit die
Chance, das bereits
weitgehend zerstörte
Arbeiter-Bauern-
Bündnis
wieder
herzustellen “



lungsstand der Gesellschaft ergebende Tendenzen und Strömungen. Die Bevölkerungsbewegung in die Städte wird man zum Beispiel so lange kontrollieren und eventuell unterdrücken müssen, wie das wirtschaftliche und kulturelle Stadt-Land-Gefälle ausgeprägt ist.

Diese noch nicht aufhebbaren und auch nicht einfach in den demokratischen Konsens auflösbaren administrativen und repressiven Funktionen des Staates bei der Lenkung der „normalen“ innergesellschaftlichen Beziehungen verbinden sich mit der Funktion schlichter Unterdrückung von Elementen, die tatsächlich oder vermeintlich die Sicherheit, Stabilität und Strukturen der Gesellschaft gefährden: gewöhnliche Kriminelle (Kriminalität kann in einer armen, widerspruchsreichen Gesellschaft eben auch nicht einfach „absterben“), Agenten verschiedener Schattierung, Leute mit abweichendem Verhalten, wirkliche oder scheinbare politische Gegner der Gesellschaftsordnung. Es gibt keine rationale Repression, so sehr einzelne unterdrückerische Maßnahmen die Durchsetzung gesellschaftlich wünschenswerter, rationaler Ziele bezwecken mögen. Auch solche Repression zielt immer auf die einfache Beseitigung oder Verhinderung eines Übels oder Widerspruches statt auf die Lösung seiner Ursachen.

Auch der noch unvermeidliche, weil noch durch keine andere Methode gesellschaftlicher Konfliktlösung ersetzbare staatliche Unterdrückungsapparat in einer Übergangsgesellschaft zum Sozialismus tendiert daher dazu, auf die vorläufig unausrottbaren gesellschaftlichen Übel mit der wuchernden Ausweitung repressiver Kontrolle der ganzen Gesellschaft, auch ihrer „unschuldigen“ Teile, zu reagieren. Demokratische Kontrolle und strikte Einbindung in geschriebenes Gesetz sind die Hauptmittel, solche bürokratische Wucherung zu verhindern.



was macht peking anders als moskau?

vor allem die Zeit der Gesetzlosigkeit, auch wenn die beginnende Prosperität der letzten Jahre dieser Erscheinung neue Nahrung gegeben hat. Zweitens die Entschlossenheit der jetzigen Partei- und Staatsführung, mit diesen Erscheinungen aufzuräumen, weil nur mit der Durchsetzung der neuen Gesetzlichkeit die Modernisierungspolitik verwirklicht werden kann. Zu den Bemühungen, dem geschriebenen Recht Achtung zu verschaffen, zählen ja auch die Versuche, die staatliche Planpolitik durchzusetzen, also z.B. Behörden auf Provinz- oder regionaler Ebene zu zwingen, große Investitionsprojekte einzustellen, die örtlich zwar Vorteile und Gewinn bringen, dem angestrebten Ausgleich des Wirtschaftswachstums auf nationaler Ebene aber gefährlich sind. Drittens die fast verzweiflungswürdige Schwierigkeit bei der Durchsetzung dieses Ziels. Weder ist es in den letzten anderthalb Jahren gelungen, die im Plan vorgesehene relative Reduzierung des Wachstums der Schwerindustrie durchzusetzen, noch scheinen Kritik, Enthüllungen und Strafandrohungen auszureichen, die Arroganz der betroffenen Kader zu brechen. Gesichert durch das Netz örtlicher Beziehungen, die Kastensolidarität und die eigene Machtposition, weigern sich z.B. höhere Kader an vielen Orten, dem Befehl nachzukommen, unrechtmäßig angeeigneten und überschüssigen Wohnraum zu räumen. Die jeweiligen Machtverhältnisse erlauben anscheinend nicht, diese Leute einfach zu stürzen. Viele der Artikel, die über solche Auseinandersetzungen berichten, enden etwas ratlos mit der Feststellung, daß der Kader XY sich weigert, den Anordnungen der zuständigen Behörde Folge zu leisten, und daß die Sache weiter untersucht wird.⁹⁵

Die jetzige Führung der VR China legt größtes Gewicht auf die Durchsetzung der neuen Gesetzlichkeit. Die Entfaltung praktizierter Demokratie erfolgt dagegen zögernd. Es wird auf den verschiedensten Ebenen gewählt, aber zumindest als Außenstehender hat man den Eindruck, daß diese Wahlen, was ideologische Vorbereitung, Kandidatenaufstellung usw. angeht, sehr eng unter dem überwachenden Auge vorgesetzter Behörden stattfinden. Die politische Debatte ist schwach entwickelt. Und dem Verlesen endloser Dokumente auf endlosen Sitzungen begegnen die Beschäftigten in Betrieben und Behörden mit Apathie und demonstrativem Desinteresse. Kritik, auch wenn sie sich auf praktische Fragen des Alltags bezieht, gilt als riskant, und obwohl die vor ein paar Jahren allgegenwärtige Angst vor allem bei der Jugend in erfreulichem Maße geschwunden ist, ist die öffentliche kontroverse Debatte über Fragen zentraler Politik immer noch unmöglich.

Nach wie vor gilt die vor zwei Jahren von Deng Xiaoping ausgegebene Parole: Stabilität und Demokratie, aber wenn es zum Konflikt kommt, ist Stabilität wichtiger als Demokratie. Das war begründet mit der tiefsitzenden Fraktionierung des Funktionärskörpers, in dem starke Kräfte nur auf ein Zeichen der Unruhe warten, um zu den Zuständen von vor 1978 zurückzukehren. Aber natürlich benutzen die gleichen Kräfte die Parole „Stabilität“ um die Demokratie zu unterdrücken.

Trotz alledem: Es gibt zahlreiche Anzeichen, oft nur atmosphärisch, für eine demokratische Entwicklung: das heute in der Regel angstfreie und selbstbewußte Auftreten gegenüber Fremden und auch Vorgesetzten vor allem in der Jugend; die Entwicklung der ländlichen Gesellschaft, wo die Kollektive ihre Selbständigkeit mehr und mehr nutzen, um den Wohlstand ihrer Mitglieder zu heben; die um sich greifende Kritik an Bürokratismus, Privilegienwirtschaft und Korruption. Wenn diese Zeichen nicht trügen, begannen sich die in den letzten Jahren geschaffenen Institutionen all-

Die bürokratische Wucherung des staatlichen Unterdrückungsapparates nährt sich aber bis jetzt hauptsächlich aus politischen und kulturellen Traditionen, die das Haupthindernis bei der progressiven Durchsetzung demokratischer Strukturen und Gebräuche sind: das vollständige Fehlen von Demokratie in der alten Gesellschaft und die neue Gesetzlosigkeit als Folge „linker“ Unterminierung des Arbeiter-Bauern-Bündnisses und seines Staates nach 1957 und 1966/67. Im Endeffekt lief die „revolutionäre“ Zerstörung der nach 1949 entstandenen Staatlichkeit auf die Aufrichtung der Herrschaft neuer Mandarine hinaus, in der die Erscheinungsformen der alten Gesellschaft „spontan“ wiederkehrten: Willkürlichkeit der Herrschaftsausübung, Abschirmung aller politischen Entscheidungsprozesse durch ein gestaffeltes System immer dichter werdender Geheimhaltung, Absonderung des streng hierarchisierten führenden Funktionärskörpers hinter die hohen Mauern großer und kleiner „verbotener Städte“ interne, nicht durch Wahlen oder durchschaubare Kriterien legitimierte Rekrutierung des führenden Funktionärskörpers, Korruption.

Die Hauptfront der politischen Auseinandersetzung in China ist zur Zeit der Kampf zur Durchsetzung der neu entwickelten Gesetzlichkeit, genauer gesagt, der Kampf gegen Willkür und Korruption der Kader. Kein Tag vergeht, an dem die Presse nicht mehrere handfeste Beispiele krimineller Kaderwillkür und -korruption enthält: Kader die ihre Untergebenen einsperren und grundlos bestrafen, die Unterschlagungen begehen, am Schmuggel reich werden, die Gewaltverbrechen decken und sich selbst daran beteiligen, die sich Häuser Autos, Fernseher usw. aus Staatsmitteln aneignen.

Diese Auseinandersetzung zeigt dreierlei. erstens das Ausmaß, in dem sich ein Teil des Kaderkontingents zu einem Schmarotzer am Körper der Gesellschaft entwickelt hat. Die Möglichkeit dazu bot

mählich, wenn auch sehr langsam, mit Leben zu füllen. Die Strukturen des sozialistischen Rechtsstaates allein, auch wenn sie einen wirksamen Schutz für die Rechte der Massen bieten, vermögen das Vakuum politischer Beteiligung nicht zu füllen. Aber sie sind eine unabdingbare Voraussetzung der sozialistischen Demokratie.

Staatsmonopol, Kapitalismus oder Übergang zum Sozialismus?

Ein Teil der Fragen nach den möglichen Entwicklungswegen der VR China ist durch die vorstehenden Ausführungen schon indirekt beantwortet: Ist die Behauptung von Forster-Latsch richtig, daß China mit dem von Mao eingeschlagenen Weg dem Weg der Sowjetunion

gefolgt sei? Bedeutet die Wiederzulassung „marktwirtschaftlicher Formen“ die Lockerung der Kollektivwirtschaft usw. seit 1978, nicht Rückkehr zum Kapitalismus? Oder sind nicht vielmehr die Beachtung des Wertgesetzes und des proportionalen Wachstums der Wirtschaft sowie die (unvollkommene) Einführung demokratischer Formen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus?

Die Gesellschaft, die sich als Ergebnis der von Mao ab 1957 eingeleiteten Veränderungen abzeichnete, weist alle Züge des Staatsmonopolismus auf, wie sie in jüngerer Zeit in der Debatte über den Entwicklungsweg der Sowjetunion als eine neue Form der Klassenherrschaft herausgearbeitet worden sind:⁹⁶

Enteignung der Bauern in Form einer radikal und zwangsweise durchgeführten Kollektivierung und damit faktische Überführung ihres Eigentums an Produktionsmitteln in Staatseigentum;

Zerstörung der demokratischen Rechte auch der Arbeiter und Trennung der Arbeiter von der Verfügung über die Produktionsmittel durch die mit der Bauernenteignung erstarkte Staats- und Parteibürokratie;

– Konzentration der Verfügung über das gesamte gesellschaftliche Mehrprodukt in den Händen des Partei- und Staatsapparates, dessen Agenten sich damit als neue ausbeutende Klasse etablieren;

– Unterwerfung der ganzen produzierenden Gesellschaft unter das Ziel einer möglichst raschen Schwerindustrialisierung, die Grundlage der Rüstung und damit Machtzentrum der neuen herrschenden Klasse ist, mit Mitteln außerökonomischer Gewalt, unter dem Diktat des zentralen Plans und ohne Rücksicht auf die ökonomischen Interessen der Arbeiter und Bauern, d.h. unter Senkung oder Drosselung ihrer Einkommen und des Niveaus ihrer Güterversorgung mit Verlangsamung und Stagnation des Wachstums der Arbeitsproduktivität als unvermeidlicher Folge;

– Verschmelzung von politischer und ökonomischer Herrschaft in der Hand einer einheitlich organisierten und zentral geführten Funktionärselite (in China ausgedrückt in der zeitweilig auch formellen Verschmelzung der Partei mit der Staats- und Wirtschaftsverwaltung) und damit Zerstörung aller Formen demokratischer Selbstverwaltung; Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Agenten des Staatsmonopols.

Der Weg Maos – hier immer gemeint ab 1957 – unterscheidet sich vom sowjetischen durch seinen „Populismus“, dadurch daß er glaubte, er könne sich bei dem, was er für einen Übergang zu höheren Formen des Sozialismus hielt, auf das bis dahin gültige Arbeiter-Bauern-Bündnis stützen, wo in der Sowjetunion von vorneherein administrative Gewalt geherrscht hatte. Noch die Kulturrevolution wurde ja als populäre Rebellion getarnt, allerdings nur ge-

Die Rückkehr zur sozialistischen Politik des Arbeiter und Bauern-

Bündnisses war ein Gebot der Vernunft. Das mag für enthusiastische Seelen zu wenig sein, ist aber im Grund ungeheuer beruhigend.

Beweist es doch, daß der Weg zum Sozialismus nicht von den Zufällen revolutionärer Gesinnungen bedeutender Führer oder auch ganzer Parteien abhängt, sondern eine dem Gang der Geschichte entsprechende und deshalb vernünftige Lösung ist



stützt auf Teile vor allem der studierenden Jugend, bereits mit polemischem Zug gegen die „verbürgerlichten“ Arbeiter und mit dem Versuch, die Bauern möglichst ganz aus den politischen Kämpfen herauszuhalten. Später wurde das Element der Massenmobilisierung in den „linken“ Kampagnen immer mehr zur bürokratischen Farce.

Woran ist die Durchsetzung dieses scheinbar linken, in Wirklichkeit staatsmonopolistischen Weges gescheitert?

Der erste Grund liegt in der subjektivistischen Überschätzung der Möglichkeiten und des Entwicklungsstandes der chinesischen Wirtschaft, in der sich überstürzte Kollektivierung und hastige Schwerindustrialisierung in um so rascherem Zusammenbruch der Wirtschaft auswirkten. Der zweite Grund lag in der Festigkeit der aus dem Arbeiter-Bauern-Bündnis erwachsenen Strukturen, die den Gegnern der „linken“ Politik der zwangsweise schweigenden Mehrheit – ermöglichte, hinhaltenden Widerstand zu leisten und die Folgen der „linken“ Experimente immer wieder zu korrigieren. Zumindest in der Rhetorik konnte die „Linke“ auch nie die Strategie des ausgeglichenen Wachstums, die Ausdruck des Arbeiter-Bauern-Bündnisses ist, aufgeben, und sie war auch durch die Zugeständnisse, die sie den Bauern z.B. in der Preispolitik machen mußte, gehemmt.

Der möglicherweise aber entscheidende Grund des Scheiterns der „linken“ Abenteuer wird in den Veränderungen der internationalen und militärstrategischen Bedingungen chinesischer Politik liegen.

Der sowjetische Staatsmonopolismus ist wesentlich Sozialimperialismus. Die neue herrschende Klasse der Sowjetunion kann ihre Herrschaft nur erhalten, indem sie sie mit militärischen Mitteln gegen den produktiveren und ökonomisch expansiven westlichen Kapitalismus verteidigt und dabei ihren Herrschaftsbereich ausdehnt.⁹⁷ Die Schwerindustrie ist die Grundlage einer überdimensionalen Rüstung, die beide ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Kosten und auf Grundlage einer insgesamt zurückbleibenden Wirtschaft aufs höchste entwickelt werden und die Machtbasis des Staatsmonopols bilden.

Wir hatten gesehen, daß eines der Hauptmotive für Maos „Schwenk“ 1957 die Gefahr einer militärischen Einkreisung Chinas durch die Sowjetunion und die USA war. Die militärische Motivation blieb auch später – zumal in Zeiten, wo die Volksbefreiungs-

armee unter Lin Biao das Zepter in der Hand hatte – und bis 1978⁹⁸ bestimmend für die Schwerindustrialisierung. Aber gerade unter diesem Gesichtspunkt erwies sie sich als problematisch.

Zum einen schwächten die wiederholten Krisen die chinesische Wirtschaft, und gerade Perioden forcierter Industrialisierung führten zu Einbrüchen auch in der Schwerindustrie. Die politischen Kämpfe zogen außerdem auch die Armee immer mehr in die innenpolitische Auseinandersetzung und wirkten spaltend, so daß die „linke“ Politik eher zur militärischen Schwächung der VR China führte als zu ihrer Stärkung. Zum andern erwies sich aber bald, daß das Zusammenspiel der beiden Supermächte relativ war, ihre Rivalität aber absolut, und daß das Zentrum ihrer Rivalität nicht China, sondern Europa war. China erhielt dadurch Raum, sich aus dieser Rivalität herauszuhalten bzw. sie zu nutzen, um den friedlichen Aufbau voranzutreiben und mit anderen Ländern der Dritten Welt daran zu arbeiten, die Kriegsgefahr hinauszuschieben. Die von der Viererbande auch bekämpfte Politik des Ausgleichs mit den USA und der Kooperation mit den Staaten (und nicht nur mit den revolutionären Parteien) der Dritten Welt beraubte die auf Errichtung des Staatsmonopols dringenden Kräfte einer wesentlichen Legitimationsgrundlage. Die objektiven Bedingungen, imperialistische Einkreisung und Krieg, die die äußeren Bedingungen der Herausbildung des Staatsmonopols in der Sowjetunion gewesen waren, bestanden in China in dieser Form nicht.

Ich konnte in dieser Untersuchung nicht auf die Entwicklung bis 1957 eingehen, in der neben der vorherrschenden Politik der Fortführung der revolutionären Einheitsfront, auf die es hier ankam, der sowjetische Einfluß im Aufbau des Staatsapparates und der anfänglichen Industrialisierung beträchtlich war. Offensichtlich waren mit der Errichtung des volksdemokratischen Staates, der Etablierung der dominierenden Rolle der KP und den damit verbundenen Gefahren und Tendenzen des Bürokratismus die Kräfte herangewachsen, die über die Kontrolle des Staatsapparates und der verstaatlichten Wirtschaft die Errichtung ihrer eigenen Herrschaft als bürokratische Klasse anstrebten. Sie benutzten die idealistische, gegen das Hegemoniestreben der Sowjetunion gerichtete, aber am sowjetischen Vorbild orientierte Politik Mao Zedongs ab 1957, um die Macht in den Händen des zentralen Staats- und Parteiapparates zu konzentrieren und selbst mehrfach direkt nach der Macht zu greifen. Diese Fraktion wird personell repräsentiert durch Lin Biao und die Viererbande⁹⁸. Sie ist gescheitert, weil sich die Politik der Schwerindustrialisierung nach sowjetischem Vorbild für China als Land der Dritten Welt als außerordentlich kostspielig und im Milieu der Konkurrenz der beiden Supermächte international als sinnlos herausstellte.

Die KP Chinas ist zu ihrer Politik des ausgeglichenen Wachstums zurückgekehrt, die sich ganz pragmatisch als machbarer er

wies. Sie hat damit die Chance, das bereits weitgehend zerstörte Arbeiter-Bauern-Bündnis wieder herzustellen. Die Gefahr einer neuen bürokratischen Entartung ist aber nicht endgültig gebannt, solange die jetzt noch bestehenden bürokratischen Herrschaftsstrukturen nicht durch die Vollendung der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie als politischer Herrschaftsform der Arbeiter und Bauern ersetzt werden und solange die KP Chinas nicht praktisch beweist, daß sie nicht herrschende Partei ist, sondern die Partei, die den Arbeitern und Bauern beim Herrschen hilft.

Die Gefahr einer kapitalistischen Restauration erscheint mir dagegen gering zu sein, nicht weil es keine potentiellen oder auch tatsächlichen Kapitalisten in China gibt, sondern erstens, weil die Kräfte des bürokratischen Zentralismus heute nach wie vor die Hauptgefahr bilden und zweitens, weil die gleichen Kräfte, die das „linke“ Abenteuer unterbunden haben, nicht zulassen werden, daß die neugewonnene Stabilität durch kapitalistische Abenteuer wieder zerrissen wird. Alle Ansätze auch sich entfaltender Kleinproduktion erfreuen sich nach wie vor der engen Überwachung durch die Staatsorgane ebenso wie alle Formen der Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Ausland.

Die Politiker die die Rückkehr zur Politik des ausgeglichenen Wachstums durchgesetzt haben, taten das gewissermaßen als revolutionäre, oder auch einfach patriotische Pragmatiker. Sie lieben das Understatement: „Obwohl solche Reformen (wie sie zur Zeit in Wirtschaft und Gesellschaft durchgeführt werden, *d. Verf.*) Revolutionen gleichkommen, bedeuten sie natürlich keine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung.“⁹⁹ Natürlich nicht, sie sind ja nur die Rückkehr zum von den „linken“ Abenteuern unterbrochenen Gang der Geschäfte. Weder der nach Amins Ausdruck statistische noch der kapitalistische Weg hat sich für eine unabhängige, stabile Entwicklung in einem Land der Dritten Welt als gangbar erwiesen. Die Rückkehr zur sozialistischen Politik des Arbeiter und Bauern-Bündnisses war ein Gebot der Vernunft.

Das mag für enthusiastische Seelen zu wenig sein, ist aber im Grund ungeheuer beruhigend. Beweist es doch, daß der Weg zum Sozialismus nicht von den Zufällen revolutionärer Gesinnungen bedeutender Führer oder auch ganzer Parteien abhängt, sondern eine dem Gang der Geschichte entsprechende und deshalb vernünftige Lösung ist. Daß sie sich in einem Land der Dritten Welt als erstem wieder erkennbar durchgesetzt hat, beweist die entscheidende Rolle der unterentwickelten Länder beim Kampf gegen Imperialismus aller Schattierungen, Ausbeutung und Unterdrückung. Daß die sozialistische Lösung die vernünftige ist bedeutet nicht, wie auch das chinesische Beispiel lehrt, daß sie sich automatisch durchsetzt. Kampf ist unvermeidbar als erstes gegen philosophischen Subjektivismus und Idealismus.

1 Samir Amin, Der Marxismus in Asien und Afrika, Kommune 4/1983, S. 33 f., hier: S. 41

2 Ebenda, S. 52

3 Wie notwendig eine Wiederbelebung der Internationalismuskonzeption ist, beweist ein kurzer Artikel „Wiederbelebt“ in Kommune 6/83, S. 9, in dem über den sozialistischen Charakter der zionistischen Kibbuzim berichtet wird: „... und das Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen, bestimmen das Kibbuz-Leben“ Wessen Fähigkeiten und Bedürfnisse, der palästinensischen Bauern, die die Kibbuzim von ihrem Land vertrieben haben und die sie vielleicht jetzt noch als Lohnsklaven ausbeuten? Man kann über den Begriff Sozialismus ja gewiß streiten, und er hat in der

Geschichte schon manche Abwandlung erfahren. Meinem persönlichen Verständnis nach ist er aber mit Kolonialismus unvereinbar.

4 S. Amin, a.a.O., S. 52

5 Helmut Forster-Latsch, Chinas Aufbauerfahrungen Immer noch von China lernen? Kommune 2/1983, S. 47 ff., hier: S. 50

6 Redaktionelle Vorbemerkung zu Amin, a.a.O., S. 33

7 Amin, a.a.O., S. 37

8 Ebenda

9 Forster-Latsch, a.a.O., S. 48

10 Amin, S. 38

11 Amin, S. 39

12 Die Diskussion ist mit einer Reihe von Aufsätzen in

„Kommunismus und Klassenkampf“ 5/1979 und 9/1979 dokumentiert. Eine Zusammenfassung ihrer Ergebnisse stellt dar: Xue Muqiao, Chinas Socialist Economy, Beijing 1981

13 Vgl. Kommuniqué der 3. Plenartagung des XI. ZK der KP Chinas, Peking Rundschau Nr. 52/1978, S. 6

14 Karl Marx, Das Kapital Bd. III, Volksausgabe Berlin 1961, S. 907

15 Entsprechende Aussagen sind zitiert in: Hsü Dixon (Xu Dixin), Die Nutzung des Wertgesetzes im Dienste des Sozialismus, Kommunismus und Klassenkampf 5/1979, S. 29

16 J.W. Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Beijing 1972, S. 21



WIR BRINGEN CHINA NÄHER

Aus unserem Verlagsprogramm:

Michael Kahn-Ackermann, China – Drinnen vor der Tür
4. Aufl. 9.000–10.500, 1983, 170 S. Paperback, DM 14,80

„Kahn-Ackermann, Jg. 1946, hat mehrere Jahre Sinologie studiert, ehe er von 1975 bis 1977 als einer der ersten Studenten zum Studium in die VR China ging. Er war während der ‚spannendsten Jahre‘ in China; vom Höhepunkt der ‚Vierbanden-Herrschaft‘ bis zum Sturz der ‚Vierbanden‘ und der Durchsetzung des neuen politischen Kurses. Kahn-Ackermann beschreibt seine Begegnung mit China, seine Eindrücke, Beobachtungen in diesem fernen Land, vermittelt als wesentlichste Erfahrung die der Fremdheit.

es ist eines der anregendsten, lesenswertesten Bücher über China, das gegenwärtig erhältlich ist; besonders zu empfehlen für solche, die sich auf eine Reise nach China begeben. (Börsenblatt, 14/82)

Lao She, Zwischen Traum und Wirklichkeit
Hrsg. von Volker Klöppsch

288 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, DM 32,00

Lao She (1899–1966), Opfer der Kulturrevolution, ist Autor des verfilmten Romans „Der Rikschakuli“ sowie des Schauspiels „Das Teehaus“ dessen Aufführung in der Bundesrepublik starke Beachtung fand.

Die hier vorgestellten Erzählungen entstanden im China der dreißiger Jahre, also vor der Gründung der Volksrepublik. Er zeigt uns Menschen der unterschiedlichsten Schichten in einer Buntheit, die heute bereits der Vergangenheit angehört. Rikschokulis, Eunuchen, Heiratsvermittler, Prostituierte, Soldaten, Diebe wie ehrliche Menschen, letztere meist in der Minderzahl. Hinter seinen Geschichten stehen in einer bitteren Wirklichkeit das verzweirte Trotzdem, das die Würde des Menschen ausmacht, und der niemals ganz schwindende Traum von einer besseren Welt.

Kennen Sie schon unsere Zeitschrift über China?



berichtet regelmäßig mit wechselnden Schwerpunktthemen über Chinas Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Geschichte, Kultur und Kunst, erzählt vom chinesischen Alltag und widmet sich den deutsch-chinesischen Beziehungen. Die vom Bundesvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF) herausgegebene Zeitschrift erscheint bereits im 10. Jahrgang. Schwerpunktthemen 1983: Ökologie und Umweltschutz (Nr. 1), Erziehungswesen (Nr. 2), China und die Dritte Welt (Nr. 3), Sitten und Gebräuche (Nr. 4).

Bitte fordern Sie Probehefte an!
Jahresabonnement 1983 (4 Hefte) inkl. Versand DM 14,- Ausland DM 18,- Förderabonnement DM 50,-

CHINA STUDIEN- U. VERLAGS-GMBH

Eschenheimer Anlage 28
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. (06 11) 5 97 02 05

17 Mao Tsetung, Ausgewählte Werke, Bd. V Beijing 1978, S. 322
18 Amin, a.a.O., S. 40
19 Zhao Ziyang, Bericht über die Tätigkeit der Regierung, erstattet auf der 1. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses am 6. Juni 1983, Beijing Rundschau 20/1983, S. XV
20 Vgl. Joscha Schmierer, Abkoppelung? Auseinandersetzung mit Ansätzen grüner Dritte-Welt-Politik, Kommune 2/1983, S. 42
21 Amin, a.a.O., S. 40
22 Amin, a.a.O., S. 41
23 World Bank Report China: Socialist Economic Development, Main Report, June 1, 1981, S. 56
24 Ebenda, S. 57
25 Statistical Yearbook of China 1981, English Edition, Compiled by the State Statistical Bureau, PRC, Hongkong 1981, S. 25; eigene Berechnung
26 Ebenda, S. 435
27 Ebenda, S. 441; Kommuniké über die Ausführung des Plans für die Volkswirtschaft und die gesellschaftliche Entwicklung für 1982, Beijing Rundschau 20/1983, S. XI
28 Statistical Yearbook 1981, S. 443
29 Ebenda, S. 440, 444
30 World Bank Report, Main Report, S. 58
31 Ebenda
32 Ebenda, S. 60 f.
33 Ebenda, S. 63
34 Amin, a.a.O., S. 38
35 Ebenda, S. 40
36 Statistical Yearbook 1981, S. 18, 89
37 Ebenda, S. 171
38 World Bank Report, Main Report, S. 79
39 Statistical Yearbook 1981, S. 411
40 Vgl. zu den Auseinandersetzungen um die Fünfjahrpläne: Yang Jianbai, Li Xueqing, The Relations between Agriculture, Light Industry and Heavy Industry in China, Social Sciences in China 2/1980, S. 182 ff.
41 So wurde zu Beginn der Kulturrevolution zunächst versucht, das flache Land ganz von den Machtkämpfen auszuspüren. Als es dann zu Unruhen in den Dörfern kam, kam es zunächst zu Unterbrechungen der Nahrungsmittellieferungen in die Städte, zur Verteilung von Produktionsmitteln und Nahrungsmitteln an Bauernfamilien und zu deren freiem Verkauf auf den Märkten. Erst als im Laufe des Jahres 1968 das Militär das Heft wieder in die Hand nahm, wurde wieder die Disziplin strenger Kollektivierung durchgesetzt. Vgl. Rainer Hoffmann, Maos Rebellen, Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977 S. 66, 102
42 Statistical Yearbook 1981, S. 21
43 Vgl. Yang, Li, a.a.O., S. 189
44 Statistical Yearbook 1981, S. 303
45 Xue Miquao, S. 10
46 Willy Kraus, Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Volksrepublik China, Berlin/Heidelberg/New York 1979, S. 136
47 Vgl. Schaubild und Zhongguo Jingji Nianji 1981 (ZGJJNJ) S. VI 10
48 Jiri Kosta, Jan Meyer, Volksrepublik China, Ökonomisches System und wirtschaftliche Entwicklung, Frankfurt a.M./ Köln 1976, S. 134 ff.
49 Lediglich in Gebieten mit überdurchschnittlich guten Produktionsbedingungen, hohem Stand der Mechanisierung und Spezialisierung auf bestimmte Produkte ist Planung und Produktion in größeren Produktionseinheiten sinnvoll und möglich, so z.B. in den auf Gemüseproduktion spezialisierten Dörfern in der Nähe großer Städte. Sie wurden z.T. auch von der Einführung des Familienverantwortungssystems in den letzten Jahren ausgenommen.
50 Yang, Li, a.a.O., S. 196
51 Ebenda
52 Ebenda, S. 193
53 Kraus, a.a.O., S. 419
54 Yang, Li, a.a.O., S. 197
55 ZGJJNJ 1981, S. VI 13
56 Jingji Guanli, Nr. 2/1983
57 Vgl. Rede auf der Lushan-Konferenz (23. Juli 1959), in: Mao intern, hrsg. v. Helmut Martin, München 1974, S. 125 ff.
58 Mao Tse-tungs Notizen zum sowjetischen Lehrbuch der Politischen Ökonomie (1960), hrsg. v. Helmut Martin, Hamburg 1975, S. 118
59 Statistical Yearbook 1981, S. 173, 185

60 Yang, Li, a.a.O., S. 200
61 Vgl. World Bank Report, Main Report, S. 82
62 Siehe Anm. 25
63 World Bank Report, Annex C. Agricultural Development, S. 75
64 Xiao Zhuoqi, The Law of Price Movement in China, Social Sciences in China 4/1980, S. 44 ff., hier: S. 46 f. Die Unterschiede in der Berechnung der Arbeitsproduktivität (siehe Anm. 38) gehen auf verschiedene Methoden der Berechnung zurück.
65 Mao Tse-tungs Notizen, Einleitung des Herausgebers, S. 15 ff.
66 Vgl. ebenda, S. 31
67 Ebenda, S. 30, 104
68 Stalin, a.a.O., S. 25 f.
69 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 89
70 Stalin, a.a.O., S. 44
71 Ebenda, S. 46 f.
72 Xue Miquao, a.a.O., S. 301
73 Stalin, a.a.O., S. 8
74 Ebenda, S. 60
75 Ebenda, S. 7
76 Mao, Werke V S. 559; Notizen, a.a.O., S. 95
77 Stalin, a.a.O., S. 27 f.
78 Ebenda, S. 60
79 Mao, Notizen, a.a.O., S. 144, 197 u.a.
80 Ebenda, S. 169
81 Ebenda, S. 164
82 Mao, Werke V S. 557
83 Mao, Notizen, a.a.O., S. 134
84 Ebenda, S. 117 f.
85 Über einige Fragen der Geschichte unserer Partei, Beschluß der KP Chinas April 1945, Frankfurt/Gelsenkirchen 1979, S. 27 Dieser Beschluß ist seit den fünfziger Jahren in China nicht mehr veröffentlicht worden, weil er eine einzige Abrechnung mit den „linken“ Abweichungen und Tendenzen in der KPCh ist.
86 Vgl. u.a. Mao, Werke V S. 380, 419, 572; Mao, Notizen, S. 133
87 Siehe Anm. 57
88 In „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke“ (Werke V S. 434 ff.) schreibt Mao ja auch in Übereinstimmung mit dem VIII. Parteitag, daß, nachdem „die sozialistische Umgestaltung im wesentlichen vollzogen“ sei, „die für die Periode der Revolution stürmischen Klassenkämpfe im wesentlichen beendet“ sei. Eine Auffassung, der er zehn Monate später, im Oktober 1957 direkt widerspricht. (S. 462, 559)
89 Mao intern, a.a.O., S. 128. Die Lushan-Rede ist ein kurioses Beispiel für die Schonung der „linken“ Fehler, an denen Mao selbst beteiligt war, und für die wütenden Angriffe auf die „Rechten“ die diese Fehler korrigieren wollten.
90 Mao, Notizen, a.a.O., S. 165
91 Amin, S. 40
92 Hu Yaobang, Eine neue Situation für die sozialistische Modernisierung auf allen Gebieten schaffen, Bericht auf dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (1. September 1982), in: Der XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente, Beijing 1982, S. 56 f.
93 Ebenda, S. 58
94 Statut der Kommunistischen Partei Chinas, ebenda, S. 117
95 Vgl. China Daily, 30.7.1983 und zahlreiche Ausgaben der Monate Mai, Juni, Juli 1983
96 Vgl. Kommunismus und Klassenkampf 9/1981, 2/1982, 3/1982
97 Vgl. Hans-Gerhart Schmierer, Triebkräfte des sowjetischen Sozialimperialismus, in: Kommunismus und Klassenkampf 9/1981, S. 5 ff.
98 Vgl. die Rede des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh Ye Jianying auf der Landekonferenz zum Lernen von Daqing im Mai 1977, der unter Berufung auf Mao Zedong meint, „wir hätten zwei Fauste und einen Hintern. Die eine Faust ist die Landwirtschaft, die andere die Industrie für die Landesverteidigung. Wollten wir mit beiden Fäusten kräftig zuschlagen, müssen wir uns richtig auf den Hintern setzen. Der Hintern ist die Grundindustrie.“ (Peking Rundschau 22/1977, S. 19) Über ein Organ für die Leichtindustrie verfügt diese polit-ökonomische Mißgeburt (die im Sitzen arbeitet) nicht.
99 Zhao Ziyang, siehe Anm. 19, S. XVIII

„Der Steuerzahler
will nicht provoziert,

der möchte
unterhalten werden“



Zimmermanns Filmpolitik und der Neue Deutsche Film

Von Michael Ackermann

Zimmermann hält eben nichts von „intellektualisierenden Spielereien, mit denen man auch der unmoralischsten und verwerflichsten Tat eine positive Wirkung bescheinigen kann“ und trampelt weiter auf Achternbuschs Film „Das Gespenst“ rum: „Ich lasse nicht zu, daß mit Steuergeldern gefördert wird, daß einem Christus am Kreuz eine Schweinszunge aus dem Munde hängt, daß Kröten gekreuzigt werden und daß besoffene Polizisten ihre Notdurft in ein Schnapsglas verrichten, während ununterbrochen auf der Polizeiwache das Telefon läutet, aber niemand hingeht, um die Assoziation zu erwecken, bei der Polizei brauchst du nicht anzurufen. Die sind besoffen, die haben für dich keine Zeit.“

Der Hüter von Sitte, Moral und abendländischem Anstand hat sich auf das Feld der Kunst begeben und ist dabei heftig mit dem „Gespenst“ von Herbert Achternbusch zusammengerasselt. Verweigerung der restlichen Förderungsgelder, Verweigerung der Zuschüsse für Achternbuschs nächsten Film („Der Wanderkrebis“), ungehemmter Tatendrang bayrischer Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung des Films wegen der „Verletzung religiösen Empfindens“ heftige Kampagnen, über *Rheinischen Merkur* und „bayrische Öffentlichkeit“ ausgetragen, haben nun einigen Wirbel ausgelöst. Allgemeine Einschätzung in der liberalen und linken Öffentlichkeit nebst Medienlandschaft: Zimmermann ist der absolute „Wender“ oder wie Wolfram Schütte sich in der *Frankfurter Rundschau* ausdrückte: „Alle reden sie von der Wen-

de‘ Zimmermann nicht: Er betreibt sie, wenn man sie auch weder geistig noch moralisch nennen kann.“

Die ersten Maßnahmen

Seit dem Antritt der neuen Bundesregierung kann allerdings eine ganz schöne Indizienkette à conto Zimmermann zusammengestellt werden. Denn die Auseinandersetzung um und mit Achternbuschs Film ist eigentlich nur Ausdruck verschiedener Vorstöße seitens des Innenministeriums, die im Bereich der Filmpolitik geplant bzw schon vollzogen sind:

- Bei der Verleihung des Bundesfilmpreises 1983 die nur unter massiven Protesten vonstatten gehen konnte, trug Zimmermann einige Maßnahmen vor: Förderung dürfe „nicht den Charakter von Krücken für Gebrechliche, sondern von Stärkungsmitteln für einen Genesenden oder Heranwachsenden“ haben. In Zukunft also nach dem Motto: mehr Geld für weniger Filme, Auswahlkriterien verschärfen.¹

- Im Innenministerium, Bereich Medien- und Filmpolitik, wurden mittlerweile alle Fachleute der alten Bundesregierung aus ihren Funktionen beseitigt und durch CSU-Leute ersetzt.

- Die bislang beachteten Entscheidungen der autonomen Ausschüsse² für Filmförderung wurden nun von Zimmermann im Alleingang umgestoßen, einmalig in der Geschichte der Filmförderung. Bislang hatten sich die Innenminister selbst in die Entscheidungen nicht reingehängt, sondern sie ihren „Experten“ überlassen.

- Ins Auge gefaßt wird von Zimmermann die Aussetzung der Verleihung des Bundesfilmpreises 1984, um genug Zeit für die Installation der neuen Richtlinien für die Filmförderung zu haben.

- Die Zwangskoordination der Filmförderung zwischen Bund und Ländern steht in Aussicht. In der Vergangenheit kamen die Bundesgremien und eventuelle Förderungsgremien in einzelnen Ländern autonom zu ihren Entscheidungen. Offensichtlich soll nun ein abgestimmtes Verfahren installiert werden. Überall hätten die CSU-Kulturförderer dann auf jeden Fall die Mehrheit, weil die CSU es in den letzten Jahren sehr gut geschafft hat, ihre Beamten in die Ausschüsse zu hieven. Die bayrischen Politiker hatten offenbar den richtigen Riecher und natürlich schon immer ein Faible für die Kultur

Einiges ist Zimmermann also schon gelungen, vor allen Dingen, wenn es im Zusammenhang mit der flotten Vorantreibung der Neuen Medien-Pläne unter Schwarz-Schilling betrachtet wird.

Allerdings hatte auch die sozial-liberale Regierung schon etliche Hürden für die Filmemacher aufgebaut. In den letzten Jahren sind durch die Filmförderungsgremien eine Reihe von Filmprojekten schon im Planungsstadium (Drehbuchvorlage) abserviert worden. Immer mehr verlagerten sich Stipendien (für Drehbücher) und Prämien (für zu drehende Filme) zu den „sicheren Projekten“ wurden Filmexperimente oftmals von der Förderung ausgeschlossen. Der Unmut über diese Entwicklung war schon in der Vergangenheit bei den Filme-

machern sehr groß. Da wurde auf den „Gremienfilm“ geschimpft, auf den Opportunismus der Leute in den Ausschüssen, die sich bei der Ausscheidung für den Bundesfilmpreis einige Filme erst gar nicht anschauten.

Ein schleichender „Klimawechsel“ hatte unter der alten Bundesregierung begonnen. Jetzt aber hat die neue Bundesregierung ihre Maßnahmen mit laut vernehmbarem Gepolter eingeleitet.

Zimmermanns neuer Kurs

Zimmermann sieht das alles recht schlicht: Achternbusch wollte mit seinem Film provozieren: „Gut, aber das soll er doch mit seinem Geld machen und nicht mit dem der Steuerzahler. Der Steuerzahler will nicht provoziert werden, der möchte unterhalten werden.“

Kunst gleich Unterhaltung und Kunst gleich „Mehrheits“-Kunst. Und so soll das „Kulturinstrument Film“, welches „die Bewußtseinslage eines Volkes und einer Zeit ebenso spiegelt wie es die Lebenseinstellung seiner Zuschauer mit zu beeinflussen vermag“, nur über solche Filme gefördert werden, „die die weite Schichten der Bevölkerung interessieren, ansprechen, bewegen“ Und an seine Kritiker die mit dem instrumentellen Verständnis von Kunst im Sinne von „Mehrheiten“ nicht einverstanden sind: „Wer hier verächtlich von Massengeschmack spricht, ist kein Demokrat.“³ Wenn ich also (als Antidemokrat, der ich nun schon bin) behaupte, der „Komödienstadel“ spricht nicht unbedingt für Kunstgeschmack, auch wenn ihn die Mehrheit gut findet (was nicht bewiesen ist), dann kontert Zimmermann (Originalton Spiegel-Interview) so: „„Komödienstadel“ ist eine erfolgreiche Sendung. Die Leute wollen es offenbar sehen. Ich weiß nicht, was Sie für einen perversen Geschmack haben.“ (!)

Ja so ist das mit dem Perversen und dem Massengeschmack, und dem zweiten hat die Kunst zu dienen, so ungefähr die Vorstellung von Zimmermann. Gerade das hat denn auch den panischen Schrecken in Kulturkreisen ausgelöst, wo man sich in barbarische Zeiten zurückversetzt sah.

Ganz so wild wie sich Zimmermann gebärdet und damit seinem Ruf allemal gerecht wird hat sich allerdings sein parlamentarischer Staatssekretär Waffenschmidt in der Kultursendung „Aspekte“ vor einigen Wochen nicht aufgeführt. Er hat mehr „sachlich“ ausgeführt, um was es eigentlich geht. Seine Argumentation: Das mit dem Achternbusch solle nicht überbetont werden. Das Innenministerium würde das konstruktive Gespräch mit den Filmemachern suchen, um zu verbessern, was verbesserungswürdig sei. Der deutsche Film

sei heute international anerkannt, daran solle nicht gerührt werden. Die Entwicklung solle nur verstärkt und zukünftig „mehr in die Breite“ gefördert werden. Es müsse mehr als bisher massenwirksame, publikumsträchtige Filme geben. Eine solche Entwicklung wolle die Regierung in Zukunft unbedingt fördern, gemeinsam mit den Filmleuten. Darüber sei jetzt eine Verständigung notwendig

Nun können wir das Ganze als Gewäsch zur Vertuschung der aggressiven Ziele betrachten. Wir können diese Vorstellungen auch als Rachezug gegen Filmemacher/innen interpretieren, denen in Zukunft ihre liberalen und linken Gedanken via Abtragung der Förderungsgelder ausgetrieben werden sollen. Und um auf die sem Wege eine Kunstzensur einzuführen. Solche Vermutungen sind von einigen Kritikern geäußert worden. Aber diese Kritiken scheinen doch am Kern der Sache vorbeizugehen.

Geht's dem Film an den Kragen? Oder

Wo steht der Neue Deutsche Film?

Die deutschen Filmleute haben auf Zimmermanns „Axtschläge“ sofort reagiert. Schon auf der Veranstaltung anlässlich der Verleihung des Bundesfilmpreises trat Wim Wenders dem Innenminister entgegen. In eine Resolution wurde jede Art von Zensur zurückgewiesen und auf Parallelen mit der schlimmsten Phase deutscher Geschichte verwiesen. Massiver Widerstand gegen die Pläne Zimmermanns war der Tenor der Filmemacher/innen, Aktionen im Herbst sind geplant. Also alle schon in den Startlöchern für den Kampf gegen den Wendehäuptling Zimmermann?

Außer papiernen Resolutionen haben die Betroffenen bislang wenig in der Hand. Denn die Situation des Neuen Deutschen Films ist so gut nicht. Süffisant läßt sich ein Kommentator in der FAZ aus: „Angesichts der Einspielergebnisse deutscher Filme mochte von einem Massenmedium nun wirklich niemand mehr sprechen, nicht wenige der geförderten Filme waren erst gar nicht auf der Leinwand zu sehen, das öde Mittelmaß begann den Ruf des deutschen Films insgesamt zu beschädigen, die Krise war schwer zu übersehen. Auf dem Krankenlager liegt nach wie vor wohlgenährt, gleichwohl vom Siechtum befallen, der deutsche Film.“⁴ Wahr ist, daß die Kasenergebnisse zurückgegangen sind, daß die Zeiten der großen Erneuerung des deutschen Films, mit gefüllten Kinos und kulturpolitischen Debatten, schon lange vorbei zu sein scheinen und erst jetzt im Trubel der Ereignisse der wirkliche Stand in der Film-landschaft deutlich wird.⁵ So hat Zimmer-



„Wenn meine Filme Zimmermann gefallen, müßte ich mich ja erschießen“

sagte Herbert Achternbusch als Reaktion auf die Zimmermannschen Maßnahmen. Damit sprach er doch vielen aus dem Herzen – oder? Andersrum. Wer kennt schon Achternbuschs „Gespenst“ und findet den Film interessant oder ansprechend? Was sollen diejenigen tun, die „Das Gespenst“ sahen und maßlos enttäuscht waren? Mit herkömmlichen Vorstellungen von Filmästhetik und Dramaturgie springt der Film radikal um. Viele schreckt er ab, und weniger wegen der Blasphemie.

mann, wie's aussieht, einen günstigen Zeitpunkt für seine Maßnahmen erwischt.

Ein kurzer Blick zurück: In den 60er Jahren stand der „Deutsche Film“ vor der künstlerischen Pleite. Der produzierte Schrott fand immer weniger Zuschauer das Fernsehen drückte auf die Besucherzahlen. Ausgangspunkt für das „Oberhausener Manifest“ im Jahre 1962 war vor allem die Kritik am Mangel an künstlerischen Neuerungen und an der reaktionären Unterhaltungsware. Das Manifest fiel zugleich in eine Zeit gesellschaftlicher Gärung. Das Alte wurde als muffig empfunden, noch unbestimmt wurde nach Neuem gesucht.

Orientierungspunkt war die Entwicklung in Frankreich, wo die „Nouvelle Vague“ einen künstlerischen Aufschwung verkörperte. Die jungen Filmemacher/innen wollten ähnliches. Sie erklärten den alten Film für tot und wollten den Neuen Deutschen Film kreieren. Das Stichwort hieß „Autorenfilm“ und meinte die künstlerische Einheit von Autor und Regisseur (als Filmemacher/innen, Filmschöpfer/innen). Dieses Verlangen vollzog sich auf dem Hintergrund sich langsam verändernder politischer Kräfteverhältnisse (im Sinne parlamentarischer Mehrheiten). Ansprüche wurden nicht an die Filmwirtschaft in ihrer alten Form (diese war ja gerade für tot erklärt worden) gestellt, sondern an den Staat. Das „Oberhausener Manifest“ und die nachfolgende Entwicklung spiegeln das Verlangen nach staatlicher Unterstützung und Förderung. Diese Richtung haben die Bundesregierungen seit 1969 auch eingeschlagen. Stand zu Beginn noch die Förderung von „kommerziellen Produktionen“

Zimmermann ist offensichtlich nicht der einzige, der dem Gespenst die Förderungswürdigkeit bestreitet. Es gibt Verbindungslinien zwischen reaktionärer Verdammung und progressiver Kritik. Das Verbindende ist die unterschwellig aufgeworfene Frage: Was soll gefördert werden, von wem und womit? Diese Zwickmühle, die seit Beginn der staatlichen Filmförderungs politik offen steht – und in die auch schon einige Projekte hineingelaufen sind, allerdings ohne den entsprechenden öffentlichen Lärm – wurde nun auch Achternbusch zum Verhängnis.

Wie aber soll nun Kunst gefördert werden, ohne Zensur zu üben? Offensichtlich müßten es fachkundige, autonome Leute und Gruppen sein, die überhaupt darüber entscheiden dürften. Die Leutchen wären dann auch anders angreifbar. Sie müßten ja wohl gewählt werden. Eine Garantie für die Erfüllung des „Publikumsgeschmacks“ wären auch solche Gremien nicht. Denn ein Gremium hat ja auch schon mal auf „Förderungswürdigkeit“ für „Das Gespenst“ entschieden. Für das Experiment, gegen den „Publikumsgeschmack“

im Vordergrund, so hat sich mit dem Film/Fernseh abkommen⁶ (die kooperative Form der Finanzierung) in der Mitte der 70er Jahre das Blatt gewendet. Eine gewisse Liberalisierung trat ein, Projekte junger Filmemacher/innen wurden gefördert und über das Fernsehen bekannt gemacht. International erwarb man sich einige Reputation (Fassbinder, Herzog, Schlöndorff, Wenders, v. Trotta etc. als Zentralfiguren).

Die klassische „kommerzielle Filmwirtschaft“ à la Hollywood gibt's heute in der BRD praktisch nicht mehr. Ohne Film/Fernseh abkommen wird kaum noch ein Film produziert. Wir haben sozusagen ein halbstaatliches System der Filmwirtschaft. Will nun Zimmermann mit seiner Offensive an dieser Front eine neue Entwicklung einleiten? Wenn Zimmermann mit seiner Politik auf eine Stärkung der Position der heimischen Filmwirtschaft auf dem deutschen Markt hinaus will, so ist das ein schwieriges Unterfangen. Tatsache ist, daß bis heute über 50% des Marktes von amerikanischen Produktionen gehalten werden. Eigenständig sind deutsche Produktionen bzw. die hiesige Filmwirtschaft gar nicht in der Lage, den amerikanischen das Wasser zu reichen. Finanziell ist man (trotz Staatsgeldern) den amerikanischen Konzernen (die ja keine Medienkonzerne, sondern schon Mischkonzerne sind) völlig unterlegen. Wie so schön gesagt wird, in diesen Bereich „fließt das Kapital nicht mehr“

Neben den Finanzen wäre das Publikum ein Problem. Zimmermann geht immer von einer anderen Mehrheit aus, sozusagen einer gedachten konservativen Mehrheit. Selbst unterstellt, daß ihm eine „Trendwen-

de“ bei der Filmproduktion (Themen, Ideale und Ideologien) gelänge, welches Publikum sollte damit angesprochen werden? Seit den 60er Jahren ist das Stammkino-Publikum immer jünger geworden, ja rekrutiert sich fast ausschließlich aus Altersgruppen bis zu 30 Jahren.⁷ Wenn es so ist, daß sich das Kino-Publikum mehrheitlich die amerikanischen Großproduktionen und Sensationsstreifen reinzieht, dann müßte erklärt werden, warum es sich zukünftig den drittklassigen Aufguß auf deutsch gestrickter Produktionen reinziehen sollte. Das hat schon in den 60ern nicht mehr geklappt und wird jetzt erst recht nicht gehen.

Zimmermann zielt auf eine Änderung über das Fernsehen ab

Gerade unter den Bedingungen eines halbstaatlichen Filmsystems, wo die Spielfilmproduktion (und auch anderes) ganz eng mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten verbunden ist, kann eine schrittweise Veränderung der inhaltlichen Konturen nur über das Fernsehen erfolgen. Nur auf diesem Wege könnte es Zimmermann überhaupt gelingen, zugleich eine inhaltliche Wende einerseits und die Ausschaltung experimenteller oder fortschrittlicher Filmarbeiten andererseits durchzusetzen. Hauptmittel wird die selektive Förderung sein und damit möglichst eine Spaltung innerhalb dessen, was sich Neuer Deutscher Film nennt oder was dafür steht.

Ansatzpunkte gibt's dort genügend. Der Neue Deutsche Film ist keine in sich geschlossene Einheit. Bislang konnte sich in der Breite immer nur auf folgendes geeinigt werden: gesicherte Förderung und keine Zensur. Alles was über diese Punkte hinausgeht, ist seit Jahren umstritten. Die Gegensätze zwischen Low-budget-Produktionen und Großproduktionen, des Prinzips

des „Autorenfilms“ wider das des „Produzentenfilms“ sind schon lange vorhanden. Was ist eigentlich Autonomie und Freiheit unter einem System, das scheinbare Unabhängigkeit garantiert, in dem aber die „Schere im Kopf“ bei den einzelnen immer vorhanden sein muß, weil sie sich eben als einzelne von „Gremien“ ihre Gelder holen müssen? Ist darüber nicht schon ein System der „Zensur“ installiert, das nicht direkt, sondern indirekt funktioniert? Der Versuch der Spaltung könnte genau an diesen umstrittenen Punkten ansetzen. Da würden einzelne aus der Front herausgebrochen, in dem ihnen bestimmte Projekte angeboten werden und ruhig auch ein bißchen Freiraum gelassen wird, und andere würden gänzlich leer ausgehen. Vorstellbar ist eine solche Entwicklung schon und Zimmermann ist natürlich alles zuzutrauen.

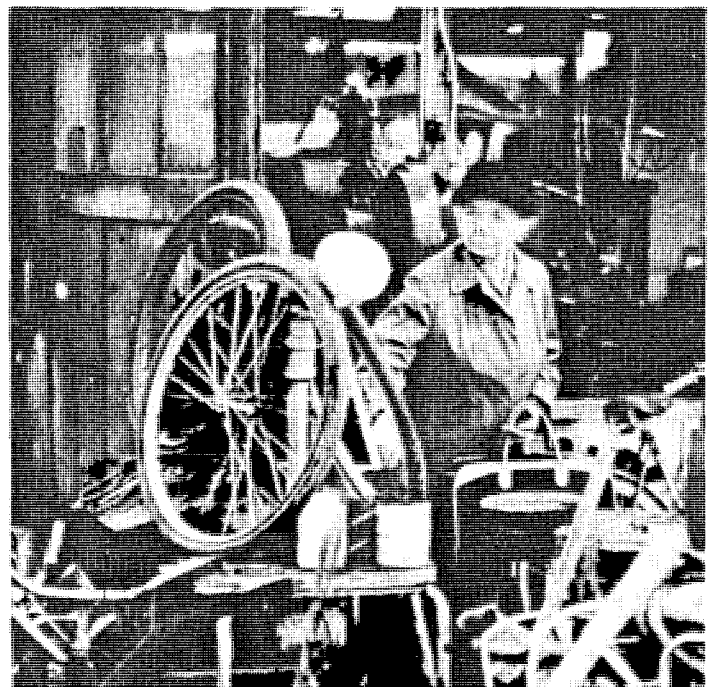
Da gibt es doch Perspektiven

Auf die Frage, was denn nun in der jetzigen Situation zu tun sei, antwortete Alexander Kluge, Mentor des Neuen Deutschen Films, im *tip*: „Abnabeln von der Filmförderung. Denjenigen helfen, die das nicht können. Das Prinzip heißt: Geld minus Freiheit gleich Null. Das wollen wir nicht. Wir wollen keine Förderungen, die selektiv sind. Wir müssen aufklären, was Filmförderung ist: Die schafft in einem bestimmten Bereich eine künstlerische Inflation. Man muß es von denjenigen her sehen, die von der Filmförderung ausgeschlossen werden. Das Konzept von Herrn Zimmermann wie von Herrn Schwarz-Schilling wie auch von verschiedenen anderen Geistern geht dar auf hinaus: Subvention für Konzerne. Für einzelne Filmemacher keine Subventionen

Wegen dieser selektiven Kraft, sind deshalb alle Förderungen verkappte Zensurinstrumente.“⁸

Deutscher Film oder Die Interessen von Zimmermann können nicht die Interessen sein, die Filmemacher(innen) haben

frei nach Bernhard Sinkels Film „Lina Braake oder Die Interessen der Bank können nicht die Interessen sein, die Lina Braake hat“





Aktivposten des Neuen Deutschen Film.

Sein Vorschlag also ganz vom staatlichen Förderungssystem abkoppeln, mindestens als einzelne, um der Selektion zu entgehen. Sich selbstorganisiert (als Filmemacher/in, Produzent/in, Verleih) mit Geldmitteln gegenseitig unterstützen. Als Kollektiv Staatsgelder zur gegenseitigen Unterstützung annehmen und verwenden. Die Thesen, die Kluge zusammen mit einigen anderen in dem neuen Buch „Bestandsaufnahme: Utopie Film“⁹ ausgearbeitet hat, setzen nicht auf die Abkoppelung von der Filmwirtschaft nach dem Motto: nur in der Abstinenz vom Geld können wir unsere Reinheit und künstlerischen Blühträume verwirklichen sondern auf den gemeinschaftlichen Zusammenschluß der am Film Interessierten und Beteiligten, um Konkurrenz, Gruppenkämpfe und Spaltung weitestgehend auszuschließen und das künstlerische Niveau des Neuen Deutschen Films zu verbessern und über das bisher Erreichte hinauszukommen. Nur durch gemeinsame Anstrengungen könnten überhaupt wieder Zuschauer gewonnen, nur so politische und gesellschaftliche Inhalte im Massenumfang übergebracht werden.

Die Stärke der Thesen, die auf der Analyse der Filmpolitik der letzten 20 Jahre beruhen, liegt gerade in der selbstkritischen Überprüfung des eigenen bisherigen Weges. Sie rechnen ab mit den Illusionen über Kunst in einem freien Raum, verwischen nicht den Zusammenhang zwischen Wirtschaftlichkeit und künstlerischem Ausdruck, brechen auch mit der Vorstellung, guter und experimenteller Film könne eben nur die Minderheit des Publikums interessieren und es müsse sich mit dem selbstgewählten Ghetto abgefunden werden. Kluge

„Wir müssen uns darauf besinnen, woher wir gekommen sind und was wir gelernt haben. Denn was wir heute unter dem Begriff Neuer Deutscher Film fassen, war niemals gern gesehen oder viel geliebt“

Bernhard Sinkel



Der Zuschauer des Bergweits und die Leidenschaft der Menschen in der neureizvollen Bestätigung eines Bestehens von Ludwig Lindner



Ein Film von Heide Hübner

„Glanzlichter“ des Alten Deutschen Film. Entspricht das besagtem Massengeschmack?

u.a. abstrahieren in ihren Thesen nicht von den kapitalistischen Verhältnissen, sondern formulieren Bedingungen, wie in diesen Verhältnissen ein Kampf um den Film stattfinden kann, und entwickeln daraus konsequent die Notwendigkeit, von verwertungsbezogenen Verkehrsformen auszugehen, um zu einer alternativen Form der Filmproduktion und -distribution vorzustoßen.

In gewisser Weise steht also in Sachen Film (und bei den Neuen Medien ist es äh-

lich) eine entscheidende Auseinandersetzung bevor Die Frage steht: Kann Zimmermann nicht gerade dann seine Offensive durchführen, wenn die Regisseure usw sich einfach auf die Sicherung der „Förderströme“ als Verteidigungslinie zurückziehen, oder kommt auf Grundlage der bisherigen Übergriffe eine Bewegung in Gang, die sich die Mängel der bisherigen Positionen vor Augen führt, um daraus Rückschlüsse für eine zukünftige „Filmpolitik“ zu ziehen?

- 1 Zitate aus der Rede Zimmermanns während der Bundesfilmpreisverleihung 1983
- 2 Der Auswahlausschuß für Filmförderung wird vom Bundesinnenministerium eingesetzt und von den verschiedenen Beteiligten besetzt (Filmwirtschaft, Filmproduzenten, Gewerkschaften, Kritiker, Regierung usw.). Die Ausschüsse entscheiden autonom über die beantragten Förderungsprojekte. Der Innenminister muß die Entscheidung dann bestätigen.
- 3 Zitate ebenfalls aus der Rede Zimmermanns während der Bundesfilmpreisverleihung 1983
- 4 Ausgabe vom 11. Juli 1983
- 5 In den 70er Jahren sind die Besucherzahlen stetig zurückgegangen. Der Anteil programmfüllender deutscher Filme am Markt der BRD sank in dieser Zeit ebenfalls fast kontinuierlich und schwankt seit Beginn der 80er Jahre zwischen 10 und 20%. Auch die Exporterlöse der deutschen Filmwirtschaft gingen in den 70er Jahren erheblich zurück, sind allerdings seit 1980 wieder etwas angestiegen. Aussagen über quantitative Entwicklungen in diesem Artikel stützen sich auf die statistischen Angaben über die Lage der Filmwirtschaft: Filmstatistisches Taschenbuch, herausgegeben von der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. (SPIO), Wiesbaden; Bundestagsdrucksache 9/785 vom 25.8.1981 mit dem Titel „Kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung des Bundes“
- 6 Das Rahmenabkommen Film/Fernsehen trat im Zuge der Reform des Filmförderungsgesetzes von 1974

in Kraft. Bis 1974 waren Kinoöffentlichkeit und Fernsehöffentlichkeit strikt getrennt. Ein Film, der innerhalb von fünf Jahren nach Erstaufführung im Fernsehen gezeigt wurde, schloß sich damit aus der Filmförderung aus. Seit 1974 wurden immer mehr Filme sogar im Fernsehen zur Erstaufführung gebracht, viele kamen bis heute nicht einmal in die Kinos.

7 Elisabeth Berg, Bernhard Frank: Film und Fernsehen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung 1978, Mainz 1979

8 tip-magazin, Heft 16/83, S. 29

9 Alexander Kluge (Hrsg.): Bestandsaufnahme: Utopie Film, Frankfurt (Zweitausendeins) 1983 (592 Seiten, 20 DM). In dem Buch werden alle Seiten des Filmschaffens und der Filmwirtschaft unter die Lupe genommen: Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Wirtschaftlichkeit und Qualität, Situation auf dem Arbeitsmarkt, Bedeutung des Dokumentarfilms in der Filmgeschichte und die Notwendigkeit seiner Belebung, Chance Video als „Öffentlichkeitsarbeiter“ gegen „Kontrollen“ Einzelerfolg und kollektive Basis, Filmverlagserfahrungen und Produzentenarbeit, Drehbuch und Film, Erfahrungen der Filmarbeiterinnen, Kontroverse: Autorenfilm oder Produzentenkinno, Schwachpunkt Werbung beim Neuen Deutschen Film, Zustand westdeutscher Filmkritik, Monopolbildung auf den internationalen Märkten, klassische und neue Medien-Öffentlichkeit usw. usw.

Leben und arbeiten unter westdeutscher Flagge (I)

„Zweiter Offizier? No, Sir, Ich war nicht zweiter Offizier auf diesem Eimer Ich war einfacher Deckarbeiter, ganz schlichter Arbeiter Sehen Sie, Herr, Matrosen gibt es ja kaum noch, werden auch gar nicht mehr verlangt. So ein modernes Frachtschiff ist gar kein eigentliches Schiff mehr Es ist eine schwimmende Maschine. Und daß eine Maschine Matrosen zur Bedienung braucht, glauben Sie ja gewiß nicht, auch wenn Sie sonst nichts von Schiffen verstehen sollten. Arbeiter braucht diese Maschine und Ingenieure. Sogar der Skipper, der Kapitän, ist heute nur noch ein Ingenieur Und selbst der A.B., der am Ruder steht und noch am längsten als Matrose angesehen werden konnte, ist heute nur noch ein Maschinist, nichts weiter Er hat nur die Hebel auszulösen, die der Rudermaschine die Drehrichtung angeben.“

B. Traven: Das Totenschiff



Unrasiert und fern der Heimat

S. Haddock

Erlich! Wer hat nicht irgendwann mit dem Gedanken gespielt „auszusteigen“ den geordneten Rhythmus des täglichen Lebens einzutauschen gegen eine andere Existenz, ohne die Gewißheit, jemals dorthin zurückzukehren. Auf andere Weise als mancher Pauschaltourist und alternativer Tramper die Bewährung und Erfüllung in diesem Dasein in weiter Ferne, unter wechselnden und in gefährlichen Situationen zu suchen. Gar zur Erfüllung dieses Zweckes, und sei es vorübergehend, zur Würze des Ganzen, das „Jacket Blue“ des Seemanns zu tragen. Hand auf's Herz. Ich selbst muß nachträglich gestehen, daß es nicht kühle Überlegung oder große wirtschaftliche Not war die mich in diesen Broterwerb getrieben hat. Und nicht selten bemerke ich ein kurzes Aufleuchten in den Augen meiner Mitmenschen, werde ich nach meinem Beruf gefragt.

Recht klein und bedeutungslos ist unsere Anzahl. Entsprechend der deutschen Handelsflotte im Weltmaßstab. Jedoch nicht unbedeutend ist der Anteil der BRD am Welthandel. Über diesen Widerspruch jammern auch die Reeder seit undenklichen Zeiten. Dies hat sie aber nicht abgehalten, bis auf den heutigen Tag 34 Prozent der Tonnage nach Liberia, Panama, Singapur oder Zypern auszuflaggen. Der Patriotismus hört bei den Personalkosten zur Unterhaltung einer Handelsflotte von Weltgeltung auf Und das Arbeits- und Tarifrecht, die Schiffsicherheitsvorschriften und Beannungsleitlinien der genannten Länder sind schon mehr zur Erwärmung ihrer kalten Herzen geeignet. Dabei haben sie beachtliche Erfolge erzielt, das Verhältnis der verbliebenen Schiffe und Besatzungen, verglichen mit den Beförderungsleistungen und Einnahmen, zu ihren Gunsten zu ändern.

So haben sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Seeleute nach einer Anglei-

chung an den Standard der Lohnabhängigen an Land Mitte der 70er Jahre wieder verschlechtert. Nur die Arbeitslosigkeit, vor zwei Jahren noch unbekannt, erreicht auch hier inzwischen das allseits bekannte Niveau. Wobei die Statistiken nicht den Teil der Seeleute erfassen, die ihren Beruf an den Nagel hängen oder aufgrund ihres Alters, von Krankheit oder Berufsunfällen die industrielle Reservearmee an Land verstärken. Bis auf das Maschinenpersonal fällt es allen übrigen schwer eine vergleichbare qualifizierte Tätigkeit zu finden. Viele ausländische Seeleute bevölkern die Seemannshome und Pensionen entlang der Küste. Sind sie etwas mürbe geworden, ist es schon möglich, daß ihnen eine Anstellung unter Rückstufung auf einen nächstniedrigeren Dienstgrad angeboten wird. Dabei wechseln oft nicht unerhebliche Schmiegelder den Besitzer Vermittlungsgebühren hier ein kleines Bakschisch da beschleunigen die Formalitäten für die ausländischen Kollegen. Die zuständigen Aufsichtsbehörden sind fleißig beteiligt, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Han-

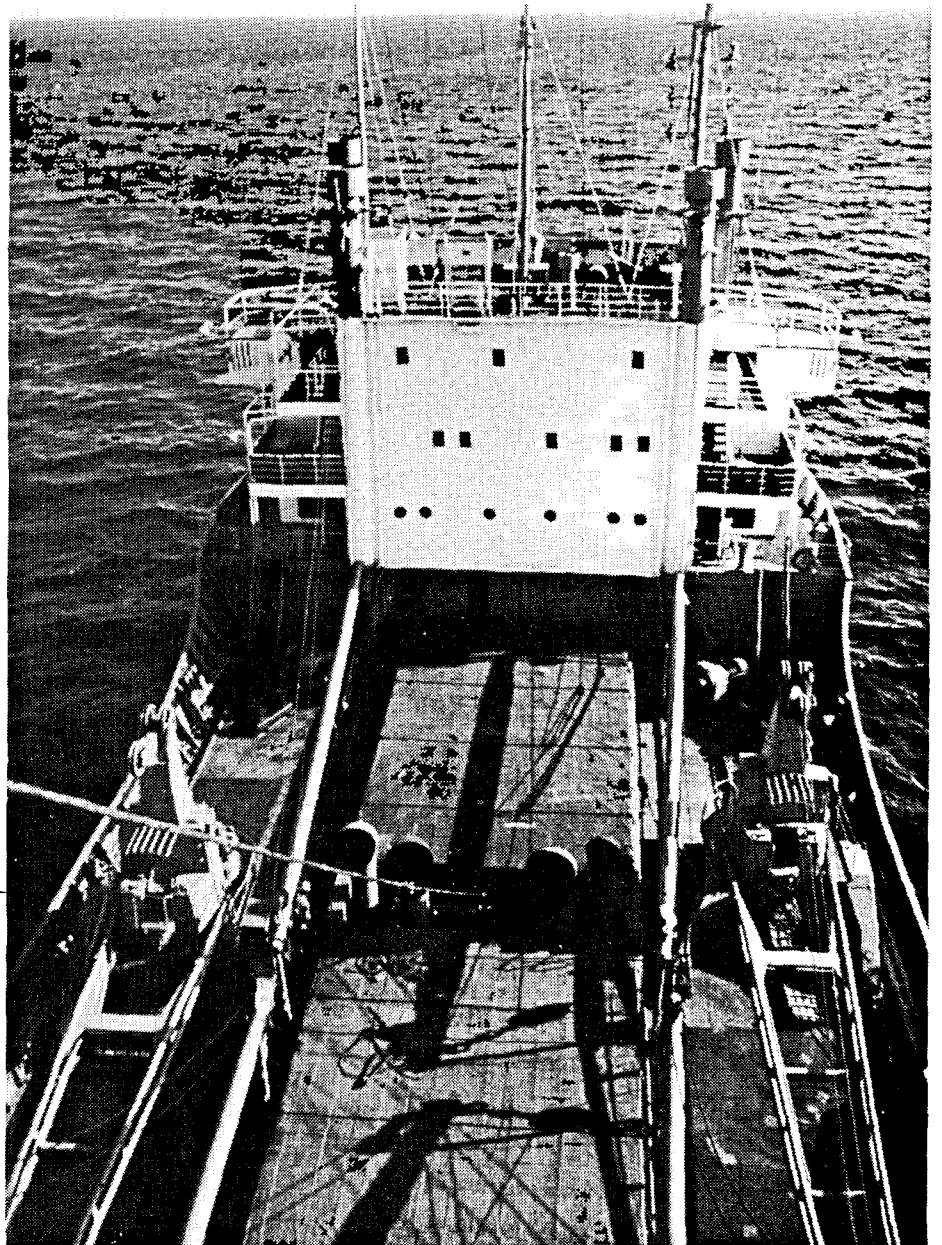
delsschiffahrt zu erhalten. Schiffe laufen regelmäßig deutsche Häfen ein oder aus, mit Seefahrtsbüchern ohne den dazugehörigen Eigentümer an Bord. Ausnahmegenehmigungen für Patentinhaber zur Fahrtgebiets- und Schiffsmaschinenüberschreitung werden bedenkenlos erteilt. Auszubildende werden anstatt befahrener Seeleute gemustert. Zu dem Verlust einer vollen Arbeitskraft kommt ein Mehr an Arbeit für die anderen, da diesen auch die Ausbildung des Junggrades unterliegt und dieser für viele Arbeiten nicht sogleich einzusetzen ist, für Arbeiten im Mast etwa oder ausenbords.

Ich befinde mich mit meinem Patent (AK = kleine Fahrt) selbst vom ersten Tag an auf mittlerer oder großer Fahrt. Die vorgeschriebenen zwei Matrosen mit Brief für die Schiffe, auf denen ich Dienst tat, habe ich nicht erlebt. Hin und wieder gab es tatsächlich mal einen, doch dafür hat man statt mit fünf mit vier Mann an Deck gefahren.

MA „W“ Ein Schiff von vielen einer Hamburger Reederei. Noch mit deutschem Heimathafen. Die Schwesterschiffe sind bereits ausgeflagt. Eintausendvierhundertfünfundsechzig Bruttoregistertonnen groß. Zwölf Komma fünf Knoten Höchstgeschwindigkeit. Zwei Lukenöffnungen und vier Ladebäume. Herkömmliche Bauweise und über zehn Jahre alt. Zehn Mann Besatzung. Kapitän, 1. Offizier, 2. Offizier, ein Schiffingenieur ein Maschinist, ein Koch, drei Matrosen ohne Brief und ein Decksman. Vier Mann Deutsche und sechs ausländische Seeleute.

26. März. Auslaufen Ventspils (UdSSR) um 00.00 Uhr. Nach 21 Tagen auf Reede am Anker, keine Landgangsmöglichkeit, und einer Woche Löschen im Hafen an der Pier. Der Kreiselkompaß ist ausgefallen. Keine Reparaturmöglichkeit vom Landservice. Damit keine Selbststeueranlage. Es wird von Hand gesteuert, nach Anzeige des Magnetkompasses. Reiseziel ist Stettin. Die neue Ladung Kupfererz. In der Nacht reinigt die Decksbesatzung den Laderaum, nachdem sie den ganzen Tag gearbeitet hat. Bei Ladeende hat sie das Schiff seklar gemacht. Nur der Wachgänger der Null/Vier-Wache ist etwas früher ausgeschieden, damit er um Mitternacht fit ist. Die Temperatur ist auch um diese Zeit noch weit unter Null.

28. März. Um 8.00 Uhr fest in Stettin. Bis kurz vor 10.00 Uhr bin ich (2. Offizier) noch auf den Beinen. Seit Mitternacht war ich auf Wache. Von 2.00 Uhr an befand sich das Schiff unter Lotsenberatung auf Revierfahrt. Der Strom auf dem Fluß nach Stettin versetzt das Schiff ständig von seinem Kurs. Der Ausfall des Kreiselkompasses machte sich eindringlich bemerkbar bei zeitweiligen Nebelbänken. Um 12.00 Uhr bin ich wieder an Deck, löse den 1. Offizier ab bei der Kontrolle des Ladevorganges. Die Polen begannen pünktlich zum Einlaufen mit dem Laden des Kupfererzes. Sie wollen es in zwei Schichten schaffen, irgendwann vor Mitternacht fertig sein. Nur der Koch und ein Matrose können



Von Ventspils nach Nyköping

Sieben Alltage auf einem deutschen Kumo

bis zum Abendbrot entbehrt werden. Um 18.00 Uhr löst mich der 1. Offizier wieder ab. Noch ist nicht abzusehen, ob das Schiff bis Mitternacht beladen sein wird.

29. März. Um 00.00 Uhr wieder an Deck. Wenig später ist der Ladevorgang beendet. Alle Mann werden geweckt. Die Decksbesatzung ist voll in Aktion. Bäume runter, Luken dicht. Die Beamten der Hafenbehörde, Agent, Hafenpolizei sitzen beim Kapitän und nehmen einen zur Brust. Die Erledigung der Formalitäten dauert seine Zeit. 4.00 Uhr Auslaufen Stettin, kurz vor 6.00 Uhr Lotse von Bord und auf der Ostsee mit Kurs Kiel-Kanal.

30. März. 4.00 Uhr Einlaufen Schleuse Kiel-Holtenau. In zwanzig Minuten festmachen, schnell an Land, Seekarten abholen, telefonieren, Zeitungen kaufen und wieder ablegen. 12.00 Uhr Verlassen Schleuse Brunsbüttel in Richtung Hamburg. 16.00 fest in Hamburg, am Ende von Gott und der Welt. Morgen mittag soll wieder ausgelaufen werden. Die Luken werden aufgerissen, und die Spätschicht stürzt mit Greifern aufs Kupfererz. Der 1. Offizier bleibt an Bord, und ein Mann von Deck geht Nachtwache. Die Wache dauert je nach dem 12 bis 14 Stunden. In dieser Zeit muß er

hauptsächlich die Leinen kontrollieren, je nach Tiede, durchholen oder auffieren.

31. März. Gegen Mittag ist das Schiff pünktlich entläßt. In der Zwischenzeit wurde der Kreiselkompaß in seine Bestandteile zerlegt und wieder zusammengesetzt. Keiner weiß, ob er seine Arbeit auch tut. 14.00 Uhr Auslaufen Hamburg. Auf nach Dänemark. Kaum ist die letzte Leine eingeholt, beginnt für die Decksbesatzung das alte Spiel. Auswaschen und Ausfegen des Laderaumes und des Decks. Das dauert die ganze Zeit während der Fahrt auf der Elbe. Danach Schiff seklar machen. Nie derlegen und Verzurren der Ladebäume und Verschließen der Luken. 18.00 Uhr Einlaufen in die Schleuse Brunsbüttel.

1. April. 1.00 Uhr Verlassen der Schleuse Kiel-Holtenau. 12.00 Uhr Eintreffen beim Revier lotsen in den Sund von Nyköping. Um 14.00 Uhr ist das Schiff fest in Nyköping. Es ist Karfreitag. Bis nach den Feiertagen, bis Dienstag wird sich kein Mensch um uns kümmern, die Hafnarbeit ruhen. Wären nicht der Charterer und der Reeder, wir hätten genauso gut die Tage in Hamburg liegen bleiben können mit der Möglichkeit, kurz nach Hause fahren zu dürfen.

In dieser Weise verdienen sich vor allem die Kümo-Reeder dumm und dämlich, dort vor allem wo der Ausländeranteil das Gros der einfachen Mannschaften stellt und die gewerkschaftliche Organisation schwierig bis unmöglich ist. Keine freigestellten Seebe trieberräte, keine Vertrauensleute, keine Bordobleute auf deutschen Kümos. Dabei hat man längst die küstennahen Gewässer verlassen und schickt die relativ kleinen Schiffe weltweit über die Ozeane. Klein sind sie auf jeden Fall aufgrund der geschickten Ausnutzung der Schiffsvermessungsgrenzen. So bewegt sich eine ansehnliche Flotte äußerlich größerer Schiffe immer genau eine Bruttoregistertonne unter der nächsten Vermessungsrichtlinie (499 BRT, 999 BRT, 1599 BRT). Diese Unterschreitung entbindet das Schiff von manchen Ausrüstungs- Bemannungs- Sicherheitsvorschriften und ausreichenden Freizeiteinrichtungen für die Besatzung.

Viele große Vorzeigereedereien mag man von der Anzahl der eingesetzten Schiffe kaum noch unter den „Big Companies“ nennen. Sie betreiben fast ausschließlich rationelle Containerschiffahrt mit wenigen hochmodernen Einheiten. Profitabel sind zeitweise die verschiedenen Bereiche der Spezialschiffahrt, die von den Riesen in der Regel über Tochterfirmen betrieben wird. Die Umwälzungen, die in den vergangenen Jahren in der Seeschiffahrt und damit in der Technik des Ladungsumschlages vor gingen, sind so enorm, daß es manchen alten Fahrensmann wie die einstige Umstellung von der Segel- zur Dampfschiffahrt vorkommen muß. Auch der Inhalt der zu verrichtenden Arbeit hat sich geändert. Es ist oft nicht mehr die Zeit, notwendige Überholungsarbeiten nach Seemannsart auszuführen, weil die Besatzungen reduziert und die ausgebildeten Matrosen mit Brief gegen gefälligerer aus Übersee eingetauscht wurden. Man sehnt sich allerorten nach einem guten alten Stückgutfrachter mit einem Gewimmel von Ladebäumen an Deck und ordentlichen Liegezeiten in ferneren Häfen. Mehr denn je ist die Seefahrt heute ein Job wie jeder andere, nur mit härteren Bedingungen für den einzelnen. Die formelle Spaltung zwischen Offizieren und Mannschaft besteht fort, doch die Grenzen verschwimmen zusehends. Deutsche stellen überwiegend den qualifizierten, Ausländer den unqualifizierten Teil der Schiffsbesatzungen.

Ein Ingenieur oder Steuermann muß schonmal öfter selbst Hand anlegen, wo er früher einen ausgebildeten Seemann delegieren konnte. Auf der unteren Ebene der Schiffsoffiziere findet man verstärkt Asiaten, verschiedentlich auch Polen oder Jugoslawen. Und manchem Kapitän sei es gegönnt, daß er nun aus Sorge um Schiff und Ladung weniger Schlaf finden wird.

Auszug aus dem Bericht der Seeberufsgenossenschaft 1979:

„Zwei Junggrade des im Hafen von Basrah liegenden MS „Braunfels“ waren dabei, von einem Malerfloß aus den Bootopgang im Vorschiffsbereich abzusetzen. Die Arbeit fand unter Aufsicht des Bootsmanns statt; als Sicherheitsgerät lag ein Rettungsring mit Wurfleine bereit. Als ein vor MS „Braunfels“ liegendes Motorschiff ablegte, wurde das Floß durch starken Schraubengstrom zum Kentern gebracht; beide Seeleute fielen ins Wasser. Während Jungmann M. sich schwimmend retten konnte, wurde der auftauchende Leichtmatrose B. von einem Schwimmer des Floßes am Kopf getroffen, versank und wurde nicht mehr gesehen. Eine ausgiebige Suchaktion blieb erfolglos.

MS „Stockenfels“ (7485 BRT) verholte mit eigenen Leinen an der Pier im Antwerpener Hafen. Der pakistanische Seemann M. bediente auf der Back die Backbord-Vorleine

am Spill; er trug festes Schuhwerk, Arbeitshandschuhe und Schutzhelm. Beim Hieven sprangen zwei Törns vom Spillkopf; eine traf den etwa 1 m hinter dem Spillkopf stehenden Seemann mit solcher Wucht am Kopf, daß der Schutzhelm zerbrach und der Getroffene zu Boden stürzte. Bei der Einlieferung ins Krankenhaus war er bereits tot.

Beim Festmachen des Schiffes trat Decksmann F. versehentlich in eine Leinenbucht; die Leine kam steif und trennte ihm das Bein ab.“

Diese Beispiele stehen für 6283 Unfälle, davon 69 mit tödlichem Ausgang, für dieses Berichtsjahr. Darin enthalten die Opfer aus 14 Totalverlusten deutscher Schiffe wie der Untergang des Lash-Carriers „München“ mit Mann und Maus im Atlantik.

Ähnliche Resultate brachten die darauffolgenden Jahre und das laufende. Die Abweichungen nach unten oder oben in den Unfallstatistiken sind auf längere Zeit gesehen minimal.

Welcher Freddy-Song hat dich denn zur Seefahrt getrieben?

Zu allen Zeiten war das Bild des Seemanns recht verklärt in den Vorstellungen der Landbevölkerung, und er selber tat gern den Rest dazu, sie darin zu bestärken. All die Sehnsüchte und nie verwirklichten Träume, abenteuerliche und absonderliche, sollte sie auch ruhig behalten, waren es doch auch die eigenen meist, die einen aufgefördert hatten, diesen Beruf zu wählen. Wenn die Realität an Bord schnell eine andere war als in den süßen Träumen, so sollte doch die Zurückgebliebenen zumindest in dem Glauben verharren, den leibhaftigen Hans Albers zu erleben. Heimgekehrt von Großer Fahrt. Braungebrannt und muskelbepackt krepelt er schon mal das Hemd hoch, um die tätowierten Unterarme zu entblößen. Noch eine Weile wird es dem jungen Seemann genügen, so verschieden von seinen an Land gebliebenen Altersgenossen zu sein. Doch schon bald wird er sich auch im Innern von ihnen unterscheiden. Er wird stiller werden in seinen Äußerungen und vorsichtiger mit seinen Zoten, wenn er sich außerhalb seiner Arbeitswelt bewegt. Und er wird die einst im Übermut und betrunkenen Zustand tätowierten Körperteile meist bedeckt lassen. Schließlich verändert er sich wirklich, ist er, mit wachsender Fahrtzeit auf wechselnden Schiffen, ein anderer geworden. Er sieht nicht mehr erstaunt auf die New Yorker Skyline und in manchen tropischen Sonnenuntergang. Sein Leben ist ergebnisärmer geworden als manches andere. Die sozialen Bindungen sind nur schwach zwischen monatelangen Fahrtzeiten und Urlaub. Sein Beruf ist ihm nun Routine und vielleicht ruft er dem Moses, der die steile Gangway zu seinem ersten Schiff besteigt, dasselbe zu, was er einst als erster zu hören bekam: „Na Jungker! Welcher Freddy-Song hat dich denn zur Seefahrt getrieben?“

Nicht viel Zeit wird der Moses haben, die neuen Eindrücke zu verdauen, die Skyline von New York zu betrachten oder tropische Sonnenuntergänge. Schiffe sind rund um die Uhr in Betrieb und laufen dann immer noch zu nächtlichen Zeiten ein oder aus und das meist an Sonn- oder Feiertagen. Dann liegen sie meist am Ende der Welt, wenn sie Häfen anlaufen, oder die Liegezeiten sind zu kurz, um fremde Länder kennenzulernen.

Und geht der neue Moses mit den gestandenen Seeleuten an Land, wird er mehr zu hören und zu sehen bekommen als seinen jungen Augen und Ohren gut tut. In sicherer Obhut der älteren Fahrensleute wird er schließlich seinen ersten richtigen Absturz verbuchen oder unter allgemeiner Teilnahme und unter allgemeiner Belustigung gar seinen ersten Höhepunkt. Nun ist er aufgenommen in die rauhe, aber herzliche Männerwelt, der bis dahin sein träumerisches Schwärmen galt. Aber wer saufen kann, kann auch arbeiten. Nichts bleibt verborgen in dieser engen Gemeinschaft. Und mit dem dicken Kopf an Deck, in aller Herrgottsfrühe, wird er vielleicht zum erstenmal sein Los verfluchen. Vielleicht siegt in der nächsten Zeit die Gewöhnung über den Fluch darüber daß er seine Leistung unter allen Bedingungen und zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten zu erbringen hat. Den Ort seiner Qual wird er ohnehin nicht so schnell verlassen können. Im Winter ver sieht er dick verummummt und trotzdem frierend seinen Dienst und im Sommer entblößt, bei Regenschauern in Ölzeug und naß bis auf die Knochen und bei hohem Seegang, wenn sein Mageninhalt die Fische füttert. Vielleicht sieht er zu diesem Zeitpunkt zum erstenmal den jährlichen Unfallbericht der Seeberufsgenossenschaft. Mit wachsender Fahrtzeit wird er einige Kameraden darin wiederfinden, die er nicht mehr wiedersehen wird. □

Politik der Produktion“ nennt die Redaktion von *Das Argument* den Schwerpunkt in Heft 140. Unter diesem Titel sind drei Artikel veröffentlicht: „Die Heterogenität von Macht“ von Samuel Bowles und Herbert Gintis, „Fabrik und Staat in Kapitalismus und Sozialismus“ von Michael Burawoy und „Frauenlohn und Werttheorie“ von Sigrid Pohl. Ausgangspunkt des Artikels von Bowles / Gintis ist die Beobachtung, daß die „fortgeschrittenen Industriegesellschaften die kapitalistischen und die staatssozialistischen“ in den letzten Jahrzehnten „das Aufkommen und die wachsende politische Bedeutung von Volksbewegungen“ erlebt hätten, „die keine Klassengrundlage“ haben: „Die Entwicklung der sozialistischen Bewegung wird deshalb zunehmend als ein Prozeß aufgefaßt, in dem die Belange dieser sogenannten ‚neuen Subjekte‘ zusammengebracht werden mit den mehr traditionellen Problemen der Ausbeutung auf der Basis von Klassenverhältnissen. Um mit der Zersplitterung und Schichtung der arbeitenden Klassen im fortgeschrittenen Kapitalismus zurechtzukommen, hat man es viele Jahre lang für ausreichend gehalten, dies als ein Problem von Klassenbündnissen zu behandeln, wobei man sich von den Pionierarbeiten Lenins und Maos über die Einheit von Bauern und Arbeitern inspirie-

tegrieren, die auf verschiedenartige Unterdrückungsformen reagieren. Eine diesem Integrationsprojekt angemessene Theorie muß sowohl in der Lage sein, die verschiedenartigen Herrschaftsstrukturen zu begreifen, durch welche die unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Unterdrückung heute bestimmt werden, als auch die verschiedenen Formen von Diskursen, zwischenmenschlichen Beziehungen und Interessenvereinheitlichungen, die durch diese Unterdrückung hervorgerufen werden können. Der marxistische Begriff des Ausbeutungsverhältnisses zwischen Klassen ist für eine solche Theorie zentral. Jedoch wird auch eine noch so subtile und komplexe Entwicklung des Klassenbegriffes unseres Erachtens die Aufgabe allein nicht lösen können.“

Bowles/Gintis wenden sich gegen eine „Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktion“ durch die Herrschaftsverhältnisse auf Ausbeutungsverhältnisse und dann auf Klassenverhältnisse zurückgeführt werden, beziehungsweise sämtliche Herrschaftsverhältnisse letztlich als durch Klassengegensätze konstituiert betrachtet werden. In ihrer Auffassung der „Heterogenität der Macht“ versuchen sie der Tatsache Rechnung zu tragen, daß zwar Klassengegensätze Ausbeutungsverhältnisse ohne Ausbeutung und auch Ausbeutungs-

Fragen. Gewiß, Männer und Frauen haben nach Schutz und Sicherheit für die Früchte ihrer Arbeit gestrebt aber sie haben auch für Freiheit und Würde gekämpft und sind dafür gestorben. Die Ironie der Marxschen Theorie der Ausbeutung besteht letztlich darin, daß ihre überwältigend kritische und grundlegende Einsicht und ihr entscheidender Schritt über den Liberalismus hinaus im Rahmen der Theorie nicht formulierbar sind: Die gesellschaftlichen Bedingungen, welche die Reproduktion der Ausbeutungsverhältnisse erlauben, machen Freiheit und Würde zu einer revolutionären Forderung.“

Die Marxsche Theorie findet sich aber bekanntlich nicht im marxistischen Lexikon zusammengefaßt. Viele theoretische Neukonstruktionen, die ihre Rechtfertigung aus der Verflachung der Marxschen Kritik durch die Lehrbücher des Marxismus ziehen, könnten sich vielleicht immer noch im Rahmen einer Rekonstruktion dieser Kritik vermeiden lassen oder müßten jedenfalls weniger bombastisch daherkommen. Denn einiges von dem, was gegenüber dem „Marxismus“ zu Recht als Defizit eingeklagt wird, ist gegenüber der Marxschen Kritik oft ziemlich trivial. Diese richtet sich gegen alle Verhältnisse, in denen die Menschen ein unterdrücktes und geknechtetes Dasein fristen.

Michael Burawoy versucht die verschiedenen Etappen des Kapitalismus und sein Verhältnis zum „Staatssozialismus“ in der Untersuchung der wechselseitigen Beziehungen von „Produktionspolitik“ (Unternehmen) und „Globalpolitik“ (Staat) zu erfassen. Er entwickelt vier Grundformen der „Produktionspolitik“ die „Marktdespotie“ des Konkurrenzkapitalismus, das „hegemoniale System“ des „Monopolkapitalismus“ die „bürokratische Despotie“ des „Staatssozialismus“ und die kollektive Selbstverwaltung. Seine kategoriale Konstruktion betrachtet Burawoy als Vorarbeit für die Bearbeitung des „Problems des Übergangs von einem System zum anderen“

Sigrid Pohls Schlußfolgerungen ihrer Untersuchung der Frauendiskriminierung durch den Lohn lauten: „Im Lohn der männlichen Arbeitskraft wird berücksichtigt, daß der Mann keine oder nur in geringem Umfang Reproduktionsarbeit leistet, dafür sich aber eine Hausfrau ‚kaufen‘ muß. D.h. die Reproduktionskosten in Form der Lebensmittel als Waren für seine Frau und seine Kinder fließen in den Lohn der männlichen Ware

Arbeitskraft mit ein, und der Mann kann sich dadurch mit häuslicher Güte reproduzieren. Ist die (Ehe-)frau auch außerhäuslich erwerbstätig, so fließen weiterhin Teile der Reproduktionskosten für sie und ihre Kinder obwohl es die Frau ist, die für die Reproduktion der Nachkommen ihre Arbeitskraft verausgibt – in den Lohn des Mannes ein. Der Lohn der Frau ist von daher niedriger als der des Mannes. Die historische Form, in der die Reproduktion der Arbeitskraft als Produktionsweise der ursprünglichen Akkumulation erfolgt, und die damit verknüpfte patriarchalische Herrschaft ermöglichen dies. Da der niedrigere Lohn der Frau ihr nicht die Reproduktion ihrer Arbeitskraft zu gesellschaftlichen Durchschnittsbedingungen ermöglicht, ist die Frau gezwungen, sich einen Ehemann zu suchen, will sie sich zu diesen Durchschnittsbedingungen reproduzieren.“

Im großen und ganzen herrscht auf dem Markt theoretischer und politischer Zeitschriften ansonsten immer noch Sommerflaute. □

was uns auffiel

ren ließ. Zunehmend hat diese Sichtweise jedoch der neuen Problemstellung Platz gemacht, wie klassenspezifische und klassenun-spezifische Bewegungen und Forderungen integriert werden können. Ein neuartiger Aspekt dieser Problematik besteht darin, daß es sich bei den teilnehmenden Subjekten – Arbeitern, Frauen, Bürgern und anderen oft um ein und dieselbe Person handelt. Das Integrationsproblem besteht demnach nicht darin, die Interessen von verschiedenen Gruppen, die unter ähnlichen Formen gesellschaftlicher Unterdrückung leiden, in Einklang zu bringen, sondern vielmehr darin, die Belange von sich überlappenden Gruppen zu in-

formen außerhalb von Klassenverhältnissen gibt. Wesentliches Beispiel für beides ist ihnen das Geschlechterverhältnis. Im Zentrum ihres theoretischen Interesses steht Herrschaft, die eben durch den „Klassen-Ausbeutungs-Herrschafts-Reduktionismus“ nicht in all ihren Aspekten erfaßt werden kann, der dann auch politische Defizite nach sich ziehen muß. Dabei geht es ihnen um folgendes: „Wo findet man im marxistischen Lexikon solche Begriffe wie ‚Freiheit‘ und ‚Würde‘? Unter den Stichworten ‚Ideologie‘ und ‚Erscheinung‘ und nur dort. Unsere Verteidigung des Primats der Herrschaft ist jedoch, wenn auch in sehr allgemeiner Form, eine Rückkehr zu diesen

AG Bildungswesen

Auf ihrem Treffen will die Arbeitsgruppe die Auseinandersetzung mit folgenden Themen fortsetzen: a. Thesen zum Bildungswesen, b. Diskussion Grüner Beschlüsse und Arbeitspapiere zu den Alternativen im Bildungswesen, c. Reformpädagogik Alternativpädagogik Gegenschulbewegung. Bei letzterem wird auf der Basis folgender Materialien gearbeitet: a. Lutz van Dick, Alternativschulen, Reinbek 1979; Argument-Sonderband 21, Schule und Erziehung (VI): Elemente einer historischen Kritik der gegenwärtigen Reformpädagogik. Die Alternativlosigkeit der westdeutschen Alternativschulkonzepte; sowie Sieben Thesen über die organisierte Willkür und willkürliche Organisation. Zur Kritik der Gegenschulbewegung.

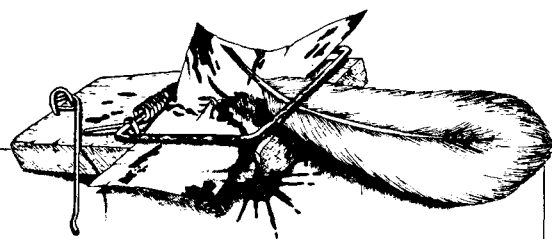
Frankfurt. 20./21. August. Beginn: Samstag, 20.8., 14.00 Uhr, Mainzer Landstraße 147 Anmeldung: Michael Ackermann, c/o Kommune-Redaktion, T 0611/730236. Nach Anmeldung werden auch die Materialien zugestellt.

Grüne Wirtschaftspolitik – Alternativen für Bremen

Mit M.-L. Beck-Oberdorf, D. Burgmann, R. Trampert.
Bremen. Mittwoch, 24. August, 19 Uhr, Bürgerhaus Vegesack

Jour fixe in Westberlin

Thema: Heißer Herbst?
Westberlin. Freitag, 26. August, 19.30 Uhr, Oranienstraße 159



Eine Diskussion über militärische Mittel wird irrational und langweilig, wenn sie abhebt vom politischen Zweck

Eine Replik zu den beiden Rüstungsartikeln von Günther Kruse und Willi Preßmar in der Kommune 5/1983

In den beiden Artikeln werden einige schwere Geschütze gegen die Nato-Strategie aufgeföhren, die aber leider fast alle daneben geschossen haben. Kein Wunder wenn man nur ein bißchen in der Luft herumballert. Der Verfasser des ersten Artikels über die Abrüstungsverhandlungen in Genf sieht als wesentliches Problem: „Tatsächlich erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen haben geänderte Militärstrategien zur Voraussetzung.“ In dem Artikel wird die Nato-Strategie als defensiv charakterisiert, wobei der Verfasser mit einem mißbilligenden Unterton feststellt: „Das schließt keineswegs einen offensiven Einsatz der Truppen, so wie sie ausgerüstet sind, aus, ist also keine Defensivbewaffnung im Sinne einer alternativen

Verteidigung.“ Was nun alternative Verteidigung im Sinne des Verfassers sein soll, dazu schweigt er und verweist auf den zweiten Artikel in der Zeitschrift. Allerdings läßt die Anspielung darauf, daß diese „alternative“ Verteidigung jeden offensiven Einsatz ausschließen müsse, bereits Fürchterliches vermuten. Hier werden die primitivsten Erfahrungen aus der Geschichte über Bord geworfen. Um es mit den Worten von Carl von Clausewitz zu sagen („Vom Kriege, Über den Charakter der strategischen Verteidigung“): „Einschneller kräftiger Übergang zum Angriff das blitzende Vergeltungsschwert ist der glänzendste Punkt der Verteidigung.“ Man kann – nebenbei bemerkt – so wieso nicht rein abstrakt für eine

„alternative“ Verteidigung eintreten. Mit der aus dem Lateinischen entlehnten Wortschöpfung „alternativ“ soll wohl in scheinwissenschaftlicher Manier dem Laien vorgespiegelt werden, daß hier ein Begriff dahintersteünde. In Wahrheit heißt es nur „andere Verteidigung“ die man aber nur in dem Fall befürworten kann, daß sie auch besser ist als die jetzige. Das ist aber hier gar nicht der Fall.

Als „Schlußfolgerung“ für die Abrüstungsverhandlungen zitiert Günther Kruse zustimmend die Autoren Schlotter/Tiedtke („Das Kontrollierte Chaos: Die Krise der Abrüstung“): „Unter dem Aspekt der Kriegsverhütung glauben wir, daß folgende vertrauensbildende Maßnahmen, die bislang von den Bündnissen nur teilweise angestrebt werden, politische Bedeutung gewinnen können: Die Einrichtung von sogenannten Pufferzonen (d.h. militärisch verdünnte oder entmilitarisierte Zonen, G.K.), die im Interesse der Nato sein müßten, und der Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, den die WVO-Staaten vorschlagen.“ Günther Kruse beeilt sich hinzuzufügen: „In diesem Sinne wäre auch die Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen eine vertrauensbildende Maßnahme.“ Nun ist Vertrauen eine schöne Sache, wo es zustande kommt. Mißtrauisch sollte es machen, wenn Vertrauen gefordert wird, wie kürzlich bei der internationalen Tagung von Abrüstungsfachleuten auf dem rheinischen Wasserschloß Gracht vom sowjetischen Professor Bogdanow der dasselbe wie Schlotter/Tiedtke gefordert hat. Zu Recht hat der amerikanische Oberst Lynn Hansen, Delegierter der Madrider Konferenz, dazu festgestellt, daß es bei Konfliktparteien überhaupt nicht auf „Vertrauen“ ankomme, sondern auf Sicherheit und auf zuverlässige Kenntnisse der Absichten der anderen Seite. (Hier kommt es in erster Linie auf Taten, nicht auf Worte an.) Um nicht irre zu gehen, bedürfe es nicht des „Vertrauens“ in die andere Seite, sondern einer vernünftigen Menge an Mißtrauen.

Es gibt doch bereits genügend Papiere wie die Charta der Vereinten Nationen, wo sowieso schon ein gegenseitiger Gewaltverzicht zugesichert ist. Falls jemand der Auffassung ist, daß diese nur das Papier wert sind, auf dem sie stehen, warum sollen sie dann durch neue wertlose Papiere derselben Art ergänzt werden?! Ein solcher abstruser Humbug muß erst recht mißtrauisch machen. Staatsmini-

ster Mertes hat sich kürzlich zum Teil treffend dazu geäußert (was die beiden Artikel in der *Kommune* so langweilig macht, ist, daß sie sich nicht selbständig mit diesen „herrschenden Auffassungen“ auseinandersetzen, sondern einfach z.B. Schlotter/Tiedtke dagegenstellen). Mertes sagte, eine bloße verbale Bekräftigung bestehender völkerrechtlicher Verpflichtungen erhöhe die Sicherheit nicht. „Im Gegenteil, sie könnte sogar die Illusion vermindert Bedrohung schaffen und Zweifel an der Fortgeltung des zentralen Gewaltvertrags in der Charta der Vereinten Nationen wecken.“ Eine nur „selektive Bekräftigung des Gewaltverzichts“ müsse zu einer Aushöhlung des bestehenden „umfassend und weltweit geltenden Gewaltverbots“ führen. Damit würde die Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität geradezu legitimiert.

Im folgenden Artikel („Gibt es Alternativen zur Nato-Strategie“ von Willi Preßmar) nimmt sich der Autor folgendes vor: „In diesem Artikel sollen einige Gesichtspunkte für eine Verteidigungspolitik behandelt werden, die ohne den militärischen Beistand und die atomare ‚Schutzgarantie‘ der USA auskommen kann und sich vielmehr gegen die Vorherrschaft der USA wendet.“

Nun folgt eine ganze Flut von Dogmen, mit denen man wenig anfangen kann, weil sie zum größten Teil falsch sind. Das macht natürlich die Beseitigung der Vorherrschaft der USA wenig schmackhaft. Das auch deshalb, weil die Absicht des Autors darüber, was *politisch* an die Stelle dieser Vorherrschaft treten soll, im dunkeln bleiben.

Dogma Nr 1. „Europäische Sicherheitspolitik, die keinen Weltmachtinteressen dient, ist weder auf militärisches Kräftegleichgewicht noch gar (!) auf militärische Überlegenheit angewiesen.“ Nachdem also jetzt das Kräftegleichgewicht bzw. als dessen angebliche Steigerung die moralisch noch verworschlichere Überlegenheit ausgeschlossen worden sind, bleibt, soweit ich den Überblick habe, nur noch die Unterlegenheit übrig. Was hat denn die Quantität oder Qualität der militärischen Mittel mit dem Kräftegleichgewicht zu tun? Mag sein, daß die Verteidigung als die stärkere Form des Kriegsföhrens mit quantitativ weniger Mitteln auskommt, aber das ist eine untergeordnete Frage. Entscheidend ist, daß jede Seite im Krieg, egal, ob sie die Form der Defensive oder der Offensive wählt, selbstverständlich die Überlegenheit anstrebt für die Interes-

termine

Wahl in Bremen

Diskussionsveranstaltung des KBW zum Wahlprogramm und zur Kandidatur der Betrieblich-Alternativen-Liste (BAL). Mit W Pohl (AL) und einem Vertreter des BAB.

Bremen, Donnerstag, 25. August, 20 Uhr, Gaststätte „Minister“ Findorfstr.

Frieden nach innen und außen

Veranstaltung der Grünen mit O. Schily, G. Bastian oder P. Kelly.

Bremen, Dienstag, 6. September, 20 Uhr, Stadthalle Kongreßsaal.

Demonstration gegen den THTR

Die Inbetriebnahme des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors droht. Ökologische Kohletechnologie statt Atomkraft in NRW!

Hamm-Werries, Samstag, 17. September, Auftaktveranstaltung

AG Wohnungspolitik

Für das nächste Treffen ist der 24./25.9. vorgesehen; der Termin kann sich aber noch verschieben. Ankündigung im nächsten Heft beachten. Kontakt: F Bleicher, c/o Redaktion Kommune

Aktionswoche der Friedensbewegung

Die Gruppen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik rufen für die *Woche vom 15. 22. Oktober 1983*, angesichts der drohenden Stationierung neuer Atomraketen und im Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungswoche, zu vielfältigen und gewaltfreien Aktionen und Veranstaltungen auf.

Widerstandstage:

Samstag, den 15.10.: dezentrale Auftaktaktionen in allen Städten und Gemeinden

Sonntag, den 16.10.: Christen und Religionsgemeinschaften

Montag, den 17.10.: Frauen

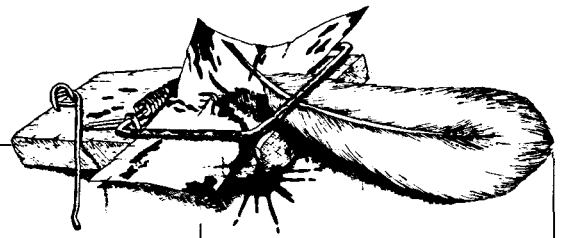
Dienstag, den 18.10.: Antimilitarismus und internationale Solidarität

Mittwoch, den 19.10.: Arbeiter, Betriebe, Landwirte und soziale Einrichtungen

Donnerstag, den 20.10.: Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen

Freitag, den 21.10.: Parlamente, Stadträte, Verwaltungen und Parteigruppen.

Am Samstag, den 22.10.: finden parallel statt: „Volksversammlungen für den Frieden“ in Bonn sowie in Nord- und Süddeutschland.



sen und Ziele, die sie verfolgt. Sonst hätte es ja gar keinen Sinn, den Akt in Gang zu setzen. Es handelt sich beim Krieg schließlich um kein Kinderspiel, sondern um ein ernstes Mittel für einen ersten Zweck.

Dogma Nr. 2: „Sie (gemeint ist die vom Autor angestrebte Verteidigungspolitik) müßte sich von der (?) Militärstrategie und Rüstungspolitik der (?) Supermächte grundlegend (!) unterscheiden und sich bewußt (!) nicht der gleichen, sondern anderer (?) Mittel bedienen. Nur so (ja wie denn nun) ist denkbar, daß die europäischen Länder sich gegen eine sowjetische Aggression verteidigen können.“ Man muß kein Militärspezialist sein, um zu erkennen, daß es so eben nicht geht. Mit einem Schwall von Phrasen wird überhaupt nichts verteidigt. Wenn man sich (und das auch noch „bewußt“) auf keinen Fall der gleichen Mittel wie der Gegner bedienen darf, und der Gegner sich z.B. aller Mittel bedient, so bleibt als logische Schlussfolgerung nichts mehr übrig. Das wäre allerdings eine „grundlegende“ Unterscheidung.

Dogma Nr. 3: „Die eigene bewaffnete Macht darf folglich nur (!) in kleinsten Einheiten und mit Kampfmitteln auftreten, die nicht durch elektronische Aufklärung von weitem geortet und zerstört werden können.“ (Solche Kampfmittel gibt es überhaupt nicht,) Und gleich darauf:

Dogma Nr. 4: „... mußten wir folgern, daß wir keine Fronten bilden, keine Grenzen verteidigen können.“

Falls es noch niemand weiß: Die kleinste Einheit bei der Bundeswehr ist die Gruppe mit ein paar Mann bzw. noch genauer der einzelne Soldat, d.h. die Bundeswehr besteht bereits zu 100% aus kleinsten Einheiten. Will Herr Afheldt, der hier von Willi Preßmar beifällig zitiert wird, den einzelnen Soldaten vielleicht auch noch zerstückeln? Wer keine Fronten bilden, keine Grenzen verteidigen will, wird es nie zu Gedanken darüber bringen, wann und wo Fronten gebildet und aufgelöst werden, wie lange die Grenzen verteidigt werden, wie weit man sich zurück zieht (die genannte „Tiefe“ des Raumes, in dem sich die kleinsten Einheiten verteilen sollen, besteht halt hier konkret aus einem schmalen Streifen), wann und wie man zurückschlägt (bzw. offensiv wird), wie man im Falle einer bevorstehenden Niederlage dem Gegner durch letztes Aufbieten aller Kräfte noch einen möglichst großen Schlag versetzt usw. Solche Sachen kann man von vorneherein (jedenfalls von meinem Kenntnisstand aus) nur in groben Zügen

festlegen, eine Vorstellung davon ist aber unbedingt nötig. Die Lösung der im Ernstfall auftretenden Probleme bleibt im einzelnen der Phantasie der kämpfenden Parteien überlassen, soweit diese nicht vorher mit Moral und Charisma zugekleistert wurde.

Die Frage der Bewaffnung ist dabei doch wirklich der kleinste Fisch. Viele Anregungen des Autors halte ich zwar für diskussionswürdig; mein Eindruck ist nur, daß er irgendwelche ideologischen Vorbehalte hat gegen die einfache Leitlinie, daß man halt möglichst stark sein muß.

Als nächstes Dogma wird die Parole von der „defensiven Verteidigung“ vom Autor propagiert und mit den Worten gekennzeichnet, diese sei „dann unzweifelhaft defensiv wenn sie nicht über Optionen verfügt, das gegnerische Territorium zu erobern“. Das ist einfach falsch! Verteidigung ist immer eine Defensive (Defensive ist halt das Fremdwort für Verteidigung und sagt überhaupt nichts Näheres über die Art der Verteidigung aus). Unzweideutig defensiv ist die Verteidigung aber nie, denn eine Defensive ohne offensive Komponenten ist gar keine.

Meine eigenen Vorstellungen über eine Verteidigung gehen grob skizziert in folgende Richtung (die politischen Vorstellungen dabei würden hier den Rahmen sprengen): Schwerpunkt Raumverteidigung mit hoher Feuerkraft in der Hinterhand (einschließlich mittlerer Atomraketen) anstelle von Bewegungskrieg mit hohem konventionellen Aufwand. Verteidigung des eigenen Territoriums in eigener Verantwortung. Ein vereintes Kommando von Streitkräften hat aus meiner Sicht entsprechende politische Verhältnisse (d.h. eine gemeinsame Regierung) zur Voraussetzung. Diese politische Voraussetzung ist aber gegenwärtig weder bezüglich Europas noch im Verhältnis zu den USA gegeben und kann auch nicht unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt werden. Was das Vorgehen verschiedener Regierungen gegen einen gemeinsamen Gegner betrifft, so kann man Clausewitz zustimmen, der dazu geschrieben hat: „Ist eine solche Vereinigung der Streitkräfte (zusammengesetzte Heere aus Korps verschiedener Mächte) nicht zu erhalten, so ist eine vollkommene Trennung derselben allerdings besser als ein halbe, und das Schlimmste ist immer wenn zwei unabhängige Feldherrn verschiedener Mächte sich auf ein und demselben Kriegstheater befinden. Bei einer vollkommenen Trennung der Kräfte sind auch die Lasten, welche überwunden werden sollen, mehr getrennt, und

es wird dann jeder von den Seinen gedrückt. Im Falle verschiedener Mächte, die selbständige Interessen gemeinsam haben, dürfte die Trennung keine Schwierigkeiten machen.“

Auch wenn es sowieso immer anders kommt als man denkt, sollte man sich über Strategie und Taktik Gedanken machen, weil man im entscheidenden Augenblick flexibler ist, wenn verschiedene Probleme bereits vorher Gegenstand öffentlicher Erörterung waren. Meine Vorstellung dazu ist: Gegenüber einem übermächtigen Gegner Hinauszögern von Entscheidungsschlachten bei Beibringung gezielter sparsamer Gegenschläge. Bessere Bedingungen abwarten. Solange der Gegner im Innern stabil ist, kann man nicht an einen Rückstoß denken. Falls er das bleibt, dürfte auch eine Kapitulation absehbar sein, aber nicht, ohne dem Gegner noch als letzten Akt einen empfindlichen (atomaren) Schlag versetzt zu haben. Das würde dann auch vielleicht die internationalen Auswirkungen einer solchen Einverleibung etwas abdämpfen. Für den Fall, daß während des Zurückweichens (bzw. der Raumaufgabe) die Widersprüche im Lager des Gegners aufbrechen, kann man etwas kühner werden und noch aus der tiefsten Defensive heraus mit einem konzentrierten Einsatz das Zurückwerfen versuchen. Die Frage der Bewaffnung ist dabei das kleinste Problem (halt hauptsächlich ein Finanzproblem). Am wichtigsten ist die gute Ausrüstung des einzelnen Soldaten mit Essen, Schutzkleidung, Unterkunft, vielleicht präziseren Feuerwaffen, besseren Kommunikationsmitteln. All dies macht auch vielfältige und flexible Zusammenschlüsse möglich. Diese Perspektive macht aber eine hohe Feuerkraft unumgänglich. Nur so kann man sich das größere konventionelle Kriegsgerät für den Bewegungskrieg sparen. Durch die hohe Feuerkraft wird die sowieso vorhandene Überlegenheit der Verteidigung gegenüber dem Angriff noch verstärkt. Sie muß dem Zweck dienen, daß dem Gegner noch aus jeder denkbaren Lage ein empfindlicher Schlag versetzt werden kann. Ein paar wenige mittlere Atomwaffen reichen da vielleicht, aber die müssen sein.

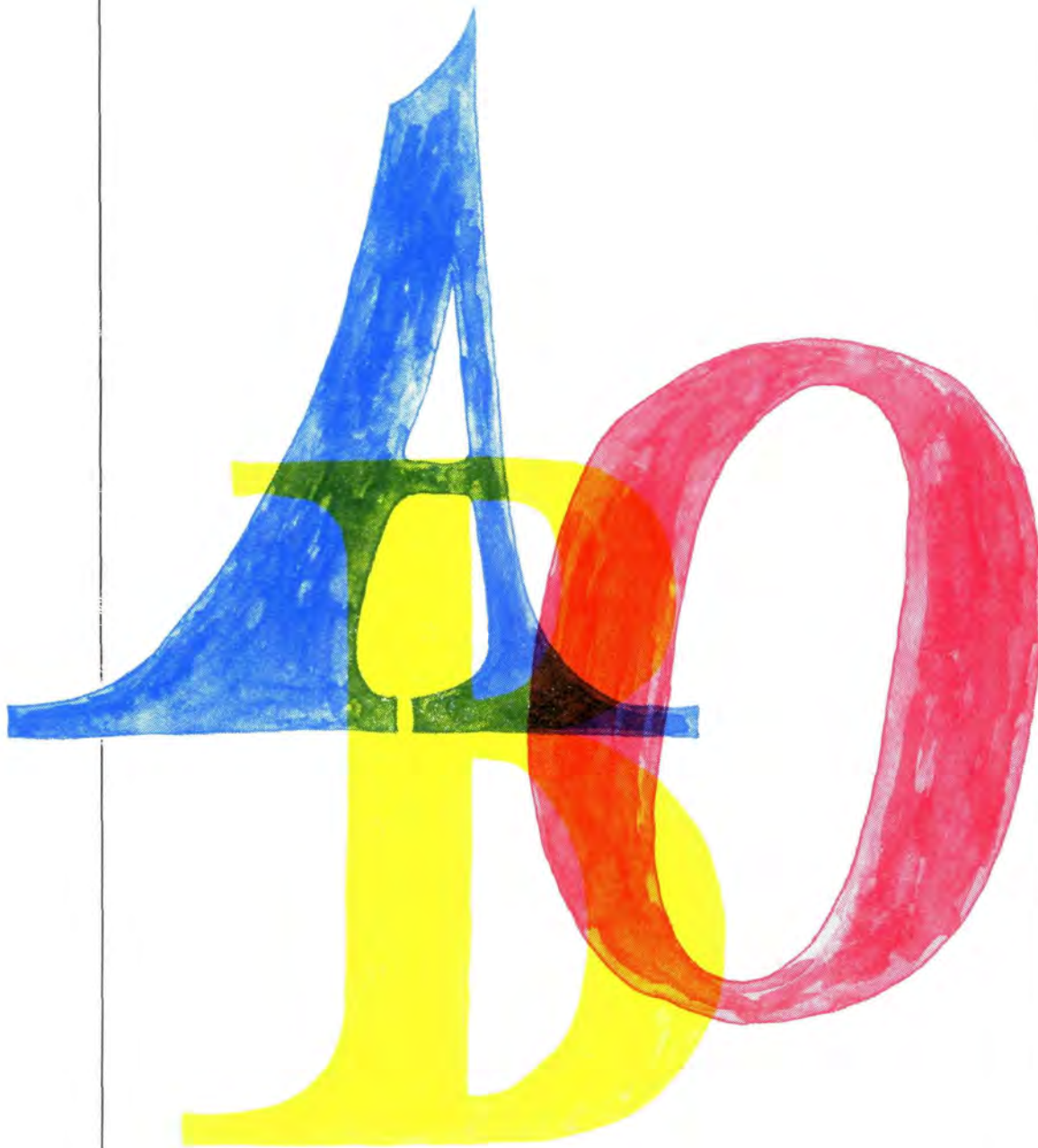
Aus dieser grob skizzierten Position werden auch meine Differenzen zur geplanten Nachrüstung deutlich: erstens in der Frage der Verfügungsgewalt über die Waffen, zweitens die allzusehr im dunkeln liegenden Vorstellungen über ihren Einsatz.

Der Abgeordnete der Grünen Schily hat kürzlich auf die stumpfsinnige Bemerkung Geißlers (die Anwendung von Waffen sei unmoralisch, nur die Abschreckung lasse sich vertreten) zu Recht entgegengetreten, daß die Abschreckung nur dann vorhanden sei, wenn die Entschlossenheit desjenigen, der eine Waffe besitzt, erkennbar sei, sie im Ernstfall auch einzusetzen. Der Grad des Ausgeliefertseins an Entscheidungen der USA entsprechend deren Interessen bzw. die Konzeptlosigkeit, mit der diese Waffen hingestellt werden, sind natürlich keine rosigen Aussichten. Aber solange es kein besseres Konzept gibt, ist das halt das Beste.

Die Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ der SPD hat kürzlich z.B. ein grauenhaftes Papier vorgelegt (unter anderem von Ehmke, Lafontaine, Voigt, Apel), das die Anhebung der nuklearen Schwelle und ein konventionelles Gleichgewicht mit der UdSSR propagiert. (Man stelle sich den Aufwand vor!) Wir wissen natürlich alle, daß die Grünen viel fortschrittlicher sind als die CDU, aber in der Debatte zur Sicherheitspolitik im Bundestag Mitte Juni hatten sie nichts Besseres zu tun, als den reaktionären Antrag zu stellen, die Bundesregierung solle von Washington verlangen, Frankreichs und Englands Atomwaffen in die Genfer Verhandlungen einzubeziehen. Dieser versuchte Anschlag auf die Souveränität Englands und Frankreichs stößt in dasselbe Horn wie die Sowjetunion. Die USA, die diese Position hartnäckig ablehnen, geben offensichtlich etwas mehr auf die Souveränität anderer Länder.

Abschließend zur Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa: Das Bedenkliche dabei ist weniger der offensichtliche militärische Fehler sondern die unausgesprochene „politische Dimension“ weil hier politisch eine im Innern offene Flanke sichtbar wird gegenüber dem Herrschaftsanspruch des Staatsmonopols. Dafür spricht auch, daß die Forderung aus einer Ecke kommt, deren Politik in vielen anderen Fragen in diese Richtung treibt. Die Art und Weise, konkrete Probleme mit Moral und Charisma zuzukleistern, waren ja auch der Keim von totalitären Staatsreligionen wie dem Marxismus-Leninismus in der UdSSR oder der der Mullahs im Iran. Und bei der Frage der Bewaffnung und Kriegführung handelt es sich noch um das einfachste gesellschaftliche Problem, das es gibt und um das Unwichtigste.

Bernd Köhler Darmstadt



Kommune

Ja, ich bestelle Abo(s) ab Heft

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Zustellpostamt

- Jahresabo der Kommune (12 Ausgaben) DM 60,00
 Halbjahresabo der Kommune (6 Ausgaben) DM 30,00
 Förderabonnement der Kommune DM 100,00
 Jahresabonnement Ausland DM 70,00
 Scheck / Bargeld liegt bei Einzugsermächtigung liegt bei
 Überweisung auf das Postscheckkonto BUCHVERTRIEBHAGER
Kto. Nr. 187 490-607 Ffm.

Garantie: Diesen Abonnementauftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

.....
Konto-Nr.

.....
Bankleitzahl

.....
Geldinstitut

.....
Ort

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Kündigungsfrist: Spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEB HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

Absenden an:
BUCHVERTRIEB
HAGER
Postfach 11 11 62
6000 Frankfurt 11

Ganz konservative Agrikulturchemiker,

wie z.B. Johnston, geben zu, daß eine wirklich rationelle Agrikultur überall am Privateigentum unüberwindliche Schranken findet. Dasselbe tun Schriftsteller, welche Verteidiger ex professo des Monopols des Privateigentums am Erdball sind, so z.B. Herr Charles Comte in einem zweibändigen Werk, das die Verteidigung des Privateigentums zum speziellen Zweck hat ...

Johnston, Comte etc. haben bei dem Widerspruch des Eigentums mit einer rationalen Agronomie nur die Notwendigkeit im Auge, den Boden eines Landes als ein Ganzes zu bebauen. Aber die Abhängigkeit der Kultur der besondern Erdprodukte von den Schwankungen der Marktpreise, und der beständige Wechsel dieser Kultur mit diesen Preisschwankungen, der ganze Geist der kapitalistischen Produktion, der auf den unmittelbaren nächsten Geldgewinn gerichtet ist, widerspricht der Agrikultur, die mit den gesamten ständigen Lebensbedingungen der sich verkettenden Menschengenerationen zu wirtschaften hat. Ein schlagendes Beispiel davon sind die Waldungen, die nur da zuweilen einigermaßen dem Gesamtinteresse gemäß bewirtschaftet werden, wo sie nicht Privateigentum, sondern der Staatsgewalt unterworfen sind.

Karl Marx, Das Kapital (III)

